Einzelpreis 15 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Albert Paul, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstraße 8. — Fernsprech-Anschlüsse 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste Seite 210. — Bezugspreis der Zeitung: Monatlich 2.00 Mark. Abholer 1.80 Mark, Einzelpreis 15 Pfg., Sonntags 20 Pfg.

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 mm breite Nonpareillezeile örtlich 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche 15 Pfg., Vereinskalender 50 Pfg., die 3gespaltene 90 mm breite Reklamezeile 1.50 Mark. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33⅓% Aufschlag. Für Platzvorschrift keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto 129 Magdeburg.

Nr. 222 — Magdeburg, Donnerstag den 22. September 1927 — 38. Jahrgang

Massenabwandrung aus Ostpreußen

Ein nationales Problem

Reichskanzler Marx war zur Tannenberg-Feier in Ostpreußen und hat versichert, daß diese Provinz besonders fürsorglich behandelt werde. Es war die Rede von dem Posten eine Staatssekretärs, der besonders für den Osten geschaffen werden solle. In der Königsberger Stadthalle, bei einem Essen, das ihm zu Ehren die Stadt veranstaltete, sprach er davon, daß Ostpreußen eine nationale Frage des ganzen deutschen Volkes werden müsse. Ostpreußen ist ein nationales Problem! Der Großgrundbesitz vertreibt die Ostpreußen aus ihrer Heimat. Seit Kriegsende sind über 240 000 Menschen aus dem menschenarmen Gebiet abgewandert, weil sie sich — in einem agrarischen Gebiet! — nicht ernähren könnten. Während im Durchschnitt der Friedensjahre etwa 17 500 Personen jährlich aus Ostpreußen abgewandert sind, beträgt nach einer Aeußerung des preußischen Innenministers Grzesinski die Zahl vom 1. September 1923 bis zum 16. Juli 1925 160 000. Um 160 000 Personen ist also das Grenzland in weniger als zwei Jahren geschwächt worden. In Ostpreußen kann die „nationale" Reichsregierung, können die Schiele, von Keudell, Hergt und Koch zeigen, was sie für die Erhaltung des Deutschtums zu leisten vermögen.

Ostpreußen, dessen Landfläche bis zu 40,5 Prozent in Händen des Großgrundbesitzes ist, kann nur durch eine großzügige Siedlungspolitik wirtschaftlich und kulturell lebensfähig erhalten werden. Und wie sieht es in Wirklichkeit damit aus? In diesen Tagen ging eine Notiz durch die Presse, daß die preußische Domänenverwaltung bis 1926 auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes 85 geschlossene Domänen mit 31 000 Hektar der Siedlung zugeführt habe. Aber wenn man auch anerkennt, daß hiermit einiges erreicht ist, so muß man doch (ganz abgesehen davon, daß die Hergabe von Domänenland für Siedlungszwecke längst nicht so wichtig ist, wie die Aufteilung von privatem Großgrundbesitz), darauf hinweisen, daß auch die Besiedlung von Domänenland längst nicht in dem Maße erfolgt, wie es der Fall sein könnte. Das preußische Landwirtschaftsministerium hat vor kurzem eine Bekanntmachung über die Neuverpachtung von Staatsdomänen erlassen. Danach werden allein in Ostpreußen in den Jahren 1927 und 1928 3 Domänen im Umfang von über 1500 Hektar neu verpachtet. Wenigstens diese 6000 Morgen könnten, wie der ehemalige Staatsminister Dr. Wendorff in der „Frankfurter Zeitung" mit Recht hervorhob, ohne finanzielle Schwierigkeiten unabhängig von Reichsmitteln der Besiedlung zugeführt werden. Aber alle Mißstände auf dem Gebiet des Siedlungswesens beruhen darauf, daß nicht der Staat, sondern die provinziellen Siedlungsgesellschaften als Siedlungsträger auftreten. Denn diese Siedlungsgesellschaften sind in Ostpreußen in der Hand des Großgrundbesitzes und werden von ihm für seine privatwirtschaftlichen Interessen ausgenutzt. Die Siedlungsfrage ist aber das Kernproblem der ganzen Ostmarkennot. Heute wird trotz aller theoretischen Anerkennung der Sonderbedürfnisse Ostpreußens infolge der Differenzen zwischen Preußen und dem Reiche nicht nur die Neusiedlung vernachlässigt, sondern auch die bestehenden kleinbäuerlichen Betriebe außer den durch die Abschnürung erzeugten Schwierigkeiten durch Kreditrestriktionen geschwächt. Es kann nicht Aufgabe sein, diese Schwierigkeiten nur durch Unterstützungsaktionen zu lindern (so notwendig eine finanzielle Sonderstellung Ostpreußens zur Behebung der Kreditnot, zu Meliorationen, zur Aufforstung von landwirtschaftlich nicht nutzbaren Flächen usw. ist), Aufgabe ist es, wie gesagt, Ostpreußen wieder selbständig und lebensfähig zu machen. Und dies kann allein dadurch geschehen, daß das Siedlungswesen in ganz anderm Maß als bisher in Angriff genommen wird. Denn nur ein dichtes Netz lebensfähiger Siedlungen kann, wie auch der preußische Innenminister Grzesinski betont, den Absatz heben und die bevölkerungspolitisch außerordentlich bedenkliche Abwandrung der Landbevölkerung aus Ostpreußen beseitigen.

*

„Staatssekretär für Ostpreußen"

Die Ankündigung des Reichskanzlers in Königsberg über die Schaffung eines Staatssekretariats für Ostpreußen gibt dem „Berliner Tageblatt" zu folgenden durchaus berechtigten Ausführungen Anlaß:

„Vielleicht wäre es nützlich gewesen, wenn der Reichskanzler in Königsberg darauf verwiesen hätte, daß es schon seit Jahren für die preußischen Staatsministerien einen beglaubigten „Vertreter Ostpreußens" bei der Reichsregierung und beim preußischen Staatsministerium gibt. Wie dieser Name sagt, ist dieser Kommissar zur Vertretung der ostpreußischen Wünsche sowohl beim Reiche wie bei Preußen bestimmt und bildet so zugleich eine Verbindung zwischen den zwei staatlichen Gewalten, die Ostpreußen zu betreuen haben.

Die Befürchtung, daß zwischen der neuen Ostpreußenstelle, die den Reichskanzler vertritt, und der preußischen Regierung Konfliktsmöglichkeiten auftauchen könnten, ist nicht von ungefähr. Ernster Förderer dieser neuen Reichsstelle ist der deutschnationale Freiherr von Gahl, der einer der schärfsten politischen Gegner der preußischen Regierung ist. Auch hat sich bisher weder das Reichsinnenministerium noch die Reichskanzlei mit Preußen in Verbindung gesetzt.

Schließlich darf doch nicht vergessen werden, daß die Reichsregierung selber das Unterstützungsprogramm für Ostpreußen im Jahre 1926 auf einen Bruchteil herabgemindert hat, weil man unbedingt Bayern, Württemberg und Baden ihre Biersteueranteile erhöhen wollte." —

Gleiches Recht für Deutschland und Oesterreich

Im Deutschen Reichstag

Berlin, 21. September. (Eigner Drahtbericht.) Im Reichstag trat heute gegen Mittag der 28gliedrige Ausschuß zur Beratung des neuen Strafgesetzbuchs zusammen.

Der Vorsitzende, Professor Kahl (Deutsche Volkspartei), richtete zu Beginn der Sitzung an die Ausschußmitglieder die Mahnung, sich bei der Schaffung des neuen Strafgesetzbuchs als Vertreter des ganzen Volkes zu fühlen und alle Parteiinteressen zurückzustellen. Professor Kahl begrüßte die gleichzeitigen Verhandlungen im österreichischen Parlament zur Schaffung des großen Werkes der Rechtsangleichung.

Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium teilte mit, daß Reichsjustizminister Hergt, der an den Verhandlungen des österreichischen Parlaments teilgenommen habe, morgen vor dem Ausschuß erscheinen und über seine Eindrücke in Wien Bericht erstatten werde. Der Ausschuß trat sodann in die Einzelbesprechung ein. —

*

Im Oesterreichischen Nationalrat

Am Dienstag hat der Nationalrat die erste Lesung des Strafgesetzentwurfs begonnen, der eine Rechtsangleichung des Strafrechts in Deutschland und Oesterreich bringen soll. In der Präsidialloge wohnte der deutsche Reichsjustizminister Dr. Hergt der Beratung bei. Der Entwurf wurde vom Justizminister in längern Darlegungen begründet, worauf Dr. Eisler in seiner Rede den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat. Er führte u. a. aus: „Die Rechtsangleichung ist noch lange nicht der Anschluß. Aber bei der Rechtsangleichung besteht die Gefahr, daß sie den Feinden des Anschlusses Argumente gibt. Das ist der Grund, warum die Sozialdemokratie es tief bedauert, daß die Rechtsangleichung gerade auf dem Gebiete des Strafrechts ihren Anfang nehmen muß. Wir bedauern das, weil es eine Reihe von Rechtsgebieten gibt, auf denen der Anschlußgedanke viel sieghafter wirksam werden kann, wie es z. B. die Rechtsangleichug auf dem Gebiete des Eherechts sein würde. (In Deutschösterreich besteht immer noch der Rechtszustand, daß katholisch verheiratete Eheleute im Falle der Ehetrennung bei Lebzeiten des Gatten nicht wieder heiraten dürfen; der Umsturz hat nur die Erteilung des Dispenses erleichtert, indem er sie dem Landeshauptmann, also für Wien dem Bürgermeister, übertragen hat. Solche mit Dispens geschlossene Ehen werden aber immer noch von der Kirche und manchmal selbst von Gerichten als eine Art Bigamie hingestellt! Anm. d. R.) Der Justizminister ist zu fragen, wie er es sich vorstellt, daß ein wirklich gleichartiges Strafgesetz in beiden Staaten geschaffen wird. Es wäre am besten, ein geordnetes Zusammenwirken der beiden Volksvertretungen oder wenigstens derjenigen Körperschaften, welchen die Vorberatung in den beiden Parlamenten obliegt, zu schaffen. Das kann nicht irgendeine Empfindlichkeit bei andern Staaten wecken; sollte das aber nicht möglich sein, so wäre das mindeste die Schaffung irgendeiner freien Verbindung von Angehörigen der beiden Parlamente, die ununterbrochen die Beratung des Gesetzes hüben und drüben begleiten und für Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit zu sorgen hätten, denn wenn jeder Staat seinen eignen Weg geht, kann das Schicksal dieser Rechtsangleichung als besiegelt gelten.

Der neue Strafgesetzentwurf führt vielfach hinter den jetzigen deutschösterreichischen Rechtszustand zurück, um so mehr, als die Praxis in Deutschösterreich das veraltete Strafgesetz vielfach gemildert hat, und weil durch die Neurungen, namentlich durch die bedingte Verurteilung, eine Besserung herbeigeführt worden ist. Dieses Gesetz würde diesen Zustand wieder verschlechtern. Die Regierung ist für die Rechtsangleichung nur bis zu dem Augenblick, wo die besondern Wünsche der reaktionären Mehrheit des Nationalrats beginnen.

Der Entwurf will den Umfang des richterlichen Ermessens gewaltig ausdehnen. In einer Zeit wie der jetzigen, wo die Gesellschaft so zerrissen ist und die Klassen einander so schroff gegenüberstehen, ist es keine Beleidigung der Richter, wenn man annimmt, daß auch sie auf irgendeinem Klassenstandpunkt stehen. Die Zeit scheint noch nicht gekommen zu sein, wo man den Richtern eine so viel größere Macht in die Hand geben könnte. Die Sozialdemokratie wird im Zusammenwirken mit ihren reichsdeutschen Parteigenossen sowohl für die Einheitlichkeit wie für gründliche Verbesserung des neuen Strafgesetzes Ländern sehr naheliegen. —

Heute

Das rote Rathaus

Sonderbeilage der „Volksstimme" zur Kommunalpolitischen Woche vom 21. bis 24. September

Gefährdete Strafrechtsreform

Der diesjährige Kriminalistentag — die Jahresversammlung der deutschen Sektion der Internationalen kriminalistischen Vereinigung — am 12. und 13. September in Karlsruhe stand im Zeichen der drohenden Strafrechtsreform.

Ja, drohenden! Seit Jahren, herbeigesehnt und vorbereitet von der Internationalen kriminalistischen Vereinigung, sieht sich diese heute um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Das Verbrechen, von ihr als Tragödie des Menschen, bedingt nicht so sehr durch dessen Anlage. als durch die soziale Umwelt, proklamiert, steht erneut vor ihr als schuldbeladene Tat, die Strafe von ihr als allein als Maßregel der Sicherung und der Erziehung anerkannt, feiert ihre Wiederauferstehung schamlos schamhaft unter verschiedener Verhüllung als Vergeltung und Abschreckung. So will es der Reichsratsentwurf zum neuen Strafgesetzbuch, die verschlechterte Ausgabe des lange noch nicht idealen Regierungsentwurfs. Der Reichstag soll die Strafrechtsreform — koste was es wolle — noch kurz vor seinem Auseinandergehen durchpeitschen. Die Internationale kriminalistische Vereinigung war zusammengetreten, um in zwölfter Stunde warnend und mahnend ihre einst so maßgebende Stimme zu erheben.

Das ist es eben: einst so maßgebend! Das mußte ihr Geschäftsführer, Professor Kohlrausch mit schwer verhaltenem Ingrimm und beißender Ironie eingestehen.

Den Finger in die Wunde legte Professor Radbruch. Verkörperte Professor Kohlrausch die Selbstbesinnung der Internationalen kriminalistischen Vereinigung, so versinnbildlichte Genosse Radbruch ihr Gewissen und wie der Mensch einen Augenblick stillhält, wenn plötzlich das Gewissen in ihm seine mahnende Stimme erhebt, so hielt die Versammlung ihren Atem an, als Radbruch ihr ins Gewissen redete. Die Internationale kriminalistische Vereinigung sei nicht mehr, was sie einst war; ihr fehle die Entschlossenheit der Gesinnungsgemeinschaft. In ihrer Brust leben, ach, zwei Seelen: die eine rufe nach Ueberwindung des Strafrechts, die andre klebe an der Vergangenheit der Vergeltungsstrafe. Die Rückläufigkeit der Strafrechtsreform entspreche der rückläufigen Bewegung innerhalb der Vereinigung. Ihr Organismus sei mit Fremdkörpern durchsetzt und ungesund aufgebaut; es sei höchste Zeit, die Fremdkörper auszuscheiden und wieder zum Kampf- und Stoßtrupp für die Vermenschlichung des Strafrechts zu werden.

Und trotz dieses scharfen Angriffs der einhellige fast demonstrative Beifall der Versammlung? Hatte das Gewissen wirklich geschlagen? Nein, der hohe moralische Pathos des wegsichern Sozialisten hatte das bessere Ich der Anwesenden mitgerissen.

Der Pferdefuß sollte sich nur allzubald in den Reden und Abstimmungen zeigen. Er zeigte sich schon bei der Todesstrafe. Zwar beklatschte die Versammlung beifällig die sachlichen theoretischen Auseinandersetzungen Professor Liepmanns (Hamburg) über die Zwecklosigkeit der Todesstrafe, sie nahm aber mit geringem Beifall die sarkastische Bemerkung Radbruchs auf, daß er nach der Hinrichtung Saccos und Vanzettis wohl beabsichtigt habe, der Versammlung einen flammenden Protest gegen die Todesstrafe vorzuschlagen, daß er jedoch davon Abstand genommen habe, da er die Entscheidung über ihre Beseitigung nicht einer zufälligen Majorität preisgeben wolle.

Ein Antrag Radbruchs und Kurt Rosenfelds, die Zuchthausstrafe zu beseitigen und sie durch die schwere Gefängnisstrafe zu ersetzen, wurde abgelehnt; desgleichen der Antrag im Hochverrats-Paragraphen, die Art der Vorbereitung zum Hochverrat näher zu bestimmen, die strafbar sei — man denke an Niedner und seine Zuchthausurteile in den Kommunistenprozessen. Ebensowenig Glück hatte der Antrag, der den Erlaß der Ersatz-Haftstrafen bei der Uneintreibbarkeit der Geldstrafe bezweckt — eine Forderung, die unbedingt im Interesse der unbemittelten Bevölkerung liegt. Den Antrag, den Landesverrats-Para-

graphen durch eine Bestimmung einzuschränken, die die links gerichteten Redakteure vor dem Gefängnis bewahrt, wenn sie im Interesse des Landes vor deutschen Behörden gewisse Mißstände aufdecken, wurde von den Antragstellern aus formellen Gründen zurückgezogen, in Wirklichkeit wollten sie dem Antrag das Schicksal des Vorstoßes gegen den Hochverrats-Paragraphen ersparen.

Der Pferdefuß zeigte sich in erschreckendem Maß in dem Referat des Senatspräsidenten Reichert (Leipzig). Ein Abgrund eröffnete sich zwischen diesem Träger des Rechtsgefühls des Volkes und Radbruch, dem wahren Repräsentanten des Volksempfindens — und beide sollten an ein- und demselben Strange ziehen? Radbruch setzte seine Kritik an dem Abtreibungsparagraphen ein, an der Reglung der Bestrafung falscher Eide, an dem Sexualstrafrecht. Der Referent, der an dem besondern Teile des Entwurfs fast nichts auszusetzen hatte und selbst die Wiedereinführung der Strafbarkeit der Unzucht mit Tieren guthieß, setzte sich in der Beurteilung des allgemeinen Teiles in den schärfsten Widerspruch gegen seinen Korreferenten, Professor Kohlrausch.

Es soll zugegeben werden: Eine Reihe Entschließungen atmen den Geist des Fortschritts. So wurde gefordert, daß die Sicherungsverwahrung an Stelle der Strafe treten können soll, sie soll auch unbedingt erlassen werden können, nötigenfalls auch unter Auferlegung einer Schutzaufsicht. Der bedingte Erlaß einer Freiheitsstrafe soll unabhängig von ihrer Höhe zulässig sein. Die Unterbringung in eine Heil- oder Pflegeanstalt, in einer Erziehungsanstalt und in einem Arbeitshaus soll vom Strafrichter bindend angeordnet werden können. Die Arbeitskraft soll im Strafgesetzbuch unter besondere Schutzbestimmungen gestellt werden. —

Größere Einmütigkeit ergab sich in der Beurteilung des Entwurfs zum Reichsstrafvollzugsgesetz. Aber auch hier schreckte ein Teil der Versammelten, unter denen nicht wenige Strafvollzugsbeamte waren, vor einigen einschneidenden Aendrungen zurück.

Eine Entschließung der Versammlung verdient besondere Erwähnung. Es hieß darin: Jede Strafbemessung müsse in erster Linie von der Erwägung ausgehen, welche Mittel nötig sind, um den Täter wieder zu einem gesetzmäßigen und geordneten Leben zu führen. Professor Liepmann meinte hierzu mit Recht: Diese Entschließung spreche die Beseitigung der Todesstrafe aus. Zwei Seelen leben, ach, in seiner Brust.

Einig war die Versammlung in der Forderung der psychologischen Schulung und der praktischen gefängnisfürsorgerischen Ausbildung von zukünftigen Richtern, Staatsanwälten und Anstaltsleitern. Worauf es aber letzten Endes ankommt, brachte Radbruch in dem Schlußsatz seiner Rede zum Ausdruck: „Ein schlechter Richter, der nur groß ist im Vernichten — des echten Richters Amt ist wieder aufzurichten." Es ist dies die Forderung der sozialen Einstellung des Richters. Wann wird diese Wirklichkeit werden?

Die halb-und-halben Hoteliers

Der Reichsverband der deutschen Hotel- und verwandter Betriebe hat am Dienstag in Magdeburg eine Sitzung abgehalten, in der er sich mit dem Flaggenkonflikt beschäftigte, der durch die Weigerung der Berliner Hotels entstand, neben Flaggen fremder Nationen auch die Flagge der deutschen Republik zu zeigen. Man beschloß, daß man unpolitisch sei und infolgedessen „keinem zuliebe und keinem zuleide" am 2. Oktober, dem Geburtstag Hindenburgs, „die ruhm- und ehrenvolle Vergangenheit und die arbeits- und schicksalsschwere Gegenwart des Deutschen Reiches ehren" müsse. Das soll dadurch geschehen, daß man schwarzweißrot und schwarzrotgold flaggt. — Natürlich nur am 2. Oktober. Für die folgenden Tage soll der gleiche Grundsatz gelten wie bisher, d. h. alle Flaggen werden aufgezogen, nur nicht die deutsche Reichsflagge.

Selbstverständlich haben die Herren Hoteliers auch beschlossen, daß der preußische Ministerpräsident und der Berliner Oberbürgermeister unrecht tun, wenn sie es nach wie vor ablehnen, Lokale zu betreten, deren Besitzer zu feig sind, sich reichen Ausländern gegenüber zum Deutschtum zu bekennen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß dieser „Beschluß" Eindruck auf die beiden Republikaner machen wird.

Die Herren Hoteliers aber möchten wir an die Aesopsche Fabel vom Esel erinnern, den sein Herr zwischen zwei Heubündel stellte und der — da er sich nicht entscheiden konnte, welches Bündel zuerst anzubeißen sei, zwischen seinen beiden Bündeln elend verhungerte. Man sagt, dieses Schicksal hätte nicht nur den einen, sondern später auch noch andre Esel betroffen. —

Ausreden der Reichsbahngesellschaft

Am Dienstag fanden bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften wegen einer allgemeinen Erhöhung der Bezüge statt.

Die Gewerkschaftsvertreter wiesen darauf hin, daß in Anbetracht der steigenden Lebenshaltungskosten eine allgemeine Aufbesserung der Löhne erfolgen müsse, da der am 7. April d. J. für verbindlich erklärte Schiedsspruch der Teurung keineswegs gerecht werde. Von Vertretern der Hauptverwaltung wurde demgegenüber betont, daß weder die Rechtslage noch die allgemeine Wirtschaftslage sowie die Löhne in der übrigen deutschen Industrie eine allgemeine Aufbesserung der Bezüge rechtfertigen könnten. In Fällen, wo die Löhne der Arbeiter der vergleichbaren Industrien höher seien, könnte eventuell durch Ortszulagen ein Ausgleich geschaffen werden.

Mit solchen leeren Ausreden soll die Reichsbahngesellschaft diesmal nicht davonkommen. Denn der Lohn der Eisenbahner liegt beträchtlich unter dem Lohne der Industriearbeiter. Nachstehende Tabelle, die der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund für den Bezirk Berlin zusammengestellt hat, beweist es treffend.

Beruf	Stundlohn Mk.	Mehr a. d. gel. Eisenbahn. Mk.	Beruf	Stund.-lohn Mk.	Mehr a. d. gel. Eisenbahn. Mk.
Maurer	1,33	+ 0,43	Gerber	0,94	+ 0,04
Bauhilfsarbeiter .	1,03	+ 0,13	Tapezierer . . .	1,15	+ 0,25
Zimmerer . . .	1,34	+ 0,44	Buchbinder . . .	1,07	+ 0,17
Stukkateure . .	1,44	+ 0,54	Buchdrucker . . .	1,07	+ 0,17
Maler	1,32	+ 0,42	Textilindustrie . .	0,90	—
Steinmetzen . .	1,45	+ 0,55	Schneider . . .	1,05	+ 0,15
Metallindustrie:			Brauer	1,06	+ 0,16
Handwerksbetrieb.	1,35	+ 0,45	Bäcker	1,08	+ 0,18
Tischler	1,11	+ 0,21	Gemeindearbeiter,		
Böttcher	1,20	+ 0,36	gelernte . . .	0,94	+ 0,04
Chem. Industrie .	0,76,5	—	Eisenbahner, gel.	0.90	—

Diese Berliner Zahlen treffen auch für die übrigen Bezirke zu, wobei besonders unterstrichen werden muß, daß auch der angeführte höhere Lohn der Industriearbeiter noch viel zu niedrig ist und aufgebessert werden muß. Es muß also bei den Eisenbahnern ganz beträchtlich zugelegt werden.

Die Reichsbahn ist auch finanziell dazu in der Lage, denn das laufende Geschäftsjahr hat sich in den ersten acht Monaten überaus glänzend gestaltet und verspricht einen Ueberschuß von 1000 Millionen Mark. Das sind nicht zuletzt Rationalisierungsgewinne auf Kosten der Beamten und Arbeiter, die jetzt mit leeren Ausreden abzuspeisen auf den schärfsten Widerstand stoßen wird. Zunächst werden die Gewerkschaften dem Generaldirektor selbst ihre Forderungen vortragen, worüber ihnen im Laufe der Woche Bescheid zugehen soll. —

Gesamtkündigung der Solinger Metallarbeiter

Solingen, 20. September. (Eigner Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband für die Solinger Metallindustrie hat am Dienstag vormittag beschlossen, die Gesamtkündigung für die Metallarbeiter der Solinger Metallindustrie (etwa 25000 bis 30000 Mann) ab 22. September zum 6. Oktober auszusprechen.

Am Dienstag nachmittag fanden vor dem Schlichtungsausschuß neue Verhandlungen zwischen den beiden Parteien statt, die abermals ergebnislos verliefen. Daraufhin fällte der Schlichtungsausschuß mit der Stimme des Vorsitzenden und gegen die Stimmen der beiden Parteien einen Schiedsspruch, der rückwirkend vom 1. September an eine 10prozentige Erhöhung der Tariflöhne für die Facharbeiter, die gelernten Arbeiter, die angelernten Arbeiter und Hilfsarbeiter, eine 15prozentige Lohnerhöhung für Frauen und Mädchen, eine 12prozentige für Lehrlinge und eine 5prozentige für die übertariflich entlohnten Stundenlöhner und Akkordarbeiter vorsieht. Der Schiedsspruch ist erstmalig zum 31. März 1928 kündbar. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 27. September.

Die Parteien werden in den nächsten Tagen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen. Aller Voraussicht nach ist mit einer Verschärfung der Lage zu rechnen. —

Amsterdamer Beschlüsse

Eine Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes befaßte sich dieser Tage in erster Linie mit den zahlreichen Aufgaben, die der Pariser Kongreß dem Vorstand und dem Sekretariat übertragen hat. Schon in dieser ersten Sitzung der durch zwei neue Mitglieder erweiterten Exekutive machte sich die gute Auswirkung verschiedener in Paris getroffener organisatorischer Maßnahmen deutlich bemerkbar. Nach einer in mancher Hinsicht eingetretenen straffern Zentralisierung der Kräfte wird der Inernationale Gewerkschaftsbund mit doppelter Sachlichkeit und Einheitlichkeit seine Arbeit fortsetzen.

Was die in Paris zur Annahme gelangten Resolutionen über die großen Probleme unsrer Zeit betrifft, so traf der Vorstand zunächst vorbereitende Arbeiten zur Ausführung der Beschlüsse hinsichtlich der Wirtschaftslage der Arbeiter, des Kampfes um den Achtstundentag, der Antikriegspropaganda usw. Zuächst soll der endgültige Text des vom Pariser Kongreß aufgestellten wirtschaftlichen Programms den Landeszentralen zur Stellungnahme zugesandt werden. Sie sollen um jene Auskünfte gebeten werden, die jeder sachlichen Wirksamkeit auf internationalem Gebiet zugrunde gelegt werden müssen. Das Endziel ist die Aufstellung eines praktischen Aktionsprogramms, mit dessen Vorbereitung das Sekretariat beauftragt wurde.

Die Frage des Achtstundentags wurde von zwei Gesichtspunkten aus behandelt. Da die Arbeiterschaft international immer noch am meisten von der Ratifizierung der Washingtoner Konvention zu erwarten, sollen die Bestrebungen in dieser Richtug nach Möglichkeit gefördert werden, und zwar durch direkte Schritte bei den Regierungen, durch parlamentarische Eingriffe in Zusammenarbeit mit den der Ratifizierung günstig gesinnten Parlamentsgruppen, durch Propagadaversammlungen und Pressekampagnen. Um die Wirksamkeit dieser Schritte zu erhöhen, sollen sie in den verschiedenen Ländern möglichst gleichzeitig unternommen werden.

Diese Wirksamkeit der äußern Front soll ergänzt werden durch Erhebungsarbeiten innerhalb der Gewerkschaften, durch die ein klares Bild der wirklichen Lage gewonnen werden soll. In diesem Sinne hat der Pariser Kongreß eine Resolution angenommen, in der der Vorstand beauftragt wird, sich mit den Landeszentralen in Verbindung zu setzen, um zu bewirken, daß mit Beginn 1928 alle zwei Jahre eine Untersuchung über die wöchentliche Arbeitszeit durchgeführt und darüber eine Statistik angelegt wird.

Schließlich wurde noch die Gestaltung des Verhältnisses zum Internationalen Arbeitsamt besprochen. Die Landeszentralen und ihre Organisationen sollen so früh wie möglich genau über die dort zur Behandlung kommenden Probleme unterrichtet werden. Diese Aufklärungsarbeit soll dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Möglichkeit geben, internationale Gesichtspunkte hervorzuheben, so daß die Landesorganisationen in der Lage sind, bei der Beantwortung der Fragebogen gegenüber ihren Regierungen diese Richtlinien genau zu beachten.

Die Exekutive des gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitees wurde in ihrer jetzigen Form bestätigt. Die Frage der italienischen Arbeiterbewegung beschäftigte den Vorstand in doppelter Hinsicht, erstens in bezug auf Italien selbst und zweitens in bezug auf die ausgewanderten italienischen Ar-

Uraufführung in Braunschweig

Fünf von der Jazzband.

Braunschweig ist eine alte und altertümliche Stadt. Seltsam berühren sich in ihr Dinge von heute und Zeugen des Gestern und Ehegestern. Mittelalterliche Holz- und Fachwerkhäuser stehen in den Straßen, durch die schmalspurige Trambahnen (noch von gestern) und schmucke Automobile (durchaus von heute) fahren und so etwas wie Verkehr erzeugen. Es wäre nicht so schlimm mit dem Verkehr, wenn die Straßen nicht so schmal wären. Aber wie die Raumverhältnisse einmal sind, machen sie etwas ganz Modernes nötig: Verkehrsreglung. Die Polizisten sehen zum Teil recht martialisch aus mit ihren großen Säbeln. Die Männer mit den verkehrsregelnden weißen Handschuhen passen zu den Automobilen und großen Geschäftshäusern, die langen Säbel passen zu den altertümlichen Häusern und den Ladenschildern, auf denen noch hier und da von „Hoflieferanten" zu lesen ist.

Braunschweig ist ein Land und hat deshalb ein Landestheater. Früher war es ein Hoftheater, als Braunschweig sich noch Residenz nennen durfte. Bis auf die Hoflogen merkt man aber nicht mehr viel von dem einst durchlauchten Charakter dieses Musentempels. In unmittelbarer Nähe des Theaters gibt es entzückend malerische Straßen (eine heißt „Güldenklinke") mit alten Häusern, die von geschnitzten Balken zwar nicht immer ganz im Lot und in der Wage, aber doch immer noch zusammengehalten werden. In unmittelbarer Nähe des Theaters und der alten Straßen gibt es aber auch ein wahrhaft weltstädtisches Hotel mit amerikanischem Komfort. Dieses, im Verein mit einigen Automobilen amerikanischer Herkunft, schmuggelt den energischen und unruhmatmenden Geist der neuen Welt in die verträumte Landeshaupt- und ehemalige Residenzstadt.

Nun hat sich dieser Geist auch in das würdige Landes- und ehemalige Hoftheater geschlichen. Denn dort wurde ein Stück uraufgeführt, das sich — zunächst einmal in seinem Titel — ganz amerikanisch gebärdet. „Fünf von der Jazzband" heißt es. Sein Dichter ist zwar kein Yanker, sondern Berliner und hört auf den durchaus kosmopolitischen Namen Joachimson, Felix Joachimson. Es hat den Anschein, als würde dieser Name doch stets erklingen im Reiche des Theaters, deshalb wollen wir ihn uns für alle Fälle merken.

Diese Komödie paßt ausgezeichnet zu Braunschweig, denn amerikanisch und uraufführungsreif ist sie nur in ihrer äußern Form, während ihre Gedankenwelt recht europäisch und sogar auf eine deutsche Art besinnlich ist. Wir wollen das nicht als Mangel kennzeichnen, denn der absolut unsentimentale Geist Amerikas, der Sacco und Vanzetti sieben Jahre lang hinrichtete, erscheint uns keineswegs als kulturfördernd. Nein, nein: es ist sogar sehr hübsch, wie in diesem Stück unsre Lebensform von heute dem rationalisierenden Amerikanismus und dem eingebornen Hang, die Dinge dennoch zu durchfühlen und auf ihren vielleicht ein wenig träumerischen, aber jedenfall menschlichen Seelennenner zu bringen.

Vier junge Männer: Bill (der Angelsachse), Jean (der Franzose), Moritz (der Deutsche) und Jim (der Nigger) flitzen mit ihrem Automobil durch die Bretagne, um in Städten und Seebädern Jazz-Konzerte zu geben. Durch eine Panne treffen sie auf eine kleine Bar, die Jessy, der Schlankgliedrigen, gehört. In den wenigen Minuten unfreiwilliger Ruhe fassen die vier von ihrer Aufgabe gehetzten Jazzbandisten Sympathie zu dem Mädchen. Aber das Sentiment allein kann nicht entscheiden, Zweckmäßigkeit muß zu Hilfe kommen. Und so fällt ihnen ein, daß ein hübsches Mädchen bei der Jazzband gut figurieren würde; es könnte sich durch ein wenig Pauteschlagen außerdem noch nützlich machen. Kurze Besprechung, jeder der Vier ist einverstanden (weil doch Jessy ein Mädchen, und ein so hübsches ist), Vorschlag. Jessy überlegt wenige Minuten, dann schlägt sie ein, und los geht die Fahrt der Fünf von der Jazzband.

2. Bild: Konzertsaal der nächsten Stadt. Kurze Verständigungsprobe. Es klappt nicht alles. Denn Jessy ist nicht nur ein tüchtiges Mädchen, sondern sie ist auch Weib. Will plötzlich ein Kleid haben für ihr erstes Auftreten, will sonst nicht mitmachen, nicht pauken. Wär's ein Yanker, hätten ihn die vier Jazzbandisten einfach rausgeschmissen, aber es ist eine Yankerin, ein Weib. Also muß man wohl ihren Wunsch erfüllen. Es wird ein Kleid gekauft, aber doch wenigstens zwangsweise ausgeliehen. Das Kleid wird aber von der im Saale sitzenden Eigentümerin erkannt. Skandal, Flucht (mit dem Kleide), Einnahme natürlich beim Teufel. — 3. Bild: Erstes Aufbegehren der Vier gegen den neuen Partner. Aber dieser Partner ist ein Weib. Und auch Jazzbandisten brauchen Weiber. Einer nach dem andern pirscht sich an Jessy heran, macht ihr eine Liebeserklärung und kündigt nächtlichen Besuch an. — 4. Bild: Hotelkorridor mit zwei Zimmertüren. Hinter einer Jessy. Alle vier Jazzbandisten treffen auf ihrem galanten Schleichweg vor Jessys Tür zusammen. Keiner will weichen, da er keinem andern das Feld räumen will. Schließlich sitzen alle vier in Jessys Zimmer, ein wenig verlegen ob ihres Eifers, ein wenig hypnotisiert von dem erotischen Fluid der Situation und immer-noch nächtlich mißtrauisch gegeneinander. Jessy kommert sich einen Dreck um die seltsamen Känze und schläft. Was soll sie auch mit vier Männern! Unter diesen bricht immer wieder Streit aus: ums Rauchen, ums Licht, ums Sprechen. So sitzen die Jungens in der Nacht voller Spannung und doch ohne Ziel. Bis sie sich selber lächerlich vorkommen.

Jung und dumm und vom Tempo ihres Lebensrhythmus gehetzt, erkennen sie nicht ihre Schuld, sondern einigen sich plötzlich in der Anklage gegen das Mädchen, das ihre Arbeit, ihre Redlichkeit, ihre Einmacht und ihre Vernunft gestört hat, einigen sich schnell und radikal: Jessy muß wieder fort, so plötzlich wie sie sie gewonnen hatten, wollen sie sie wieder absetzen. Das minnesängerische Intermezzo ist aus, die kalte Geschäftigkeit nimmt wieder Besitz von ihnen: Jessy wird aus dem Bette geholt, ins Auto gesetzt und im Eiltempo zurückgefahren in ihre Bar. Vor dem Abschied noch eine sehr nachdenkliche Auseinandersetzung, aus der man — und zwar mit einiger Genugtuung — herausspürt, daß der Dichter für Jessy, für das Weib Partei nimmt. Bei aller Nachdenklichkeit ist die Auseinandersetzung aber kurz und eilig, wie alles eilig sein mußte, denn zwischen Anfang und Ende des Stückes liegt nur eine Nacht.

Wie das so erzählt wird, ist ja alles recht amerikanisch. Aber in Jessy wirkt der Hang der Alten Welt zur Verinnerlichung. Ihr ist — bei aller Unbedenklichkeit — die Liebe doch mehr als ein Weekendamusement, mehr als eine Sache des Tempos. Sie ist irgendwie naiver als diese gerissenen Jungens und irgendwie — aus dem Blute heraus — erfahrener, wissender. Sie ist eben nicht nur Girl, das man jederzeit als Partner (und sei es in einer Jazzband) verwenden kann, sondern sie ist Weib, das in Dingen des Herzens oder nur der Sinne diese Sachlichkeit, diese Eile nicht recht kapiert, diesen Eifer und diese Torheit nicht gelten lassen will. Jessy mag alle Vier von der Jazzband recht gern, — ja, sie würde bereit sein, mit jedem von ihnen ein Liebesverhältnis einzugehen; aber diesem Tempo, das jeden zarten Keim, jede seelische Verwurzelung fortreißt, ist sie nicht gewachsen. Sie bleibt erstaunt, erschreckt und wehmütig zurück. Die vier Jazzbandisten brausen mit ihrem Auto davon. Mit Frauen und Gefühlen wissen sie nichts anzufangen, wenigstens nicht mehr als mit einem Motor und einem Saxophon. — Nur der Neger Jim scheint ein wenig mit Jessy zu fühlen. Leider ist er recht unklar gezeichnet vom Dichter, quälend gehemmt und nicht voll verständlich. —

Das alles ist im flottem Dialog geschrieben, mit netten Sentenzen gewürzt und in atemraubendem Tempo entwickelt, so daß man von A bis Z gefesselt, amüsiert und zum Schlusse dann doch ein wenig nachdenklich ist. In den 6 Bildern pocht wirklich der Rhythmus unsrer Zeit, wird wirklich die Mentalität unsrer Generation abgehandelt. Deshalb scheint uns diese Komödie mehr als ein flottes, lustiges Stück zu sein.

Zwischen klaren, unsentimentalen Bühnenbildern (Bert Hoppmann) agierten Margarete Friedberg, Fritz Ochtenberg, Hermann Kupfer, Günter Günthermann und Guste Bockr unter der befeuernden Regie von Heinrich Voigt. Große schauspielerische Leistungen gab es nicht zu sehen, aber geschlossenes Zusammenwirken und eifrige Hingabe. Eine witzige und kesse Musik war von Rudolf Harlung und Hans Steinkopf beigesteuert, die die kurzen Pausen unterhaltsam füllte und ein stilgemäßes Akkompagnement zu den flotten Szenen bot.

Das Publikum des Landestheaters fand offenbar Gefallen an diesem in der Form grotesken, im Gedanken aber gar nicht

beiter. An der zweiten Frage sind Frankreich, Belgien, die Schweiz und Luxemburg interessiert. Es wurde die Abhaltung einer Konferenz aus Vertretern der in Betracht kommenden vier Länder sowie der beteiligten Berufssekretariate in Aussicht genommen.

Wegen einer bestimmten Sprache oder Hilfssprache gemäß Auftrag des Pariser Kongresses soll an die Landeszentralen und Berufssekretariate herangetreten werden. Die Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird auf der nächsten Ausschußsitzung vom 17. bis 20. Jauar in Berlin weiter behandelt werden. Die nächste Vorstandssitzung findet am 7. und 8. November in Amsterdam statt.

Völkerbund

Genf, 20. September. Am Dienstag ist es hinsichtlich der Abrüstungsfrage gelungen, in der von der dritten Kommission ernannten Unterkommission zur Annahme eines Textes zu gelangen, der alle in der Genraldebatte gemachten Anregungen enthält.

Ende der letzten Woche konnte es scheinen, als ob zwischen der These, wie sie der französische Delegierte Boncour vertreten hat: „Durch Sicherheit zur Abrüstung!" und der These des deutschen Delegierten Graf Bernstorff: „Durch Abrüstung zur Sicherheit!" ein unüberbrückbarer Gegensatz bestände. Die Aussprache in der Unterkommission hat nun ergeben, daß die Anschauungen über die kommende Entwicklung der Abrüstung weniger scharf sind, als es zuerst scheinen konnte. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß man sich einstimmig auf eine Arbeitsmethode geeinigt hat, die eine Lösung sowohl des Sicherheitsproblems als des Abrüstungsproblems bezweckt.

Die Resolution, die in der Unterkommission am Dienstag nach langer Debatte in vertraulicher Sitzung angenommen wurde und die noch der Bestätigung durch die dritte Kommission beziehungsweise die Vollversammlung bedarf, enthält einleitend den ersten Teil der am letzten Sonnabend von Paul Boncour eingebrachten Tagesordnung. An Stelle der ersten im Boncourschen Entwurf etwas allgemein gehaltenen Empfehlung, Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, ist ein präziserer Text angenommen worden.

„Wenn es auch nur langsam vorwärts geht, so geht es doch vorwärts, und das ist das Wichtigste!" erklärte am Dienstag abend ein führendes Mitglied der Unterkommission dem Genfer Sonderberichterstatter des „Sozialistischen Pressedienstes". Das ist der allgemeine Eindruck, nachdem man gestern noch die Empfindung hatte, daß die Abrüstungsfrage in eine Sackgasse geraten sei. Trotz der Annahme der Resolution durch die Unterkommission darf man sich jedoch keinerlei Illusionen hingeben über die großen Hindernisse, die es noch zu überwinden gilt, ehe das Werk gelingen kann.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte am Dienstag mittag eine längere Besprechung mit dem zweiten französischen Delegierten Paul Boncour über das Abrüstungsproblem. —

Deutschnationaler Parteitag

TU. Königsberg, 21. September. Im großen Saale der Königsberger Stadthalle wurde am Mittwoch der deutschnationale Parteitag eröffnet. In seinem Vortrag über „Unser Weg zur Macht in Reich und Ländern" wies Graf Westarp einleitend darauf hin, daß sich die Partei in Köln das Ziel gesetzt hatte, mit dem ihr zustehenden Einfluß unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit unmittelbaren Anteil an der Regierungsgewalt im Reich und in den Ländern zu erringen. Im Reiche sei sie Regierungspartei geworden.

Die Verbindung mit der Mitte sei nach langer Zeit durch feste Regierungsverhältnisse geschaffen und dadurch fruchtbringende Arbeit ermöglicht worden. Trotz ernster Opfer und Schwierigkeiten bei Wahrung der grundsätzlichen Unabhängigkeit sei die Partei entschlossen, die eingegangene Regierungsgemeinschaft aufrechtzuerhalten und in ihrem Sinn immer fruchtbringender zu gestalten, solange die Grundlagen nicht erschüttert würden, auf denen sie ruhe, aber nicht einen Tag länger, so wie das auch das Zentrum für sich in Anspruch genommen habe.

Hauseinsturz in Magdeburg

Im Hause Jakobstraße 29 stürzte am Mittwoch mittag um 1 Uhr die Decke in der 2. Etage ein. Sie durchschlug noch die andre Decke. Wohnungseinrichtungen wurden zerstört. Ein etwa 9jähriger Junge mußte mit schweren Verletzungen in das Altstädter Krankenhaus gebracht werden. Ursache zu dem Einsturz soll sein, daß die Balken morsch gewesen sind. Das Haus neigt sich vollständig nach der Straße. Wenn nicht durch Maurerarbeiten ein Gerüst vorhanden war, wäre das ganze Gebäude eingestürzt. Die Feuerwehr ist an der Unfallstelle mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

Das Haus ist ein dreistöckiges Haus. Schmal steht es wie ein zurückgebliebenes Kind in der Häuserflucht zwischen seinen breiten und hochgewachsenen Brüdern. Im Erdgeschoß sollte ein Laden eingebaut werden. Ein Stück Front war herausgebrochen und ein großer Eisenträger eingebaut. Die ganze Vorderfront hat neuen Putz bekommen. Zurückzuführen ist der Einsturz darauf, daß die alten Holzbalken, die die Etagen tragen, so morsch und verfault sind, daß sie eben die Last der Stuben usw. nicht mehr tragen konnten. Uns scheint es ja ein wenig unverständlich, daß man beim Einziehen des Eisenträgers nicht gemerkt hat, daß es unbedingt notwendig ist, die Holzbalken zu erneuern. Das ganze Haus ist durch den Deckeneinsturz derart demoliert, daß es abgerissen werden muß. Es wäre sicher eingestürzt, wenn nicht das Maurergerüst noch etwas Halt geboten hätte. Die sofort alarmierte Feuerwehr hat das Haus gesteift durch Anlage von Druckstützen. Am ärgsten betroffen sind die Einwohner, die durchweg Arbeiter sind und deren Wohnungseinrichtungen demoliert sind. Sie haben Glück im Unglück gehabt, da niemand ernstlicher verletzt oder gar zu Tode gekommen ist. Gefährlich genug steht es aus. Dieser Einsturz wird von neuem die Frage aufwerfen, wann und wo die lange geforderte Sanierung der Altstadt endlich in Angriff genommen wird. Oder sollen sich die längst abbaureifen Häuser durch Einsturz selbst beseitigen und Menschengut und Menschenleben in Gefahr bringen? —

Für die laufende Reichstagssession sehe er noch manche ernste Schwierigkeit, aber keien unüberwindlichen Hindernisse für den Bestand der Koalition, dagegen noch sehr bedeutungsolle Aufgaben, die diese no chzu lösen habe.

Für die kommenden Wahlen seien die Deutschnationalen gerüstet. In den Ländern sei das in Köln aufgestellte Ziel noch nicht überall erreicht. Der dort eingeschlagene Weg sei erst zur geringren Hälfte zurückgelegt, solange nicht die Macht der Sozialdemokratie in Preußen ge rgchen ist. Er müsse erinnern an die Art, wie die preußische Regierung den Reichsrat zum Tummelplatz parteipolitischen Kampfes gegen die Reichsregierung zu mißbrauchen versuchte.

Bei der Bildung der Reichsregierung zu Beginn dieses Jahres seien die Deutschnationalen um der Sache willen bereit gewesen, ohne weiteres auch für Preußen die schwere Verantwortung des Eintritts in eine Koalitionsregierung zu übernehmen. Jetzt mit dem Beginn des deutschen Wahljahres werde es von Tag zu Tag notwendiger, zu erwägen, ob die Opfer noch am Platze seien, die der Eintritt in die Regierung in dem Staate der Partei- und Massenherrschaft bedeute. (Der dunkeln Worte dunkler Sinn ist der, daß die Deutschnationalen die Hoffnung auf die Eroberung Preußens vorläufig aufgegeben haben. Die Trauen sind ihnen zu sauer). —

Reichskabinett und Hindenburg-Rede

Berlin, 21. September. (Eigner Drahtbericht.) Zu der Meldung des „Vorwärts", daß Reichsaußenminister Stresemann den Wortlaut der Hindenburg-Rede bei der Tannenberg-Feier vorher nicht gekannt, und daß er die Rede im ganzen nicht gebilligt habe, wird heute von zuständiger Regierungsstelle auf das bestimmteste erklärt, daß sämtliche beteiligten Instanzen vorher befragt wurden, daß die Ansprache Hindenburgs sowohl dem Reichskanzler wie dem Reichsaußenminister vorgelegen habe. Von beiden Seiten seien Einwendungen gegen die Rede nicht erhoben worden.

Mit dieser Erklärung übernimmt das Reichskabinett auch formell die Verantwortung für die Rede Hindenburgs in Tannenberg. —

*

Schwaches Echo in Amerika

Neuyork, 20. September. Die drei führenden Neuyorker Morgenblätter, „Times", „Tribune" und „World" nehmen bisher weder zur Rede Hindenburgs noch zu derjenigen Poincarés über die Kriegsschuldfrage Stellung. „Baltimore Sun" hält es für durchaus verständlich und berechtigt, daß Präsident von Hindenburg, dessen Aufrichtigkeit in der ganzen Welt anerkannt werde, Deutschland vor der vollen Last der Reparationen zu bewahren suche, die ihm mit der Begründung der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg aufgebürdet worden seien. Es sei jedoch noch etwas verfrüht, eine leidenschaftslose objektive Erörterung der Frage der Verantwortlichkeit am Weltkrieg schon jetzt zu erwarten.

„Washington Star" hält gleichfalls die Zeit für noch nicht gekommen, um das richtige Urteil über die Ursachen des Weltkriegs zu finden. Erst die spätere Geschichte werde diese Frage beantworten können. —

Rakowski opfern und Sicherungen geben

Wie der Pariser „Matin" zu berichten weiß, hat der französische Botschafter in Moskau, Herbette, auf Grund der Ergebnisse des Pariser Ministerrats vom Sonnabend der Sowjetregierung mitgeteilt, daß Frankreich geneigt sei, über den russischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zu verhandeln, allerdings müßte der Boden für ein politisches Abkommen vorher durch den russischen Außenminister Tschitscherin geebnet werden. Dazu gehöre vor allen Dingen die Wegräumung von drei Hauptthindernissen: Rakowski, der von der Mehrheit der französischen Oeffentlichkeit als diskreditiert betrachtet wird, müsse abberufen werden; ferner müsse Tschitscherin seine Auslandsvertreter und auch die Agenten der dritten Internationale anweisen, sich jeder weitern Einmischung in die innern Angelegenheiten Frankreichs zu enthalten, und schließlich müsse Tschitscherin endgültige Vorschläge zur Vereinigung der Schuldenfrage machen.

Die vom russischen Außenminister geforderten Anweisungen an die Sowjetagenten in Frankreich türmen neue Schwierigkeiten auf. Werden sie doch in einer Stunde gefordert, da sich Moskau nicht einmal mit dem Gedanken der Abberufung Rakowskis vertraut machen kann. So schrieb die Moskauer „Iswestija" noch am Dienstag, daß keinerlei Veranlassung bestehe, den Sowjetbotschafter als nicht genehme Person für Frankreich zu erklären. Die bisherige Rolle Rakowskis in den französisch-sowjetrussischen Verhandlungen mache ihn zu der geeignetsten Persönlichkeit zur Führung der sehr verantwortungsvollen Verhandlungen. Nach Gründen für eine Abberufung Rakowskis zu suchen, heiße daher, einen völlig unbegründeten Konflikt schaffen.

Und nun fordert die französische Regierung vor Beginn der Nichtangriffspakt-Verhandlungen nicht nur die Abberufung Rakowskis, sondern auch noch die Anweisung an alle Sowjetagenten in Frankreich, daß sie sich dort nicht weltrevolutionär, sondern so aufzuführen haben, wie es die französische Regierung zu fordern berechtigt zu sein glaubt. Tschitscherin ist wahrlich nicht zu beneiden. —

Parlament nach Hause geschickt

Die polnische Regierung hat der verfassungsmäßigen Tätigkeit des Parlaments ein plötzliches Ende bereitet, um die Annahme eines Mißtrauensvotums zu verhindern. Vizepremier Bartel verlas sofort nach der Eröffnung des Sejms am Dienstag eine Verfügung des Staatspräsidenten, wonach die außerordentliche Session um 30 Tage verschoben wird. Die Abgeordneten reagierten auf diesen antidemokratischen Akt durch Zurufe wie „Feiglinge" und „Wo bleibt die Verfassung?"

Die nächste Sitzung dürfte infolgedessen erst am 25. Oktober sein. Man nimmt an, daß die Regierung dann die Haushaltsvorlage unterbreiten wird. Die Wahlperiode, die eigentlich im Herbst abläuft, wird dadurch automatisch bis zum Herbst 1928 verlängert, zumal die Regierung Neuwahlen nicht wünscht.

Diese Handlungsweise der Regierung hat gewaltige Entrüstung bei denjenigen hervorgerufen, die bisher trotz der antidemokratischen Tendenz der Regierung zu Pilsudski noch ein gewisses Vertrauen bewahrt hatten. Hat es sich doch jetzt mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Regierung sich über die in der Verfassung festgelegte Trennung von Exekutive und Legislative hinwegsetzt. Damit vereint die Regierung beide Gewalten in ihrer Hand, übt tatsächlich diktatorische Gewalt aus und unterdrückt jeden Versuch des Parlaments, ihre Handlungen zu kritisieren oder gar eigne Gesetze zu beschließen.

Da Pilsudski der stets wachsenden Unzufriedenheit der breiten Massen, wie sie eben erst der Aufruf der freien Gewerkschaften mit der Ankündigung schließen ließ, einer bourgeoisen Diktatur die Diktatur der Arbeiterklasse entgegenzustellen, kein Ventil durch Neuwahlen gewähren will, so muß mit der Möglichkeit innerpolitischer Komplikationen gerechnet werden.

Im sozialistischen „Robotnik" kennzeichnet der Arbeiterführer Niedzialkowski das Ereignis als eine Flucht der Regierung vor der Abrechnung, der sie aber schließlich doch nicht entgehen wird. Die Minister schienen vergessen zu haben, daß das parlamentarische System die Grundlage der polnischen Verfassung bilde; wenn jetzt Minister den gegenwärtigen Sejm belächelten, so träfen sie damit in gleicher Weise den Parlamentarismus und die Regierung selbst. —

Notizen

Preußen zum Reichsschulgesetzentwurf. Das preußische Kabinett hat am Dienstag die seit Wochen gepflogenen Erörterungen über den Reichsschulgesetzentwurf der Reichsregierung abschließend beraten und einstimmig einer ganzen Reihe von Abänderungsanträgen zugestimmt. Es wurde gleichzeitig beschlossen, die Stellungnahme des preußischen Kabinetts zu dem Reichsschulgesetzentwurf in einer ausführlichen Begründung niederzulegen. —

General Heye fährt nach Amerika. Der Chef der deutschen Heeresleitung, General Heye, wird Anfang Oktober nach Beendigung der Manöver seinen Urlaub zu einer privaten Reise nach Amerika benutzen. Eine Meldung, daß General Heye diese Reise auf Einladung der amerikanischen Regierung unternimmt, entspricht, wie die „Tägliche Rundschau" von unterrichteter Seite erfährt, nicht den Tatsachen. —

Pariser Urteile. Die zwölfte Pariser Strafkammer hat zahlreiche Führer der Kommunistischen Partei zu teilweise außerordentlich hohen Freiheitsstrafen wegen verschiedener Vergehen, wegen Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam in Wort und Schrift, kommunistischer Propaganda und ähnlicher Delikte, verurteilt. —

Blutiges Gefecht in Nikaragua. Am Montag fand zwischen einer Abteilung von 20 amerikanischen Marinetruppen und 25 Polizisten von Nikaragua einerseits und einer Abteilung von über 100 Banditen, die angeblich Anhänger der liberalen Partei sein sollen, ein Gefecht statt. Ein amerikanischer Marinesoldat und ein Mitglied der Polizei wurden getötet und ein Marinesoldat tödlich verwundet. —

Wahlen in Irland. Nach dem endgültigen Wahlergebnis erhielt die Regierungskoalition 79 Sitze, von denen zwölf auf die Unabhängigen und sechs auf die Landbündler entfallen. Die Opposition verfügt über 73 Sitze, die sich folgendermaßen verteilen: Republikanische Partei der Richtung de Valera 57, Arbeiterparteiler 13, Nationale Liga 2 und Arbeitersyndikat 1 Sitz.

Depeschen

Könnecke in Angora gelandet

Wb. Angora, 21. September. Der Flieger Könnecke, der gestern nachmittag zu einem Ostasienflug in Köln startete, hat die vorgesehene erste Etappe seines Fluges zurückgelegt und ist heute glücklich in Angora gelandet. (Siehe auch Kleine Chronik.) —

Doch noch ein Junkers-Ozeanflug?

T. U. Berlin, 21. September. Wie die „B. Z." meldet, steht seit einigen Tagen in Norderney eine Junkersmaschine vom Typ G 24, die in absehbarer Zeit, einigermaßen günstige Witterung vorausgesetzt, zum Ozeanflug nach Amerika starten soll. Die Route führt über die Azoren, wo bereits seit einiger Zeit einige Beauftragte der Junkerswerke zur Vorbereitung einer Zwischenlandung weilen.

Wie die Berliner Vertretung der Junkerswerke mitteilt, handelt es sich bei diesem Flugzeug zwar um einen Junkerstyp, doch sind die Junkerswerke nicht mehr Eigentümer dieser Maschine. Näheres war nicht in Erfahrung zu bringen. —

Drei Opfer des Tunnelbauunglücks

* Berlin, 21. September. Das gemeldete Einsturzunglück bei dem Tunnelbau der Stadtbahn hat drei Todesopfer gefordert. Die Leiche des Arbeiters Ernst Rödling wurde heute morgen bei den Aufräumungsarbeiten gefunden. (Siehe auch Kleine Chronik.)

übertriebenen Zeitspiegelchen. Es zeichnete Spielleiter, Darsteller und den jungen Dichter mit reichem Beifall aus. Ecke.

Die Aufführung des „Kaufmanns von Venedig" um 2 Tage verschoben. Technische Schwierigkeiten bei der Herstellung des ersten Bühnenbildes für die Aufführung des „Kaufmanns von Venedig" auf der Versuchsbühne der Deutschen Theater-Ausstellung haben eine Verschiebung der Aufführungstermine notwendig gemacht. Die erste Aufführung wird daher nicht Donnerstag den 22. September, sondern Sonnabend den 24. September, herauskommen. Die zweite Aufführung findet dann Dienstag den 27. September und die dritte Donnerstag den 29. September statt. Die für Donnerstag den 22. September bereits gelösten Karten gelten nunmehr für Donnerstag den 29. September. Die andern Karten behalten ihre Gültigkeit. Die Aufführungen finden nachmittags 5 Uhr in der Versuchsbühne der Deutschen Theater-Ausstellung statt. Um Zweifel zu beheben, sei festgestellt, daß in jeder Aufführung alle drei Stilarten hintereinander gespielt werden, um die Entwicklung des szenischen und darstellerischen Spieles zu zeigen. Die Nachfrage nach Karten (Einheitspreis 2 Mark) ist sehr groß. Von jeder der drei Aufführungen steht nur noch eine beschränkte Zahl von Karten zur Verfügung. Der Verkauf der Karten erfolgt an der Kasse der Deutschen Theater-Ausstellung. Es muß damit gerechnet werden, daß an der Kasse der Versuchsbühne unmittelbar vor den Aufführungen keine Karten mehr zu haben sind. —

Professor Petzold gestorben. In München ist im Alter von 78 Jahren der frühere ordentliche Professor für innere Medizin an der Universität Erlangen, Professor Dr. Franz Petzold, gestorben. Sein Wirken spielte sich ausschließlich in Erlangen ab, wo er 1875 Privatdozent, 1882 außerordentlicher und 1886 ordentlicher Professor wurde. Im Jahre 1920 trat er vom Lehramt zurück. Petzolds Lehrbuch der klinischen Arzneibehandlung ist in zehn Auflagen, sein Handbuch der klinischen Therapie in sechs Auflagen erschienen. —

Der sozialistische Dichter Dr. Hermann Gorter, der zu den großen Reformatoren der niederländischen Literatur gehörte und sich bereits 1898 gleichzeitig mit der Schriftstellerin Henriette Roland-Holst den Sozialdemokraten anschloß, ist in Brüssel im Alter von 61 Jahren gestorben. Der Verfasser des wunderbaren Maigedichts hatte sich in den letzten Jahren allerdings der Bewegung entfremdet und war mehr und mehr ins kommunistische Fahrwasser geraten, wo der große Kämpfer und Idealist auch nicht das zu finden vermochte, was er suchte. Er war Dichter durch und durch, und dies erklärt die großen Leistungen wie auch die großen Enttäuschungen seines Lebens. Der Sozialismus war ihm ein schöner Traum, ein unantastbares Ideal. Aber er war auch Individualist, und sein Individualismus brachte ihn wieder in Gegensatz zu der gleichen Masse, für die er doch so glühend zu streiten begehrte. Er wird stets zu den großen Gestalten der niederländischen Literatur gehören. —

6 fesche Damen-Hüte

zu auffallend billigen Preisen!

Damenhut aus Silkina, mit Biesenrand **4.95**

Lindbergh-Kappe aus Velvet, mit Ziernadel . . . **2.95**

Damenhut kleidsame Glocke, mit Fantasiegarnitur **5.75**

Vornehmer Frauenhut Kappenkopf und moderne Fantasiegarnitur **6.75**

Reizende Kappe aus Duvetine oder Samt-Cord, mit Gummizug, für Strasse und Sport **4.95**

— Besonders günstige Kaufgelegenheit —
Seiden-Zylinder-Plüsch in schwarz, für Damenhüte Meter **1.50**

Minoches die moderne Fantasie, in den neuesten Farben . . **50** Pf.

Lehrer-Ausgabe:
Filzhüte moderne Farben und Formen **3.45**

Fescher Stumpenhut weich verarbeitet, mit Fantasiegarnitur **7.90**

Lange & Münzer

MAGDEBURG
Breiter Weg 51/52

Total-Ausverkauf

Decken Sie Ihren Einkauf

Jetzt

Sie sparen Geld

Nie wieder kaufen Sie meine bekannt guten Qualitäten zu solch

billigen Preisen.

Sie finden noch

große Auswahl

Damen-Wäsche
Kinder-Wäsche
Herren-Wäsche
Kleider- und Mantelstoffe
Wäschestoffe — Bettwäsche
Strümpfe — Handschuhe
Gardinen — Korsetts
Wollwaren
Damen-Mäntel
Gesellschafts-Kleider
Pelzjacken — Pelzkragen
Morgenröcke

Die Preise sind gewaltig herabgesetzt.

Rudolf Broesje

Jakobstraße, Ecke Peterstraße.

First Church of Christ Scientist

(Erste Kirche Christi Wissenschafter) Magdeburg

Oeffentlicher Vortrag

über die

Christliche Wissenschaft!

— Christian Science —

von Miß **Violet Ker Seymer** C. S. aus London (England), Mitglied des Lektoren-Ausschusses der Mutterkirche **The First Church of Christ,** Scientist in Boston, Massachusetts (U. S. A.) in der

Stadthalle (Rotes Horn, Ausstellungsgelände)
am Donnerstag den 22. September, abends 8 Uhr.

— Eintritt frei. — Straßenbahnlinie 10 u. Ausstellungswagen —
Lesezimmer am Vortragsabend von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet. 2626

Möbel

Herrenzimmer
Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen
Einzelmöbel

kaufen Sie billig u. gut im **Möbelhaus** von

Wilhelm Bahle
Magdeburg,
Ratswageplatz 1/2, I
Fernsprecher 3232.

Größte Auswahl.
Teilzahlungen gestattet

Reparaturen
Müller,
Apfelstraße Nr. 6.
Telephon 8812

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsgruppe Gardelegen.

Am Sonnabend den 17. d. M. riß der Tod unsern lieben Kameraden

Fritz Salmann

aus unsrer Mitte. Er war ein treuer Kämpfer für Republik und Verfassung. Wir werden sein Andenken immer ehren. Leicht sei ihm die Erde!

Die Ortsgruppenleitung.

Am Dienstag den 20. September, mittags 2 Uhr, erlöste der unerbittliche Tod meine inniggeliebte Frau, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

Emmi Bluhme

geb. Föllmer

im 39. Lebensjahre von ihrem langen, schweren, qualvollen Leiden.

Magdeburg, 21. September 1927.
Tischlerkrugstr. 26 2683

In tiefer Trauer

Gustav Bluhme nebst Eltern.

Die Beerdigung findet am Freitag nachm. 4 Uhr von der Kapelle des Westfriedhofs aus statt.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfall. 19 September. Ehefrau des Arbeiterrentners Gustav Bertz, Anna geb. Holtmann, 59 J.

Magdeburg-Südost.

Todesfall. 16. September. Anna geb. Hensel, Ehefrau des Schmiedemeisters Hermann Urban, 67 J.

Todesfälle. 18. September. Former Heinrich Hoppe, 72 J. Arbeiterrentner Karl Gebhardt, 66 J.

Magdeburg-Sudenburg.

Todesfälle 19. September. Maschinist Friedrich Heinemann, 79 J. Ehefrau des Arbeiters Franz Herrmann, Amalie geb. Wiedemann, 72 J. Arbeiter-Witwe Marie Naumann, geb. Bufanovern. Sarf, 78 J. Droschkenbesitzers-Witwe Elisabeth Ulrich geb. Lions, 82 J. Frauen Clara Brunne, 51 J. Geselchte, T. des Bäckermeisters Johann Reuter, 3 T. Bäckermeister Friedrich Pfingsmacher, 46 J.

Kochbücher für den einfachen Haushalt von 2.90 Mark an Buchhandlung Volksstimme

Von der Reise zurück

Sanitätsrat Dr. Neubaur

Olvenstedter Straße 53.

Radfahrer, Achtung!
Spezial-Reparaturwerkstatt f. Fahrräder. Einzelteile, Verzeichnis und Ersatzteile billigst. Zentralnabe, Bucha, Kapellenstraße 5.

2 mähl. neue Federbetten mit la. rot. bdrckt, mit weiß. Einschlagen und Daunen gefüllt, auch im einzeln. zu verk. sowie ein practvoll. Bettbett 29 Mark. Kopfkissen 5 Mark. Goethestraße Nr. 37, parterre r.

Am Montag den 19. September entschlief sanft und unerwartet unser lieber, treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater 2682

Friedr. Hillberg

im 80. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Witwe Agnes Riemann
geb. Hillberg und alle Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Friedrichstädter Friedhofs aus statt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltung Magdeburg

Am 18. d. M. starb unser Kollege

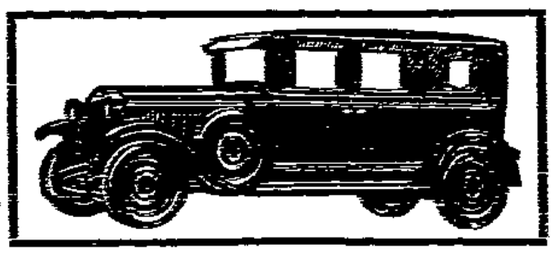
Karl Kranz

62 Jahre alt, an einem Magenleiden. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung ist bereits erfolgt.

Die Verwaltung.

AUTO-Schönheits-Wettbewerb!



Mit dem von uns gelieferten 12/55 PS Mercedes-Benz-Sport-Cabriolet errang Herr Ziegenhorn, Dessau, im diesjährigen Schönheits-Wettbewerb gegen zahlreiche in- u. ausländische Konkurrenz den **I. Preis in Bad Harzburg** und einen **II. Preis in Baden-Baden.**

Fa. Völker & Pistor.

Zur gefl. Kenntnisnahme! Die Firma Völker & Pistor ist aufgelöst. — Das Unternehmen wird von mir in unveränderter Weise in denselben Räumen weitergeführt. Ich halte meine Dienste einer werten Kundschaft auch fernerhin bestens empfohlen.

Adolf Völker, Karosserie-Werke

Magdeburg, Halberstädter Straße Nr. 129. Fernruf Nr. 41019 u. 40706.

Magdeburger Fischhallen

der Deutschen Seefischhandels-Aktiengesellschaft

Täglich Zufuhr frischer Seefische und Räucherwaren

empfehlen in bester Qualität und großer Auswahl

DSAG

Zum Kochen: ff. Helgoländer Angelschellfisch. — ff. großen Schellfisch im Ausschnitt — ff. großen Kabeljau im Ausschnitt. — ff. großen Heilbutt im Ausschnitt. — ff. frischen Steinbutt. — ff. rotfleisch. Flußlachs. — ff. frischen Flußzander.

Besonders preiswert: ff. großen Seelachs im Ausschnitt Pfund 40 ₰
ff. frischen Rotbarsch, ohne Kopf . . . . Pfund 40 ₰

Zum Braten: ff. große Rotzungen . . . Pfund 100 ₰ ff. frische Matrelen . . . . . 40 ₰
ff. Fischfilet, ohne Gräten . Pfund 70 ₰ ff. frische Bratschollen . . . . . 40 ₰

Lebende Aale, lebende Karpfen, lebende Schleie, lebende Hechte

Verkaufsstellen: 2751

Alte Ulrichstraße Nr. 13 Breiter Weg Nr. 89/90 Jakobstraße Nr. 28 Schönebeck, am Bahnhof

Sozialdemokratische Kommunalpolitiker in Magdeburg

Die zweite Kommunalkonferenz

Am Dienstag begann mit dem Zusammentritt des kommunalpolitischen Beirats beim Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei die kommunalpolitische Woche in Magdeburg. Es ist die zweite kommunale Tagung der deutschen Sozialdemokratie. Die erste fand gelegentlich des diesjährigen Parteitags in Kiel statt. Eine geschlossene Delegiertensitzung am Dienstag nachmittag in der Stadthalle erledigte organisatorische Fragen sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Am Abend fand im „Klosterbergegarten" ein Begrüßungsabend für die Delegierten und Gäste statt. Genosse Beims begrüßte die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker im Namen der Stadt. Stadtbaurat Göderitz sprach über den Stadthallenbau und seine architektonische und technische Entstehung. Schon das wenige, was die Gäste auf der Ausstellung und in der Stadthalle von Magdeburgs neuen Bauwerken bisher sehen konnten, brachte ihnen die Ueberzeugung, daß Magdeburg die Stadt des neuen Bauwillens ist. Was Baurat Göderitz in seiner Rede betonte, daß nämlich die großen Werke nur geschaffen werden konnten, weil Genosse Beims als Oberbürgermeister ihr stets seine ganze Förderung zuteil werden ließ, das ist für alle Einsichtigen in Magdeburg längst zur Gewißheit geworden, ist aber auch ein glänzendes Zeugnis für den Erfolg sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Die Begrüßungsfeier wurde wirkungsvoll umrahmt von einem Doppelquartett des Magdeburger Volkschors unter Leitung von Otto Brockhoff.

Der Einfluß der Sozialdemokratie in den Kommunen und sonstigen Selbstverwaltungskörpern ist geworden und gewachsen mit dem freien Wahlrecht in Deutschland. Die demokratische Selbstbestimmung des Volkes, die freie Betätigung des Staats- und Gemeindebürgers in den Parlamenten von Reich, Staat und Gemeinde ist eine der ursprünglichsten Forderungen der Sozialdemokratie. Im alten Preußen des Dreiklassenwahlrechts hatten gerade die breiten Schichten des Volkes über ihr eignes Geschick nicht mitzubestimmen. Wer Besitz sein eigen nennen konnte, hatte damals ein vielfaches an Staatsbürgerrechten. Der arme, arbeitende und ausgebeutete Mensch aber mußte nach dem Willen der Herrschenden zusehen wie die andern regierten, über ihn und sein Geschick bestimmten.

Es gelang auch schon vor dem Krieg in die festen Burgen der Dreiklassenparlamente in den Gemeinden die sozialdemokratische Bresche zu legen. Dort, wo die Besitzbürger um ihre kleinlichsten materiellen Interessen kämpften, wo nur Krämergeist und widerlichster Interessenkampf herrschte, brachte die Sozialdemokratie den Kampf in die Richtung des Allgemeinwohls, in die Sphäre der Gemeindeinteressen. 45 000 sozialdemokratische Vertreter sind heute in den Parlamenten der Städte, Gemeinden und Kreise tätig, den sozialen Geist des Fortschritts zur Wirksamkeit zu bringen.

Das ist sicher ein gewaltiger Erfolg im Kampf um den sozialistischen Einfluß im Staate. Die große Bedeutung der sozialdemokratischen Kommunalpolitik im Reiche kommt auch zum Ausdruck in der zahlreichen Beschickung der Konferenz. Einschließlich der Mitglieder des Beirats und Ausschusses sind 229 Delegierte anwesend. Außerdem aber noch etwa 200 Gäste.

Die großen kommunalen Spitzenorganisationen, wie Reichsstädtetag, Landgemeindetag und Reichsstädtebund haben Vertreter zu der sozialdemokratischen Tagung entsandt. Als Vertreter der kommunalpolitischen Beratungsstelle für die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei nimmt Genosse Pölzl an der Konferenz teil.

Die öffentliche Haupttagung wurde am Mittwoch vormittag im „Klosterbergegarten" eröffnet. Sie befaßt sich mit dem so überaus wichtigen Wohnungsproblem, das ja heute im Mittelpunkt aller Kommunalpolitik steht oder stehen sollte. Am Donnerstag werden Stadtbesichtigungen den Gästen einen Einblick in die Magdeburger kommunale Arbeit geben. Sie werden hoffentlich reiche Anregungen von ihrem Besuch mit heimwärts nehmen.

*

Die öffentliche Tagung

Am Mittwoch vormittag wurde im „Klosterbergegarten" vom Genossen Stelling (Berlin) die zweite Kommunalkonferenz der Sozialdemokratischen Partei eröffnet. Er betonte in seiner Begrüßungsrede, daß es kein Zufall sei, daß die Kommunalpolitische Woche in Magdeburg gerade von der Sozialdemokratie eröffnet werde. Sie war auch im alten Dreiklassenstaat die Drängerin in der Gemeindearbeit, die der Sehnsucht der Massen nach Licht und Luft Ausdruck gegeben hat und die deshalb auch heute mit der Lösung der Wohnungsfrage ein großes Stück sozialen Elends beseitigen will. Genosse Stelling stattete den Dank der Partei ab an alle die Gemeindevertreter, die oft auf schwierigsten Posten gerade in den Landgemeinden dem sozialen Fortschritt ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben. Die Sozialdemokratie will ernstlich mitarbeiten an den großen Aufgaben der Gemeinden, will Wege suchen, die aus dem Dilemma unsrer Tage hinausführen. Sie sieht dabei ein Wesentliches in der Schaffung des deutschen Einheitsstaates und sie wird auch in dieser Frage Stürmerin und Drängerin sein. Der Redner begrüßte dann die Ehrengäste, den Vertreter der Stadt, Genossen Beims, des Reichsstädtebundes Dr. Häckel, des Landgemeindetags Bürgermeister Lange (Weißwasser), Regierungspräsident Dr. Grützner (Merseburg), und den Genossen Pölzl (Tschechoslowakei), als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Genossen Dr. Hertz und Keil.

Begrüßungsansprachen

Oberbürgermeister Genosse Beims, der durch eine Halserkrankung am Reden stark behindert ist, begrüßt in kurzen, aber herzlichen Worten die Tagung in Magdeburg und wünscht besten Erfolg.

Genosse Ferl spricht namens der Parteiorganisation im Bezirk und am Ort. Er weist darauf hin, daß diese Tagung die Vorbereitung für den Gemeindewahlkampf des nächsten Jahres sein soll, der der Sozialdemokratie neue Siege, neue Erfolge bringen muß.

Dr. Häckel, der Vertreter des Reichsstädtebundes, weist auf die wichtigen gesetzgeberischen Entscheidungen der nächsten Zukunft hin, die stark in die Verwaltung der Gemeinden einschneiden werden. Im Interesse einer weitsichtigen Kommunalpolitik ist eine enge Verbindung zwischen den Spitzenorganisationen der Gemeinden und den großen politischen Organisationen nötig. In diesem Sinne sei auch der Reichsstädtebund gern auf der Tagung der Sozialdemokratie vertreten.

Bürgermeister Lange (Weißwasser) wünscht der Tagung im Namen des Deutschen Landgemeindetages besten Erfolg. Er spricht den sozialdemokratischen Gemeindepolitikern Anerkennung für ihr eifriges Wirken aus. So viel Eifer als diese für die öffentlichen Interessen aufweisen, habe er nirgends wiedergefunden. Der Redner weist dann auf die Bestrebungen zum Abbau der gemeindlichen Selbstverwaltung hin, die es zu hindern gelte, gerade auch mit Hilfe der Sozialdemokratie.

Genosse Pölzl macht dann sehr instruktive Ausführungen über die Stellung der Gemeinden in der Tschechoslowakei. Gemeinde-, Finanzgesetz und Gemeindeverfassung haben dort eine erhebliche Einschränkung der Demokratie geschaffen. Beim Gemeindewahlkampf im November dieses Jahres wird die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei schwere Aufgaben zu erfüllen haben, doch wird sie den Wählern zeigen, welchen Weg sie zu beschreiten haben, um den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen.

Genosse Stelling dankte den Rednern für das Interesse an der Tagung der Sozialdemokratie, und gab besonders seiner Freude Ausdruck über das Zusammenarbeiten mit dem Reichsstädtebund, das nach Beseitigung verschiedener Differenzen nun zum guten Gelingen führen werde.

Der Deutsche Landkreistag hat der Tagung schriftlich Erfolg gewünscht, da er einen Vertreter nicht entsenden konnte, weil zur gleichen Zeit in Berlin der Landkreistag zusammentritt.

Kommunale Wohnungswirtschaft

Ueber dieses Thema referierte Genosse Emil Wutzki (Berlin). Er führte etwa folgendes aus:

Die Wohnungsmisere hatte schon in der Vorkriegszeit zu geradezu unhaltbaren sozialen Zuständen geführt. Bedauerlicherweise steht bis jetzt über das Maß dieser Verhältnisse ein zuverlässiges statistisches Material nicht zur Verfügung. Erst in diesen Tagen wird ja die neue Wohnungszählung, die vom Reichsarbeitsministerium endlich veranlaßt worden ist, einigermaßen brauchbare Anhaltspunkte für den noch ungedeckten Wohnungsbedarf in Deutschland erbringen. Aber selbst wenn man den vorsichtigsten Schätzungen folgt, so wird man mindestens zu der Annahme kommen, daß in Deutschland weit über eine Million Wohnungen direkt als Fehlbetrag in Frage kommen, d. h. rund vier Millionen deutscher Staatsbürger auch heute noch, 9 Jahre nach Beendigung des Weltkriegs, kein Dach über dem Kopfe haben.

Die Wohnungsfrage ist schon seit Jahrzehnten von unsrer Partei als eins der wichtigsten sozialen Probleme betrachtet worden und wiederholt auf Parteitagen und Konferenzen Gegenstand eingehendster Würdigung gewesen. Leider können wir nicht sagen, daß wir mit unsrer Erkenntnis von der Notwendigkeit, der Wohnungsfrage energisch näherzutreten, trotz aller Kämpfe in der Vorkriegszeit wesentlich vorangekommen sind. Durchgreifendes ist auch seit 1918 leider nicht geschehen, um

gesetzliche Unterlagen für eine planmäßige Wohnungswirtschaft

zu schaffen. Nach der Revolution gelang es, einige weitsichtige Grundsätze theoretisch festzulegen. So wird in der Reichsverfassung vom 11. August 1919 im Artikel 155 jedem Deutschen eine gesunde Wohnung, allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsstätte verheißen, und im Artikel 10 werden die Wege gewiesen, welche die Möglichkeit zur Durchführung dieser Verheißung geben, indem dem Reiche das Recht zugesprochen wird, Grundsätze aufzustellen für das Bodenrecht, für die Bodenverteilung, für das Ansiedlungs- und Heimstättenwesen, für die Verwendung des Grundbesitzes, für das Wohnungswesen und für die Bevölkerungsverteilung. Einen weitern kleinen Anlauf stellt das Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 dar, das aber, wie bekannt, auch nur als Rahmengesetz erlassen worden ist und in dem Bestimmungen über Geld- und Bodenbeschaffung völlig fehlen.

Auch im Reichsheimstättengesetz vom 10. Mai 1920 ist nicht viel mehr als der gute Wille zum Ausdruck gekommen. Sonst sind von Reichs wegen auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge nur noch Notgesetze, und zwar (das sagt schon ihre Charakterisierung als solche) gewissermaßen auf Abbau geschaffen worden, so das Wohnungsmangelgesetz vom 26. Juli 1923, das Reichsgesetz für Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 30. Juni 1926 und schließlich das Reichsmietengesetz vom 24. März 1922. Betrachtet man diese Sammlung gesetzgeberischer Maßnahmen vom Standpunkt ihrer Auswirkungen und ihres Wertes für das Gesamtproblem aus, so müssen die der ersten Gruppe mit Recht als Schönheitspflästerchen bezeichnet werden, während bei den Notgesetzen stets mit der Gefahr zu rechnen ist — Versuche nach der Richtung reißen ja nicht ab —, daß sie, sofern die politischen Machtverhältnisse es irgend gestatten, wieder von der Bildfläche verschwinden.

Was kann es aber bei der Sanierung des durch den Krieg mit seinen entsetzlichen Begleiterscheinungen und Folgen

gesundheitlich und moralisch niedergedrückten deutschen Volkes

nützen, wenn der erkrankte oder invalid gewordene Arbeiter durch ärztliche Behandlung notdürftig wieder geheilt wird, um schließlich nicht nur zurück in seinen gesundheitsschädlichen Betrieb zu gehen, sondern auch gezwungen ist, in eine gesundheitlich und räumlich unzureichende Wohnung zurückzukehren, oder wenn Schwangere und Wöchnerinnen keine gesunde Unterkunft oder gar nicht einmal ein ordentliches Bett finden können, um sich und ihr Kind dem Volksganzen zu erhalten?!

Bei Prüfung der Frage, welche Wege einzuschlagen sind und welche Mittel dazu dienen können, das Wohnungselend zu beseitigen, gelangt man allerdings zwangsläufig weit über den Kreis der gemeindlichen Machtbefugnisse hinaus, da ja — wie schon erwähnt — weder das Reich noch die einzelnen deutschen Freistaaten irgendwie nennenswerte gesetzgeberische Grundlagen für eine großzügige Wohnungsreform geschaffen haben. Damit soll und kann aber nicht gesagt sein, daß es den Gemeinden an gewichtigen Machtmitteln fehlt, um die Wohnungsreform tatkräftig zu beeinflussen. Das wäre eine ganz falsche Auffassung; z. B. ist ihnen durch die Verteilung der Hauszinssteuermittel trotz aller einengenden staatlichen Bestimmungen eine nicht zu unterschätzende Einflußnahme in die Hand gegeben.

Die mit Eilschritten sich vollziehende Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat bewirkte eine

stetige Umsiedlung großer Volksmassen.

Der Zug vom Lande nach den Industriegegenden setzte sich unaufhörlich fort und führte zu einer gewaltigen Zusammenballung der arbeitenden Bevölkerung in den meisten Städten und großen Gemeinden, die ganz zwangsläufig zu deren Uebervölkerung und zur schlimmsten Wohnungsmisere führen mußte, wenn nicht an eine planvolle Unterbringung des Bevölkerungszuwachses gedacht werden würde. Die von der Kaste der Hausbesitzer und Bauinteressenten beeinflußten öffentlichen Körperschaften und behördlichen Organe versagten im weitesten Maße, so daß die sozialen Gesichtspunkte sowohl bei der Geländeerschließung unbeachtet blieben, als auch in den erlassenen Bauordnungen keine oder völlig ungenügende Berücksichtigung fanden.

Die sogenannte „Aufschließung" der Baugelände wurde von Terraingesellschaften und andern privaten Nutznießern besorgt, wobei natürlich um des Profites willen die rücksichtsloseste Bodenausnutzung bis zum letzten Quadratmeter, den die rückständige Bauordnung irgend zuließ, getrieben wurde, was wiederum im Gefolge hatte, daß die Grundstückspreise sinnlos in die Höhe schnellten und — besonders in den schnell sich ausdehnenden Gemeinden — Ackerländereien sich über Nacht in hochwertiges Bauterrain verwandelten. So entstanden in den deutschen Städten und großen Industriegemeinden

die öden vielgeschossigen Steinwüsten.

Auf diese Weise ist uns die elendeste aller Wohnstätten, die Mietkaserne in ihrer scheußlichsten Abart beschert worden, von der man auch, ein bekanntes geflügeltes Wort variierend, wehmutsvoll sagen kann, daß sie uns so leicht keiner nachmachen wird. Dieses Monstrum von einem Wohnquartier mit seiner Kette von wenige Quadratmeter zählenden Höfen, die rundum von Seiten- und Quergebäuden umrahmt sind (pfiffige Hausbesitzer nennen sie „Gartenhäuser", wenn auf dem dazugehörigen Hof einige Grashalme sprießen), pfercht die Menschen zu Hunderten auf einem einzigen Grundstück von unverhältnismäßig unzulänglichen Abmessungen zusammen. In der Reichshauptstadt Berlin z. B. gibt es nicht wenige solcher luft- und sonnenlosen Elendsquartiere, die in ihrem Ausmaße kaum das Areal eines einzigen Bauernhofes übersteigen, deren Familien- und Bewohnerzahl aber nur mit derjenigen mittlerer oder gar größerer Dörfer verglichen werden kann. Es braucht nicht erst bewiesen zu weden, daß bei einer solchen Art von Bodenerschließung die Volksgesundheit in die Binsen gehen muß.

Die Voraussetzungen dazu sind in den Grundgedanken des modernen Städtebaues zu finden, deren Verwirklichung mit aller Energie anzustreben ist. Die Städtebaukunst ist heute nicht in erster Linie eine ästhetische Angelegenheit, sondern hat die Aufgabe, die entscheidendste Rolle bei der Lösung des Wohnungsproblems zu spielen.

Die neue Stadt.

In erster Reihe ist die Ausarbeitung von Generalsiedlungsplänen nötig, in denen unter Beachtung aller Forderungen der Sozialhygiene die Wohngebiete ihren zweckentsprechenden Platz erhalten, getrennt von den Fabrikvierteln mit ihrem Staub, Ruß und Maschinengestampfe und möglichst abseits vom Tageslärm überhaupt. Da es leider nicht immer möglich sein wird, den idealsten Zustand zu erzwingen und jede Wohnung mit einem Garten zu verbinden, so sind in diesen Plänen von vornherein und in weitestem Umfang Geländebänder und Flächen auszuweisen, damit die Anlage von Grünstreifen und Volksparken und so eine genügende Durchlüftung der Gesamtsiedlung gesichert werden kann. Zu solchen Freiflächen gehören auch die Kleingärten, die als Ergänzung zu ältern engbebauten Wohnvierteln unentbehrlich und deshalb als Dauereinrichtung festzulegen sind. Nicht minder wichtig (z. B. zur Schaffung von Volksbädern) ist die Freihaltung der See- und Flußufer, wozu das Baumschutzgesetz vom 19. Juli 1922 die Unterlagen bietet.

Einen besonders wichtigen und entscheidenden Faktor in der Siedlungs- und Wohnungspolitik stellen

die Verkehrsmittel

dar, denen im modernen Gemeinwesen vor allem die Aufgabe zufällt, die Beförderung der berufstätigen Bevölkerung von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück auf die kürzeste und die geringste Zeit raubende Art und zu billigsten Fahrpreisen zu bewirken. Das ist nur unter Inanspruchnahme der Höchstleistungen der Verkehrstechnik und bei systematisch gegliedertem Ineinandergreifen der verschiedenen Beförderungsmittel möglich.

Die Aufstellung derartiger Siedlungspläne wird allerdings oftmals nur unter Zusammenziehung mehrerer Gemeinden oder gar für größere Landesteile erreichbar sein und kann — das soll hier nicht verschwiegen werden — so zu einer Beeinträchtigung der Selbstverwaltung führen. Trotzdem kann, so wie die Dinge nun einmal liegen, nicht bestritten werden, daß eine Möglichkeit geschaffen werden muß, um dem Allgemeininteresse widerstrebende Glieder einfügen zu können.

Die außerordentlich bedeutsame Ergänzung der Gesamtplanung bilden die Bebauungspläne und Bauordnungen. Wie antisozial der Geist war, in dem diese seither bearbeitet und erlassen wurden, zeigt ein Blick in unsre Städte und Großgemeinden, so daß darüber Worte nicht zu verlieren sind — ganz zu schweigen von den

städtebaulichen und architektonischen Greueln,

die sie auf dem Gewissen haben. Als Richtschnur für alle Neugestaltungen und Aendrungen der Pläne und Bauordnungen ist der Grundsatz anzuwenden, daß in den Wohngebieten, wo es noch irgendwie angängig ist, dem Kleinhausbau (bis zu vier Wohnungen mit Garten) die Wege bereitet werden, am besten natürlich in der Form als Einfamilienhaus. Nur wenn unüberwindliche Hindernisse dem entgegenstehen, mögen mehrgeschossige Bauten zugelassen werden, wobei als äußerstes Maß, und auch nur unter dem Zwange ganz besonders gelagerter Verhältnisse fünf Geschosse anzusehen sind. Höher gelegene Wohnungen weisen für die Hauswirtschaft und für die Kindererziehung — besonders wenn die Hausfrau daneben noch Berufsarbeit verrichtet — so schwere Mängel auf, daß sie zu verwerfen sind.

Ganz besonders sorgfältiger Durcharbeitung bedürfen die Geländeblocks, welche die mehrgeschossigen Wohnhäuser aufzunehmen bestimmt sind. Je mehr sie sich vom innern Kern der Gesamtbebauung entfernen und der ländlichen und Kleinhausbauweise nähern, um so weiter ist die Zahl der Stockwerke und die Häuserhöhe sowie der Ueberbauungsgrad der Grundstücke zu beschränken. Um der Mietkaserne von ehedem endgültig den Garaus zu machen, darf

grundsätzlich nur Randbebauung

unter Ausschluß aller Hofwohngebäude und mit solchen Abmessungen in den Blockgrößen zugelassen werden, daß im Blockinnern Spielplätze und Grünflächen Platz finden können.

Alle diese städtebaulichen Forderungen stoßen insofern auf große Widerstände, als sich fast der ganze Grund und Boden im Privatbesitz befindet und letzterem von jeher als ein besonderes lukratives Handelsobjekt dient. Die Durchführung derselben hängt also nicht zuletzt ebenso davon ab, wieweit es gelingt, in diesen Spekulationsbesitz Bresche zu legen. Dazu können Maßnahmen auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung kräftig beitragen, wie die Gestaltung der Grundwertsteuer in Anhalt beweist. Daneben ist es jedoch nicht zu entbehren, daß in umfangreichstem Maße der Grundbesitz durch Anwendung aller geeigneten Mittel, sei es durch Ankauf oder durch Enteignung, in den Besitz der öffentlichen Hand, insbesondere der Gemeinden, übergeführt wird.

Als eine unabweisbare Pflicht fällt der Gemeinde die Schaffung von Kleinwohnungen für ihre unbemittelten Bürger zu, und zwar so, daß, wenn andre Träger gemeinwirtschaftlicher Art nicht vorhanden sind, sie solche Wohnungen selbst errichtet; denn es kommt darauf an, diese der privatwirtschaftlichen Ausnutzung

zu entziehen und so ihrer falschen wesensfremden Eigenschaft als Marktware wieder zu entkleiden. Die

Verwaltung der selbsterbauten Wohnhäuser

dürfte allerdings besser nicht von Gemeindebehörde, sondern durch durch eine als gemeinnützig gesicherte Baugenossenschaft oder Baugesellschaft besorgt werden. Dafür sprechen viele Erfahrungen der Praxis, dafür spricht vor allem aber der auch hier sich manifestierende innere Wert der Selbstverwaltung, der dazu führt, daß sich die Bewohner gemeinsam für das Wohl und Wehe ihrer ganzen Wohnsiedlung verantwortlich fühlen. Wenn die Gemeinde nicht selbst baut, so muß verlangt werden, daß sie sich aus den angeführten Gründen zur Durchführung ihres Bauprogramms solcher gemeinnützigen Organe bedient und diesen ihre weitgehendste Hilfe angedeihen läßt. Dazu gehört vor allem die Bereitstellung von Gemeindegrundstücken zu den allergünstigsten Bedingungen, etwa auf der Basis der Erbpacht oder dergleichen. Von allergrößter Bedeutung für niedrige Baukosten und infolgedessen mäßig gehaltenen Mieten ist nicht minder die Hergabe von Hypotheken und Baudarlehen von seiten der Gemeinden.

Gegen Preistreibereien auf dem Baustoffmarkt stehen leider nicht allzu wirksame Gegenmittel zur Verfügung; denn von hier aus wird die kapitalistische Wirtschaft kaum aus den Angeln zu heben sein. Trotzdem darf nichts versäumt werden, um diesem Krebsschaden beizukommen. Hilfreiche Hand können die Gemeinden darin den gemeinnützigen Organen bei der Beschaffung der Baustoffe leisten.

Eine nicht zu unterschätzende soziale Aufgabe liegt für die Gemeinden in der Schaffung von Ledigen- und Altersheimen. Im ersteren Falle wird eine derartige Unterbringung der ledigen jungen Leute das Schlafgängerunwesen und damit die Ueberfüllung der Wohnungen hintanzuhalten mit geeignet sein. Behagliche Heime für die Alten können dazu beitragen, daß eine sehr erhebliche Zahl von Wohnungen für mehrköpfige Haushaltungen frei werden.

Wohnungsaufsicht.

Es ist allerhöchste Zeit, daß auf Grund reichsgesetzlicher Reglung Wohnungsordnungen erlassen werden können, die es den Wohnungsämtern ermöglichen, sich ihrer Hauptaufgabe, der Wohnungsinspektion, mit größter Energie zuzuwenden. Die intensive Durchführung von Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege muß schnellstens erfolgen, um die Sanierung der Altwohnungen in die Wege zu leiten und um die einwandfreie Erhaltung des vorhandenen guten Wohnraums für die Zukunft zu sichern.

In die Hand der Wohnungsbehörde gehört auch die Regulierung des Wohnungsmarktes durch kommunale Vermittlungsstellen.

Die einzelstaatlichen Wohnungsgesetze, zumal bei ihrer Vielgestaltigkeit und Unzulänglichkeit können das Reich nicht von der Ehrenpflicht entbinden, die es sowohl den Kriegsteilnehmern wie auch den unter den Kriegsfolgen unsäglich leidenden Volksmassen gegenüber zu erfüllen hat: durch

ein Reichswohnungsgesetz

alle die festen Grundlagen zu schaffen, welche für die feierlichen Zusagen der neuen Reichsverfassung auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge Voraussetzung sind. Wenn man dazu nicht nur keine Anstalten macht, sondern immer wieder mit dem Gedanken spielt, den letzten Resten noch vorhandenen gesetzlichen Mieterschutzes den Garaus zu machen, so ist das eine unerträgliche Zumutung an die Langmut des Volkes. Wenn irgendwo, so schreit in unserm Wohnungswesen alles nach einer durchgreifenden Neugestaltung. Auch hier ist ein reichliches Stück Erfüllungspolitik vonnöten; nicht von Abbau darf die Rede sein, sondern hier heißt mehr als irgendwo die Parole: Aufbau! —

Gruß des Deutschen Städtetags

Während des Referats ist auch der Präsident des Deutschen Städtetags, Dr. Mulert, erschienen. Er nimmt danach das Wort zur Begrüßung. Das wichtigste Problem der Gegenwart, das Wohnungsproblem, werde auf der sozialdemokratischen Tagung behandelt. Es sei der lebhafteste Wunsch des Deutschen Städtetags, daß die Wohnungsbeschaffung gefördert werde. Die Mieterhöhungen müssen aus diesem Grunde restlos dem Wohnungsbau zugute kommen. Ausreichende Wohnungsbeschaffung ist allerdings nicht ohne Beisteurung öffentlicher Mittel möglich. Das dringendste politische Problem ist deshalb die Finanzierung des Wohnungsbaues und die steuerliche Gestaltung der Gemeindeverwaltung. Den Gemeinden muß durch Reichsgesetz mehr rechtliche Freiheit gewährt werden in der Wohnungsfürsorge. —

Genosse Meyer (Solingen) referierte sodann über

Wohnungsproblem und Wohnungskultur

Volksgesundheit und Volkskultur sind mit der Lösung der Wohnungsfrage untrennbar verbunden. Am besten beweist uns dies eine Autorität auf dem Gebiet der Hygiene, Genosse Prof. Dr. Grotjahn in seinem Handbuch der Hygiene, wo er schreibt: „Zu meinem größten Erstaunen wurde ich gewahr, daß die Krankheit (Rachitis), die sich in Berlin und seinen Vororten an der Mehrzahl der sorgfältig gekleideten Proletarierkinder schon im Vorübergehen feststellen läßt, mit verschwindenden Ausnahmen unter den zerlumpten Rangen des Londoner Arbeiterviertels vollkommen fehlt. Vielmehr weisen die Kinder einen ganz vortrefflichen Ernährungszustand auf, sind rotwangig und kräftig in allen ihren Bewegungen. Das Londoner Arbeiterkind ist eben trotz der ungeheuern Größe der Stadt in viel höherm Maße Freiluftwesen als die deutschen Kinder in den mit Mietkasernen bebauten Groß- und Mittelstädten Deutschlands, die mit Treppen und Korridorabschlüssen dem Kinde den Weg ins Freie erschweren und namentlich den eigentlich selbstverständlichen Aufenthalt des kleinen Kindes in Hof und Straße immer erst zu einer Aktion machen, die wegen ihrer Umständlichkeit kaum täglich und dann nur für kurze Zeit ins Werk gesetzt wird. Es ist sicher kein Zufall, daß man in den schlesischen Großstädten, die in deutscher Art mit hohen Mietkasernen bebaut sind, auch wieder zahlreiche rachitische Kinder antrifft." Aus all dem ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß das aufrüttelnde Wort von Margarete Normiston, „man kann mit einer Wohnung einen Menschen genau so töten wie mit einer Axt", vollauf seine Berechtigung hat.

Auch im Wohnungswesen erleben wir es immer wieder, daß das gar nicht zutreffende Schlagwort „Von der guten alten Zeit" angewandt wird. Wenn damit gesagt werden soll, daß

in der Vorkriegszeit die Beschaffung einer Wohnung leichter

war wie heute, so dürfte das zutreffen. Soll jedoch das Wort angewandt werden auf die Vorbildlichkeit der Wohnungsverhältnisse vor dem Kriege gegenüber heute, so hat es objektiv keine Berechtigung, denn die Wohnungsverhältnisse waren auch schon vor dem Krieg in Deutschland in keiner Weise vorbildlich und kann daher gar nicht davon die Rede sein, daß wir etwa auf diesem Gebiet auch nur annähernd einen Platz an der Sonne gehabt haben. Die Wohnungszählung im Jahre 1918 ergab, daß in Deutschland von 100 Wohnungen im Durchschnitt des Reiches 81,3 v. H. aller Wohnungen solche bis zu vier Räumen und Küche, oder fünf Räumen einschließlich Küche waren. Fast die Hälfte aller Wohnungen, und zwar 49,3 v. H., waren nicht größer als zwei Wohnräume mit Küche oder drei Räume einschließlich Küche. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse in einer Reihe von großen Städten und Industriebezirken. In Berlin wohnten in einzelnen Stadtbezirken bis zu 86 Prozent der Gesamtbevölkerung in Ein- und Zweizimmerwohnungen mit Küche.

Als weiteres ungünstiges Moment in den Zuständen im Wohnungswesen kommt in Deutschland das Vorherrschen des großen Massenmiethauses, der „Mietkaserne". Es ist bekannt, daß in den holländischen Städten, selbst in Amsterdam und Rotterdam, die Kopfzahl, die auf das einzelne Wohnhaus entfällt, nicht über 6 hinausgeht. Selbst in der Riesenstadt London entfallen nur 7,89 Menschen auf ein Haus, desgleichen in Chikago 8,8 Menschen. Die Stadt der Wolkenkratzer, Neuyork, weist nur 20,4 Menschen für das einzelne Haus auf. Eine fast doppelt so hohe Zahl, 38 v. H. pro Haus, hat Paris aufzuweisen. Alle diese von mir genannten Städte werden aber übertroffen durch Berlin, wo auf das einzelne Haus 75,9 Menschen entfallen. Daß es auch anders möglich ist, beweisen uns außer den vorgenannten Städten noch eine Reihe englischer Großstädte bis zu einer halben Million Einwohner, und zwar: Birmingham, Leeds und Sheffield, Städte, wo die Kopfzahl pro Haus noch nicht einmal 5 beträgt. Es darf mit Genugtuung konstatiert werden, daß diese Entwicklung in Deutschland durch die Bautätigkeit nach dem Kriege schon verbessert wurde.

Wenn die

Vorkriegsverhältnisse derartige ungünstige Wohnungszustände

in Deutschland zeigten, so haben sich nach dem Kriege die Verhältnisse, insgesamt betrachtet, noch nicht erkennbar gebessert, wenn auch die Kopfzahl, die auf die einzelne Wohnung entfällt, in den meisten Städten geringer geworden ist. Die scheinbare Verbesserung wird im ungünstigen Sinne dadurch ausgeglichen, daß infolge der Wohnungsnot die Zahl der Wohnungen, die von zwei und mehr Familien bewohnt werden, sehr stark gestiegen ist.

Im Jahre 1926 hat die Wohnungstätigkeit zum erstenmal erfreulicherweise wieder in ihrem Umfang den Jahresdurchschnitt der Vorkriegszeit erreicht. Im laufenden Jahre, welches unter so ausgezeichneten Voraussetzungen begann, und wo alle Hoffnungen dahin gingen, daß in diesem Jahre die vom Deutschen Städtetag, den verschiedensten Gewerkschaften usw. verlangten Mindestzahl von 250 000 neuen Wohnungen erreicht werden würde, haben uns die Schwierigkeiten auf dem Geldmarkt eine erhebliche Einbuße der Hoffnungen gebracht und lassen es sehr fraglich erscheinen, ob überhaupt im laufenden Jahre die vorjährige Wohnungsbauziffer erreicht wird.

Nach den Ergebnissen der Wohnungszählung müssen wir damit rechnen, daß heute in Deutschland noch insgesamt zwei eine Million Wohnungen fehlen. Die Herstellung dieser Fehlzahl an Wohnungen und die Befriedigung des laufenden jährlichen Neubedarfs an Wohnungen wird bei allem guten Willen der Gesetzgebung des Reiches und der Länder, der bei den bürgerlichen Parteien nicht einmal vorhanden ist, noch viele Jahre angestrengtester Arbeit notwendig machen. Wenn so die Wirklichkeit aussieht, so mag es kühn und verwegen erscheinen, von Wohnungskultur zu sprechen und bei der Erstellung neuer Wohnungen, wie überhaupt im Wohnungswesen, mehr Kultur zu fordern.

Wie groß soll die Wohnung sein?

Besonders beschäftigen muß uns in den Gemeinden die Frage der Wohnungsgröße und ob wir zustimmen können, daß neben kleinen Wohnungen auch Kleinstwohnungen errichtet werden. Ich nehme in dieser Frage den Standpunkt ein, daß wir uns nicht davon leiten lassen dürfen, was nach unsern Ansichten wünschenswert ist in der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der arbeitenden Masse, sondern was wir unter den heutigen Verhältnissen zu leisten imstande sind. Auf dem gerade vor einem Jahre in Wien abgehaltenen internationalen Städtebaukongreß erklärte ein Parteigenosse, der in einer großen Kommunalverwaltung an führender Stelle steht, daß der Berliner Standard für eine Kleinwohnung der arbeitenden Bevölkerung sei: Küche, zwei Räume und Kammer. Wenn die Ausführungen dahin gegangen wären, daß dieses der erstrebenswerte Standard wäre, so könnte man dem Genossen nach jeder Richtung hin beipflichten, aber tatsächlich ist der wirkliche Standard der Arbeiterwohnung heute nicht so, und bei aller Anerkennung und Meinung dafür, daß jede Wohnung mindestens wünschenswerterweise so groß sein möge, muß ich doch sagen, daß ich den Zeitpunkt, an welchem wir das einmal erreicht haben, noch nicht in weitester Ferne sehe. Wenn ich dabei berücksichtige, daß der Mietpreis für eine derartige Standardwohnung in den meisten größern Städten zwischen 60 und 80 Mark sich bewegt, selbst in den Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln, besonders aus der Hauszinssteuer errichtet sind, so wissen wir alle, daß dies ein Mietsatz ist, den nur eine dünne Schicht tragen kann. Ich glaube daher, daß wir gut daran tun, uns aus den Regionen des Wünschenswerten auf den Boden der Wirklichkeit des heute Möglichen zu begeben, wenn wir die Wohnungsnot wirklich bekämpfen und vor allem Wohnungen für die breiten Massen des Volkes schaffen wollen.

Aus diesen Erwägungen komme ich zu dem Schlusse, daß wir auch

Kleinstwohnungen erstellen müssen.

Unter Kleinstwohnungen verstehe ich diejenigen Wohnungen, die aus zwei Räumen bestehen, wovon einer zu Wohnzwecken, der zweite zu Schlafzwecken dient. Selbstverständlich muß eine Kleinstwohnung für sich abgeschlossen sein, Flur, Klosett, Spülküche, mindest Spülnische mit Wandschrank, möglichst auch ein Bad haben. Die Wohnungsgröße derartiger Kleinstwohnungen sollte etwa 38 bis 40 Quadratmeter Wohnfläche insgesamt ausmachen.

Ich habe in meiner Praxis in der Nachkriegszeit derartige Wohnungen in größerer Zahl erstellt und in einer Weise, die den allen Fachleuten auch wohnungskulturell nach jeder Richtung hin für einwandfrei erklärt worden sind. Selbstverständlich sollen diese Kleinstwohnungen nicht dafür da sein, Familien mit Kindern, namentlich im heranwachsenden Alter, aufzunehmen, sondern in der Hauptsache sind diese Wohnungen für junge Eheleute bestimmt, die, solange wie keine Kinder da sind und auch bei einem Kind in den ersten Lebensjahren mit einer derartigen Wohnung auskommen können. Jedenfalls ist dieser Zustand weitaus dem jetzigen Verhältnis vorzuziehen, daß in sehr vielen Haushaltungen zwei und mehr Familien, meist bei schlimmsten Zuständen, zusammenwohnen.

Wenn ich mich zu dem Prinzip, auch Kleinstwohnungen zu errichten, bekenne, so stelle ich in diesem Falle das Notwendigste vor das Wünschenswerte, ein Prinzip, das auch unsre Genossen in Wien bei ihrer sehr beachtenswerten Arbeit zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse des Wiener Proletariats darauf gestellt haben.

In diesem Zusammenhang ein paar Worte über die

Wohnungsbautätigkeit der sozialistischen Gemeinde Wien,

die als Leistung deshalb zu nennen ist, weil Wien nicht einen Bevölkerungszugang aufzuweisen hat wie die meisten deutschen Großstädte, sondern heute noch mehr als 10 v. H. Einwohner weniger aufweist wie vor dem Kriege. Die Grundlinie der Wohnungsbautätigkeit unsrer Wiener Genossen ist meines Erachtens durchaus richtig und sollte auch von jedem Reichsdeutschen verstanden werden, aus den ganzen Verhältnissen heraus, die im Wiener Wohnungswesen unter der frühern christlichsozialen Herrschaft vorhanden waren und noch sind. Zuerst kleinste Wohnungen, meist zwei Räume einschließlich Küche, war der Wiener Leitsatz, da ein größerer Teil der Wiener Proletariats auch heute noch in einräumigen Wohnungen wohnt. Die auch von den Wiener Genossen wohnungskulturell durchaus anerkannte größere Wohnung stellten sie in die zweite Linie zum Wünschenswerten und werden auch derartige Wohnungen errichten, wenn die Wohnungsverhältnisse allgemein verbessert worden sind.

Was ich nicht an Wien liebe, und was dem Ansehen ihrer Wohnungsbautätigkeit in der internationalen Fachwelt mehr Geltung verschafft haben würde, wäre, wenn Wien die Wohnungsbauten einige Stockwerke niedriger hätte errichten lassen und nicht Wohnpaläste bis zu acht Stockwerken (im Durchschnitt sechs Stockwerke) erbaut hätte. Was die Anzahl der Stockwerke in den Wohngebäuden angeht, so habe ich den Eindruck, daß in einer ganzen Reihe von Orten, nicht zuletzt auch in Berlin, dem Wiener Beispiel nachgeeifert wird. Wir sollten überall, wo es möglich ist, unsern Einfluß dahin aufbieten, daß wir nicht mehr zu derartigen Großwohnhäusern kommen, sondern soweit als möglich den Flachbau pflegen.

Worauf bei der Anlage von Kleinstwohnungen geachtet werden muß ist, daß technisch die Möglichkeit vorgesehen wird, später zwei Kleinstwohnungen zu einer ausreichenden Wohnung zu vereinigen.

Der Mietpreisbildung

in den mit öffentlichen Mitteln errichteten Neubauten muß mehr Beachtung geschenkt werden. Bei allen Wohnungsbauten, bei denen öffentliche Mittel verwandt wurden, sollten wir mit allem Nachdruck darauf dringen, daß die Mieten auf keinen Fall höher sind als wie die tatsächlich nachweisbaren Kosten. Leider ist an einer ganzen Reihe von Orten zu verzeichnen, daß die errichteten Neubauwohnungen in den seltensten Fällen von Minderbemittelten bezogen werden. Der Grund ist fast immer die untragbaren Mieten. Ich bekenne mich zu dem Grundsatz, daß wir nicht Wohnungen planlos, ohne Rücksicht auf die Mieten, errichten lassen können, worauf es ankommt, ist, daß die mit öffentlichen Mitteln errichteten Wohnungen Mietpreise haben, die für die Masse der Bevölkerung tragbar sind.

Ganz besonders leiden unter diesen Verhältnissen Not die kinderreichen Familien, namentlich dann, wenn die Kinder noch nicht zum Erwerb der Familie beitragen können. Es ist sehr anzuerkennen, daß eine Reihe von Gemeinden dazu übergegangen sind, besondere Siedlungen, meist Einfamilienhäuser, mit tragbaren Mietsätzen für kinderreiche Familien zu errichten. Bei derartigen besondern Siedlungen für Kinderreiche ist wenig erfreulich der Umstand, daß hier die Kinderreichen zusammengebracht werden, eine Art Scheidung von den übrigen Volkskreisen eintritt, was wir alle doch nicht wollen. Die Gewährung von Mietbeihilfen an Kinderreiche halte ich für einen geeigneten Weg, die Wohnungsverhältnisse dieser Familien zu bessern, vor allem die Möglichkeit einer ausreichenden Wohnung zu schaffen. Die

Beeinflussung der Wohnungskultur durch Behörden

und Gesetzgebung sind noch sehr jungen Datums. Die vor dem Krieg und teilweise auch heute noch in Geltung befindlichen Bauordnungen genügen in der Hauptsache hinsichtlich der technischen Anforderungen. Die gesundheitlichen und wohnungskulturellen Erfordernisse finden dagegen in den Bauordnungen nur in ganz vereinzelten Fällen einen nutzbringenden Niederschlag.

Wie die amtlichen Ziffern uns berichten, waren die von 1919 bis 1924 errichteten Wohnungsbauten in der Hauptsache Kleinhausneubauten, und zwar schwankt der Prozentsatz dieser Kleinhausbauten im Verhältnis zur Gesamtzahl der errichteten Wohnungsbauten zwischen 89,2 v. H. im Jahre 1919 und 82,5 v. H. im Jahre 1924. Seitdem haben wir in den meisten Orten wieder ein starkes Vordringen der Großhäuser mit über sechs Familien zu verzeichnen. Die Ursache dafür liegt darin, daß seit 1925 auch das Privatkapital, allerdings nur mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, sich wieder stärker an der Herstellung von Wohnungen beteiligt.

Nicht nur die Errichtung von Wohnungen im Kleinhaus und im Flachbau bringt die Erfüllung neuzeitlicher wohnungskultureller Ansprüche, auch auf die Ausstattung der einzelnen Wohnung mit den notwendigsten Erfordernissen neuzeitlicher Wohnungskultur muß hingewirkt werden. Eine ganze Reihe von Städten haben in ihren Bedingungen für die Vergebung der Mittel aus der Hauszinssteuer die Erfüllung gewisser wohnungskultureller Notwendigkeiten zur Pflicht gemacht. Danach müssen alle zur Errichtung kommenden Wohnungen für sich abgeschlossen sein, Querlüftung haben, Flur, Klosettanlage aufweisen. Wo die Wohnküche zu Hause ist, wird die Errichtung von Spülküchen, mindestens von Spülnischen, verlangt. Besonderes Gewicht darauf ist zu legen, daß möglichst alle Wohnungen mit einem Bade versehen sind. Daß bei der Planung neuer Wohnungsanlagen darauf Rücksicht genommen wird, daß genügend Grünanlage, Hausgarten usw. bleibt, halte ich für eine glatte Selbstverständlichkeit. Jedoch liegen die Verhältnisse, insbesondere auf dem platten Land und in kleinern Gemeinden, wo sehr oft unzulängliche Bauverwaltungen das Heft in der Hand haben und wo die privaten Baulustigen ohne genügende Vorschriften ihren eignen Gedanken in der Wohnungsherstellung frönen können, wesentlich schlechter.

Die Wohnungseinrichtung.

Neben den dringend notwendigen wohnungskulturellen Anlagen in der Kleinwohnung sollte die weitere Vervollkommnung, die weitere Ausgestaltung dieser Wohnung, in wohnungskultureller Hinsicht herbeizuführen, versucht werden. Die gerade jetzt in Stuttgart stattfindende Ausstellung „Die Wohnung" und die dort errichtete Mustersiedlung des Deutschen Werkbundes zeigt mit aller Deutlichkeit, welche wohnungskulturellen Möglichkeiten heute bereits gegeben sind und wie weit die ungeheure Zahl der vorhandenen Wohnungen von diesen Dingen noch entfernt ist.

Die Entwicklung, in die Wohnung Möbel fest einzubauen, wird meines Erachtens bei den Küchen nicht haltmachen, sondern weitergehen und auch noch weitern Hausrat erfassen. Wir sollten entsprechenden Bestrebungen, die in den einzelnen Gemeinden in vernünftiger Weise zur Geltung kommen, durchaus unsre Unterstützung leihen.

Viel zu wenig Beachtung ist bisher der Beschaffung von vernünftigem Hausrat durch die Bevölkerung geschenkt worden. Wir haben ja in der Entwicklung glücklicherweise die Zeiten hinter uns, wo der Hausrat ebenso stilwidrig und unpraktisch war, wie die äußere Baukunst. Trotz alledem ist auch heute noch nicht die Versorgung der Familien mit gutem Hausrat in einer Weise geregelt, die die Beschaffung schlechter und teurer Ware ausschließt. Als notwendige Ergänzung der Förderung des Wohnungswesens ist es erforderlich, daß die Gemeinden auch dieser Frage besondere Beachtung schenken.

Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis wir dahin kommen, daß aus den einzelnen Wohnungen die Oefen herausbleiben können und eine

zentrale Beheizung und Warmwasserversorgung

erfolgt, die heute nur bei bessern Wohnungsanlagen vorhanden ist.

In einer wohnungskulturellen Frage, sollten wir ganz besonders von Wien lernen, weil damit die Erleichterung einer ganz schweren Arbeit der Hausfrau verbunden ist. Ich meine die Anlagen großer Wäschereien mit modernsten Maschinen, wo es der Hausfrau möglich ist, eine schnelle schonende Wäschereinigung vorzunehmen, und in einigen Stunden ihre ganze Wäsche schrankfertig wieder mit nach Hause zu nehmen.

Die von mir geleitete Baugenossenschaft in Solingen war die erste, die die Wiener Einrichtung nachmachte und nach fast 2jährigem Betrieb kann ich sagen, daß die Einrichtung sich vollauf bewährt hat.

Ebenso gehören in größere Siedlungen Kindergärten und entsprechende Räume für unterhaltende und kulturelle Veranstaltungen, die erst eine richtige Pflege des Gemeinschaftsgeistes ermöglichen und die unbedingt notwendig ist, wollen wir aus den Menschen tüchtige Mitglieder einer neuen Gesellschaft erziehen.

Die Erfüllung solcher Aufgaben und die erfolgreiche Bewirtschaftung großer Wohnungsanlagen

und Siedlungen setzt einen gewissen Kulturstand dieser Wohnungbewohner voraus. Nicht damit sind die Wohnungen ohne weiteres gebessert und eine gute Wohnkultur geschaffen, daß man

Familien einfach aus schlechten in gute Wohnungen hineinsetzt. Ohne Erziehung zur richtigen Benutzung solcher Einrichtungen, wird die Sache unmöglich zu einem guten Erfolg führen.

Gute Pionierarbeit in der Hebung der Wohnungskultur der breiten Masse des Volkes, in der richtigen und auch für die Gemeinwirtschaft erträgliche Bewirtschaftung großer Wohnungsanlagen, haben unsre Baugenossenschaften geleistet.

Die bisherigen Erfahrungen gehen dahin, daß die wirtschaftlichste Wohnform das Einfamilienhaus im Eigenbesitz ist. So wünschenswürdig es wäre, möglichst allen Menschen ein Haus für sich mit Grün und Gärten zu geben, so sehr fürchte ich doch, daß wir den Zeitpunkt, in dem dieses möglich ist, alle nicht mehr erleben. Daher muß unser Ziel dahin gehen, die beim Einfamilienhaus im Eigenbesitz erzielte wirtschaftlichste Wohnweise auch herbeizuführen bei Siedlungen und Wohnungsanlagen, die sich im Besitz gemeinnütziger Genossenschaften und der Gemeinden befinden.

Magdeburger Angelegenheiten

Sorgenschatten

Schrecklich, daß nach allem Ungemach auch dieser Schlag noch kommen mußte!

Ungetrübt verlebten wir beide lange Jahre miteinander. In selbstloser, treuer Hingabe war sie die Gefährtin meines einsamen, armseligen Daseins. Jederzeit, Tag und Nacht, war sie bereit, mir in ihrer stillen, unaufdringlichen Art zu dienen, und unendlich oft hat sie mich durch ihre treusorgende Aufmerksamkeit vor Unannehmlichkeiten und Schaden bewahrt.

Wie ein guter Engel weilte sie in langen sorgenvollen Stunden der Schlaflosigkeit an meinem Lager, und wie einem Schwerkranken erzählte sie mir mit leiser, diskreter Stimme lange Geschichten, die immer in die tröstliche Hoffnung ausklangen: „Nur Mut — nach dieser Zeit kommt eine andre."

O, ich hatte sie sehr lieb und war stolz und glücklich in ihrem Besitz.

Doch — auch dieses kleine stille, bescheidene Glück sollte durch die widerwärtigen Sorgenschatten dauernder Arbeitslosigkeit zerstört werden.

Immer öfter ward ich gewungen, mich auf längere oder kürzere Zeit von ihr zu trennen. Bitter schwer wurde es mir, sie immer und immer wieder in fremden Händen zu wissen, um so mehr, als ich bereits einigemal eine leise Verstimmung an ihr wahrzunehmen glaubte.

Aber — ist es schließlich ein Wunder, daß sie, die von besserer Herkunft und an ein stetiges, harmonisches Dasein gewöhnt ist, diesen fortgesetzten Vergewaltigungen und Demütigungen unter fremden lieblosen Händen nicht standhalten konnte? Was hilft nun meine Reue? Was nützen nun die heiligsten Beteurungen, daß ich mich auch in der größten Not nie wieder von ihr trennen würde? Verstummt, leblos — mit einer schlimmen Verletzung an ihrem schönen zarten Körper liegt sie nun nach der letzten Wiedererlösung aus dem starren Grauen des Leihhauses vor meinen entsetzten Blicken, die treue, aufmerksame Gefährtin, meine — Taschenuhr.

Adolf Maetze.

Baugenossenschaftstagung

Der Bezirksverband Sachsen-Anhalt im Reichsverband deutscher Baugenossenschaften (Sitz Berlin) hielt am 17. September im Saale des Koburger Hofbräu in Magdeburg eine von 59 Baugenossenschaftsvertretern besuchte außerordentliche Bezirksversammlung ab. Nach Ehrung des am 8. April 1927 verstorbenen frühern stellvertretenden Verbandsdirektors, Stadtrat Genosse Otto Richter (Magdeburg) wurde der technische Reichsbahnoberinspektor Wienecke zum stellvertretenden Verbandsdirektor gewählt.

In der weitern Tagung wurden dann baugenossenschaftliche Fragen erörtert, die nach einer angestellten Umfrage von den Genossenschaften selbst angeregt waren und zu denen die Referenten von den Baugenossenschaften gestellt wurden. Herr Trautewein (Halberstadt) sprach eingehend über die Beschaffung von Hypotheken. Dieses Thema löste eine längere Diskussion aus, da zurzeit infolge Versteifung des Geldmarktes erststellige Hypotheken sehr schwer zu erhalten sind. Dabei wurde angeregt, daß die Genossenschaften bestrebt sein müßten, Mitglieder in jüngern Jahren heranzuziehen, die erst nach einigen Jahren auf eine Wohnung rechnen; dadurch würde sicherlich eine erhebliche Vermehrung der Geschäftsguthaben und die Stärkung der Genossenschaft durch gering verzinsliches eignes Geld erreicht werden können.

Ueber Steuerfragen sprach Genosse Sattler, Vorsitzender des Mieter-Bau- und Sparvereins Magdeburg. Er erörterte alle Steuerarten, die für Baugenossenschaften in Betracht kommen. Weiter ließ er sich über die Frage aus: „Ist der Abschluß von Erbbauverträgen zu empfehlen?" An der Hand eines Musterbertrages der Stadt Magdeburg und einiger andrer Städte und Behörden, insbesondere der Reichsbahngesellschaft, kam er zu dem Schlusse, daß es vorteilhaft sei, wenn die Bedingungen erträglich sind. Die Beschaffung von eignen Grundstücken daneben sollte aber auch nicht vergessen werden.

Bürgermeister Genosse Häferer (Frohse a. d. E.) teilte die in seiner Genossenschaft gemachten günstigen Erfahrungen über Regiebau mit und machte Ausführungen zu der Uebernahme selbstschuldnerischer Bürgschaften durch Gemeinden, die von einigen erststelligen Geldgebern verlangt wird. Auf das ungerechtfertigte Verlangen der Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt, auch Bürgschaften für sichere erststellige Hypotheken bis zu 40 Prozent der Herstellungskosten zu fordern, wurde von dem Referenten und auch in der Aussprache wiederholt hingewiesen. Die Gemeinden könnten selbst bei etwaiger Bürgschaftsübernahme, wenn eine Kommunalanleihe aufgenommen werden soll, Schwierigkeiten haben. Die Bürgschaftsübernahme über 40 Prozent hinaus bis zu 60 Prozent der Herstellungskosten entsprechend den Richtlinien des Erlasses des Preußischen Volkswohlfahrtsministers vom 3. März 1927 könnte zugestanden werden.

Zu der Frage „Ausbau der Organisation" nahm Trautewein (Halberstadt) Stellung: Er wünschte möglichst eine Beschränkung der Revisionsverbände auf Länder und Provinzen. Verbandsrevisor Mäder (Halle a. d. S.) referierte über Erfahrungen bei Ausführungen der gesetzlichen Revisionen und gab Richtlinien für die Festsetzung der Nutzungsgebühren in den Nutzungsverträgen bei etwaiger Gewährung von Zinsermäßigung und Zinszuschüssen.

Schließlich machte Justizrat Klinke (Berlin) sehr interessante Ausführungen über die Wirtschaftslage in Deutschland, die darin ausklangen, daß zur Hebung der Produktion durch die Arbeit und zur Herstellung von bester Qualitätsware die Errichtung gesunder Wohnungen für Arbeiter Vorbedingung sei, hierzu sollten die Baugenossenschaften in erster Linie beitragen.

Nach einer Besichtigung der Neubaugruppe des Mieter-Bau- und Sparvereins in der Friedrichstadt — Grasemanns Garten — in der neben der neuen Bauart (kubische Form) die neuzeitlichen Einrichtungen der Wohnungen und insbesondere die geplante gemeinschaftliche Waschküche nach Muster der Baugenossenschaft in Solingen anerkannt wurden, besuchten die Teilnehmer die Theater-Ausstellung, die ihnen viel Interessantes bot.

Am Abend trennten sich die Genossenschaftsvertreter mit dem Bewußtsein, für ihre Tätigkeit in der Genossenschaft viele neue Anregungen mit nach Hause genommen zu haben. —

Die Schule für alle

Der Reichsinnenminister von Keudell hat einen Schulgesetzentwurf vorgelegt, der die Gegenleistung der Deutschnationalen an das Zentrum für dessen Zustimmung zu den Zollgesetzen darstellt, die Erziehung der Volksjugend unter die Kontrolle der Kirche stellt. Diesen rückschrittlichen Schulgesetzentwurf behandelte am Dienstag abend im „Wilhelmspark", eingeladen von der Ortsgruppe Magdeburg des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands, der von Keudell gemaßregelte Staatssekretär a. D. Genosse Heinrich Schulz. Der Besuch der Versammlung war leider nicht besonders stark, obgleich der Redner der Vater eines frühern Schulgesetzentwurfs ist, obgleich er als der seit Jahrzehnten führende Schulfachmann der Sozialdemokratischen Partei angesehen werden kann. Daß vom Lehrerverein nur die Lehrer der weltlichen Schulen anwesend waren, mußte auffallen, weil doch der Lehrerverein offiziell zum Kampfe gegen den Schulgesetzentwurf aufgerufen hat.

Genosse Heinrich Schulz

führte etwa aus: Es ist eine unerfreuliche Erscheinung unsrer Zeit, daß sich das deutsche Volk noch mit dieser Frage beschäftigen muß, daß wir einen Schulkampf ausfechten müssen, der eigentlich nicht mehr nötig sein sollte. Es handelt sich weniger um einen Kampf für die Schule als um einen Kampf gegen unberechtigte kirchliche Ansprüche. Einen Kampf für Schulfortschritt würden wir begrüßen, denn es fehlt unsrer Schule noch auf Schritt und Tritt.

Gewiß ist unser Schulwesen in den letzten hundert Jahren fortgeschritten. Wir wollen auch gerecht sein und anerkennen, daß es seit dem Umsturz 1918 trotz allem rascher vorwärts ging. Ein Zeichen dafür ist auch die Jugendbewegung. Aber es liegt mir fern, ein Loblied anzustimmen. Mit der Rückschau auf Zeiten, da es schlechter war, ist nichts getan. Wir müssen das Bestehende mit unsern Zielen, unserm Schulprogramm, vergleichen. Wo finden wir die Einheitsschule, wie sie von den Schulreformern so lebhaft gefordert wurde?

Die Kämpfe gegen die unberechtigten Ansprüche der Kirche, die wir jetzt zuerst zu Ende zu führen haben, hätte schon das Bürgertum in seinem Ringen gegen den Feudalismus auszutragen gehabt. Sie sind uns als Erbe geblieben. Wie kommt es denn, daß die Interessen der Schule und der Kirche bei uns so durcheinander laufen? Es wird behauptet, die deutsche Volksschule sei von Luther gegründet worden. Nach meiner Meinung ist das irrtümlich. Das Lutherische Verdienst war ein negatives: Er hat die Schule in die Hände der Zeitmacht, das war die Reformation, gelegt.

Der hochkommende Kapitalismus war mit den reformatorischen Bestrebungen einverstanden, denn er wollte sechs Arbeitstage statt der vielen Feiertage gewinnen. Im 17. Jahrhundert lag die Volksschule danieder; niemand kümmerte sich um sie. Erst im 19. Jahrhundert erwachte ein Liberalismus, aber immer noch

blieb die Schule ein Anhängsel der Kirche.

Als solches war sie wörtlich in einem Satze des Westfälischen Friedens von 1648 bezeichnet worden, und dieser Satz wurde vom verstorbenen Zentrumsführer Spahn bei der Verfassungsberatung in Weimar zitiert. Heute ist nun das Zentrum maßgebend.

Das Zentrum ist in einer Koalition mit den Deutschnationalen. Deren Anhänger stehen dem Keudellschen Schulgesetzentwurf nicht einheitlich gegenüber. Noch immer hat diese Junkerpartei viele Minderbemittelte, Beamte und Angestellte, in ihren Reihen. Diese huldigen nicht alle den Auffassungen der Führer um Westarp, den alten konservativen Ansichten. Dem Zentrum ist die Koalition auch nicht angenehm, ist sie nur ein Vernunftbündnis für das Reichsschulgesetz. Das aber wollen sie noch unter Dach und Fach bringen. Die Deutschnationalen haben ihre Zölle weg; nun präsentiert das Zentrum seinen Wechsel.

Weil diese Koalition schon bricht, weil der Kitt höchstens bis zu den nächsten Wahlen halten wird, müssen wir jetzt aufstehen und versuchen, das Zustandekommen des Gesetzes im letzten Augenblick zu verhindern. Ein Gesetz, das vollauf unsre Wünsche befriedigt, würden wir allerdings vorläufig nicht schaffen können, weil uns zur entscheidenden Macht im Staate noch viel fehlt. Ein freies Schulgesetz könnte kurz sein, brauchte nur die Trennung von Schule und Kirche auszusprechen, aber es ist auch in absehbarer Zukunft nicht durchführbar. Im November 1918 war die Situation dazu vielleicht da, aber es mußte ja erst für das Ganze gesorgt werden, und außerdem waren die Revolutionsparteien uneinig.

Lebenslang bin ich grundsätzlich für die weltliche Schule eingetreten, aber als Realpolitiker würde ich vielleicht eine Lösung akzeptieren können, welche die Simultanschule als einzige Schule für das gesamte Volk vorsähe, also auch für die, welche keiner Religionsgemeinschaft angehören.

Mein erster Schulgesetzentwurf von 1921,

zu dem ich mich bekenne, sah solche Simultanschule vor, die eigentlich eine weltliche Schule gewesen wäre, denn der Religionsunterricht wäre kein Pflichtfach gewesen, und die andern Fächer waren frei. Aber selbst diese Lösung war schon damals nicht erreichbar. Da ist es jetzt natürlich unsre Aufgabe, um so lauter die weltliche Schule zu fordern.

Als der Versailler Vertrag unterzeichnet werden mußte, zogen die Demokraten ihre Minister aus der damaligen Koalition zurück. Nur das Zentrum brachte wie die Sozialdemokraten das vaterländische Opfer, den Vertrag zu unterzeichnen. In jener Zeit entstand das Schulkompromiß, beeinträchtigt durch höhere staatspolitische Interessen. Was nutzte uns die Schule, wenn das Ganze verlorenging! Und die Geschichte hat uns recht gegeben. Wir haben uns unsre Selbständigkeit gesichert.

Das Schulkompromiß ließ drei Schularten freie Bahn: der Bekenntnisschule, der Simultanschule, der weltlichen Schule. Die Bekenntnisschule hat immerhin nicht verhindern können, daß die Sozialdemokratie aus kleinen Anfängen heraus eine Millionenpartei geworden ist. Dem Zentrum war die Anerkennung der Gleichberechtigung der weltlichen Schule auch kein kleines Opfer! Mindestens ist die moralische Bedeutung dieses Zugeständnisses nicht zu unterschätzen.

Später traten die Demokraten wieder der Koalition bei. Die Simultanschule wurde die Vorzugsschule. Die folgenden Wahlen brachten Mehrheiten zum Nachteil unsers Schulkampfes. Im Frühjahr 1921 gelang es dann, den Entwurf zustande zu bringen. Damals haben mich viele heftig befeindet, die heute froh wären, wenn dieser Entwurf verabschiedet worden wäre. Er war billig zu haben, aber der Lehrerverein brachte größte finanzielle Opfer zur Agitation dagegen. Es kam dann Cuno, es kam Schiele. Der deutschnationale Reichsinnenminister Schiele entfernte mich sofort als Schulwesens-Berater. Ein Entwurf meines Nachfolgers wurde mit der Note „Total unbrauchbar" zurückgewiesen. Der Demokrat Külz arbeitete angeblich auch an einem Schulgesetz, aber niemand kennt diesen Entwurf. Das

allgemeine Kennzeichen des Keudellschen Entwurfs

ist eine engere Verkettung von Schule und Kirche. Sie wird mit Heimlichkeit betrieben. In entscheidenden Punkten wird die Verfassung gar nicht berücksichtigt. Der Entwurf bedeutet Mißachtung der Simultanschule und Verzerrung der weltlichen Schule! Wir wollen zum Schaden nicht noch den Spott. Die Wünsche der weltlichen Schule sind nicht erfüllt! Bezeichnet der jetzige Reichsschulgesetzentwurf auch alle Schularten als „gleichberechtigt", so wird durch ihn doch in Wirklichkeit die Bekenntnisschule zur Regelschule.

Neu ist der Begriff des „Erziehungsberechtigten". Ihnen sind schon viele Rechte gegeben, als wichtigstes das des Staatsbürgers, zu wählen nach den Grundsätzen der Demokratie. Volles Recht über die Kinder darf ihnen nicht eingeräumt werden; die Kinder haben auch ein Recht an die Eltern. Früher gab es als ausgeprägte Bekenntnisschulen nur die katholischen, jetzt sollen es auch die evangelischen werden. Der gesamte Lehrplan soll dem Bekenntnis „angepaßt" werden. Der Simultanschule eine „religiös-sittliche Grundlage" geben zu wollen, ist verfassungswidrig. Im gesamten Unterricht sollen die „Kulturwerte des Christentums" lebendig gemacht werden, mal von einem Katholiken, mal von einem Protestanten, mal von einem — Rabbiner. Die Religionsstunde soll lehrplanmäßiges Fach für alle Klassen sein, was einen Eingriff der Kirche in die Pädagogik bedeutet.

Die weltliche Schule ist eigentlich die gegebene Simultanschule, die Schule, welche die Gesamtheit der Kinder ohne Unterschied zusammenfaßt:

Die weltliche Schule ist die Schule für alle!

Sie soll keine lächerliche Sonderschule werden, wir lassen sie nicht difamieren. Die weltliche Schule hat ja ganz andre Aufgaben als etwa den Kampf gegen den lieben Gott; sie hat Schulaufgaben!

Zur Umwandlung einer Bekenntnisschule in eine weltliche Schule soll nach dem Entwurf eine Zweidrittelmehrheit notwendig sein. Dieser Entwurf bringt auch die Schulaufsicht der Kirche wieder herein, welche die Verfassung herausgewiesen hat. Die Kirche möchte den gesamten Unterricht überwachen, und hat sie erst mal einen Fuß drin in der Schule, wird es ihr bald gelungen sein, den andern nachzuziehen. Zum Lehrplan soll sie ihre Zustimmung geben, denn man muß sich mit ihr „ins Einvernehmen setzen".

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden! Ganz entschlossen gegen ihn stehen allerdings nur Sozialdemokraten und Demokraten. Wie sich die Kommunisten in taktischer Lage verhalten, ist ja immer ungewiß. Unsre Losung darf nicht sein: „Kampf gegen die Religion!" Den Kampf gegen diesen Entwurf gegen Schule, Verfassung und Republik müssen wir um der Einigkeit aller Abwehrkräfte willen auf realpolitischem Boden und nicht in metaphysischen Höhen kämpfen! Nur dann können wir die unerhörte Ausnutzung einer politischen Konjunktur durch Zentrum und Deutschnationale zu verhindern hoffen!

Starker Beifall folgte dieser Rede und eine überaus sachliche Aussprache schloß sich an, in der selbst ein Deutschnationaler in Ruhe seine Ansichten entwickeln konnte. Es sprachen insgesamt zehn Redner, darunter der Bezirkssekretär der Freidenker Reinhardt, als einzige unsachliche der kommunistische Redakteur Eildermann und ein andrer Kommunist, von der Freireligiösen Gemeinde Dr. Köstlin, ein „evangelischer Arbeiter", der Deutschnationale Meier, als Frau und Mutter Genossin Bittorf, und vom Bunde der Freien Schulgesellschaften Genosse Faulbaum. In einem glänzenden Schlußwort fertige Genosse Heinrich Schulz die kommunistischen Angriffe ab. Dabei mußte er ihnen nachweisen, daß sie ihn falsch zitiert hatten, daß sie also das Lügen noch immer nicht lassen können.

Auch der Redakteur der „Volksstimme", Genosse Karsten, mußte sich gegen eine kommunistische Gemeinheit wehren. Von ihm hatte Eildermann und hatte die „Tribüne" behauptet, er hätte die Einzeichnung in die Protestlisten gegen das Schulgesetz mit der Bemerkung abgelehnt, es handle sich nur um eine kommunistische „Mache". In einer Erklärung vor der Versammlung stellte nun Genosse Karsten fest, daß die „Tribüne" und Eildermann alles erlogen haben, bestenfalls Opfer falscher Information geworden sind. Zum Schlusse faßten die Versammelten noch die folgende

Entschließung:

„Die heutige öffentliche Versammlung der Ortsgruppe Magdeburg des Bundes der freien Schulgesellschaft Deutschlands lehnt den Gesetzentwurf des deutschnationalen Ministers Keudell ab. Sie fordert die Parteien, die die Verkirchlichung des Volksschulwesens verhindern wollen, auf, mit allen Mitteln das Zustandekommen dieses Entwurfs zu bekämpfen." —

Die Magdeburger Volkshochschule 1926/27

Das verflossene Arbeitsjahr, das die 24. bis 26. Vorlesungszeit umschließt, zeigt eine weitere Aufwärtsbewegung in der Beteiligung der Magdeburger Bevölkerung an der Bildungsarbeit der Volkshochschule. Es fanden im ganzen 232 Lehrgänge statt für die 5678 Dauerkarten (gegen 4622 im Vorjahr) zur Ausgabe gelangten. An Sonderveranstaltungen (Einzelvorträge, Studienfahrten, Besichtigungen) beteiligten sich noch 3210 Hörer, so daß eine Gesamthörerschaft von 8888 (gegen 7173 im Vorjahr) zu buchen ist.

Als erfreulich ist zu bezeichnen, daß mehr und mehr Vereine sich zu ersprießlicher Zusammenarbeit mit der Volkshochschule entschließen. Besonders sind hier zu nennen der Krankenkassenverband Sachsen-Anhalt, der Deutsche Bankbeamtenverein (Ortsgruppe Magdeburg), die Kantgesellschaft (Ortsgruppe Magdeburg), der Deutsche Sprachverein (Zweig Magdeburg), der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund (Wirtschaftsschule), die Beamtenhochschulkurse, der Werkmeisterverband u. a.

Nach Unterrichtsgebieten geteilt, zeigen die 232 Lehrgänge, die sich auf Vorlesungsreihen und Arbeitsgemeinschaften erstrecken, folgende Verteilung: Philosophie, Psychologie und Pädagogik 12; Kunst, Literatur, Kulturkunde 19; Staats- und Wirtschaftswissenschaften (einschl. Wirtschaftsschule) 18; Naturwissenschaften und Mathematik 9; Frauenbildung 12; Fach- und Berufbildung 20; Fremde Sprachen 36; Leibesübungen 81.

In den besondern Abteilungen der Volkshochschule trat viel Arbeitsfreudigkeit zutage. Die Volkshochschule pflegte in regelmäßigen Uebungsabenden gute Vokal- und in ihrem kleinen Orchester volkstümliche Instrumentalmusik.

In der Frauenvolkshochschule, deren Kernpunkt die Müttersschulkurse bilden, wurden zwei Arbeitsgemeinschaften von je fünfmonatiger Dauer mit je 30 Frauen durchgeführt, in denen die Pflege und Erziehung des gesunden und kranken Säuglings, die Erziehung des Kleinkindes und die Bedeutung des Spiels und der planmäßigen Beschäftigung für die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes und ähnliches behandelt wurde.

Die Wirtschaftsschule, die sich aus der Betriebsräteschule entwickelt hat, erörterte in zehn Arbeitsgemeinschaften Fragen des Arbeitsrechts, des Arbeitsschutzes, des Arbeitsmarktes usw.

zu entziehen und so ihrer falschen wesensfremden Eigenschaft als Marktware wieder zu entkleiden. Die

Verwaltung der selbsterbauten Wohnhäuser

dürfte allerdings besser nicht von Gemeindebehörde, sondern durch durch eine als gemeinnützig gesicherte Baugenossenschaft oder Baugesellschaft besorgt werden. Dafür sprechen viele Erfahrungen der Praxis, dafür spricht vor allem aber der auch hier sich manifestierende innere Wert der Selbstverwaltung, der dazu führt, daß sich die Bewohner gemeinsam für das Wohl und Wehe ihrer ganzen Wohnsiedlung verantwortlich fühlen. Wenn die Gemeinde nicht selbst baut, so muß verlangt werden, daß sie sich aus den angeführten Gründen zur Durchführung ihres Bauprogramms solcher gemeinnützigen Organe bedient und diesen ihre weitgehendste Hilfe angedeihen läßt. Dazu gehört vor allem die Bereitstellung von Gemeindegrundstücken zu den allergünstigsten Bedingungen, etwa auf der Basis der Erbpacht oder dergleichen. Von allergrößter Bedeutung für niedrige Baukosten und infolgedessen mäßig gehaltenen Mieten ist nicht minder die Hergabe von Hypotheken und Baudarlehen von seiten der Gemeinden.

Gegen Preistreibereien auf dem Baustoffmarkt stehen leider nicht allzu wirksame Gegenmittel zur Verfügung; denn von hier aus wird die kapitalistische Wirtschaft kaum aus den Angeln zu heben sein. Trotzdem darf nichts versäumt werden, um diesem Krebsschaden beizukommen. Hilfreiche Hand können die Gemeinden darin den gemeinnützigen Organen bei der Beschaffung der Baustoffe leisten.

Eine nicht zu unterschätzende soziale Aufgabe liegt für die Gemeinden in der Schaffung von Ledigen- und Altersheimen. Im ersteren Falle wird eine derartige Unterbringung der ledigen jungen Leute das Schlafgängerunwesen und damit die Ueberfüllung der Wohnungen hintanzuhalten mit geeignet sein. Behagliche Heime für die Alten können dazu beitragen, daß eine sehr erhebliche Zahl von Wohnungen für mehrköpfige Haushaltungen frei werden.

Wohnungsaufsicht.

Es ist allerhöchste Zeit, daß auf Grund reichsgesetzlicher Reglung Wohnungsordnungen erlassen werden können, die es den Wohnungsämtern ermöglichen, sich ihrer Hauptaufgabe, der Wohnungsinspektion, mit größter Energie zuzuwenden. Die intensive Durchführung von Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege muß schnellstens erfolgen, um die Sanierung der Altwohnungen in die Wege zu leiten und um die einwandfreie Erhaltung des vorhandenen guten Wohnraums für die Zukunft zu sichern.

In die Hand der Wohnungsbehörde gehört auch die Regulierung des Wohnungsmarktes durch kommunale Vermittlungsstellen.

Die einzelstaatlichen Wohnungsgesetze, zumal bei ihrer Vielgestaltigkeit und Unzulänglichkeit können das Reich nicht von der Ehrenpflicht entbinden, die es sowohl den Kriegsteilnehmern wie auch den unter den Kriegsfolgen unsäglich leidenden Volksmassen gegenüber zu erfüllen hat: durch

ein Reichswohnungsgesetz

alle die festen Grundlagen zu schaffen, welche für die feierlichen Zusagen der neuen Reichsverfassung auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge Voraussetzung sind. Wenn man dazu nicht nur keine Anstalten macht, sondern immer wieder mit dem Gedanken spielt, den letzten Resten noch vorhandenen gesetzlichen Mieterschutzes den Garaus zu machen, so ist das eine unerträgliche Zumutung an die Langmut des Volkes. Wenn irgendwo, so schreit in unserm Wohnungswesen alles nach einer durchgreifenden Neugestaltung. Auch hier ist ein reichliches Stück Erfüllungspolitik vonnöten; nicht von Abbau darf die Rede sein, sondern hier heißt mehr als irgendwo die Parole: Ausbau! —

Gruß des Deutschen Städtetags

Während des Referats ist auch der Präsident des Deutschen Städtetags, Dr. Mulert, erschienen. Er nimmt danach das Wort zur Begrüßung. Das wichtigste Problem der Gegenwart, das Wohnungsproblem, werde auf der sozialdemokratischen Tagung behandelt. Es sei der lebhafteste Wunsch des Deutschen Städtetags, daß die Wohnungsbeschaffung gefördert werde. Die Mieterhöhungen müssen aus diesem Grunde restlos dem Wohnungsbau zugute kommen. Ausreichende Wohnungsbeschaffung ist allerdings nicht ohne Beisteuerung öffentlicher Mittel möglich. Das dringendste politische Problem ist deshalb die Finanzierung des Wohnungsbaues und die steuerliche Gestaltung der Gemeindeverwaltung. Den Gemeinden muß durch Reichsgesetz mehr rechtliche Freiheit gewährt werden in der Wohnungsfürsorge. —

Genosse Meyer (Solingen) referierte sodann über

Wohnungsproblem und Wohnungskultur

Volksgesundheit und Volkskultur sind mit der Lösung der Wohnungsfrage untrennbar verbunden. Am besten beweist uns dies eine Autorität auf dem Gebiet der Hygiene, Genosse Prof. Dr. Grotjahn in seinem Handbuch der Hygiene, wo er schreibt: „Zu meinem größten Erstaunen wurde ich gewahr, daß die Krankheit (Rachitis), die sich in Berlin und seinen Vororten, an der Mehrzahl der sorgfältig gekleideten Proletarierkinder schon im Vorübergehen feststellen läßt, mit verschwindenden Ausnahmen unter den zerlumpten Rangen des Londoner Arbeiterviertels vollkommen fehlt. Vielmehr weisen die Kinder einen ganz vortrefflichen Ernährungszustand auf, sind rotwangig und kräftig in allen ihren Bewegungen. Das Londoner Arbeiterkind ist eben trotz der ungeheuern Größe der Stadt in viel höherem Maße Freiluftwesen als die deutschen Kinder in den mit Mietkasernen bebauten Groß- und Mittelstädten Deutschlands, die mit Treppen und Korridorabschlüssen dem Kinde den Weg ins Freie erschweren und namentlich den eigentlich selbstverständlichen Aufenthalt des kleinen Kindes in Hof und Straße immer erst zu einer Aktion machen, die wegen ihrer Umständlichkeit kaum täglich und dann nur für kurze Zeit ins Werk gesetzt wird. Es ist sicher kein Zufall, daß man in den schottischen Großstädten, die in deutscher Art mit hohen Mietkasernen bebaut sind, auch wieder zahlreiche rachitische Kinder antrifft." Aus all dem ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß das aufschreckende Wort von Margarete Mcmillan, „man kann mit einer Wohnung einen Menschen genau so töten wie mit einer Axt", vollauf seine Berechtigung hat.

Auch im Wohnungswesen erleben wir es immer wieder, daß das gar nicht zutreffende Schlagwort „Von der guten alten Zeit" angewandt wird. Wenn damit gesagt werden soll, daß

in der Vorkriegszeit die Beschaffung einer Wohnung leichter

war wie heute, so dürfte das zutreffen. Soll jedoch das Wort angewandt werden auf die Vorbildlichkeit der Wohnungsverhältnisse vor dem Kriege gegenüber heute, so hat es absolut keine Berechtigung, denn die Wohnungsverhältnisse waren auch schon vor dem Krieg in Deutschland in keiner Weise vorbildlich und kann daher gar nicht davon die Rede sein, daß wir etwa auf diesem Gebiet auch nur annähernd einen Platz an der Sonne gehabt haben. Die Wohnungszählung im Jahre 1916 ergab, daß in Deutschland von 100 Wohnungen im Durchschnitt des Reiches 84,3 v. H. aller Wohnungen solche bis zu vier Räumen und Küche, oder fünf Räumen einschließlich Küche waren. Fast die Hälfte aller Wohnungen, und zwar 49,3 v. H., waren nicht größer als zwei Wohnräume mit Küche oder drei Räume einschließlich Küche. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse in einer Reihe von großen Städten und Industriebezirken. In Berlin wohnten in einzelnen Stadtbezirken bis zu 86 Prozent der Gesamtbevölkerung in Ein- und Zweizimmerwohnungen mit Küche.

Als weiteres ungünstiges Moment in den Zuständen im Wohnungswesen kommt in Deutschland das Vorherrschen des großen Massenmiethauses, der „Mietkaserne". Es ist bekannt, daß in den holländischen Städten, selbst in Amsterdam und Rotterdam, die Kopfzahl, die auf das einzelne Wohnhaus entfällt, nicht über 6 hinausgeht. Selbst in der Riesenstadt London entfallen nur 7,89 Menschen auf ein Haus, desgleichen in Chikago 8,8 Menschen. Die Stadt der Wolkenkratzer, Neuyork, weist nur 20,4 Menschen für das einzelne Haus auf. Eine fast doppelt so hohe Zahl, 38 v. H. pro Haus, hat Paris aufzuweisen. Alle diese von mir genannten Städte werden aber übertroffen durch Berlin, wo auf das einzelne Haus 75,9 Menschen entfallen. Daß es auch anders möglich ist, beweisen uns außer den vorgenannten Städten noch eine Reihe englischer Großstädte bis zu einer halben Million Einwohner, und zwar: Birmingham, Leeds und Sheffield, Städte, wo die Kopfzahl pro Haus noch nicht einmal 5 beträgt. Es darf mit Genugtuung konstatiert werden, daß diese Entwicklung in Deutschland durch die Bautätigkeit nach dem Kriege schon verbessert wurde.

Wenn die

Vorkriegsverhältnisse derartige ungünstige Wohnungszustände

in Deutschland zeigten, so haben sich nach dem Kriege die Verhältnisse, insgesamt betrachtet, noch nicht erkennbar gebessert, wenn auch die Kopfzahl, die auf die einzelne Wohnung entfällt, in den meisten Städten geringer geworden ist. Die scheinbare Verbesserung wird im ungünstigen Sinne dadurch ausgeglichen, daß infolge der Wohnungsnot die Zahl der Wohnungen, die von zwei und mehr Familien bewohnt werden, sehr stark gestiegen ist.

Im Jahre 1926 hat die Wohnungstätigkeit zum erstenmal erfreulicherweise wieder in ihrem Umfang den Jahresdurchschnitt der Vorkriegszeit erreicht. Im laufenden Jahre, welches unter so ausgezeichneten Voraussetzungen begann, und wo alle Hoffnungen dahin gingen, daß in diesem Jahre die vom Deutschen Städtetag, den verschiedensten Gewerkschaften usw. verlangten Mindestzahl von 250 000 neuen Wohnungen erreicht werden würde, haben uns die Schwierigkeiten auf dem Geldmarkt eine erhebliche Einbuße der Hoffnungen gebracht und lassen es sehr fraglich erscheinen, ob überhaupt im laufenden Jahre die vorjährige Wohnungsbauziffer erreicht wird.

Nach den Ergebnissen der Wohnungszählung müssen wir damit rechnen, daß heute in Deutschland noch insgesamt rund eine Million Wohnungen fehlen. Die Herstellung dieser Fehlzahl an Wohnungen und die Befriedigung des laufenden jährlichen Neubedarfs an Wohnungen wird bei allem guten Willen der Gesetzgebung des Reiches und der Länder, der bei den bürgerlichen Parteien nicht einmal vorhanden ist, noch viele Jahre angestrengtester Arbeit notwendig machen. Wenn so die Wirklichkeit aussieht, so mag es kühn und verwegen erscheinen, von Wohnungskultur zu sprechen und bei der Erstellung neuer Wohnungen, wie überhaupt im Wohnungswesen, mehr Kultur zu fordern.

Wie groß soll die Wohnung sein?

Besonders beschäftigen muß uns in den Gemeinden die Frage der Wohnungsgröße und ob wir zustimmen können, daß neben kleinen Wohnungen auch Kleinstwohnungen errichtet werden. Ich nehme in dieser Frage den Standpunkt ein, daß wir uns nicht davon leiten lassen dürfen, was nach unsern Ansichten wünschenswert ist in der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der arbeitenden Masse, sondern was wir unter den heutigen Verhältnissen zu leisten imstande sind. Auf dem gerade vor einem Jahre in Wien abgehaltenen internationalen Städtebaukongreß erklärte ein Parteigenosse, der in einer großen Kommunalverwaltung an führender Stelle steht, daß der Berliner Standard für eine Kleinwohnung der arbeitenden Bevölkerung sei: Küche, zwei Räume und Kammer. Wenn die Ausführungen dahin gegangen wären, daß dieses der erstrebenswerte Standard wäre, so könnte man dem Genossen nach jeder Richtung hin beipflichten, aber tatsächlich ist der wirkliche Standard der Arbeiterwohnung heute nicht so, und bei aller Anerkennung und Meinung dafür, daß jede Wohnung mindestens wünschenswerterweise so groß sein möge, muß ich doch sagen, daß ich den Zeitpunkt, an welchem wir das einmal erreicht haben, noch nicht in weitester Ferne sehe. Wenn ich dabei berücksichtige, daß der Mietpreis für eine derartige Standardwohnung in den meisten größern Städten zwischen 60 und 80 Mark sich bewegt, selbst in den Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln, besonders aus der Hauszinssteuer errichtet sind, so wissen wir alle, daß dies ein Mietsatz ist, den nur eine dünne Schicht tragen kann. Ich glaube daher, daß wir gut daran tun, uns aus den Regionen des Wünschenswerten auf den Boden der Wirklichkeit des heute Möglichen zu begeben, wenn wir die Wohnungsnot wirklich bekämpfen und vor allem Wohnungen für die breiten Massen des Volkes schaffen wollen.

Aus diesen Erwägungen komme ich zu dem Schlusse, daß wir auch

Kleinstwohnungen erstellen müssen.

Unter Kleinstwohnungen verstehe ich diejenigen Wohnungen, die aus zwei Räumen bestehen, wovon einer zu Wohnzwecken, der zweite zu Schlafzwecken dient. Selbstverständlich muß eine Kleinstwohnung für sich abgeschlossen sein, Flur, Klosett, Spülküche, mindest Spülnische mit Wandschrank, möglichst auch ein Bad haben. Die Wohnungsgröße derartiger Kleinstwohnungen sollte etwa 35 bis 40 Quadratmeter Wohnfläche insgesamt ausmachen.

Ich habe in meiner Praxis in der Nachkriegszeit derartige Wohnungen in größerer Zahl erstellt und in einer Weise, die von allen Fachleuten auch wohnungskulturell nach jeder Richtung hin für einwandfrei erklärt worden sind. Selbstverständlich sollen diese Kleinstwohnungen nicht dafür da sein, Familien mit Kindern, namentlich im heranwachsenden Alter, aufzunehmen, sondern in der Hauptsache sind diese Wohnungen für junge Eheleute bestimmt, die, solange wie keine Kinder da sind und auch bei einem Kind in den ersten Lebensjahren mit einer derartigen Wohnung auskommen können. Jedenfalls ist dieser Zustand weitaus dem jetzigen Verhältnis vorzuziehen, daß in sehr vielen Haushaltungen zwei und mehr Familien, meist bei schlimmsten Zuständen, zusammenwohnen.

Wenn ich mich zu dem Prinzip, auch Kleinstwohnungen zu errichten, bekenne, so stelle ich in diesem Falle das Notwendigste vor das Wünschenswerte, ein Prinzip, das auch unsre Genossen in Wien bei ihrer sehr beachtenswerten Arbeit zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse des Wiener Proletariats vorauf gestellt haben.

In diesem Zusammenhang ein paar Worte über die

Wohnungsbautätigkeit der sozialistischen Gemeinde Wien,

die als Leistung deshalb zu nennen ist, weil Wien nicht einen Bevölkerungszugang aufzuweisen hat wie die meisten deutschen Großstädte, sondern heute noch mehr als 10 v. H. Einwohner weniger aufweist wie vor dem Kriege. Die Grundlinie der Wohnungsbautätigkeit unsrer Wiener Genossen ist meines Erachtens durchaus richtig und sollte auch von jedem Reichsdeutschen verstanden werden, aus den ganzen Verhältnissen heraus, die im Wiener Wohnungswesen unter der frühern christlichsozialen Herrschaft vorhanden waren und noch sind. Zuerst kommen Wohnungen, meist zwei Räume einschließlich Küche, war der Wiener Leitsatz, da ein größerer Teil des Wiener Proletariats auch heute noch in einräumigen Wohnungen wohnt. Die aus den Wiener Genossen wohnungskulturell durchaus anerkannte größere Wohnung stellten sie in die zweite Linie zum Wünschenswerten und werden auch derartige Wohnungen erstellen, wenn die Wohnungsverhältnisse allgemein verbessert worden sind.

Was ich nicht an Wien habe, und was dem Ansehen ihrer Wohnungstätigkeit in der internationalen Fachwelt mehr Geltung verschafft haben würde, wäre, wenn Wien die Wohnungsbauten einige Stockwerke niedriger hätte errichten lassen und nicht Wohnpaläste bis zu acht Stockwerken (im Durchschnitt sechs Stockwerke) erbaut hätte. Was die Anzahl der Stockwerke in den Wohngebäuden angeht, so habe ich den Eindruck, daß in einer ganzen Reihe von Orten, nicht zuletzt auch in Berlin, dem Wiener Beispiel nachgeeifert wird. Wir sollten überall, wo es möglich ist, unsern Einfluß dahin aufbieten, daß wir nicht mehr zu derartigen Großwohnhäusern kommen, sondern soweit als möglich den Flachbau pflegen.

Worauf bei der Anlage von Kleinstwohnungen geachtet werden muß ist, daß technisch die Möglichkeit vorgesehen wird, später zwei Kleinstwohnungen zu einer ausreichenden Wohnung zu vereinigen.

Der Mietpreisbildung

in den mit öffentlichen Mitteln errichteten Neubauten muß mehr Beachtung geschenkt werden. Bei allen Wohnungsbauten, bei denen öffentliche Mittel verwandt wurden, sollten wir mit allem Nachdruck darauf dringen, daß die Mieten auf keinen Fall höher sind als wie die tatsächlich nachweisbaren Kosten. Leider ist an einer ganzen Reihe von Orten zu verzeichnen, daß die errichteten Neubauwohnungen in den seltensten Fällen von Minderbemittelten bezogen werden. Der Grund ist fast immer die untragbaren Mieten. Ich bekenne mich zu dem Grundsatz, daß wir nicht Wohnungen planlos, ohne Rücksicht auf die Mieten, errichten lassen können, worauf es ankommt, ist, daß die mit öffentlichen Mitteln errichteten Wohnungen Mietpreise haben, die für die Masse der Bevölkerung tragbar sind.

Ganz besonders leiden unter diesen Verhältnissen Not die kinderreichen Familien, namentlich dann, wenn die Kinder noch nicht zum Erwerb der Familie beitragen können. Es ist sehr anzuerkennen, daß eine Reihe von Gemeinden dazu übergegangen sind, besondere Siedlungen, meist Einfamilienhäuser, mit tragbaren Mietsätzen für kinderreiche Familien zu errichten. Bei derartigen besondern Siedlungen für Kinderreiche ist wenig erfreulich der Umstand, daß hier die Kinderreichen zusammengebracht werden, eine Art Scheidung von den übrigen Volkskreisen eintritt, was wir alle doch nicht wollen. Die Gewährung von Mietbeihilfen an Kinderreiche halte ich für einen geeigneten Weg, die Wohnungsverhältnisse dieser Familien zu bessern, vor allem die Möglichkeit einer ausreichenden Wohnung zu schaffen. Die

Beeinflussung der Wohnungskultur durch Behörden

und Gesetzgebung sind noch sehr jungen Datums. Die vor dem Krieg und teilweise auch heute noch in Geltung befindlichen Bauordnungen genügen in der Hauptsache hinsichtlich der technischen Anforderungen. Die gesundheitlichen und wohnungskulturellen Erfordernisse finden dagegen in den Bauordnungen nur in ganz vereinzelten Fällen einen nutzbringenden Niederschlag.

Wie die amtlichen Ziffern uns berichten, waren die von 1919 bis 1924 errichteten Wohnungsbauten in der Hauptsache Kleinhausneubauten, und zwar schwankt der Prozentsatz dieser Kleinhausbauten im Verhältnis zur Gesamtzahl der errichteten Wohnungsbauten zwischen 89,2 v. H. im Jahre 1919 und 82,5 v. H. im Jahre 1924. Seitdem haben wir in den meisten Orten wieder ein starkes Vordringen der Großhäuser mit über sechs Familien zu verzeichnen. Die Ursache dafür liegt darin, daß seit 1925 auch das Privatkapital, allerdings nur mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, sich wieder stärker an der Herstellung von Wohnungen beteiligt.

Nicht nur die Errichtung von Wohnungen im Kleinhaus und im Flachbau bringt die Erfüllung neuzeitlicher wohnungskultureller Ansprüche, auch auf die Ausstattung der einzelnen Wohnung mit den notwendigsten Erfordernissen neuzeitlicher Wohnungskultur muß hingewirkt werden. Eine ganze Reihe von Städten haben in ihren Bedingungen für die Vergebung der Mittel aus der Hauszinssteuer die Erfüllung gewisser wohnungskultureller Notwendigkeiten zur Pflicht gemacht. Danach müssen alle zur Errichtung kommenden Wohnungen für sich abgeschlossen sein, Querlüftung haben, Flur, Klosettanlage aufweisen. Wo die Wohnküche zu Hause ist, wird die Errichtung von Spülküchen, mindestens von Spülnischen, verlangt. Besonderes Gewicht darauf ist zu legen, daß möglichst alle Wohnungen mit einem Bade versehen sind. Daß bei der Planung neuer Wohnungsanlagen darauf Rücksicht genommen wird, daß genügend Grünanlage, Hausgarten usw. bleibt, halte ich für eine glatte Selbstverständlichkeit. Jedoch liegen die Verhältnisse, insbesondere auf dem platten Land und in kleinern Gemeinden, wo sehr oft unzulängliche Bauverwaltungen das Heft in der Hand haben und wo die privaten Baulustigen ohne genügende Vorschriften ihren eignen Gedanken in der Wohnungsherstellung frönen können, wesentlich schlechter.

Die Wohnungseinrichtung.

Neben den dringend notwendigen wohnungskulturellen Anlagen in der Kleinwohnung sollte die weitere Vervollkommnung, die weitere Ausgestaltung dieser Wohnung, in wohnungskultureller Hinsicht herbeizuführen, versucht werden. Die gerade jetzt in Stuttgart stattfindende Ausstellung „Die Wohnung" und die dort errichtete Mustersiedlung des Deutschen Werkbundes zeigt mit aller Deutlichkeit, welche wohnungskulturellen Möglichkeiten heute bereits gegeben sind und wie weit die ungeheure Zahl der vorhandenen Wohnungen von diesen Dingen noch entfernt ist.

Die Entwicklung, in die Wohnung Möbel fest einzubauen, wird meines Erachtens bei den Küchen nicht haltmachen, sondern weitergehen und auch noch weitern Hausrat erfassen. Wir sollten entsprechenden Bestrebungen, die in den einzelnen Gemeinden in vernünftiger Weise zur Geltung kommen, durchaus unsre Unterstützung leihen.

Viel zu wenig Beachtung ist bisher der Beschaffung von vernünftigem Hausrat durch die Bevölkerung geschenkt worden. Wir haben ja in der Entwicklung glücklicherweise die Zeiten hinter uns, wo der Hausrat ebenso stilwidrig und unpraktisch war, wie die äußere Baukunst. Trotz alledem ist auch heute noch nicht die Versorgung der Familien mit gutem Hausrat in einer Weise geregelt, die die Beschaffung schlechter und teurer Ware ausschließt. Als notwendige Ergänzung der Förderung des Wohnungswesens ist es erforderlich, daß die Gemeinden auch dieser Frage besondere Beachtung schenken.

Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis wir dahin kommen, daß aus den einzelnen Wohnungen die Oefen herausbleiben können und eine

zentrale Beheizung und Warmwasserversorgung

erfolgt, die heute nur bei bessern Wohnungsanlagen vorhanden ist.

In einer wohnungskulturellen Frage, sollten wir ganz besonders von Wien lernen, weil damit die Erleichterung einer ganz schweren Arbeit der Hausfrau verbunden ist. Ich meine die Anlagen großer Wäschereien mit modernsten Maschinen, wo es der Hausfrau möglich ist, eine schnelle schonende Wäschereinigung vornehmen, und in einigen Stunden ihre ganze Wäsche schrankfertig wieder mit nach Hause zu nehmen.

Die von mir geleitete Baugenossenschaft in Solingen war die erste, die die Wiener Einrichtung nachmachte und nach fast 2jährigem Betrieb kann ich sagen, daß die Einrichtung sich vollauf bewährt hat.

Ebenso gehören in größere Siedlungen Kindergärten und entsprechende Räume für unterhaltende und kulturelle Veranstaltungen, die erst eine richtige Pflege des Gemeinschaftsgeistes ermöglichen und die unbedingt notwendig ist, wollen wir aus den Menschen tüchtige Mitglieder einer neuen Gesellschaft erziehen.

Die Erfüllung solcher Aufgaben und die erfolgreiche Bewirtschaftung großer Wohnungsanlagen

und Siedlungen setzt einen gewissen Kulturstand dieser Wohnungbewohner voraus. Nicht damit sind die Wohnungen ohne weiteres gebessert und eine gute Wohnkultur geschaffen, daß man

Familien einfach aus schlechten in gute Wohnungen hineinsetzt. Ohne Erziehung zur richtigen Benutzung solcher Einrichtungen, wird die Sache unmöglich zu einem guten Erfolg führen.

Gute Pionierarbeit in der Hebung der Wohnungskultur der breiten Masse des Volkes, in der richtigen und auch für die Gemeinwirtschaft erträgliche Bewirtschaftung großer Wohnungsanlagen, haben unsre Baugenossenschaften geleistet.

Die bisherigen Erfahrungen gehen dahin, daß die wirtschaftlichste Wohnform das Einfamilienhaus im Eigenbesitz ist. So wünschenswürdig es wäre, möglichst allen Menschen ein Haus für sich mit Grün und Gärten zu geben, so sehr fürchte ich doch, daß wir den Zeitpunkt, in dem dieses möglich ist, alle nicht mehr erleben. Daher muß unser Ziel dahin gehen, die beim Einfamilienhaus im Eigenbesitz erzielte wirtschaftlichste Wohnweise auch herbeizuführen bei Siedlungen und Wohnungsanlagen, die sich im Besitz gemeinnütziger Genossenschaften und der Gemeinden befinden.

Magdeburger Angelegenheiten

Sorgenschatten

Schrecklich, daß nach allem Ungemach auch dieser Schlag noch kommen mußte!

Ungetrübt verlebten wir beide lange Jahre miteinander. In selbstloser, treuer Hingabe war sie die Gefährtin meines einsamen, armseligen Daseins. Jederzeit, Tag und Nacht, war sie bereit, mir in ihrer stillen, unaufdringlichen Art zu dienen, und unendlich oft hat sie mich durch ihre treusorgende Aufmerksamkeit vor Unannehmlichkeiten und Schaden bewahrt.

Wie ein guter Engel weilte sie in langen sorgenvollen Stunden der Schlaflosigkeit an meinem Lager, und wie einem Schwerkranken erzählte sie mir mit leiser, diskreter Stimme lange Geschichten, die immer in die tröstliche Hoffnung ausklangen: „Nur Mut — nach dieser Zeit kommt eine andre."

O, ich hatte sie sehr lieb und war stolz und glücklich in ihrem Besitz.

Doch — auch dieses kleine stille, bescheidene Glück sollte durch die widerwärtigen Sorgenschatten dauernder Arbeitslosigkeit zerstört werden.

Immer öfter ward ich gezwungen, mich auf längere oder kürzere Zeit von ihr zu trennen. Bitter schwer wurde es mir, sie immer und immer wieder in fremden Händen zu wissen, um so mehr, als ich bereits einigemal eine leise Verstimmung an ihr wahrzunehmen glaubte.

Aber — ist es schließlich ein Wunder, daß sie, die von besserer Herkunft und an ein stetiges, harmonisches Dasein gewöhnt ist, diesen fortgesetzten Vergewaltigungen und Demütigungen unter fremden lieblosen Händen nicht standhalten konnte? Was hilft nun meine Reue? Was nützen nun die heiligsten Beteurungen, daß ich mich auch in der größten Not nie wieder von ihr trennen würde? Verstummt, leblos — mit einer schlimmen Verletzung an ihrem schönen zarten Körper liegt sie nun nach der letzten Wiedererlösung aus dem starren Grauen des Leihhauses vor meinen entsetzten Blicken, die treue, aufmerksame Gefährtin, meine — Taschenuhr.

Adolf Maetze.

Baugenossenschaftstagung

Der Bezirksverband Sachsen-Anhalt im Reichsverband deutscher Baugenossenschaften (Sitz Berlin) hielt am 17. September im Saale des Koburger Hofbräu in Magdeburg eine von 59 Baugenossenschaftsvertretern besuchte außerordentliche Bezirksversammlung ab. Nach Ehrung des am 8. April 1927 verstorbenen frühern stellvertretenden Verbandsdirektors, Stadtrat Genosse Otto Richter (Magdeburg) wurde der technische Reichsbahnoberinspektor Wienecke zum stellvertretenden Verbandsdirektor gewählt.

In der weitern Tagung wurden dann baugenossenschaftliche Fragen erörtert, die nach einer angestellten Umfrage von den Genossenschaften selbst angeregt waren und zu denen die Referenten von den Baugenossenschaften gestellt wurden. Herr Trautewein (Halberstadt) sprach eingehend über die Beschaffung von Hypotheken. Dieses Thema löste eine längere Diskussion aus, da zurzeit infolge Versteifung des Geldmarktes erststellige Hypotheken sehr schwer zu erhalten sind. Dabei wurde angeregt, daß die Genossenschaften bestrebt sein müßten, Mitglieder in jüngern Jahren heranzuziehen, die erst nach einigen Jahren auf eine Wohnung rechnen; dadurch würde sicherlich eine erhebliche Vermehrung der Geschäftsguthaben und die Stärkung der Genossenschaft durch gering verzinsliches eignes Geld erreicht werden können.

Ueber Steuerfragen sprach Genosse Sattler, Vorsitzender des Mieter-Bau- und Sparvereins Magdeburg. Er erörterte alle Steuerarten, die für Baugenossenschaften in Betracht kommen. Weiter ließ er sich über die Frage aus: „Ist der Abschluß von Erbbauverträgen zu empfehlen?" An der Hand eines Mustervertrages der Stadt Magdeburg und einiger andrer Städte und Behörden, insbesondere der Reichsbahngesellschaft, kam er zu dem Schlusse, daß es vorteilhaft sei, wenn die Bedingungen erträglich sind. Die Beschaffung von eignen Grundstücken daneben sollte aber auch nicht vergessen werden.

Bürgermeister Genosse Häferer (Frohse a. d. E.) teilte die in seiner Genossenschaft gemachten günstigen Erfahrungen über Regiebau mit und machte Ausführungen zu der Uebernahme selbstschuldnerischer Bürgschaften durch Gemeinden, die von einigen erststelligen Geldgebern verlangt wird. Auf das ungerechtfertigte Verlangen der Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt, auch Bürgschaften für sichere erststellige Hypotheken bis zu 40 Prozent der Herstellungskosten zu fordern, wurde von dem Referenten und auch in der Aussprache wiederholt hingewiesen. Die Gemeinden könnten selbst bei etwaiger Bürgschaftsübernahme, wenn eine Kommunalanleihe aufgenommen werden soll, Schwierigkeiten haben. Die Bürgschaftsübernahme über 40 Prozent hinaus bis zu 60 Prozent der Herstellungskosten entsprechend den Richtlinien des Erlasses des Preußischen Volkswohlfahrtsministers vom 3. März 1927 könnte zugestanden werden.

Zu der Frage „Ausbau der Organisation" nahm Trautewein (Halberstadt) Stellung: Er wünschte möglichst eine Beschränkung der Revisionsverbände auf Länder und Provinzen. Verbandsrevisor Mäder (Halle a. d. S.) referierte über Erfahrungen bei Ausführungen der gesetzlichen Revisionen und gab Richtlinien für die Festsetzung der Nutzungsgebühren in den Nutzungsverträgen bei etwaiger Gewährung von Zinsermäßigung und Zinszuschüssen.

Schließlich machte Justizrat Klinke (Berlin) sehr interessante Ausführungen über die Wirtschaftslage in Deutschland, die darin ausklangen, daß zur Hebung der Produktion durch die Arbeit und zur Herstellung von bester Qualitätsware die Errichtung gesunder Wohnungen für Arbeiter Vorbedingung sei, hierzu sollten die Baugenossenschaften in erster Linie beitragen.

Nach einer Besichtigung der Neubaugruppe des Mieter-Bau- und Sparvereins in der Friedrichstadt — Grasemanns Garten — in der neben der neuen Bauart (kubische Form) die neuzeitlichen Einrichtungen der Wohnungen und insbesondere die geplante gemeinschaftliche Waschküche nach Muster der Baugenossenschaft in Solingen anerkannt wurden, besuchten die Teilnehmer die Theater-Ausstellung, die ihnen viel Interessantes bot.

Am Abend trennten sich die Genossenschaftsvertreter mit dem Bewußtsein, für ihre Tätigkeit in der Genossenschaft viele neue Anregungen mit nach Hause genommen zu haben. —

Die Schule für alle

Der Reichsinnenminister von Keudell hat einen Schulgesetzentwurf vorgelegt, der die Gegenleistung der Deutschnationalen an das Zentrum für dessen Zustimmung zu den Zollgesetzen darstellt, die Erziehung der Volksjugend unter die Kontrolle der Kirche stellt. Diesen rückschrittlichen Schulgesetzentwurf behandelte am Dienstag abend im „Wilhelmspark", eingeladen von der Ortsgruppe Magdeburg des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands, der von Keudell gemaßregelte Staatssekretär a. D. Genosse Heinrich Schulz. Der Besuch der Versammlung war leider nicht besonders stark, obgleich der Redner der Vater eines frühern Schulgesetzentwurfs ist, obgleich er als der seit Jahrzehnten führende Schulfachmann der Sozialdemokratischen Partei angesehen werden kann. Daß vom Lehrerverein nur die Lehrer der weltlichen Schulen anwesend waren, mußte auffallen, weil doch der Lehrerverein offiziell zum Kampfe gegen den Schulgesetzentwurf aufgerufen hat.

Genosse Heinrich Schulz

führte etwa aus: Es ist eine unerfreuliche Erscheinung unsrer Zeit, daß sich das deutsche Volk noch mit dieser Frage beschäftigen muß, daß wir einen Schulkampf ausfechten müssen, der eigentlich nicht mehr nötig sein sollte. Es handelt sich weniger um einen Kampf für die Schule als um einen Kampf gegen unberechtigte kirchliche Ansprüche. Einen Kampf für Schulfortschritt würden wir begrüßen, denn es fehlt unsrer Schule noch auf Schritt und Tritt.

Gewiß ist unser Schulwesen in den letzten hundert Jahren fortgeschritten. Wir wollen auch gerecht sein und anerkennen, daß es seit dem Umsturz 1918 trotz allem rascher vorwärts ging. Ein Zeichen dafür ist auch die Jugendbewegung. Aber es liegt mir fern, ein Loblied anzustimmen. Mit der Rückschau auf Zeiten, da es schlechter war, ist nichts getan. Wir müssen das Bestehende mit unsern Zielen, unserm Schulprogramm, vergleichen. Wo finden wir die Einheitsschule, wie sie von den Schulreformern so lebhaft gefordert wurde?

Die Kämpfe gegen die unberechtigten Ansprüche der Kirche, die wir jetzt zuerst zu Ende zu führen haben, hätte schon das Bürgertum in seinem Ringen gegen den Feudalismus auszutragen gehabt. Sie sind uns als Erbe geblieben. Wie kommt es denn, daß die Interessen der Schule und der Kirche bei uns so durcheinander laufen? Es wird behauptet, die deutsche Volksschule sei von Luther gegründet worden. Nach meiner Meinung ist das irrtümlich. Das Luthersche Verdienst war ein negatives: Er hat die Schule in die Hände der Zeitmacht, das war die Reformation, gelegt.

Der hochkommende Kapitalismus war mit den reformatorischen Bestrebungen einverstanden, denn er wollte sechs Arbeitstage statt der vielen Feiertage gewinnen. Im 17. Jahrhundert lag die Volksschule danieder; niemand kümmerte sich um sie. Erst im 19. Jahrhundert erwachte ein Liberalismus, aber immer noch

blieb die Schule ein Anhängsel der Kirche.

Als solches war sie wörtlich in einem Satze des Westfälischen Friedens von 1648 bezeichnet worden, und dieser Satz wurde vom verstorbenen Zentrumsführer Spahn bei der Verfassungsberatung in Weimar zitiert. Heute ist nun das Zentrum maßgebend.

Das Zentrum ist in einer Koalition mit den Deutschnationalen. Deren Anhänger stehen dem Keudellschen Schulgesetzentwurf nicht einheitlich gegenüber. Noch immer hat diese Junkerpartei viele Minderbemittelte, Beamte und Angestellte, in ihren Reihen. Diese huldigen nicht alle den Auffassungen der Führer um Westarp, den alten konservativen Ansichten. Dem Zentrum ist die Koalition auch nicht angenehm, ist sie nur ein Vernunftbündnis für das Reichsschulgesetz. Das aber wollen sie noch unter Dach und Fach bringen. Die Deutschnationalen haben ihre Zölle weg; nun präsentiert das Zentrum seinen Wechsel.

Weil diese Koalition schon bricht, weil der Kitt höchstens bis zu den nächsten Wahlen halten wird, müssen wir jetzt aufstehen und versuchen, das Zustandekommen des Gesetzes im letzten Augenblick zu verhindern. Ein Gesetz, das vollauf unsre Wünsche befriedigt, würden wir allerdings vorläufig nicht schaffen können, weil uns zur entscheidenden Macht im Staate noch viel fehlt. Ein freies Schulgesetz könnte kurz sein, brauchte nur die Trennung von Schule und Kirche auszusprechen, aber es ist auch in absehbarer Zukunft nicht durchführbar. Im November 1918 war die Situation dazu vielleicht da, aber es mußte ja erst für das Ganze gesorgt werden, und außerdem waren die Revolutionsparteien uneinig.

Lebenslang bin ich grundsätzlich für die weltliche Schule eingetreten, aber als Realpolitiker würde ich vielleicht eine Lösung akzeptieren können, welche die Simultanschule als einzige Schule für das gesamte Volk vorsähe, also auch für die, welche keiner Religionsgemeinschaft angehören.

Mein erster Schulgesetzentwurf von 1921,

zu dem ich mich bekenne, sah solche Simultanschule vor, die eigentlich eine weltliche Schule gewesen wäre, denn der Religionsunterricht wäre kein Pflichtfach gewesen, und die andern Fächer waren frei. Aber selbst diese Lösung war schon damals nicht erreichbar. Da ist es jetzt natürlich unsre Aufgabe, um so lauter die weltliche Schule zu fordern.

Als der Versailler Vertrag unterzeichnet werden mußte, zogen die Demokraten ihre Minister aus der damaligen Koalition zurück. Nur das Zentrum brachte wie die Sozialdemokraten das vaterländische Opfer, den Vertrag zu unterzeichnen. In jener Zeit entstand das Schulkompromiß, beeinträchtigt durch höhere staatspolitische Interessen. Was nutzte uns die Schule, wenn das Ganze verlorenging! Und die Geschichte hat uns recht gegeben. Wir haben uns unsre Selbständigkeit gesichert.

Das Schulkompromiß ließ drei Schularten freie Bahn: der Bekenntnisschule, der Simultanschule, der weltlichen Schule. Die Bekenntnisschule hat immerhin nicht verhindern können, daß die Sozialdemokratie aus kleinen Anfängen heraus eine Millionenpartei geworden ist. Dem Zentrum war die Anerkennung der Gleichberechtigung der weltlichen Schule auch kein kleines Opfer! Mindestens ist die moralische Bedeutung dieses Zugeständnisses nicht zu unterschätzen.

Später traten die Demokraten wieder der Koalition bei. Die Simultanschule wurde die Vorzugsschule. Die folgenden Wahlen brachten Mehrheiten zum Nachteil unsers Schulkampfes. Im Frühjahr 1921 gelang es dann, den Entwurf zustande zu bringen. Damals haben mich viele besorgt befeindet, die heute froh wären, wenn dieser Entwurf verabschiedet worden wäre. Er war billig zu haben, aber der Lehrerverein brachte größte finanzielle Opfer zur Agitation dagegen. Es kam dann Cuno, es kam Schiele. Der deutschnationale Reichsinnenminister Schiele entfernte mich sofort als Schulwesens-Berater. Ein Entwurf meines Nachfolgers wurde mit der Note „Total unbrauchbar" zurückgewiesen. Der Demokrat Külz arbeitete angeblich auch an einem Schulgesetz, aber niemand kennt diesen Entwurf. Das

allgemeine Kennzeichen des Keudellschen Entwurfs

ist eine engere Verkettung von Schule und Kirche. Sie wird mit Heimlichkeit betrieben. In entscheidenden Punkten wird die Verfassung gar nicht berücksichtigt. Der Entwurf bedeutet Mißachtung der Simultanschule und Verzerrung der weltlichen Schule! Wir wollen zum Schaden nicht noch den Spott. Die Wünsche der weltlichen Schule sind nicht erfüllt! Bezeichnet der jetzige Reichsschulgesetzentwurf auch alle Schularten als „gleichberechtigt", so wird durch ihn doch in Wirklichkeit die Bekenntnisschule zur Regelschule.

Neu ist der Begriff des „Erziehungsberechtigten". Ihnen sind schon viele Rechte gegeben, als wichtigstes das des Staatsbürgers, zu wählen nach den Grundsätzen der Demokratie. Volles Recht über die Kinder darf ihnen nicht eingeräumt werden; die Kinder haben auch ein Recht an die Eltern. Früher gab es als ausgeprägte Bekenntnisschulen nur die katholischen, jetzt sollen es auch die evangelischen werden. Der gesamte Lehrplan soll dem Bekenntnis „angepaßt" werden. Der Simultanschule eine „religiös-sittliche Grundlage" geben zu wollen, ist verfassungswidrig. Im gesamten Unterricht sollen die „Kulturwerte des Christentums" lebendig gemacht werden, mal von einem Katholiken, mal von einem Protestanten, mal von einem — Rabbiner. Die Religionsstunde soll lehrplanmäßiges Fach für alle Klassen sein, was einen Eingriff der Kirche in die Pädagogik bedeutet.

Die weltliche Schule ist eigentlich die gegebene Simultanschule, die Schule, welche die Gesamtheit der Kinder ohne Unterschied zusammenfaßt:

Die weltliche Schule ist die Schule für alle!

Sie soll keine lächerliche Sonderschule werden, wir lassen sie nicht diffamieren. Die weltliche Schule hat ja ganz andre Aufgaben als etwa den Kampf gegen den lieben Gott; sie hat Schulaufgaben!

Zur Umwandlung einer Bekenntnisschule in eine weltliche Schule soll nach dem Entwurf eine Zweidrittelmehrheit notwendig sein. Dieser Entwurf bringt auch die Schulaufsicht der Kirche wieder herein, welche die Verfassung herausgewiesn hat. Die Kirche möchte den gesamten Unterricht überwachen, und hat sie erst mal einen Fuß drin in der Schule, wird es ihr bald gelungen sein, den andern nachzuziehen. Zum Lehrplan soll sie ihre Zustimmung geben, denn man muß sich mit ihr „ins Einvernehmen setzen".

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden! Ganz entschlossen gegen ihn stehen allerdings nur Sozialdemokraten und Demokraten. Wie sich die Kommunisten in taktischer Lage verhalten, ist ja immer ungewiß. Unsre Losung darf nicht sein: „Kampf gegen die Religion!" Den Kampf gegen diesen Entwurf gegen Schule, Verfassung und Republik müssen wir um der Einigkeit aller Abwehrkräfte willen auf realpolitischem Boden und nicht in metaphysischen Höhen kämpfen! Nur dann können wir die unerhörte Ausnutzung einer politischen Konjunktur durch Zentrum und Deutschnationale zu verhindern hoffen!

Starker Beifall folgte dieser Rede und eine überaus sachliche Aussprache schloß sich an, in der selbst ein Deutschnationaler in Ruhe seine Ansichten entwickeln konnte. Es sprachen insgesamt zehn Redner, darunter der Bezirkssekretär der Freidenker Reinhardt, als einzige unsachliche der kommunistische Redakteur Eildermann und ein andrer Kommunist, von der Freireligiösen Gemeinde Dr. Köstlin, ein „evangelischer Arbeiter", der Deutschnationale Meier, als Frau und Mutter Genossin Bittorf, und vom Bunde der Freien Schulgesellschaften Genosse Faulbaum. In einem glänzenden Schlußwort fertige Genosse Heinrich Schulz die kommunistischen Angriffe ab. Dabei mußte er ihnen nachweisen, daß sie ihn falsch zitiert hatten, daß sie also das Lügen noch immer nicht lassen können.

Auch der Redakteur der „Volksstimme", Genosse Karsten, mußte sich gegen eine kommunistische Gemeinheit wehren. Von ihm hatte Eildermann und hatte die „Tribüne" behauptet, er hätte die Einzeichnung in die Protestlisten gegen das Schulgesetz mit der Bemerkung abgelehnt, es handle sich nur um eine kommunistische „Mache". In einer Erklärung vor der Versammlung stellte nun Genosse Karsten fest, daß die „Tribüne" und Eildermann alles erlogen haben, bestenfalls Opfer falscher Information geworden sind. Zum Schlusse faßten die Versammelten noch die folgende

Entschließung:

„Die heutige öffentliche Versammlung der Ortsgruppe Magdeburg des Bundes der freien Schulgesellschaft Deutschlands lehnt den Gesetzentwurf des deutschnationalen Ministers Keudell ab. Sie fordert die Parteien, die die Verkirchlichung des Volksschulwesens verhindern wollen, auf, mit allen Mitteln das Zustandekommen dieses Entwurfs zu bekämpfen." —

Die Magdeburger Volkshochschule 1926/27

Das verflossene Arbeitsjahr, das die 24. bis 26. Vorlesungszeit umschließt, zeigt eine weitere Aufwärtsbewegung in der Beteiligung der Magdeburger Bevölkerung an der Bildungsarbeit der Volkshochschule. Es fanden im ganzen 232 Lehrgänge statt für die 5678 Dauerkarten (gegen 4622 im Vorjahr) zur Ausgabe gelangten. An Sonderveranstaltungen (Einzelvorträge, Studienfahrten, Besichtigungen) beteiligten sich noch 3210 Hörer, so daß eine Gesamthörerschaft von 8888 (gegen 7173 im Vorjahr) zu buchen ist.

Als erfreulich ist zu bezeichnen, daß mehr und mehr Vereine sich zu ersprießlicher Zusammenarbeit mit der Volkshochschule entschließen. Besonders sind hier zu nennen der Krankenkassenverband Sachsen-Anhalt, der Deutsche Bankbeamtenverein (Ortsgruppe Magdeburg), die Kantgesellschaft (Ortsgruppe Magdeburg), der Deutsche Sprachverein (Zweig Magdeburg), der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund (Wirtschaftsschule), die Beamtenhochschulkurse, der Werkmeisterverband u. a.

Nach Unterrichtsgebieten geteilt, zeigen die 232 Lehrgänge, die sich auf Vorlesungsreihen und Arbeitsgemeinschaften erstrecken, folgende Verteilung: Philosophie, Psychologie und Pädagogik 12; Kunst, Literatur, Kulturkunde 19; Staats- und Wirtschaftswissenschaften (einschl. Wirtschaftsschule) 18; Naturwissenschaften und Mathematik 9; Frauenbildung 12; Fach- und Fortbildung 20; Fremde Sprachen 36; Leibesübungen 81.

In den besondern Abteilungen der Volkshochschule trat viel Arbeitsfreudigkeit zutage. Die Volkshochschule pflegte in regelmäßigen Uebungsabenden gute Vokal- und in ihrem kleinen Orchester volkstümliche Instrumentalmusik.

In der Frauenvolkshochschule, deren Kernpunkt die Mütterschulkurse bilden, wurden zwei Arbeitsgemeinschaften von je fünfmonatiger Dauer mit je 30 Frauen durchgeführt, in denen die Pflege und Erziehung des gesunden und kranken Säuglings, die Erziehung des Kleinkindes und die Bedeutung des Spiels und der planmäßigen Beschäftigung für die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes und ähnliches behandelt wurde.

Die Wirtschaftsschule, die sich aus der Betriebsräteschule entwickelt hat, erörterte in zehn Arbeitsgemeinschaften Fragen des Arbeitsrechts, des Arbeitsschutzes, des Arbeitsmarktes usw.

Die Volkshochschule für Leibesübungen erfreute sich weiterwachsenden Zuspruchs. Sie veranstaltete 81 Lehrgänge mit 1393 Teilnehmern. Neben den praktischen Uebungen wurden auch theoretische Kurse über Biologie und Hygiene der Leibesübungen einschl. der ersten Hilfe bei Unglücksfällen, über Sport und Mode, über Sportmassage, über Turn- und Sportliteratur und dergleichen veranstaltet.

Von den Besuchern der Volkshochschule waren 47 Prozent Frauen und 53 Prozent Männer. Die Berufsstatistik ergibt folgendes Bild: Akademiker und höhere Beamte 3,55 Prozent, Beamte 6,02 Prozent, Lehrer 2,93 Prozent, Kaufleute 20,57 Prozent, Techniker 3,96 Prozent, Handwerker 5,18 Prozent, Arbeiter 18,75 Prozent, Schüler 2,88 Prozent, Hausfrauen und Hausangestellte 17,45 Prozent, Pflegeberufe 1,49 Prozent, ohne Berufsangabe 17,22 Prozent.

Neben Einzelvorträgen, in denen führende Männer der Kunst, Wissenschaft und Technik das Interesse für verschiedene Wissensgebiete zu wecken wußten, sind zwei größere Veranstaltungen besonders hervorzuheben: die Philosophische Woche, die in Zusammenarbeit mit der Ortsgruppe Magdeburg der Kantgesellschaft und die Sexualpädagogische Woche, die gemeinsam mit dem städtischen Gesundheitsamt und dem Institut für Jugendkunde veranstaltet wurde. Die Philosophische Woche hatte sich das Problem „Vom Sinne der Arbeit" als zusammenfassendes Thema gestellt. An den fünf Vorträgen nahmen durchschnittlich 245 Dauerhörer teil und etwa je 250 Einzelhörer. In der Sexualpädagogischen Woche wurden fünf Vorträge gehalten. Die Vorträge, an die sich eine Aussprache anschloß, fanden sehr starken Zuspruch, so daß mit einer Durchschnittszahl der Besucher von 550 bis 600 gerechnet werden kann, von denen 185 als Dauerhörer an allen Vorträgen teilnahmen.

An den Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule beteiligten sich 624 Erwerbslose, denen die Gebühren entweder bedeutend ermäßigt oder ganz erlassen waren. —

Sitzung der freigewerkschaftlichen Arbeitsrichter

Die dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und dem Afa-Bund angehörenden ehrenamtlichen Arbeitsrichter und Landesarbeitsrichter Magdeburgs nahmen in einer gut besuchten Sitzung im altstädtischen Rathaus zu den verschiedenen Fragen des Arbeitsrechts Stellung.

Eine eingehende Aussprache erweckte die Frage: „Können Beleidigungen und Ehrverletzungen des Arbeitgebers durch den Arbeitnehmer nach einer fristlosen Lösung des Dienstverhältnisses noch nachträglich als Entlassungsgrund geltend gemacht werden?" Das Ergebnis der Unterhaltung, in der sehr interessante Einzelfälle vorgetragen wurden, war das, daß jedem Arbeiter und Angestellten geraten werden soll, bei unberechtigter Entlassung Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber möglichst zu vermeiden und unverzüglich die Organisation anzurufen. Durch Beachtung dieses Rates können sich zu Recht Gekündigte vor Schaden schützen.

Eine weitere Rolle in der Aussprache spielte die Anerkennung der Tarifverträge, die zwar von den Arbeitgebern oft unberücksichtigt bleiben, aber von den Arbeitsgerichten durchgesetzt werden.

Eine lebhafte Aussprache zeitigte das frühere Verhandlungsverfahren in der Angestelltenkammer durch den Gerichtsvorsitzenden Dr. Heine. In scharfen Worten wiesen die einzelnen Redner herabsetzende Aeußerungen dieses Richters zurück. Vorkommnisse wie in der letzten Zeit haben bedauerlicherweise das Ansehen der neuen Arbeitsgerichte stark geschmälert, worunter auch die ehrenamtlichen Richter zu leiden haben.

Gefordert wird eine sachliche Verhandlung und Vorkehrungen, die derartige Uebergriffe in der Zukunft verhindern. Eine weitere Aussprache drehte sich um Angelegenheiten, die durch den Verhandlungsvorsitzenden geklärt wurden. —

In altpreußischer Art angepfiffen

Er ist der Zahnarzt Otto Brademann aus Magdeburg, seines politischen Glaubens radikal-völkischer Anhänger. Adolf Hitler, der einem Juden ähnelnde Oesterreicher, ist sein oberster Gebieter. Brademann ist nicht ganz ein so großer Mann wie Adolf Hitler. Er trägt aber den Doktortitel und ist Hausbesitzer. Das sind Vorteile, die Adolf Hitler nicht aufzuweisen hat. Im übrigen ist Brademann nicht sehr klug. Wäre er es, dann wäre er niemals wegen solcher Geschichten auf die Anklagebank gekommen.

Eines Abends kommt Brademann auf seinem Stahlroß heimgefahren. Da in Magdeburg nach Eintritt der Dunkelheit jeder Radfahrer Licht zu führen hat, stieg Brademann plötzlich vom Rade, als er in der Nähe der Arndtstraße einen Schutzmannshelm aufblitzen sah. Bis dahin ist die Geschichte sehr vernünftig. Jeder Mensch hätte so gehandelt, wie Herr Dr. Brademann. Jetzt kommt aber die Kehrseite. Der Schutzpolizist hat den Uebeltäter bemerkt und geht auf ihn zu. Der Polizist meinte humorvoll: „Sie müssen mich nicht verkohlen!" Der Ausdruck „verkohlen" ist nicht gerade eines Schutzmanns würdig. Der Polizeipräsident hat den betreffenden Polizeibeamten bereits darauf hingewiesen, daß er im Verkehr mit dem Publikum sich solcher Redensarten nicht bedienen darf.

Der Polizist hat das aber in durchaus humorvoller Weise gesagt. Dr. Brademann ist aber kein Mann von Humor. Er brüllte den Polizisten an: „Sie haben sich einer dreisten Unterstellung schuldig gemacht. Ich verkohle keinen Menschen!" Der Polizist bleibt ruhig und bittet nunmehr um den Namen des aufgeregten Herrn. Dr. Brademann hält dem Polizisten einen Kriegsbeschädigten-Ausweis dicht unter die Nase. Als der Polizist nach seinem Geburtstag fragt, bekommt er zur Antwort: „Wenn er nicht lesen kann, müßte er schleunigst von der Straße verschwinden!" Schließlich bequemte er sich aber doch zu einer Antwort und die fiel folgendermaßen aus: „Ich heiße Dr. Brademann und stehe himmelhoch über Ihnen, das merken Sie sich mal!" Obwohl es ja genau der Polizist gar nicht wissen wollte, blieb er völlig ruhig. Um so erregter wurde der Zahnarzt Brademann: „Reißen Sie sich erst einmal aus. Wer weiß, ob nicht der Teufel in der Uniform steckt. In dieser Republik ist ja alles möglich!" Darauf schwang sich Herr Brademann abermals auf sein Rad, dem Polizisten weiter noch erklärend, daß in seiner Herrlichkeit sowieso bald vorbei sein werde.

Man sieht, der völkische Zahnarzt Dr. Brademann versteht ausgezeichnet Politik zu treiben. Er wagt sogar auf offener Straße einem Schutzpolizeibeamten gegenüber den Ausspruch Hitlers nachzuäffen: „Mir Eurer Herrlichkeit wird es bald vorbei sein!" Zunächst mußte sich aber Herr Brademann damit abfinden, daß die „Herrlichkeit" noch besteht. Er wurde vor den Kadi geladen und sollte dort Rechenschaft ablegen. Dem Richter erklärte er, daß er den Beamten in altpreußischer Art angepfiffen hätte. Für diese altpreußische Art hatte selbst der Richter nicht das geringste Verständnis, so daß Brademann wegen groben Unfugs zu zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Die Strafe ist gerade nicht hoch, sie beweist aber dem Angeklagten, daß man in Deutschland auf seine altpreußische Art pfeift und daß immer noch im Namen der von ihm verwünschten „Herrlichkeit" Recht gesprochen wird. —

Frauenwelt

spart Geld!

Aller 14 Tage 1 Heft, reich illustriert, mit Schnittmusterbogen 40 Pf. Bestellen Sie sofort bei Ihrer Zeitungsträgerin.

Buchhandlung Volksstimme.

Achtung, Metallarbeiter!

Vertrauensmänner! Am Freitag den 23. September, 17¾ Uhr, findet bei Lüchtefeld die Vertrauensmänner-Sitzung statt.

Klempner und Installateure! Wir machen auf die am Sonnabend den 24. September, 20 Uhr, bei Lüchtefeld stattfindende Branchenversammlung aufmerksam. —

Heizungsmonteure und Helfer! Die Branchenversammlung findet am Sonntag den 25. September, 10 Uhr, bei Lüchtefeld statt. Die Branchenleitung und Vertrauensmänner treffen sich zu einer Vorbesprechung um ½10 Uhr im Lokal.

Die Generalversammlung findet am Mittwoch den 28. September, 19½ Uhr, im „Konzerthaus", Leipziger Straße, statt. (Siehe Inserate.) — Die Verwaltung.

— **Kursus für Wochen- und Säuglingspflege.** Der Magdeburger Frauenverein zur Errichtung eines Wöchnerinnenheims und zur Förderung der Geburts- und Wochenbetthygiene, E. V., bietet Mädchen im Alter von 20 bis 35 Jahren, die Lust zur Erlernung der Wochen- und Säuglingspflege haben, einen aussichtsreichen, befriedigenden Lebensberuf. Gesunde junge Mädchen, die in Hauswirtschaft und Kochen erfahren sind, können sofort an einem 6 Monate dauernden, unentgeltlichen Kursus teilnehmen. Ein selbst geschriebener Lebenslauf und Nachweise über bisherige Tätigkeit sind bei persönlicher Vorstellung mitzubringen. Sprechzeit von 9 bis 1 Uhr wochentags, Geschäftsstelle Wöchnerinnenfürsorge, Neuer Weg 1/2, Zimmer 14. —

— **Arbeiter-Zentralbibliothek,** Georgenplatz 10. 1 Treppe. Wir bitten unsre Leser, die Bücher noch im Laufe dieser Woche zu wechseln, da in der nächsten Woche (vom 26. September bis einschließlich 3. Oktober) wegen Neuanstrichs der Räume die Bücherei geschlossen werden muß. Vom 4. Oktober an gilt wieder die Ausgabezeit täglich von 11 bis 1 und 4 bis 7 Uhr, Montags geschlossen. —

× **Zur Mordsache in Calbe an der Saale.** Der des Mordes dringend verdächtige Masseur Willi Brinck aus Calbe, der sich selbst einen Kopfschuß bei seiner Festnahme beigebracht hat, ist am Dienstag vom städtischen Krankenhaus Calbe abgeholt und durch Beamte der Landeskriminalpolizei nach Magdeburg übergeführt. Seine Verletzung ist nicht lebensgefährlich. Er wurde nach Vernehmung dem Amtsgericht zugeführt. Zur Aufklärung der Mordtat ist es unbedingt nötig, daß die bisher nicht aufgefundene Leiche des Dienstmädchens Anna Teichmann, die vermutlich vom Mühlgraben bei Calbe in die Saale getrieben ist, aufgefunden wird. Es wird deshalb gebeten, auf Wasserleichen ein besonderes Augenmerk zu richten. Die Beschreibung der Teichmann ist folgende: sie ist 1,60 bis 1,64 Meter groß, schlank, Haare dunkelblond und voll, Gesicht rund, oval, Stirn hoch, Augen blau, Augenbrauen dunkelblond, Nase geradlinig, Ohren und Mund mittel, Kinn spitz, Hände und Füße klein. Bekleidung: brauner Mantel, rosa Kleid, am Hals und an den Armen ausgeschnitten, kleine Spitzen, hellgelbe Spangenschuhe, fleischfarbige Strümpfe, weiße Beinkleider, rosa Unterrock, weißes Hemd. Ohrringe mit weißen Steinen. Mitteilungen über das Auffinden der Teichmann erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Dauerdienst, Zimmer 263. —

— **Kellerbrand.** Am Dienstag nachmittag entstand durch Fahrlässigkeit beim Umgang mit einem Licht im Grundstück Bahnhofstraße 36 ein Kellerbrand. Bei Eintreffen des um 16.42 Uhr durch Fernsprecher nach dort gerufenen Kommandos der Feuerwehr war bereits ein erheblicher Teil des Kellerinhalts vom Feuer ergriffen. Mit einigen Eimern Wasser konnte die Gefahr noch rechtzeitig beseitigt werden. —

— **Liegengeblieben** in einem Wagen der Straßenbahnlinie 4 eine Segeltuchtasche mit Inhalt am Sonnabend abend. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Neue Neustadt. Sonntag den 25. September, morgens 10 Uhr, Saalschutz im „Konzerthaus".

Wilhelmstadt. Am Sonnabend den 24. September findet im „Wilhelmsgarten" das 2. Stiftungsfest des Wilhelmstädter Doppelquartetts statt. Die Kameraden werden gebeten, diese Veranstaltung durch ihren Besuch zu unterstützen. Eintrittspreis einschl. Tanz 6 Pfg. —

Friedrichstadt-Werder. Am Freitag 20 Uhr Sitzung des Vergnügungs-Ausschusses im „Schwarzen Adler". —

Theater, Konzerte, Vorträge

Geograph. Gesellschaft. Donnerstag, 22. September 8 Uhr, Luisenschule, Prof. Salger: „China und die neue Zeit". Karten RM. 1.10 im Bankhaus Fr. Albert u. Abendkasse. Mitgl. frei (Ausweis). Für Mitgl. u. Angeh. angeschl. Vereine u. Firm. Vorzugsl. nur Büch. Peters u. Photohdl. Kiesler & Gemisch.

Tonkünstler-Chor. Sonnabend den 24. September, abends 8 Uhr, in der Stadthalle. Karten nur noch in sehr beschränkter Anzahl Konzertkasse Heinrichshofen. 1204

Aus den Gerichtssälen

Ein böser Streich

Der Tischler Emil Zander aus Althaldensleben hatte an einem Tanzvergnügen in Schackensleben teilgenommen. Der junge Mensch hatte es sich dort recht vergnügt gemacht und wie es bei solchen Vergnügungen üblich ist, auch reichlich dem Alkohol zugesprochen. Zu mitternächtlicher Stunde verließ er den Tanzsaal, um den Weg nach seinem Heimatort Althaldensleben anzutreten. Der Alkohol hatte inzwischen gründlich seine Wirkung getan, so daß der Heimweg für den jungen Mann äußerst beschwerlich war. Nach mühevollem Wege gelangte er nach einigen Stunden endlich in Hundisburg an. Ein Zug fuhr noch nicht. Der junge Mann hatte aber auch keine Lust mehr, in seinem Zustand bis nach Althaldensleben zu Fuß zu gehen. Auf dem Hundisburger Bahnhof sah er eine 12 Zentner schwere Bahnmeisterlore stehen, die er auf ein Nebengleis schob, sich in die Lore setzte und darin die Heimfahrt antrat. Der Fahrweg nach Althaldensleben hat starkes Gefälle, aber auch zahlreiche Krümmungen. Den Zugführern ist bekannt, daß gerade diese Fahrstrecke äußerst gefahrbringend ist und mit größter Vorsicht durchfahren werden muß. Darüber machte sich Z. aber keine Gedanken. Er fuhr los, sauste in riesiger Geschwindigkeit die Bahnstrecke hinunter und kam auch glücklich in Althaldensleben an. Kurz vor seinem Heimatsort brachte er die Lore mittels Handbremse zum Stehen, stieg aus und ging nach Hause.

Bis dahin ist diese leichtsinnige Geschichte reichlich glücklich verlaufen. Und es wäre vielleicht nie etwas danach gefolgt, wenn sich nicht von der Lore die Handbremse gelöst hätte und der Wagen bis Station Althaldensleben gerollt wäre. Dem am frühen Morgen nach Neuhaldensleben fahrenden Kleinbahnzug, der etwa 100 Kinder zur Schule nach Neuhaldensleben bringt, hätte aber durch die Leichtsinnigkeit des Zander beinahe großes Unglück zustoßen können. Zum Glücke bemerkte der Zugführer rechtzeitig das Hindernis auf der Fahrstrecke und brachte seinen Zug schleunigst zum Stehen. Ohne Schaden erlitten zu haben, konnte der Zug in Neuhaldensleben einfahren. Nach dem Uebeltäter wurde geforscht und wegen fahrlässiger Transportgefährdung hatte sich Zander vor dem Erweiterten Schöffengericht in Magdeburg zu verantworten.

Er ist geständig, gibt aber zur Entschuldigung an, sich die Folgen seines Dummenjungenstreiches nicht überlegt, außerdem unter der Einwirkung reichlichen Alkoholgenusses gehandelt zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis, bewilligte ihm aber mit Rücksicht auf seine Jugend gegen Zahlung einer Geldbuße von 50 Mark auf die Dauer von 3 Jahren Bewährungsfrist. —

Der verschwundene Eilbrief

Ein Berliner Kaufmann hatte ein paar Tage in Eilsleben (Kreis Neuhaldensleben) Station gemacht, um dort einige Geschäfte abzuwickeln. Es war im Januar dieses Jahres. In den Abendstunden eines Sonnabends fällt ihm plötzlich ein, daß er seiner Ehefrau nicht das versprochene Wirtschaftsgeld geschickt hatte. Die Postanstalt war bereits geschlossen. Es blieb kein andrer Ausweg, als einen Eilbrief fertigzumachen und in diesen Brief eine Banknote hineinzulegen. Man soll zwar kein Geld in Briefen schicken, aber was tut man nicht schließlich alles in der Verlegenheit. Der Brief mit dem 50-Mark-Schein wird zur Bahn getragen und da gerade ein Briefträger des Weges kommt, wird ihm der wertvolle Brief übergeben. Briefträger dürfen zwar keine Briefe auf der Straße annehmen, aber warum soll man nicht gefällig sein?

Für den Briefträger hatte aber diese verbotene Briefannahme ein böses Nachspiel. Der Brief mit dem 50-Mark-Schein kam in Berlin nicht an. Er ist auch heute noch nicht eingetroffen. Der Absender des Briefes beschwerte sich bereits am Montag — also 2 Tage später — bei der Eisleber Postverwaltung, da die in Berlin auf Geld harrende Ehefrau inzwischen telegraphisch ihren Ehemann an sein Versprechen erinnert hatte. Der Ehemann war über die „Bummligkeit" der Post nicht wenig erbost. Als er zur Postverwaltung kam, erfuhr er aber, daß am Sonnabend überhaupt kein Eilbrief abgegeben worden sei. Der betreffende Briefträger wurde herbeigeholt, der sofort zugab, den Brief erhalten, aber auch weiterbefördert zu haben.

Die Magdeburger Oberpostdirektion schenkte den Angaben ihres über 10 Jahren in Diensten befindlichen Postschaffners H. keinen Glauben und erstattete Anzeige wegen Amtsunterschlagung. In der Voruntersuchung bestritt der Beschuldigte die Unterschlagung des Briefes ganz entschieden. Er gab an, daß er den Eilbrief höchstens verloren haben könnte. Er war aber bereit, den durch seine Unachtsamkeit entstandenen Schaden von 50 Mark sofort zu ersetzen. Damit war die Postdirektion nicht einverstanden und ließ die Geschichte weitergehen, so daß sich schließlich der Postschaffner H. aus Eilsleben wegen Amtsunterschlagung am Dienstag vor dem Erweiterten Schöffengericht in Magdeburg zu verantworten hatte.

Er bestritt auch vor Gericht die ihm zur Last gelegte Tat und ließ durch Zeugen beweisen, daß er sich in durchaus geordneten Vermögensverhältnissen befand, so daß er nicht Ehre und Stellung aufs Spiel zu setzen brauchte, um durch unehrliche Handlungen seinen gewiß verbesserungsbedürftigen Haushaltsetat günstiger zu gestalten. Der Angeklagte verfügt über 2 Morgen Acker, seine Frau verdient mit, außerdem hält er sich auch noch Vieh, so daß von einer direkten Notlage nicht gesprochen werden kann. Trotzdem verbleibt der Staatsanwalt dabei, daß der Angeklagte durch die Beiseiteschaffung des Briefes sich einen Vermögensvorteil verschaffen wollte. Es käme aber nicht der schwere Paragraph der Amtsunterschlagung in Frage, sondern nur der einfache, da der Eilbrief dem Angeklagten nicht in amtlicher Eigenschaft übergeben worden war. Er beantragte 4 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Hammerschlag verlangte Freisprechung, da gegen den Angeklagten schlüssige Beweise nicht geführt werden konnten. Das Gericht hielt ihn aber für schuldig und erkannte gegen ihn dem Antrag des Staatsanwalts gemäß auf vier Monate Gefängnis, billigte aber dem Angeklagten gegen Zahlung einer Geldbuße von 80 Mark Bewährungsfrist zu. —

Vereinskalender

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 30 Pfennig, aufgenommen.

Reichsbund deutscher Mieter E. V., Bez. Sudenburg. Monatsversammlung mit Lichtbildervortrag Freitag, 23. Septbr., 20 Uhr, in der „Sudenburger Bierhalle", Halberstädter Str. 32. Kein Trinkzwang. Eintritt frei.

Schutzverband der Schwerhörigen. Freitag, 23. September, abends 8 Uhr, Versammlung Aula Bismarckstr. 1. Vortrag: „Warum muß der Schwerhörige Abschen lernen?" Schwerhörigen-Lehrer Polz. Gäste willkommen.

Burg. 3 d 8. Donnerstag den 22. September, abends 8 Uhr in der „Steinhauershalle" Monatsversammlung. 1299

Die Mild muß jung und alt der Wein, der Kaffee muß von Starke sein.

Eigene Verkaufsstellen:
Breiter Weg 101 am Zentraltheater
Katharinenstr. 1 Johannesberg 7c

Starke-Kaffee

Weitere Verkaufsstellen:
Kölner Str. 19, Bahnhofstr. 3, Große Diesdorfer Str. 26 und in den Kaufläden-Geschäften von Paul Fiehn

Bei Barkauf Gutscheine auf Prämien!

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Betrifft der Körung der Ziegenböcke.

Auf Grund der Körordnung fordern wir die Besitzer von Ziegenböcken hiermit auf, ihre Böcke zum Körtermin am Freitag den 24. September 1927, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Goldener Stern, Breiter Weg 17, in Burg vorzuführen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Rm. geahndet.

Burg, den 19. September 1927.

Der Magistrat.

Von jetzt an werden die Begleitungen der Unterjährigen auf allen Neuanmeldungen durch das hiesige Amt genommen. Sterbekassen sind vorgenommen.

Die Begleitungen werden jetzt schon ausgeführt. Die Quittungen sind im Polizeiamt zu haben.

Schönebeck, den 19. September 1927.

Versicherungsamt.

Der wahre Jacob

14täglich, 16seitig, reich illustriert

30 Pfennig

Buchhandlung Volksstimme

Wintertartoffeln

Der nasse Sommer mahnt zur Vorsicht. Bevor Sie einkellern, besichtigen Sie unser Lager. Suchen Sie sich Ihren Bedarf selbst aus. Lieferung frei Keller in alle Stadtteile zum Tagespreis.

Gustav Bauer & Co.

Kartoffelgroßhandlung, Kastanienstr. 50

Gegründet 1879 Telephon 2904

Wagenbegleiter(innen)

14 bis 16 Jahre alt, werden eingestellt

Magdeburger Molkerei

G. m. b. H.

Städtisches Arbeitsamt

(Oeffl. Arbeitsnachweis)

Gesucht werden:

Vermittlungsst. für Landwirtschaft:

300 Frauen, Mädchen u. jüngere Burschen zur Kartoffelernte, teilweise im Pendelverkehr, für sofort. Melden m. Ausweis täglich von 7½ bis 14 Uhr, Zimmer 14.

Arbeiter für Landwirtschaft gesucht Magdeburg-Cracau, Burchardstr. 1

Romane

in jeder Preislage empfiehlt

Buchhdlg. Volksstimme

Aus der Wirtschaft

Fleischverteurung

Die Ende der vorigen Woche in Kopenhagen abgeschlossenen deutschen Wirtschaftsverhandlungen haben, wie uns unser Kopenhagener Berichterstatter meldet, ein sehr merkwürdiges Ergebnis gehabt, das die deutsche Oeffentlichkeit noch stark beschäftigen dürfte. Bei diesen Verhandlungen kam es darauf an, den Transport dänischen Viehes durch Deutschland nach andern Staaten zu erleichtern. Eine solche Erleichterung liegt durchaus im Interesse Deutschlands, besonders im Interesse der deutschen Eisenbahn. Weiter verlangten die Dänen die Genehmigung, dänisches Vieh ohne weiteres nach allen deutschen Märkten versenden zu dürfen. Das ist bisher nicht möglich, da die deutschen Bestimmungen den dänischen Viehexporteuren für ihren Versand sieben deutsche Häfen vorschreiben. Der Wegfall dieser Bestimmungen wäre angesichts der steigenden Fleischpreise nur zu begrüßen, da die ungehemmte Einfuhr dänischen Viehes nach Deutschland einen Druck auf die übersetzten deutschen Preise darstellt.

Die deutsche Wirtschaftsdelegation, die in Kopenhagen mit den Dänen verhandelte, gestand den Dänen zu, daß für andre Staaten bestimmtes dänisches Vieh über Lübeck, Flensburg und Warnemünde durch Deutschland transportiert werden kann. Sie machte das Zugeständnis aber davon abhängig, daß dieses Vieh auf den deutschen Grenzstationen mit deutschem Serum gespritzt werden muß. Diese Forderung ist sinnlos, da die Maul- und Klauenseuche in Dänemark völlig erloschen ist. Außerdem ist die Serumspritze nicht billig. Die von der deutschen Delegation verlangte Serumspritze ist wirklich nicht geeignet, den Durchgangsgüterverkehr Deutschlands, dessen notwendige Steigerung immer von offizieller Stelle betont wird, zu heben.

Noch eigenartiger mutet die Haltung der deutschen Delegation in der zweiten Frage an. Hier lehnte sie jede Erleichterung ab. Bei dieser Entscheidung hat die deutsche Delegation nicht an den deutschen Fleischverbraucher gedacht, sondern sich durchaus für die Nutznießer der hohen Vieh- und Fleischpreise in Deutschland verwandt. Neben den Großagrariern wird vor allen Dingen der Viehgroßhandel an der Einstellung der deutschen Delegation profitieren. Der dänische Viehhändler kann nämlich auch in Zukunft sein Vieh nur nach sieben deutschen Häfen transportieren. Dort kommt das Vieh erst in Quarantäne. Die Folge dieser Erschwerung ist, daß sich der Zwischenhandel einschiebt. Der deutsche Großhändler kauft das Vieh in den Hafenstädten und schlägt es dann, natürlich mit dem nötigen Aufschlag, nach den deutschen Binnenmärkten los. So wird den Massen das Fleisch verteuert und der Fleischgenuß erschwert. —

Staatliches Zigarettenmonopol nötig

Die Reichsgemeinschaft deutscher Zigarettenfabriken, in der der überwiegende Teil der deutschen Zigarettenindustrie organisiert ist, hat sich in neuen Vorschlägen an das Reichsfinanzministerium für den Wegfall der Materialsteuer und für die Einführung der Staffelsteuer eingesetzt. Aber die Steueränderung scheint nicht das Wesentliche der Forderungen der deutschen Zigarettenindustrie zu sein. So verlangt die Reichsgemeinschaft z. B. ein Verbot der „Preisschleuderei", d. h. der Zigarettenhandel soll gezwungen werden, die Zigaretten nicht unter dem auf der Banderole aufgedruckten Preise zu verkaufen.

Wenn der Händler bisher die Zigarette schleudern, d. h. unter Banderolenpreis verkaufen konnte, so hat ihm das die Gewinnspanne ohne Zweifel gestattet. Vielleicht kam er erst dadurch, daß er billiger verkaufte, zu größerm Umsatz und auf seine Kosten. Was die Zigarettenindustrie verlangt, ist ein Zwangspreis und übelste Zwangswirtschaft.

Die Verhältnisse sind so weit gediehen, daß nur durch das staatliche Zigarettenmonopol Ordnung geschafft und eine der wichtigsten deutschen Industrien saniert werden kann. —

Gewerkschaftsbewegung

Eingriff in das Streikrecht

Gegen die vom Arbeitsgericht in Dresden anläßlich eines Streikes in der Firma C. D. Hermann (Dresden) ergangene einstweilige Verfügung protestierten die Delegierten des 23. außerordentlichen Verbandstags der Lebensmittel- und Getränkearbeiter in einer scharfen Entschließung.

Die Delegierten sehen in der Verfügung einen Eingriff in das Streikrecht. Das Vorgehen des Gerichts erweckt den Anschein, als ob der § 153 der Gewerbeordnung auf Umwegen wieder Geltung erhalten soll. Die Delegierten erwarten von dem Arbeitsgericht, daß einstweilige Verfügungen bei wirtschaftlichen Kämpfen keine Anwendung finden. —

Verbandstag der Böttcher

Der Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter ist, wie der Zentralvorsitzende Fürchtenicht auf der Leipziger Tagung des Verbandes hervorhob, von der Krise in einer nie geahnten Weise mitgenommen worden. Die Zahl der beschäftigten Böttcher ist, von den Brauereien abgesehen, überall zurückgegangen. Die ältern Böttcher in den Großstädten konnten bis heute nicht wieder in Arbeit gebracht werden. Dies ist der Hauptgrund zum Anstoß für die Verschmelzung des Verbandes in der Gründung eines Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes. Bei einer Mitgliederzahl von 8500 sind 1926 allein 184 000 Mark Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden. Der Kassenbestand wurde vollständig erschöpft. 1927 gelang es wieder, ein Kassenvermögen von über 100 000 Mark anzuschaffen.

Den Anstoß zur Miteinbeziehung der Böttcher in den neuzugründenden Industrieverband gab der Bundesausschuß in Berlin. Er machte den Weg frei.

Die Verdrehungen des Berichterstatters der kommunistischen „Sächsischen Arbeiterzeitung" gaben dem Verbandstag Veranlassung, den Vertreter der Zeitung nicht mehr zum Verbandstag zuzulassen. Selbst der Kommunist Schröder mußte zugeben, daß der Bericht in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. —

Verbandstag der Lebensmittel- u. Getränkearbeiter

Am zweiten Verhandlungstag sprach der Verbandstag einstimmig die Entlastung des Vorstandes aus. Zum Zusammenschluß der Verbände sprach einleitend Vorsitzender Backert. Die Organisationen sind auf dem Beruf aufgebaut. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, ursprünglich auch Berufsorganisation, hat sich bald für die Betriebsorganisation entschieden. Er hat eine bessere Interessenvertretung in der Zusammenfassung der Arbeiter des Betriebes gesehen. Die Zusammenschlußbestrebungen in den Verbänden der Nahrungs- und Genußmittelindustrie bestehen seit Anfang der 90er Jahre. Von unsrer Seite wurden sie immer abgelehnt, bis der Gewerkschaftskongreß in Leipzig 1922 zur Schaffung größerer Verbände die Resolution Dißmann annahm, die den Zusammenschluß auf der Grundlage der Betriebsorganisation forderte; für diese Resolution hat auch die Vertretung unsers Verbandes gestimmt.

An den nun in Angriff genommenen Verhandlungen der Verbände der Lebens- und Genußmittelindustrie zur Schaffung einer allgemeinen großen Organisation beteiligten sich die Gastwirtsgehilfen, die Tabakarbeiter und Böttcher nicht; jede Organisation hatte für sich besondere Gründe.

Backert schilderte dann die historische Entwicklung der weitern Verhandlungen bis zu dem Zeitpunkt, wo die Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter, der Fleischer, Böttcher und Weinküfer in ihren Verbandstagen zur Verschmelzungsfrage Stellung nahmen. Der Satzungsentwurf, das Ergebnis dieser Verhandlungen, schlug die Erfassung aller Arbeiter der Lebensmittel- und Genußmittelbetriebe vor, die auch der Augsburger Verbandstag beschloß. Dagegen ist nun von verschiedenen Verbänden Einspruch erhoben worden, wobei die Einsprüche der Fabrikarbeiter und des Verkehrsbundes nicht zu bereinigen waren. Auch der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund nahm Stellung gegen den Organisationsbereich, den der Satzungsentwurf vorsieht. Backert erinnerte zum Schlusse noch an den Kartellvertrag des Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverbandes mit dem Verkehrsbund, der auch dem Satzungsentwurf widerspricht und behandelt dann die wichtigsten Bestimmungen des Satzungsentwurfs und die hierzu gestellten Anträge.

Als zweiter Referent beschäftigte sich Tröger besonders mit den Einsprüchen der Fabrikarbeiter und des Verkehrsbundes, worauf die Aussprache einsetzte. —

Verbandstag der Nahrungs- u. Genußmittelarbeiter

Die nach dem Geschäftsbericht einsetzende Diskussion zeigte, daß die Delegierten mit den Maßnahmen des Verbandsvorstandes einverstanden waren. Einstimmig wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

Das Verhalten des Reichsversicherungsamtes gegenüber der Nahrungs- und Genußmittelindustrie-Berufsgenossenschaft wurde scharf kritisiert. Allen Instanzen der Arbeiterbewegung, die für die Beibehaltung des gesetzlichen Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien eintreten, sprach der Verbandstag seinen Dank aus. Die Bäckerei- und Konditoreiarbeiter werden weiterhin verpflichtet, jedes ungesetzliche Ansinnen der Unternehmer abzulehnen. Im übrigen wird der Verbandsvorstand beauftragt, bei den Länderregierungen sich für die Anstellung besoldeter oder ehrenamtlicher Bäckereikontrolleure einzusetzen.

Schließlich wird in einer Entschließung gegen den Entwurf zu einem Berufsberatungsgesetz Stellung genommen und von der Gesetzgebung das paritätische Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften, die Anerkennung der Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung für die Lehrlinge sowie die tarifliche Vereinbarung der Entschädigung und Arbeitsbedingungen für die Lehrlinge gefordert.

Zum Hauptpunkt: Errichtung eines Industrieverbandes für die gesamte Nahrungs- und Genußmittelindustrie sprach Verbandsvorsitzender Diermeier, der sich mit großer Schärfe für den Zusammenschluß einsetzte. An das Referat schloß sich eine längere Debatte an. —

Tagung der Beamteninternationale

Im weitern Verlauf der Stuttgarter Tagung teilte Noordhoff mit, daß die Enquete über Pensionen infolge Ueberlastung und aus finanziellen Gründen noch nicht vollständig durchgeführt werden konnte. James (England) fordert eine Enquete über die Beamtenvertretungen in den einzelnen Ländern. Dr. Völter (Deutschland) trat dieser Anregung bei.

Dorer (Oesterreich) schnitt die Frage des Verhältnisses zur Internationale der Kopfarbeiter an und teilte mit, daß das Internationale Arbeitsamt eine Kommission für diese Frage eingesetzt habe. Diese Kommission müsse durch Einbeziehung der Beamtenangelegenheiten erweitert werden.

James (England) wies darauf hin, daß angesichts des englischen Anti-Gewerkschaftsgesetzes die englische Organisation Ende des Jahres die Mitgliedschaft in der I. A. L. aufgeben muß. Sie werde aber trotzdem mit der I. A. L. soweit als möglich in Verbindung bleiben.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung erhielt zunächst Professor Lederer (Heidelberg) das Wort zu einem Vortrag „Die Beamten in der Volks- und Weltwirtschaft". Der Vortrag wird als Broschüre erscheinen.

Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamts, Boisnier, dankte für die Einladung nach Nürnberg und behandelte dann eingehend die Möglichkeiten des I. A. A., sich mit den Beamtenfragen künftig mehr zu befassen. Das Bureau des I. A. A. könne z. B. eine Untersuchung über die Frage der Beamtenvertretungen unterstützen. Bedauerlicherweise seien die Organisationsverhältnisse der Beamten noch sehr zersplittert. Das erschwere dem I. A. A. die Beschäftigung mit Beamtenfragen.

Laurent (Frankreich) sprach Boisnier den Dank des Kongresses aus und bat ihn, diesen Dank auch dem I. A. A. zu übermitteln. —

Dreigeteilte Wechselschicht

Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Juni 1925 wurden etwa ein Drittel der Hochofenarbeiter dem § 7 der Arbeitszeitverordnung ab 1. April 1925 unterstellt. Für die übrige Belegschaft an Hochöfen und die Maschinisten der Gas-, Kraft- und Dampfzentralen blieb nach wie vor die zweigeteilte Wechselschicht bestehen. Auch in der Verordnung über die Reglung der Arbeitszeit für Hütten- und Walzwerksarbeiter vom 16. Juli 1927 wurden diese Arbeitergruppen nicht erwähnt.

Die Gewerkschaften versuchten bei der Neureglung der Arbeitszeit im Juli d. J. auch für diese Gruppen die dreigeteilte Schicht zu erreichen, es wurde jedoch ein Schiedsspruch gegen die Stimmen der Arbeitnehmer gefällt, der dieser berechtigten Forderung nicht Rechnung getragen hat. Die gesamten benannten Arbeitergruppen wurden ausgeschlossen, d. h. für sie bleibt auch nach dem 1. August 1927 die zweigeteilte Schicht weiterbestehen.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen, hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine erneute Eingabe an den Arbeitsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats gerichtet mit dem Antrag, daß die erwähnten Arbeitergruppen in aller Kürze dem § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt werden, d. h., daß für sie die dreigeteilte Wechselschicht eingeführt wird. —

Die Pleite eingestanden

Der Kongreß des französischen kommunistischen Gewerkschaftsbundes ist am Montag in Bordeaux eröffnet worden.

Die Aussprache über den Rechenschaftsbericht wurde durch eine sehr pessimistische Rede des Sekretärs Monmousseau eingeleitet. Er vertrat zum allgemeinen Erstaunen der Mehrheit der Versammlung den Standpunkt, daß die Methode und die Taktik des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes starker Reformen bedürften. Der Gewerkschaftsbund habe einen großen Fehler begangen, indem er die Lösung der Probleme, die vor allem die Arbeiter berühren, zu sehr von theoretischen, statt von praktischen Gesichtspunkten aus anfasse.

So sei der Gewerkschaftsbund von Enttäuschung zu Enttäuschung geschritten. Das hätte begonnen mit dem Fiasko des Generalstreiks gegen den Marokko-Krieg und geendet mit demselben Fiasko bei der Organisation eines Generalstreiks für Sacco und Vanzetti. —

Den Krefelder Vereinbarungen zugestimmt. Die Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes und die Betriebsräte in der Krefelder Seidenindustrie haben der Vereinbarung zur Beilegung des Streikes einstimmig zugestimmt. —

Achtstundentag der Seeleute. Die Internationale Seemannskonferenz, die dieser Tage in Kopenhagen tagte, bestimmte, daß für den Fall der Abweisung des gesetzlichen Normalarbeitstags zur See durch die Genfer Konferenz jede Transportarbeiterorganisation der Welt für einen internationalen Transportarbeiterstreik zur Erkämpfung des Achtstundentags zur See vorbereitet sein muß. —

Kleine Chronik

Spinale Kinderlähmung in Leipzig

Die spinale Kinderlähmung in Leipzig hat bis jetzt 79 Erkrankungen, darunter zwölf Todesfälle zu verzeichnen. Im Mai wurden die ersten Fälle gemeldet, und zwar vier, dann folgte der Juli mit einem Falle, sprunghaft ging es im August auf 22 Krankheitsfälle hoch, von denen drei tödlich verliefen. Anfang September waren dann 15 Erkrankungen und vier Todesfälle amtlich gemeldet. Unter den jetzt erkrankten 73 Personen befinden sich 51 in Krankenhausbehandlung.

Daß es sich keineswegs nur um Kinder handelt, ist aus der Zusammenstellung der Altersgruppen zu erkennen. Von der Krankheit wurden überfallen: 50 Kinder unter einem Jahre, davon sind sieben gestorben. Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren erkrankten 18, davon starben drei, über 14 Jahre alte, und zwar 18, 22 und 28 Jahre alte Personen erkrankten fünf, davon starben zwei. Wenn also auch die Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres am meisten gefährdet sind, so ist doch keineswegs ausgeschlossen, daß sogar Erwachsene von dieser heimtückischen Krankheit befallen werden.

Die Schulen werden geschlossen.

Das Schulamt der Stadt Leipzig hegte bisher die Auffassung, daß man nicht von einer Epidemie sprechen könne, deshalb wurde der Schulbetrieb aufrechterhalten. In dieser Meinung wurde der Rat der Stadt Leipzig von den Stadtbezirksärzten und den Schulärzten unterstützt. Nunmehr hat sich der Verein der Aerzte in Leipzig am Montag abend mit der spinalen Kinderlähmung in Leipzig beschäftigt. Fast alle Aerzte waren der Meinung, man dürfe den Ernst der Lage nicht verkennen. Jetzt sei der Zeitpunkt gegeben, daß das städtische Gesundheitsamt und das Schulamt ihre bisherige Haltung ändern müßten. Die Leipziger Schulen seien in hygienischer Hinsicht nicht derart, daß der Aufenthalt in ihnen für die Kinder ungefährlich sei, deshalb wurde die Forderung auf sofortige Schließung der Schulen und sofortigen Beginn der Herbstferien laut. Die Aerzte faßten eine Entschließung, in der ihrer Meinung Ausdruck gegeben wurde.

Die spinale Kinderlähmung ist eine Erkrankung des Rückenmarks (spina = Wirbelsäule), die sehr oft nicht zum Tode, sondern nur zur Lähmung einzelner Körperteile (zumeist der Beine, aber auch die Arme werden davon betroffen), führt. Die Krankheit ist ansteckend. Ihre Ursache ist noch nicht genau bekannt.

Könnecke gestartet

Der deutsche Flieger Otto Könnecke ist am Dienstag mittag um 14.22 Uhr auf dem Kölner Flugplatz Butzweilerhof zu seinem geplanten Ostasienflug gestartet. In seiner Begleitung befinden sich Graf Solms und der Funker Herrmann aus Dessau. Bei dem Start, der ziemlich unerwartet erfolgte, befanden sich nur wenige Zuschauer auf dem Flugplatz. Oberbürgermeister Dr. Adenauer wünschte Könnecke ein glückliches Gelingen.

Das Flugzeug Germania erhob sich sehr rasch vom Boden und war bald den Blicken entschwunden.

Der Flug ging den Rhein aufwärts, dann Main und Donau entlang über Wien. Um 19 Uhr (abends 7 Uhr) am Dienstag wurde das Flugzeug über Wien gesichtet. Eine Stunde später war es über Budapest.

Ein Flug um die Welt.

Lufthansapilot Otto Könnecke stand mit seiner Kaspar-Maschine „Germania" seit Freitag auf dem Flugplatz Köln startbereit zu seinem geplanten Langstreckenflug, der ihn über Ostasien bis nach San Franzisko bringen soll. Ursprünglich wollte Könnecke bereits Sonnabend abfliegen, der Start erlitt jedoch noch eine Verzögerung, da noch eine Schwierigkeit zu beheben war. Es handelte sich um die Versicherungsfrage, über die bis in letzter Stunde in Wiesbaden verhandelt wurde.

Neben Könnecke und Graf Solms ist als Funker der bis jetzt bei den Junkers-Werken beschäftigt gewesene Funkspezialist Johannes Herrmann aus Dessau mitgeflogen. Die Maschine soll in der Hauptsache von Könnecke gesteuert werden, nur zwischendurch für kurze Zeit soll Graf Solms Könnecke in der Steurung ablösen.

Die Absicht, nach San Franzisko zu fliegen, bestand bei Könnecke schon früher, nur sollte der umgekehrte Weg, nämlich nach Westen über den Atlantik, eingeschlagen werden. Diese Absicht mußte des anhaltenden schlechten Wetters wegen endgültig aufgegeben werden. Jetzt will der Pilot über Land bis Tokio fliegen und dann den Stillen Ozean überqueren.

Könnecke hofft, San Franzisko in 14 Tagen zu erreichen. Der Weg von Köln nach Tokio ist rund 10 000 Kilometer lang. Von Tokio nach San Franzisko sind nochmals 10 000 Kilometer zu überwinden.

Es verlautet, daß, falls der Flug nach San Franzisko gelingen sollte, Könnecke versuchen werde, von dort nach Neuyork weiterzufliegen und dann den Atlantischen Ozean von Westen nach Osten, nach dem Muster der amerikanischen Ozeanflieger, zu überqueren. Sollte das gelingen, dann wäre der erst kürzlich von zwei Amerikanern versuchte Flug um die Welt gelungen.

Darüber darf man sich aber keiner Illusion hingeben, daß auch dieser Flug Könneckes sehr wenig Aussicht auf Erfolg hat. Alle Versuche dieser Art, die im letzten Sommer ja in reichlicher Zahl in der ganzen Welt gemacht wurden, haben bewiesen, daß die Flugtechnik den kühnen Piloten bisher noch nicht die Apparate geliefert hat, die nötig sind, um mit einiger Wahrscheinlichkeit auf Erfolg solche großen Unternehmungen zu beginnen. Tollkühne Flieger versuchten durch Erprobung ihres Glückes (der Einsatz war das Leben) die Lücken der Technik zu überspringen. Einige hatten bei diesem Spiel Erfolg, die andern bezahlten mit ihrem Leben den kühnen Versuch. Hoffen wir, daß auch Könnecke zu den Gewinnern zählt.

Keine Nachrichten.

Berlin, 21. September. (Eigner Drahtbericht.) Von dem deutschen Flieger Könnecke, der gestern nachmittag von Köln mit dem vorläufigen Ziel Angora abgeflogen ist, fehlt seit gestern abend ½9 Uhr jede weitere Nachricht. Zuletzt wurde Könnecke über Budapest gesichtet. Der nächtliche Flug über die Karpathen und den Balkan ist sehr schwierig, und da er über wenig bevölkerte Gebiete fliegt, ist es sehr wohl möglich, daß Nachrichten von Könnecke erst eintreffen, wenn er sein Ziel erreicht hat. Es ist kaum anzunehmen, daß er vor 14 Uhr in Angora sein kann. Sollte Könnecke wider Erwarten zu einer Zwischenlandung genötigt gewesen sein, so sind Nachrichten ebenfalls erst im Laufe des heutigen Tages oder noch später zu erwarten. —

Eisenbahnzug in die Luft gesprengt

„Times" meldet aus Athen vom 20. September: Nach Berichten aus Gewgheli wurde um 2 Uhr nachts ein jugoslawischer Eisenbahnzug auf jugoslawischem Gebiet nahe der griechischen Grenze durch sieben auf die Eisenbahnschienen gelegte Bomben in die Luft gesprengt.

Mit Ausnahme der Lokomotive wurde der ganze Zug zerstört. Ueber die Zahl der Opfer ist nichts bekannt.

Es wird angenommen, daß das Verbrechen von bulgarischen Komitatschis begangen wurde. Der nach Paris unterwegs befindliche Orientexpreß war infolge des Attentats mehrere Stunden aufgehalten. —

Copyright by Malik-Verlag, Berlin

Der falsche Prinz

Erinnerungen von Harry Domela

18. Fortsetzung

Nachdruck verboten

Woher Arbeit nehmen?

Ich habe in einer großen Vorhalle zu warten. Dann kommt eine schlanke Dame die Treppe herunter: — die Frau Oberbürgermeister. Freundlich reicht sie mir die Hand und bittet mich in ihren Salon. Sie erkundigt sich eingehend nach meinem Schicksal und bedauert, wie wenig sie helfen könne. „Ach ja, die Not ist groß; ich weiß. Ach, könnte ich Ihnen helfen, so wie ich möchte! Was bedeutet es, wenn ich Ihnen für den Augenblick nützlich bin. Wie wenig ändert das Ihre Lage! Nachhaltig helfen und nicht nur Ihnen, sondern den vielen, vielen, es geht wirklich über die Kräfte einer einzigen Frau, selbst wenn sie die Frau des Oberbürgermeisters von Berlin ist. Sehen Sie, der Gedanke macht mich ganz mutlos. Was sollen diese kleinen Wohltaten, die den Armen hernach seine Lage nur noch schmerzlicher verspüren lassen, wenn man doch nicht richtig helfen kann." Ich entgegnete ihr, wie ich jedem von ganzem Herzen danken würde, der mir endlich eine geregelte und befriedigende Arbeit verschaffen würde. „Ja, woher Arbeit nehmen, wo die halbe Welt feiert! Es ist wirklich entmutigend: arbeiten wollen, und nicht arbeiten dürfen. Die Arbeitslosigkeit ist eine Geißel der Menschheit geworden, ein Hohn auf die Kultur, auf die wir uns soviel einbilden. Nur Arbeit könnte helfen, nachhaltig helfen, in den meisten Fällen." Ich pflichte ihr bei und erzähle, wie so mancher junge Mensch trotz hervorragender Anlagen notwendig dem Müßiggang verfalle, verwahrlose und zugrunde gehe. „Ja," erwidert sie, „die Not der Jugend ist am größten. Ihr hilft keiner. Sie werden's noch besser wissen als ich. Dieser Tage überfiel mich der Gedanke urplötzlich. Ich stand in der Universitätswandelhalle und wartete auf meine Tochter. Sie studiert. Da hatte ich Zeit, mir die Studenten einmal in Ruhe anzusehen. Ich war erschüttert. In welch abgeschabtem Rocke, zerschlissenen Beinkleidern und abgetretenen Schuhen ging manch armer Student — sauber und ordentlich im übrigen — da einher. Wenn wir dagegen an unsre sonnige Jugend denken! Wir ahnen kaum, wieviel frohe Kraft und kecker Mut so nach und nach im Elend versinken. Dies alles zu wissen und nicht helfen zu können, dies ist fürchterlich!" Ich wende ein, daß es schon weit besser auf der Welt bestellt wäre, wenn jeder, der hierzu in der Lage sei, Gutes tue, auch wenn er auf die eine oder andre Bequemlichkeit oder Freude verzichten müsse. „Ja," fährt sie leise fort, „wenn jeder Gutes tun würde! Ich möchte jedem, der zu mir kommt, helfen, helfen und immer wieder helfen, doch wie wenige helfen mir dabei. Es ist beschämend, wie ich um Hilfe betteln muß. Wie wenige haben das Bewußtsein, daß ihr sorgenfreies Dasein nur denkbar ist, weil andre sich sorgen und abmühen. Da bin ich und heiße Frau Oberbürgermeister einer so großen Stadt wie Berlin. Und was kann ich tun für die Aermsten, die durch diese Straßen wanken und vom Hunger gejagt sind? Was kann ich für die Kinder tun all der Väter, die seit Jahren ohne Verdienst und Arbeit sind? Nichts, rein gar nichts! Das nimmt mir jeden Mut zu meiner Arbeit."

Resigniert legte sie die Hände in den Schoß und sah mich an. Ich konnte einen Augenblick nichts sagen. Ich hätte die Hände streicheln mögen, um ihr zu danken für das große Herz, das sie für die Armen hatte. Dann erhob sie sich lebhaft. „Aber ich vergesse ja ganz, warum Sie hier sind! Ich habe gehört, daß Sie keinen Mantel mehr haben. Sie werden es mir doch nicht übelnehmen, wenn ich Ihnen einen bringe?" Sie sah mich so freundlich-bittend an, als ob ich ihr einen Gefallen damit täte, mir helfen zu lassen. Ich mußte lächeln. Sie ging in ein Nebenzimmer, aus dem sie mit einem prachtvollen neuen Mantel wiederkam. „Er paßt glänzend! Sie brauchen nur ein paar Knöpfe zu versetzen, die sind sowieso immer schlecht angenäht. Doch einen Moment, bitte, hier habe ich noch ein Stück Stoff; daraus können Sie sich einen neuen Rock fertigen lassen. Und hier ist eine Aktentasche, in die sie den Stoff einpacken können. Behalten Sie nur den Mantel gleich an. Rauchen Sie eine Zigarette?" Wir unterhielten uns noch eine Weile. Ich überlegte mir, wie ich ihr meinen Dank aussprechen sollte. Das Mädchen meldete Besuch. Ich stand auf, um mich zu verabschieden. „So," sagte sie, „und wenn Sie wieder etwas nötig haben sollten, vergessen Sie mich nicht? Und stecken Sie bitte das noch ein! Es soll Ihnen einige sorglose Tage bereiten. Und vergessen Sie nicht, dem Portier Ihre Adresse zurückzulassen. Auf Wiedersehen!" Sie drückte mir einen Briefumschlag in die Hand und begleitete mich zum Ausgang. Draußen öffnete ich den Briefumschlag; es lagen fünfzig Mark darin. So eine Frau hatte ich selten gefunden, eine Frau, die wie sie die Kunst des Gebens verstand.

Wegen Hochstapelei verhaftet.

Ein paar Wochen später bin ich verhaftet. Ein paar Gönner von mir, die mir in letzten Zeit mit wenigen Mark ausgeholfen hatten, darunter der Präsident v. M., der mich der Frau Oberbürgermeister empfohlen hatte, sind dahintergekommen, daß ich nichts andres als der Arbeiter Harry Domela bin. Empört fordern sie meine Bestrafung, alarmieren sozusagen die ganze Polizei! Einen Harry Domela haben sie in seiner Not doch nicht unterstützen wollen! Hierbei tun sich gerade die am meisten hervor, die mich als „Graf" nicht genug hatten umwedeln und lobhudeln können. Die Frau eines Rechtsanwalts, die mir vorher immer wieder ihre hohe Bewundrung ausgedrückt hatte, daß ich mich trotz meines Flüchtlingsschicksals nicht unterkriegen ließ, — diese Dame nannte mich während der polizeilichen Vernehmung ein über das andre Mal einen Verbrecher!

Als ich vor Gericht stand, ließ ich die ganze Verhandlung mit wahrem Fatalismus über mich ergehen. Während der Beratung des Gerichts merke ich, wie der Staatsanwalt mich verlegen ansieht und dann in seinen Akten weiterarbeitet. Schließlich erkundigt er sich, was ich nachher zu tun denke. Ich horche auf. Aus seiner Stimme spricht Mitgefühl. Ich zucke die Achseln. Wie kann ich sagen, was nachher wird? Es war mir doch bestimmt, von einem Gefängnis zum andern zu gehen. Da verspricht er mir, sich meiner anzunehmen, für mich zu sorgen. Ich danke ihm, obwohl ich an die Hilfe nicht recht glaube. Auch der Richter spricht wohlwollend zu mir. Aus seinem Urteil klingt das Bedauern, mich, da ich vorbestraft sei, zu drei Monaten Gefängnis verurteilen zu müssen.

Nun bin ich in derselben Anstalt wie vor einem Jahr. Auf dem Hofe hat sich nichts geändert. Genau wie damals im Frühjahr fängt der Baum zu grünen an. In der Mitte des Hofes wird wie damals Holz zersägt und zerkleinert. Zum Teil sind's noch dieselben Gesichter. War denn wirklich schon ein Jahr vorbei!

Jeden Tag muß ich Holz sägen. Ich stehe den ganzen Tag unter dem Baume, der grüner und grüner wird, und säge Holz. Ich sehe mir die Gefangenen an, die im Kreise gehen. Sehr viele Bettler, die auf die Ueberweisung nach dem „Ochsenkopp" (Arbeitshaus) warten. Es waren meist Leute, die es immer wieder in die weite Welt hinauszog. Weshalb man sie noch bestrafte, war mir nicht klar. Sie taten doch nichts Böses! Das Arbeitshaus bessert sie ganz bestimmt nicht; es ist nur eine langsam tötende Marter für sie. Und warum sie im Arbeitshaus zur Arbeit anhalten, wo es draußen so viele Arbeitslose wider Willen gibt.

Auch zwei Mörder gingen in der Runde. Sie machten einen ganz andern Eindruck als der Unglückliche vor einem Jahr. Einer, noch ganz jung, dreiundzwanzig Jahre alt, hatte wegen lumpiger fünfzig Mark einen Bierkutscher erschlagen. Das Urteil schien ihn jedoch nicht im geringsten aus der Fassung gebracht zu haben. Er lachte fortgesetzt. Der andre war ein abstoßender, finsterer Mensch. Ein gemeines Gesicht, fast gar keine Stirn, die Nase gleich über den Augenbrauen beginnend. Auch ihn schien das Urteil gar nicht zu drücken. Als stupide Masse schob er im Kreise daher.

Eines Tages kam zu mir auf dem Hof — eine Dame angerauscht. „Herr Staatsanwalt . . . hat mich zu Ihnen geschickt," flötete sie süß. „Ich bin die Fürsorgerin. Ich habe dem Herrn Staatsanwalt versprochen, Ihnen bestimmt eine Stellung zu verschaffen, und da habe ich mir gedacht: Am besten wären Sie doch bei einem Bauern untergebracht. Denken Sie, dauernd frische Luft, gesundes Leben, gutes Essen, Familienanschluß . . . Besser können Sie es doch gar nicht haben." Ich hatte sofort ein geheimes Grauen. Ich verschwieg ihr meine Besorgnisse nicht. „Aber wo denken Sie hin! Sie sollen es doch gut haben! Uebrigens werden Sie höchstens einen Monat dort bleiben. Im Augenblick habe ich nichts andres. Ich habe dem Herrn Staatsanwalt fest versprochen, zu tun, was menschenmöglich ist." Sie sprach mit so viel Wohlwollen, daß ich doch wieder Hoffnung bekam. Ich wies sie daher auf meine schlechte Kleidung hin; ich war sozusagen abgebrannt. Den schönen Mantel der Frau Oberbürgermeister hatte mir mein Tscheche ein paar Tage später gleich vom Leibe genommen, weil ich ihm noch zwanzig Mark schuldete. Die Freundlichkeit selber, erwiderte jetzt die Fürsorgedame: „Nun, das lassen Sie meine Sorge sein! Sie werden schon anständig ausgerüstet hinausfahren. Haben Sie nur gar keine Sorge! Ich besuche Sie jeden Sonntag, bringe Ihnen Bücher mit, bekümmere mich um Sie wie eine Mutter. Sehen Sie in mir Ihre mütterliche Freundin." Um den menschenfreundlichen Staatsanwalt nicht vor den Kopf zu stoßen, ließ ich mich überreden. Sie sprach noch einige Zeit mit großem Redeschwall zu mir und tat wirklich so, als ob sie Gott weiß was für mich ins Werk setzen werde.

(Fortsetzung folgt.)

Wie die Wiener „Neue Freie Presse" zu dem Eisenbahnattentat aus Belgrad meldet, wurde unweit der Unglücksstelle an einem Baum ein Brief in bulgarischer Sprache gefunden, der verschiedene Drohungen enthält. Unterzeichnet ist er von dem bulgarisch-mazedonischen Revolutionskomitee. Starke Polizei-Patrouillen durchstreifen die Umgegend. Von den Tätern fehlt noch jede Spur. —

Eine Erklärung der Norma-Werke.

Die Norma-Werke veröffentlichen in der Industriespionageangelegenheit eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Nachdem Mitte Juli in Erfahrung gebracht worden war, daß Fabrikationsgeheimnisse der Norma-Werke in die Hände von Konkurrenzfirmen gelangten, beauftragte das Stuttgarter Norma-Werk ein Detektivinstitut mit der Aufklärung dieser Angelegenheit. Anfang September war das Material in einem derartigen Umfang vorhanden, daß es der Kriminalpolizei unterbreitet werden konnte, die ein Einschreiten beschloß. Ein Ingenieur, der einige Jahre Angestellter der Norma-Werke war, und ein Lichtpauser wurden bereits nach einigen Tagen wegen Diebstahls bzw. Hehlerei verhaftet. Bei Fortsetzung der Ermittlungen stieß man auf neue Spuren, die teils nach der Schweiz, teils nach Berlin führten. Es ergab sich, daß der ebenfalls bei den Norma-Werken beschäftigt gewesene Ingenieur Karrer, Betriebsleiter der Kugellagerfabrik Arbon in Arbon (Schweiz) mit Angestellten und Arbeitern der Norma-Werke einen regelrechten Spionageverkehr unterhielt. Karrer wurde verhaftet. Das bei ihm vorgefundene Material war derartig belastend für die Riebe-Werke (Berlin), daß sich die Stuttgarter Staatsanwaltschaft sofort zu den bekannten Maßnahmen entschloß. Bei der Haussuchung wurden Original-Norma-Pausen sowie -Zeichnungen und -Tabellen gefunden, die von Karrer und seinen Helfershelfern aus dem Kunstatter Norma-Werk gestohlen worden waren."

Diese ganze Spionageaffäre ruft die Erinnerung an die Zeit des Frühkapitalismus wach, in der jeder kleine Kramer sein „eignes" Gewinde und seine „eignen" Metall-Legierungen erfand und ängstlich seine „Geheimnisse" wahrte. Das hinderte natürlich nicht, daß diese „Geheimnisse" bei allen Technikern in kurzer Zeit bekannt waren. Durch Geheimniskrämerei glaubte man der Konkurrenz ausweichen zu können und machte die Produktion schwerfällig und teuer. Was früher die einzelnen taten, machen jetzt die Konzerne. Produktionsgeheimnisse kann man heute ebensowenig aufstapeln wie man einen Sack mit Flöhen füllen kann. Aber man kann die gesetzlichen Bestimmungen zur Wahrung dieser Geheimnisse sehr fein verwerten, um widerspenstige Gegner zahm zu machen. —

Ersatzziehung der Klassenlotterie.

Die Ersatzziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die wegen des Lotteriebetriebs notwendig geworden ist, findet im Laufe der nächsten Woche statt. Es werden noch einmal je ein Doppelgewinn von je 100 000 und von 5 000 Mark ausgespielt. Neue Lose werden nicht ausgegeben, sondern es wird auf Grund der bei den Lotteriekollekteuren befindlichen Aufzeichnungen die Auslosung der beiden Gewinne vorgenommen, die in der 5. Klasse der 28. Lotterie unterschlagen worden sind.

Tunneleinsturz in Berlin.

Am Dienstag mittag um ½12 Uhr ereignete sich in Berlin beim Bau eines Tunnels zwischen den Bahnhöfen Charlottenburg und Grunewald ein schweres Bauunglück. Während die Wände des Tunnels verschalt wurden, stürzte die eine Wand in einer Länge von etwa 15 Meter zusammen und verschüttete mehrere Arbeiter. Fünf Züge der Feuerwehr und mehrere Automobile des Rettungsdienstes waren rasch zur Stelle. Die Bergungsarbeiten waren jedoch mit großer Gefahr verknüpft. Der Arbeiter Bruno Lindner aus Neukölln war bereits unter den Sandmassen erstickt, als er aufgefunden wurde. Ein weiterer Arbeiter wurde mit schweren Verletzungen geborgen, während die übrigen mit leichteren Verletzungen davonkamen. Infolge des Einsturzes mußte ein Teil des Stadtbahnverkehrs auf einige Zeit eingestellt werden. —

Einsturz eines Funkturmes.

Auf dem Gelände werden seit Anfang August fünf neue Türme für drahtlose Fernphotographie von einer Berliner Firma errichtet. Drei dieser Türme sind bereits fertiggestellt, in der Nacht zum Mittwoch ist jedoch der zuerst erbaute, trotz starker Absteifung, zusammengestürzt. Da der zweite Turm in der Höhe ebenfalls starke Schwankungen zeigte, wurden die umliegenden Gerätehäuser geräumt. —

Durchgegangener Fesselballon.

Bei einer Flugveranstaltung ließ der Bielefelder Konsumverein zu Reklamezwecken einen großen Fesselballon über dem Flugplatz aufsteigen. Infolge heftigen Sturms riß sich der Ballon los und entschwand in den Lüften. (Dem Bielefelder Konsumverein, Bielefeld, Waldemarstraße, ist an einer Wiederherbeischaffung der Ballonhülle viel gelegen.) —

Wurstvergiftung.

In der Stadt Osnabrück sind über 80 Personen nach dem Genuß von Wurstwaren an Paratyphus erkrankt. Auch bei 50 Reichswehrsoldaten, die Wurst vom gleichen Schlächtermeister genossen hatten, sind Vergiftungserscheinungen aufgetreten. —

Der betriebsame Levine.

Der amerikanische Flieger Levine, der vor einiger Zeit sein Flugzeug aus Paris entführt hatte und der aus London zu kurzem Aufenthalt nach Paris zurückgekommen war, entging am Dienstag mit knapper Not einem Angriff von zwei Autodroschken-Chauffeuren, die ihn aus bisher noch unbekannten Gründen verprügeln wollten. Bei dem Abflug von Le Bourget, der am Abend erfolgte, hätte Levine beinahe zurückbleiben müssen, da er keinen Paß bei sich hatte. —

Gemeinsam in den Tod.

In der Bahnstrecke zwischen Straßburg und Hagenau wurden gestern drei schrecklich verstümmelte Leichen gefunden. Es handelt sich um ein junges Ehepaar und dessen Kind, die anscheinend gemeinsam in den Tod gegangen sind. Der Mann war Matrose bei der französischen Marine. Er war vor kurzem auf Urlaub gekommen. —

Neuer Sieg Peltzers.

In Paris errang Dr. Peltzer einen zweiten Sieg, indem er im 400-Meter-Lauf den Franzosen Martin in 48,8 gegen 49,2 Sek. schlug. —

Straßenbahnunglück in Amsterdam.

Im Westen Amsterdams stieß am Montag nachmittag ein Zug der elektrischen Schnellbahn Haarlem—Amsterdam auf einen vorausfahrenden Zug der Stadtbahn Sloterdijk—Amsterdam. 10 Personen, darunter der Führer des Haarlemer Zuges, wurden zum Teil schwer verletzt. Das Unglück war die Folge eines plötzlichen Unwohlseins des Führers der Schnellbahn. —

Eingeschneit.

Dreißig Teilnehmer eines Sonderzuges aus Ulm sind auf der Zugspitze eingeschneit, da die Zugspitzenbahn wegen starken Schneefalls den Betrieb einstellen mußte. —

Ein roher Stiefvater.

Vor dem Schöffengericht Dresden hatte sich der Schlosser Täschner wegen vorsätzlicher Körperverletzung, begangen an seinem 8jährigen Stiefsohn, zu verantworten. Um den Mantel seiner Frau aufzubügeln, hatte ihn der Mann über die Schultern des Knaben gehängt. Dieser erlitt dabei schwere Verbrennungen. Vor Gericht erklärte der Stiefvater, daß er die Bestrafung des Knaben als Bügelunterlage nicht für bedenklich gehalten habe. In seiner Entschuldigung führte er an, er behandle seinen Stiefsohn genau so wie seine Tochter. Die Zeugen bekundeten, daß Täschner eine besonders rohe Natur ist. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis. —

Briefkasten

1. Volksknabenschule u. a. Uns gehen jeden Tag von den verschiedensten Schulen Magdeburgs Protestresolutionen gegen den Kendelschen Reichsschulgesetzentwurf zu. Alle zeugen sie von einer großen Erregung der Elternschaft. Wir sind aber außerstande alle diese Resolutionen abzudrucken, die ja sinngemäß immer dasselbe besagen. —

Wasserstände

Elbe		Wuchs	Fall
Nimburg	20. 9. — 0,15	—	—
Brandeis	„ — 0,80	—	—
Melnik	„ + 0,75	—	—
Leitmeritz	„ + 0,76	—	—
Aussig	„ — 0,48	—	—
Dresden	„ — 1,34	—	—
Torgau	21. 9. — 0,60	—	0,46
Wittenberg	„ + 0,58	0,08	—
Roßlau	„ + 0,78	0,02	—
Aken	„ —	—	—
Barby	„ + 1,14	0,10	—
Magdeburg	„ + 0,92	0,04	—
Tangermünde	„ + 1,53	0,31	—
Wittenberge	„ + 1,46	0,04	—
Lenzen	„ —	—	—
Dömitz	„ + 0,94	—	—
Dalchau	„ —	—	—
Boizenburg	„ —	—	—
Hohnstorf	„ + 1,00	0,02	—

Mulde		Wuchs	Fall
Düben	21. 9. — 0,38	—	0,16
Unstrut und Saale			
Grochlitz	21. 9. + 1,22	—	0,04
Trotha Uttp.	„ + 2,12	—	—
Bernburg Uttp.	„ + 1,32	0,23	—
Calbe Oberpeg.	„ + 1,65	0,07	—
Calbe Unterpeg.	„ + 1,00	0,28	—
Grizehne	„ + 1,05	0,20	—
Havel			
Brandenburg Oberpegel	20. 9. + 2,17	—	0,03
Brandenburg Unterpegel	„ + 1,90	—	—
Rathenow Oberpegel	„ + 1,72	—	0,02
Rathenow Unterpegel	„ + 1,37	—	0,02
Havelberg	„ + 2,56	—	—

Wettervorhersage

Aussichten für Donnerstag: Bei frischen südwestlichen Winden trübes, mildes Wetter, zeitweise Regen. —
Aussichten für Freitag: Wenig Aenderung —

Rundfunkprogramme

Hamburg — Hannover — Bremen

Donnerstag, 22. Sept. 16.15: Bremen, Hamburg: Tanzweisen von Schubert, Schumann, Chopin und Weber, gespielt von Erna Twiestmeyer. ● 16.15: nur Hannover: K. Hurdorf und Norag-Orch.: Serenaden. ● 16.15: nur Kiel: Mörderszenen in Shakespeare-Königsdramen. Einf.: Alfred Stöger. Mitw.: Hermann Nissen, Rolf Salberg. ● 17: Hamburg, Kiel: Konzert. ● 17: Hannover, Bremen: Konzert. ● 18: Hamburg, Kiel, Bremen, Hannover: Volkstüml. Konzert. ● 18.55: Hamburg (alle Noragsender): Dr. Pflüger: Zahnerkrankungen im Kindesalter. ● 19.20: Hamburg (alle Noragsender): Dr. Ilse Reide von Hülsen: Der Einfluß der Frau auf das Theater. ● 20: Hamburg (alle Noragsender): „Kurve links". Komödie der Technik in drei Akten von A. Palitzsch. — Anschl.: Konzert aus Hannover.

Leipzig — Dresden

Donnerstag, 22. Sept. 16.30: Dresd. Streichquartett. ● 18.05: Steuerrundfunk. ● 18.15: Aufwertungsrundfunk. ● 19: Min.-Dir. Dr. Jahn-Weimar: „Wie wird Neues aus Altem?" (Veränderungen der Thür. Staatsgrenzen.) ● 19.30: Dr. Boeßneck: „Liebes- und Gattenwahl." ● 20.15: Theater der Spiele, Hamburg. Direktor: Erich Raventos. — „Das Mühlenspiel". Spiel nach dem Text der Edda. — „Edward". Nach einer alten schottischen Ballade. — „Die Nonne". Balladenspiel. — „Böser Markt." Groteske Angelegenheit. — „Wölundslied." — „Die Weissagung der Seherin". — „Odins Heritt." Nach dem Text der Edda. ● 22: Funkpranger. ● 22.30: Funkstille.

Berlin — Königswusterhausen — Stettin

Donnerstag, 22. Sept. 12.30: Viertelstunde für den Landwirt. ● 16.15: Studienrat A. L. Müller: Geographische Merkwürdigkeiten. Geyisre und die übrigen Wunder der Jellowstone-Naturschutzparkes. ● 17: Dr. Altenberg liest aus seinen Gedichten. ● 17.30: Moderne russische Musik. ● 19.05: Dr. Dersin: Unsere Getränke und die Chemie der Gärung. ● 19.30: A. Vogel: Die Räteidee und die Arbeitnehmer. ● 20: Prof. Wegener: Die Entwicklung der jüngsten Ereignisse in China. ● 20.30: Sinfonie-Konzert. Dir.: Bruno Seidler-Winkler. Mendelssohn: Ouv. Ruy blas. — Chopin: Klavierkonzert f-moll. — Beethoven: Sinfonie D-dur. ● 22.30: Tanzmusik (Bernard Ette).

Königswusterhausen. Donnerstag, 22. Sept. Adele Lüderitz: Die verschiedenen Berufe und ihre Ernährung. ● 15: Vorbereitungen für den Winter: Küche, Keller, Boden. ● 15.35: Wetter und Börse. ● 15.40: Adele Lüderitz: Kochanweisungen. ● 16: Min.-Rat Weber: Das Gesetz zum Schutz der Jugend gegen Schmutz und Schund. ● 16.30: Std.-Rat Müller: J. P. Hebel, Volkserziehung mit Humor. ● 17: Müller-Jabusch: Weltpolitische Stunde. ● 18.30: van Eyseren. Alfieri: Spanisch für Fortgeschr. ● 18.55: Liederwalzer v. Joh. Brahms. (Kölner Vocal-Quartett.) ● 19.20: Dr. Sotke: Milchabsatzfragen im Industriegebiet.

Sonne und dem tropischen Regen gegenüber sehr praktisch; er wirkt wie ein natürlicher Tropenhelm und wie ein natürlicher Regenschirm. Einen Regenschutz haben aber eigentlich die Didingas nicht notwendig, da sie keine Kleidung tragen, die naß werden könnte. Mehrere Untersuchungen zeigten, daß der Temedek in erster Linie als Schutz gegen Faust- und Keulenschläge der Feinde dient. Es kommt bei den Didingas nicht vor, daß ein Schädel verletzt wird; der Kopfschutz ist zu stark. Der Temedek wird durch beständiges Zusammendrücken und Nachschneiden in der richtigen Form erhalten; zu seiner Ausbildung bedarf es allerdings des besonders üppigen Haarwuchses, dessen sich diese Wilden erfreuen. Driberg hält die Didingas für Nachkommen der alten Aethiopier. Sie tragen Halsketten von derselben Art, wie sie von den Aegyptern getragen werden, und der Temedek wird bei besondern Gelegenheiten mit roten, weißen und schwarzen Straußenfedern geziert, ein Schmuck, der auch an altägyptische Vorbilder erinnert. Außerdem verzieren sich beide Geschlechter durch Quarzpflöcke, die in die Unterlippe gesteckt werden, und durch Armbänder aus Knochen. Merkwürdig sind die Heiratsgebräuche. Man tritt ungewöhnlich spät in die Ehe, der Mann mit 28, die Frau mit 24 Jahren, aber schon vorher findet ein Verkehr unter den Geschlechtern statt, und es ist zwischen Ehe und wilder Ehe kein Unterschied. Es herrscht zwar Vielweiberei, aber da es bei dem Stamme nur 15 Prozent Frauen mehr als Männer gibt, so sind die meisten zur Einehe gezwungen. —

Allerlei

Der Glückliche lacht nicht! Bisher hat man das Lachen immer für ein Zeichen der Freude und des Glücks angesehen. Aber wir werden von einem englischen Psychologen, dem Professor an der Londoner Universität F. Aveling, eines Bessern belehrt. „Das Lachen", so schreibt er, „ist ein Verhalten, das überaus seltsam wäre, wenn es nicht so häufig vorkäme und uns daher als etwas Alltägliches erschiene; es beginnt mit einem Kitzeln im Gesicht und endet mit konvulsivischen Zuckungen des ganzen Körpers. Es ist eine eigentümliche Eigenschaft des Menschengeschlechts. Kein Tier lacht, mit Ausnahme der Hyäne, und auch das Gelächter der Hyäne ist nur ein Schnarren, wie es sich auch manchmal beim Menschen findet. Worüber sollte auch ein Tier lachen? Und worüber lachen wir selbst, wenn nicht über das Unglück und das Mißgeschick andrer Leute? Sicherlich lachen wir niemals darüber, daß es andern gut geht. Wenn wir nicht an den andern stets etwas Komisches entdecken könnten, so würden wir niemals lachen. Denn alles, was uns selbst zustößt, ruft bei uns kein Gelächter hervor. Das Gelächter ist in seinem geheimsten Zweck ein Gegenmittel gegen das Mitleid. Es ist ein Mittel, die Anteilnahme an dem Geschick der andern möglichst von sich fern zu halten, und es ist ein tiefes Wort des Weisen, der da sagte: „Wenn ich über die menschlichen Dinge lache, so tue ich das nur, weil ich nicht über sie weinen will." Der wirklich glückliche Mensch lacht niemals oder doch nur sehr selten; er lächelt höchstens. Er hat es nicht nötig zu lachen, denn das Gelächter ist wie das Weinen Befreiung von einer geistigen Spannung, und der Glückliche, der wirklich in einer harmonischen Gemütsverfassung ist, kennt solche Spannungen nicht. Der ganz unglückliche Mensch lacht auch nicht; er ist zu sehr von seinem Leid in Anspruch genommen, um dessen Komik zu sehen, und er kümmert sich nicht um das, was dem Nächsten zustößt. Das Gelächter ist die Eigenschaft des überlegenen Menschen, des Unzufriedenen, der stets Spannungen und Konflikte hat. Deshalb ist auch das Gelächter wie das Weinen häßlich, denn es besteht in Verzerrungen des Gesichts und in Windungen des Körpers; es ist die Maske eines selbstsüchtigen Geistes. Das Lächeln dagegen ist schön, denn es ist das Zeichen menschlichen Mitgefühls und Verstehens in einem Herzen, das in Frieden mit sich und der Welt ist."

Am Gang werdet ihr sie erkennen! Die Charakterkunde ist in letzter Zeit zu einer Wissenschaft gediehen, die aus allen möglichen unbewußten Aeußerungen des Menschen ihr inneres Wesen ausdeutet. Neben der Hand und der Handschrift, neben den Gesichtszügen und ihrem Ausdruck ist da das Studium des Ganges von besonderm Wert, wie Dr. Nikolaus Aranyosi in „Scherls Magazin" ausführt. Der Beruf prägt dem Gange seinen besonderen Stempel auf. Der Soldat geht anders als der Seiltänzer, der Fleischer anders als der Gelehrte, die Hausfrau anders als der Mannequin. Ebenso hat ein leidenschaftlicher Mensch einen Gang, der von dem eines Phlegmatikers vollkommen verschieden ist; das Tempo der Schritte unterscheidet sich bei einem Draufgänger sehr erheblich von dem bei einem Schüchternen usw. Einige Gelehrte haben durch Prüfung der Gangart Merkmale für gewisse Charaktereigenschaften gefunden. Vorwärtsneigen beim Gehen und große Schritte bedeuten Ehrgeiz, doch ohne die erforderliche Energie. Die leichte Lebensauffassung des Heiteren äußert sich im leichten Gang. Der Liebenswürdige und Aufrichtige schreitet mit symmetrisch ausgerichteten Fußspitzen und seitlich geneigter Kopfhaltung in etwas wiegendem Rhythmus. Den gleichen Gang haben die Arbeitsamen und Unbeugsamen, aber mit bewegungslosen Schultern und vorgeneigtem Kopf. Leute, die beim Gehen stark ins Knie sinken und gleichsam auf- und abwärts schwanken, sind geistig schwerfällig; ähnlich, nur langsamer, geht der Pessimist; seine Haltung ist in sich gesunken und die Hände bleiben beim Gehen ziemlich regungslos. Den Vorsichtigen erkennt man am bedächtig aufmerksamen Schreiten; er bewegt sich gleichmäßig mit nach der Erde gerichtetem Blick. Das Gegenteil findet man beim Eigensinnigen, der schnell und herausfordernd geht und nur ungern ausweicht. Der Grübler hält sich meist in der Nähe der Häuser, um seinen Gedanken ruhiger nachhängen zu können; auch Feige bevorzugen den Schatten des Hauses und ebenso Leute mit schlechtem Gewissen. Die Stolpernden sind meistens zerstreute Menschen; ihr Schritt ist weitausholend und seitwärtsstrebend; gewöhnlich ballen sie beim Gehen die Faust mit steif vorwärtsgestrecktem Daumen. Erdwärts geneigte Kopf- und Körperhaltung verrät Verheimlichungstrieb. Der geräuschlos schleichende Gang läßt auf einen lauernden und hinterlistigen Charakter schließen. Menschen, die beim Gehen die Fußspitze einwärts setzen, sind gutmütig und nicht sehr klug. Den Abergläubischen erkennt man an seinem leicht hüpfenden Gang und an dem krampfhaften Bemühen, beim Gehen das Berühren der Pflasterstriche zu vermeiden oder mit einem bestimmten Fuß ans Ziel zu gelangen. Der Spötter hält die Ellbogen an den Körper gepreßt und den Kopf seitlich geneigt und hat die eine Hand meist in der Hosentasche; Neugierige und Vertrauensselige drängen ihre Weggenossen im Gespräch nach einer Seite hin. —

Humor und Satire

Wie lange. Der neue Gast in der Pension erzählte von seinen gefährlichen Jagdabenteuern. „Auf einer Afrikareise schlafe ich mit meinem schwarzen Diener allein im dunkeln Urwald," beginnt er seine Erzählung. „Plötzlich hören wir im Gebüsch ein verdächtiges Geräusch. Ich wittere Gefahr, greife zum Gewehr, schieße. Als ich dann ins Gebüsch eindringe, finde ich einen mächtigen Löwen — tot!" — „Schrecklich!" meint einer von den Zuhörern. „Wie lange mag er schon tot gewesen sein?" —

Schlächterrechnung. Lehrer: „Paß mal auf, Fritz. Ich habe 1½ Pfund Fleisch gekauft, das ich mit Dir und Deinem Freunde teilen will. Dein Freund und ich bekommen jeder 1½ Pfund Fleisch. Wieviel bleibt dann für Dich?" — Fritz (Sohn eines Schlächtermeisters): „Jarnischt, Herr Lehrer, der Rest sind Knochen!" —

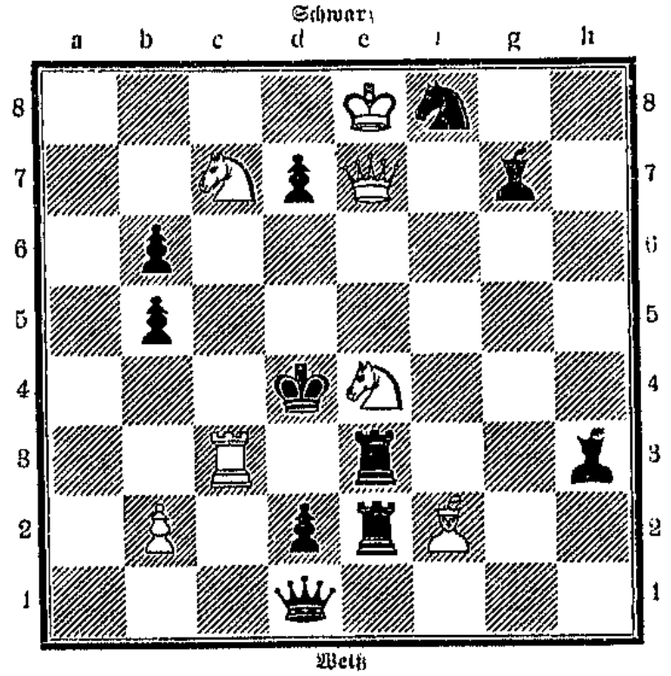
Trost. „Heinz, schämst Du Dich nicht, jetzt bist Du richtig am letzten Platz in der Klasse angelangt!" — „Aber Papa, sei doch darum nicht traurig, der Unterricht ist auf allen Bänken derselbe!"

Schach

Schachaufgabe Nr. 145.

Deutscher Arbeiter-Schachbund, Ortsgruppe Magdeburg.
Rud. Büchner (Erdmannsdorf).

Schwarz



Weiß

Matt in 2 Zügen

Alle Schachnachrichten und Lösungen sind zu richten an Erich Holke, Magdeburg-Sudenburg, Kurfürstenstraße 16.

Berichtigung Aufgabe Nr. 144:
Es kommt hinzu: Schwarzer Springer auf g7.
Schwarzer Läufer auf g8.

Lösung der Aufgabe Nr. 143:
L:f2—c5.

Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, sämtlich in Magdeburg.

Die Kraft
Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 76 Magdeburg, Donnerstag den 22. September 1927

Inge

Von Florell.

Auf Langholmen vor dem Gefängnistor auf und ab schlendernd erwartete Ivar Dalkvist seinen Freund und als sich pünktlich zur angegebenen Zeit die schwere, eisenbeschlagene Pforte öffnete, wankte ein gebrochener Mann heraus.

Ivar erkannte kaum seinen Freund wieder, so hatten ihn die zwei Jahre im Gefängnis mitgenommen. Mager und bleich lehnte er sich an die hohe, graue Mauer, die den Gefängnishof umgab, und sog begierig die milde Frühlingsluft ein.

Das Tor hatte sich längst geschlossen, als er sich endlich aufraffte, Umschau hielt und des in einiger Entfernung wartenden Ivar ansichtig wurde. Ein schmerzliches Lächeln huschte über sein Antlitz, als er hastig auf ihn zuschritt. Stumm drückten beide sich die Hände; ein paar verstohlene Tränen rollten über Ivars Wangen, auch des andern Augen wurden feucht.

„Ivar — Ivar, Du treuer Freund — ich kann es kaum glauben, daß Du wegen meiner eine Träne vergießt — wegen des Mörders seines eignen Kindes."

„Schweig darüber — laß die Erinnerung versinken.

Ich kenne Dich, lieber Freund, und urteile nicht nach kalten, starren Paragraphen."

„Das werde ich Dir nie danken können, Ivar. Und vergessen — die schwere furchtbar lange Zeit dort hinter den grauen Mauern; vergessen wollen — ist unmöglich, Ivar — — Ja, wenn sie noch mein Weib wäre, dann — —," rief er schmerzerfüllt aus.

Ivar Dalkvist nickte nur stumm, schob seinen Arm unter den seines Freundes, um ihn zu stützen, denn die Gefängnisluft der zwei Jahre hatte ihn sichtlich mitgenommen, er wankte in der frischen, freien Luft wie ein Trunkener.

Schweigend gingen sie hinunter zur Dampferstation, bestiegen das Stockholmer Schiff und machten es sich an Deck auf einer Bank bequem.

Plötzlich fuhr der Entlassene auf aus seinem dumpfen Brüten, ergriff Ivars Arm und schrie es fast heraus: „Ivar, wo ist Inge?" „Ist es wahr, was man mir hinterbracht hat — — Inge ist im Varieté?"

Ivar nickte bejahend. Der andre sank in seinen Sessel zurück und atmete schwer. Ivar versuchte ihn zu beruhigen, trotzdem es ihm schwer fiel, Worte zu finden.

„Sie ist Deiner nicht wert — laß sie — vergiß sie — sie war nicht die Richtige für Dich."

Doch da flammte es plötzlich in des andern Augen auf, als er sagte:

„Ivar — ich muß sie noch einmal sehen — dann wird es mir leichter, die Erinnerung zu begraben.

„Ivar starrte mit unverhohlener Besorgnis auf seinen Freund, doch der lächelte schon wieder, müde, schmerzlich. Doch wagte Ivar nicht, seinen Wunsch abzulehnen, und als der Dampfer in Stockholm anlegte und die beiden Freunde an Land gestiegen waren, führte sie ihr erster Weg zur Theaterkasse, um eine Loge zu sichern.

Am Abend saßen beide im Varieté. Interesselos verfolgten sie das Programm bis — Vena Werry, die große Tanzkünstlerin — auftrat. Ivar schaute auf seinen Freund, der atmete schwer. Geisterhaft leuchteten seine bleichen Züge durch das Halbdunkel des Raumes.

Der Vorhang teilte sich und im grellen, bunten Lichtkegel der Scheinwerfer erschien sie. „Inge, Inge," stöhnte er. Ein junges schönes Weib, trat sie auf die Bühne, von brausendem Jubel empfangen.

Da setzte das Orchester gedämpft ein und sofort herrschte Grabesstille. Die Tänzerin ließ ihren schmiegsamen Körper im Rhythmus der Melodie folgen. Ivar schaute ergriffen auf das herrliche Weib mit ihrer göttlichen Kunst. Sein Freund folgte gebannt jeder Bewegung, seiner gequälten Brust entrang sich häufig ein kaum hörbares, inniges: „Inge — Inge." Doch Ivars Gedanken verließen das fesselnde Bild dort vorn und eilten zurück zwei — drei Jahre.

Vor seinem geistigen Auge erschien ein sonniger Frühlingstag. In einem idyllischen Landstädchen wanderte er einige Straßen entlang, blieb schließlich vor einem kleinen von einem Gärtchen umgebenen Haus stehen und zog an der Schnur. Schrill gellte die Klingel durch die morgendliche Stille. Zwei Gesichter tauchten am Fenster auf, eins fremd — fragend, das andre freudig überrascht.

Die Tür sprang auf und zwei Freunde drückten sich herzlich die Hand. Darinnen ward Ivar mehr neugierig als herzlich von der jungen Frau empfangen.

Sie beteiligte sich fast gar nicht an der Unterhaltung, sie starrte zum Fenster hinaus und grübelte; ab und zu schaute sie seufzend auf.

„Ivar, wir erwarten Ende Sommer unsern Stammhalter," sagte der Freund da unvermittelt und schaute verlegen nach seiner Frau hinüber, die aufhorchte, „und Inge bildet sich ein, sie müsse dann sterben — sie würde es nicht überleben."

Ehe Ivar etwas sagen konnte, tat es die junge Frau, sie war aufgesprungen und rief unter wildem Schluchzen aus: „Du wartest ja nur darauf — Du Falscher — o hätte ich Dich nie gesehen, nie — nie!"

„Inge, liebe kleine Inge — Du quälst uns ja beide nur," beruhigte sie der Mann. Ein schrilles Auflachen — ein gehässiger Blick traf ihn, so daß er schwieg. Peinlich erschrocken hatte Ivar diesem Auftritt mit beigewohnt.

Da griff der Freund zur Geige und spielte. Weich und flehend klang es durch den kleinen Raum. Ivar verstand seinen Freund, der durch seine Geige von seinem Hoffen und Sehnen, von seiner Liebe und von seiner Enttäuschung erzählte. Seine Augen hingen mit flehendem Blick an seiner jungen Frau, während er spielte, und bettelten und beteuerten mit den Tönen zusammen:

„Ich liebe ja nur Dich, Inge — nur für Dich spiele — nur für Dich schaffe ich."

Ivar war ergriffen und schaute mit feuchten Augen hinüber zu der am Fenster Sitzenden — der all dies galt. Doch die sah teilnahmlos durch die Scheiben.

Doch dann — Ivar atmete auf — erhob sie sich plötzlich, schritt auf ihren Mann zu, legte ihre weichen Arme um seinen Hals und sagte wehmütig:

„Verzeih mir, Lieber — Guter — ich hab' Dich ja so lieb —," ich hab es ja nicht so gemeint — — O wenn Du mich nur verstehen könntest, so —" Sie brach hastig ab, machte sich frei und eilte hinaus.

Einige Monate später war der Stammhalter da — ein Knäblein — aber ein unglückliches, verkrüppeltes Wesen. Der untersuchende Arzt hatte den Kopf geschüttelt und gesagt: „Jetzt ist nichts zu machen, vielleicht später, vielleicht — —."

Frau Inge weinte Tag und Nacht, aß und trank nicht und siechte dahin. Ihr Gatte litt doppelt. Aus seinem Gesicht starrten ein paar fieberglänzende Augen. Seine Hände zuckten und zitterten, wenn er damit über den kleinen Kinderkörper fuhr. Er kämpfte mit sich Tag und Nacht, bis die unglückselige Stunde kam, wo er sein ganzes ferneres Leben zerstörte.

Da hatte er sich über die schlummernde Inge gebeugt, mit seiner Linken ihr Haar und Wangen gestreichelt und mit der Rechten einen kleinen, schwachen Hals umspannt. Ein leiser Druck — ein kleines zuckendes Körperchen — und seine bebenden Lippen murmelten: „Kleine, liebe, süße Inge — Du darfst nicht sterben — Du sollst glücklich sein — denn ich hab Dich ja so lieb — ich tat es nur aus Liebe zu Dir — verzeih!" Und als Frau Inge bei diesen Worten erwachte, wankte er hinaus — zur Polizei.

Frau Inge erholte sich bald, ward gesund, schöner und interessant. Als ihr Mann wegen Kindesmordes verurteilt wurde, beantragte sie die Scheidung, und während er gefangen saß, wurde sie frei und als Märtyrerin gefeiert.

Dies alles hatte Ivar im Geiste noch einmal durchlebt, und als er wieder aufblickte, schloß sich der Vorhang zum letztenmal. Der brausende Beifall verstummte und die Besucher verließen begeistert das Varieté. Auch die beiden Freunde zogen ihrem Heim entgegen. Dort angekommen, ging jeder sogleich auf sein Zimmer — jeder mit seinen eignen Gedanken beschäftigt.

Ivar konnte lange keinen Schlaf finden, er wälzte sich von einer Seite zur andern, und als sich endlich der Schlaf einstellte, plagte ihn ein Traum.

Er sah Inge wieder vereint mit ihrem Manne, seinem Freunde. Sie küßte und streichelte ihn und beide waren glücklich; nur war sein Freund so bleich und so starr sein Blick. Sie paßten nicht zusammen, die blühende Inge und der blasse Freund. Ivar spürte Eifersucht — er griff zum Revolver und — da ertönte ein Schuß. Ivar fuhr aus seinem Traum, und erst als ein zweiter Schuß fiel, wurde es ihm klar, daß es Wirklichkeit war.

Er stürzte hinüber in das Zimmer seines Freundes und fand ihn stöhnend am Boden liegend, stark blutend, in der Rechten einen Revolver haltend, vor. Als Ivar sich zu ihm herabbeugte, lächelte er schmerzlich und sagte mit schwacher Stimme: „Verzeih mir, Ivar, aber ich kann nicht mehr leben. Ich wollte Inge mitnehmen, aber sie gehört nicht mehr mir, sie gehört der Allgemeinheit — nun gehe ich allein — grüße sie — ich konnte nicht anders — — —." Er verlor die Besinnung. Als Polizei und Arzt erschienen, war er schon, mit einem sehnsüchtigen Lächeln um den Lippen, verschieden.

Einige Tage nachdem wurde bei Ivar Dalvist ein kostbarer Kranz abgegeben. Auf der schwarzseidenen Schleife befand sich außer einem roten blutenden Herzen nur das Wort: Inge. —

Ueberschwemmungskatastrophen*)

Die Ueberschwemmung von Johnstown gilt allgemein als das größte Ueberschwemmungsunglück in der Geschichte.

Eine Talsperre, die 18 Millionen Raummeter Wasser in einem 16 000 Ar großen See aufspeicherte, wurde von einer Sperrmauer etwa 125 Meter über der Stadt Johnstown gebildet, die in einer Entfernung von 20 Kilometer in einem engen, aber gewundenen Tale lag. Am 31. Mai 1889 brach der Damm. Alles, was im Wege der Fluten lag, fiel der Vernichtung anheim. Die genaue Zahl der Opfer konnte nie festgestellt werden, denn nur wenige Leichen wurden gefunden. Aber es steht fest, daß zwischen 10 000 und 15 000 Menschen ums Leben kamen.

Jeder Baum im Bereich der Flut wurde mit Stumpf und Stiel vernichtet. Die Quader der Brückenpfeiler wurden nicht nur fortgerissen, sondern so zermahlen, daß sie nicht mehr von den Kieseln des Stromes zu unterscheiden waren. Glaubwürdige Zeugen berichten, daß von den Ziegeln der zerstörten Häuser nicht der zwanzigste Teil nach der Ueberschwemmung gefunden werden konnte; die übrigen waren im Wasser zu Pulver zerrieben worden. Die Lokomotiven in einem Schuppen, den die Flut überrannte, wurden in alle Winde verstreut. Man fand sie in verschiedener Entfernung, einige waren bloß 450 Meter abgetrieben, aber andre wurden ganz mitgerissen und nie wieder gefunden. Ein Mann, der im dritten Stock am Fenster stand, sah eine davon „oben auf den Fluten 10 Meter über dem Boden herangetanzt kommen".

Solche Berichte geben nur eine schwache Vorstellung von der Verheerung, die die Katmaiflut (die bei dem Ausbruch des Katmai im Jahre 1912 entstanden ist. Die Red.) in einem volkreichen Tal angerichtet hätten. Denn die Katmaiflut war viel größer als die Ueberschwemmung von Johnstown. Die Wassermenge war zwölfeinhalbmal und das Gefälle fast dreimal so groß, so daß die Flut eine fünfunddreißigmal so große Gesamtenergie besaß, und nach dieser mißt sich ja die Gewalt einer Ueberschwemmung.

Wenn auch die Ueberschwemmung von Johnstown das größte Unglück in den Annalen der Technik bildet, so wird sie ebenso wie die Katmaiflut an Größe von der Gohnaflut 1895 in Indien übertroffen. Wie die Katmaiflut, entstand diese durch einen riesigen Erdrutsch, der einen Damm von 275 Meter Höhe bildete und über 453 Millionen Raummeter Wasser staute.

Als der Damm brach, flossen über 283 Millionen Raummeter Wasser innerhalb von 4 Stunden ab, so daß eine Flut von 80 Meter Höhe entstand. 21 Kilometer stromabwärts war die Flut 49 Meter hoch (die von Johnstown 19 Kilometer unterhalb des Dammes 9 Meter); 80 Kilometer unterhalb war sie 35 Meter hoch; 115 Kilometer stromabwärts 13 Meter; in Hardwar, 240 Kilometer stromabwärts, betrug ihre Höhe immer noch 3½ Meter.

Im Oberlauf ihres Weges füllte die Gohnaflut das Tal mit Kies in einer Tiefe von nicht weniger als 71 Meter, während 21 Kilometer unterhalb das Flußbett 15 Meter höhergelegt wurde. Wie am Katmai, so floß auch hier das Becken nicht vollständig ab. Ein See von 3 Kilometer Länge, 1½ Kilometer Breite und 90 Meter Tiefe blieb für immer zurück.

Aber wenn auch die Gohnaflut viel bedeutender war als die Ueberschwemmung von Johnstown und genau wie sie in einem bevölkerten Tal erfolgte, so sticht sie doch insofern gewaltig von ihr ab, als kein einziges Menschenleben zu beklagen war außer einem Hindufakir, der darauf bestand, in das Gefahrengebiet zurückzukehren, nachdem man ihn zweimal zwangsweise entfernt hatte.

Die britischen Ingenieure hatten wahrscheinlich aus dem noch frisch im Gedächtnis stehenden Unglück von Johnstown gelernt und begonnen, Vorbeugungsmaßregeln gegen die Ueberschwemmung zu treffen, sobald der Bergsturz erfolgt war.

Durch die sorgfältige Vermessung konnten sie 2 Jahre im voraus angeben, wann die Flut losbrechen würde, und zwar auf 10 Tage genau. Sie bauten eine Telegraphenlinie das Tal entlang, um das Warnungszeichen zu geben, und errichteten eine Reihe von Kennungen, über denen die Leute ungefährdet bleiben konnten. Auf diese Weise verwandelten sie ein sonst unabwendbares Unglück in einen Triumph der Kultur und Technik.

Wir brauchen kaum weiter zu gehen; diese Vergleiche setzen uns instand, die Größenordnung der Katmaiflut mit genügender Genauigkeit zu bestimmen. Sie ist nicht die größte Ueberschwemmung in der Geschichte, aber sie steht unter solchen Katastrophen mit in vorderster Reihe.

In einer Hinsicht verdient sie sogar die erste Stelle; nämlich im Hinblick auf die Gewalt der Wasserwogen, die aus der Katmaischlucht hervorschossen. Die Verhältnisse liegen hier fast einzigartig, denn die schmale, scharf ausgeschnittene, fast gerade Felsschlucht bot ein Mindestmaß an Widerstand. Die Wassermenge war sehr groß im Vergleich zu dem Material, das abgeräumt werden mußte, den Damm zu durchbrechen. Daher wurde wenig Energie mit dem Freimachen des Weges vergeudet.

Die Geschwindigkeit der Flut muß einfach fürchterlich gewesen sein, als sie aus der Schlucht herausbrauste. Ich habe mich bemüht, sie zahlenmäßig abzuschätzen. Dies ist aber schwierig, weil die Ingenieure nie mit so gewaltigen Strömungen zu tun hatten. Nach der Ueberschwemmung von Johnstown rechnete der Herausgeber der „Engineering News" aus, daß die Hälfte der Energie der anstürmenden Wasser durch die Reibung aufgezehrt werde, so daß die andre Hälfte der Energie frei bliebe, um die Geschwindigkeit des Wassers zu erhöhen. Diese Schätzung stimmte nach ihm ziemlich genau mit der tatsächlich von Beobachtern an Ort und Stelle gemessenen Schnelligkeit der Fluten überein. Wenn die Hälfte der Energie des Wassers so wie bei Johnstown für die Reibung verbraucht wurde, so ging am Katmai wahrscheinlich nur eine kleinere Menge durch Reibung verloren, weil das Bett glatter, gerader und tiefer und die Wassermenge größer war. Die Geschwindigkeit der Flut dürfte daher sehr vorsichtig geschätzt sein, wenn wir annehmen, daß die Reibung hier ebensoviel Energie wie bei Johnstown verbrauchte. Die aus der Schlucht hervorschießenden Fluten müssen dann etwa 80 Meter in der Sekunde oder etwa 110 Kilometer in der Stunde zurückgelegt haben.

In unsrer Zeit der Autos und Flugzeuge mögen 100 oder 110 Kilometer in der Stunde nicht als besondere Geschwindigkeit erscheinen. Tatsächlich aber ist ein Fluß mit einer Geschwindigkeit von 10 Kilometer in der Stunde etwas so Außergewöhnliches wie ein Wagen, der dreimal so schnell fährt. Fließendes Wasser erreicht niemals solche Geschwindigkeiten, wie sie uns an andern Gegenständen vertraut geworden sind. Die furchtbare Gewalt des Hochwassers eines Flusses ist etwas so Eindrucksvolles, daß man fast unwillkürlich die Schnelligkeit der Strömung überschätzt.

Wenn man in Schilderungen von Ueberschwemmungen auch oft liest, die Fluten stürmten „mit Schnellzugsgeschwindigkeit" daher, so zeigt eine Nachprüfung der Tatsachen, daß selbst die verheerenden Ueberschwemmungen, denen der Mississippi und seine Nebenflüsse ausgesetzt sind, selten Strömungsgeschwindigkeiten von über 11 Kilometer in der Stunde erreichen (8 Meter in der Sekunde).

Die Verschiedenheit der Energie eines Stromes, der 80 Meter in der Sekunde zurücklegt, und eines andern, der nur 8 Meter in der Sekunde macht, ist so groß, daß es einfach unvorstellbar ist. Denn die Kraft des Wassers, Hindernisse in seinem Bette wegzuräumen — eben seine Zerstörungskraft —, verändert sich wie die sechste Potenz seiner Geschwindigkeit. Das heißt, wenn sich die Geschwindigkeit verdoppelt, steigt die Verfrachtungskraft auf das Vierundsechzigfache. Wenn daher die Katmaiflut zehnmal so schnell daherschoß wie der Mississippi bei Hochwasser, so stieg seine verheerende Wirkung auf das Millionenfache. —

*) Der Ausbruch des Katmai auf der Halbinsel Alaska ist eine der größten vulkanischen Katastrophen seit Menschengedenken. Hätte er in Berlin stattgefunden, wäre die ganze Reichshauptstadt mit allen ihren Vorstädten und außerdem ein noch einmal so großes Gebiet von der glühenden Lava verschüttet worden. In Wien hätten die Einwohner durch säurehaltigen Regen schmerzende Brandwunden davongetragen, und Leipzig hätte infolge des Aschenregens 60 Stunden lang in völliger Dunkelheit gelegen! Fünf Expeditionen unter Führung von Professor Griggs haben diese Vulkankatastrophe untersucht, und sie entdeckten dabei — fast durch Zufall — ein ganz eigenartiges Naturphänomen: „Das Tal der Zehntausend Dämpfe," das dann zum zweiten amerikanischen Nationalpark erklärt wurde. Der Boden dieses Tals ist überall geborsten, und Millionen von Fumarolen entströmen der Tiefe. Der fesselnde, illustrierte Bericht des Entdeckers erscheint soeben unter dem Titel: Robert F. Griggs „Das Tal der Zehntausend Dämpfe" (384 Seiten mit 117 bunten und einfarbigen Abbildungen und 4 Karten. Geh. 13,50 Mark, Ganzleinen 16 Mark) in Leipzig bei F. A. Brockhaus.

Indianerszene

Von Martha Maria Newes.

Das riesige Filmatelier voll Fieberhitze der Aufregung. Kommandorufe. Scheinwerfer werden von einer Dekoration in die andre gerollt. Werfen grelles Licht in aufgerissene Augen, tasten in schlafdunkle Ecken des unendlichen Raumes. Musik schrillt Jazz. Wechselt jäh über in Liebesarien. Schreit auf. Wiegt sehnsüchtig — will Herzen wachrütteln. Aufpeitschen.

Schlaftrunken lehnen magere, braungeschminkte Statisten in den Ecken. Als Indios verkleidet. Ihr bunter Federnkopfschmuck wirft phantastische Schatten an die Wände.

Einige sitzen im Halbkreis auf dem Boden; spielen Karten; hüllen sich fröstelnd in Mäntel; kauen aus schmutzigen Papieren mitgebrachte Brote; rauchen verstohlen Zigaretten.

*

3 Uhr morgens.

Am Urwaldstamm eines Pappemachébaumes liegt gefesselt ein „Weißer".

Großaufnahme.

Man sieht, wie der Weiße sich in hilfloser Verzweiflung windet. Und nun, um ihn zu verhöhnen, nahl die Häuptlingstochter und versetzt ihm einen Schlag ins Gesicht.

Die junge Betti N. ist wirklich entzückend.

Der eben aufgegangene Stern der Kie-Ko-Ka-Cinema.

Sie hat Talent, Temperament, einen schwarzen Wuschelkopf und eine kleine süße Nase. Sie ist Tängerin und hat auch mit ihren graziösen Füßen schon viele begeistert.

Und so setzt sie ihre Schritte zierlich, dreht sich an den Gefangenen heran und erhebt die Hand. Aber so oft sie auch aushollt, der Schlag wird markiert, wirkt nuechl; für das Bild nicht zu gebrauchen.

Der Regisseur feuert an:

„Zuschlagen, Fräulein! Zuschlagen! Genieren Sie sich nicht. Holen Sie ordentlich aus, nehmen Sie alle Kraft, alle Energie zusammen! Reden Sie sich in Wut! Denken Sie: dieser Kerl hat mich mit meiner Freundin betrogen! Ich werde es ihm einsalzen! Diesem Halunken! Er kann ja nicht wiederschlagen. Eine Tüchtige soll er haben!"

Sie kommt. Erhebt die Hand, schlägt zu — kraftlos, gehemmt — es geht nicht . . .

*

5 Uhr morgens.

Der Gefesselte am Papemachébaum jammert:

„Aber, liebes Kind, hauen Sie doch, hauen Sie doch bitte, einmal vernünftig zu! Eine ganze Backpfeife ist mir immer noch lieber als hundert Halbe! . . ."

Während dieser Nachtaufnahme haben sich die beiden kennengelernt. Und sehr bald lieben sie sich.

*

Nun sind sie schon seit einem Jahre verheiratet.

Ach, wenn sie doch jetzt ein einziges Mal diese Szene spielen dürfte! . . . . —

Kunst und Literatur

Englands unerschöpfliche Kunstschätze. Die große Kunsthandelssaison in England ist wieder einmal vorbei, und eine soeben ausgegebene ungefähre Statistik stellt fest, daß in diesem Jahre Gemälde für mehr als 10 Millionen Mark und andre Kunstgegenstände im Werte von 4 Millionen Mark dem unwiderstehlichen Lockruf des Dollars gefolgt und nach der Neuen Welt abgewandert sind. Infolgedessen erheben sich wieder die üblichen Klagerufe über den „Ausverkauf des englischen Kunstbesitzes", aber besonnene Kenner treten diesen pessimistischen Anschauungen entgegen. England ist ja seit mehreren Jahrhunderten das Hauptland des Kunstsammelns, in dem viele Tausende von Sammlern in größerem oder kleinerem Maßstab mit mehr oder weniger bedeutenden Mitteln aus allen Teilen der Welt kostbares Kunstgut zusammengebracht haben. Die aufgehäuften Schätze sind daher riesig, daß man sie — wenigstens vorläufig — noch für unerschöpflich ansehen kann. „Wir haben in unsern nationalen Sammlungen Gemälde, mit denen sich kein andres Land messen kann," sagt ein Vertreter der größten internationalen Kunsthandlung, der von Messrs. Duveen. „Der Wert der Bilder, die sich in den großen öffentlichen Sammlungen befinden, ist mit 5 Milliarden Mark wohl nicht zu hoch angegeben. Dazu kommen dann noch die Gemälde und andre Kunstgegenstände, die sich in den Sammlungen der einzelnen Provinzen und Städte und in Privatsammlungen finden. Niemand kann den gegenwärtigen Verkaufswert der Kunstwerke angeben, die noch unberührt in England verbleiben. Das ist ein zum großen Teile noch unentdecktes Reich des Geheimnisses und der Romantik. Drei der größten Sammlungen, die von Privatleuten in England unterhalten werden, sind die des Lords Ellesmere, des Herzogs von Devonshire und des Lords Leicester zu Holkham Hall. Alle Arten wertvoller Bilder, Bücher und kunstgewerblicher Arbeiten sind in zahllosen Landhäusern verborgen. Viele von ihnen sind den Sachkennern bekannt, aber viele auch nicht. Immer wieder kommen neue Schätze, von denen man nichts ahnte, ans Licht. So hing zum Beispiel ein Bild in einem Landhaus in Wales. Man wußte, daß es „ein hübsches Stück Geld" darstelle, aber als es zur Versteigerung kam, brachte es nicht weniger als 800 000 Mark. Kaum jemand wußte etwas von dem Gemälde, und Tausende solcher Bilder, die nicht viel weniger wertvoll sind und unter günstigen Umständen die gleiche Summe erzielen können, sind im Lande verstreut und bieten den Kennern ein wundervolles Jagdgebiet." Aehnlich verhält es sich mit den Bücherschätzen Englands. So wurde vor einiger Zeit auf einer öffentlichen Versteigerung ein Buch verkauft, von dessen Wert niemand eine Ahnung hatte außer dem Käufer. Dieser wußte, daß es sich um die erste Folioausgabe der Werke Shakespeares in einzigartiger Erhaltung handelte. Er hätte das Buch für mehr als 100 000 Dollar nach den Vereinigten Staaten verkaufen können, aber er überließ es für einen viel geringern Preis dem Britischen Museum. —

Von Land und Leuten

Erde auf der Speisekarte. Die Vorliebe für das Verzehren von gewissen Erdarten, eine Erscheinung, die man in der Wissenschaft als Geophagie bezeichnet, findet sich bei den verschiedensten Völkern der Erde, allerdings hauptsächlich in den Tropen, wo das Erdessen vielfach auch als Heilmittel gegen Darmstörungen wie überhaupt als Anregung zur Verdauungstätigkeit betrachtet wird. Auch in europäischen Ländern kann man die Gewohnheit des Erdessens beobachten, und zwar sowohl im Norden, wie z. B. in Lappland und Finnland, wo man, um das stets knappe Mehl zu strecken, eine Erdart, das sog. Bergmehl, dem Brotteig beimengt, wie auch im Süden, so hauptsächlich in Italien, wo sich in Toskana und auf Sardinien ebenfalls mehrere eßbare Erden finden. In den Hungersnotzeiten des Dreißigjährigen Krieges gab es auch in Deutschland Erdesser. Man mischte auch hier, wie heute noch in Nordschweden und Finnland, die Erde in das zum Brotbacken verwendete Mehl, und besonders gut soll sich hierzu eine Erdart geeignet haben, die man in den Sandsteingruben nahe dem Hüffhäuser ausgrub. Zur gleichen Zeit war das Verspeisen einer gewissen, besonders „schmackhaften" Erde in Spanien und Portugal aber wieder eine Liebhaberei der vornehmen Damen. Dagegen verstehen es die am Orinoko lebenden Otomaken, ein uralter Indianerstamm, vorzüglich, einige bei ihnen vorkommende Erdarten in der Küche zu verwenden. Am meisten geschätzt ist dort eine gelbliche, fette und stark eisenoxydhaltige Tonerde, aus der die Frauen kleine Klöße formen, die sie dann leicht rösten und vor dem Essen noch mit Wasser überspritzen. Auch die Eingeborenen Javas bereiten aus einer eisenhaltigen, salzigen und fettigen Erde, die zuerst geröstet und dann angefeuchtet wird, eine brotartige Speise. In Persien ist das Erdessen ebenfalls sehr beliebt, aber jetzt offiziell verboten, was aber doch nicht hindert, daß man in den Basaren „hinten herum" auch heute noch verschiedene eßbare — meist fette und salzige — Tonerden zu kaufen bekommt. Unter den afrikanischen Sudannegern gibt es so leidenschaftliche Erdesser, daß manche von ihnen die Erde oft pfundweise verzehren. Was die Zusammensetzung der eßbaren Erden betrifft, so handelt es sich entweder um das Bergmehl, auch Infusorienerde oder Kieselgur genannt, die ein kreideähnliches Gemisch aus feinsten Kieselteilchen, welche durch Ton gebunden sind, darstellt und der Hauptsache nach aus mikroskopisch kleinen Kieselalgen besteht, oder um fette, salz- und eisenhaltige Tonerden. Irgendwelchen nennenswerten Nährwert besitzt natürlich keine der eßbaren Erden. Als ein Forscher eine auf Neuguinea sehr beliebte Sorte untersuchte, erwies sie sich als eine Mischung aus Limonit und Kaolin, die gelb gefärbt und fett war und etwas nach Kampfer roch. Doch war ihr Geschmack würzig, wie sie denn auch beim Kauen nicht unlecklich, sondern leicht verschluckt werden konnte. —

Wo die Hitze auf dem Kopfe wachsen. Eine britische Expedition, die kürzlich in das noch wenig erforschte Berggebiet zwischen dem Sudan, der Kenja-Kolonie, Uganda und Abessinien eindrang, machte die Bekanntschaft eines merkwürdigen Negerstammes, der seine Haare als natürlich gewachsenen Hut benutzt. Das auffälligste an ihrer Erscheinung ist ihre Haartracht, die „Temedet" genannt wird. Die dichten schwarzen Haare werden so verschnitten und zusammengepreßt, daß sie wie ein umgedrehter Napf auf dem Kopfe sitzen und eine Art Helm oder Hut darstellen. Zuerst glaubten auch die Europäer, daß es sich um Filzhüte handle; aber beim Zupacken sahen sie, daß diese Hüte — angewachsen waren. Dieser Schmuck ist jedenfalls der tropischen

Nachrichten aus der Provinz

Der Lohnkampf im Braunkohlenbergbau

Die mitteldeutschen Braunkohlen-Industriellen haben sich, wie wir bereits berichteten, mit einem Aufruf an die Belegschaften gewandt, worin die Bergarbeiter davor gewarnt werden, zu kündigen und sich der von den Gewerkschaften eingeleiteten Lohnbewegung anzuschließen. Die Grubenherren, die plötzlich ihr warmes Herz für die Bergarbeiter entdeckt haben, beschwören die Arbeiter, sie sollten doch an ihre Familien denken und nicht vergessen, daß sie bei der Kündigung der Arbeitslosenunterstützung verlustig gehen.

Die edlen Menschenfreunde im Unternehmerlager des mitteldeutschen Braunkohlenreviers selbst nehmen aber gar keine Rücksicht auf die Bergarbeiterfamilien, deren Ernäherer sie mit Hungerlöhnen abspeisen. Die Unternehmer wissen doch, daß im Bergbau noch Familienväter mit einem Wochenlohn von 22 bis 26 Mark nach Hause gehen müssen. Diese Schandlöhne rechtfertigen besser als alles andre die Lohnforderungen der Gewerkschaften. Gerade die Not in den Bergarbeiterfamilien ist es, die zur Lohnbewegung zwingt, und diese Not ist so groß, daß die

Schreckschüsse der Unternehmer wirkungslos

bleiben müssen. Eben weil die Familienväter in der mitteldeutschen Bergarbeiterschaft ihr Lohnelend nicht verewigen wollen, folgen sie dem Rufe der Gewerkschaften, wie der Verlauf der 200 Belegschaftsversammlungen am letzten Sonnabend und Sonntag deutlich gezeigt hat. Die Not in den Bergarbeiterfamilien auf der einen Seite und die verhältnismäßig günstige Geschäftslage des Braunkohlenbergbaues auf der andern stellt einen sozialen Kontrast dar, der einfach nicht länger ertragen werden kann.

Verbesserung der Löhne ist möglich, wenn die Grubenherren nur wollen. Sie ist möglich auch ohne Preiserhöhung. Statt aber die Not in den Bergarbeiterfamilien zu lindern, machen die Grubenherren in ihrem Aufruf abermals den Versuch, die Bergarbeiterschaft in der Preisfrage vor ihren Karren zu spannen. Sie verlangen, daß die Arbeiter gemeinsam mit ihnen beim Reichswirtschaftsminister für eine Preiserhöhung eintreten. Das ist unmöglich, denn die Arbeiter wollen sich nicht lächerlich machen. Die Arbeitnehmer haben seit Wochen darauf hingewiesen, daß für eine

Lohnerhöhung auch ohne Preiserhöhung

Raum ist. Nach den Angaben der Arbeitgeber betrug die Durchschnittsdividende des Braunkohlenbergbaues 7,5 Prozent. Die Beseitigung des Lohnskandals im Braunkohlenbergbau, d. h. die Angleichung seiner Löhne an die andrer Industriearbeiter bedroht nicht die Rentabilität der Braunkohlengruben.

Mit dem Hungergespenst lassen sich die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter nicht schrecken. Mit den Elendslöhnen, die bisher gezahlt wurden, haben die Unternehmer die Bergarbeiter im Hungern und Entbehren genügend trainiert. Aber alles hat seine Grenzen, auch das Lohnelend im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Das Beschwören der Hungergespenster sollten die Braunkohlenunternehmer daher lieber bleiben lassen. Vor diesen Gespenstern kriecht die mitteldeutsche Bergarbeiterschaft bestimmt nicht zu Kreuze. Bangemachen gilt nicht; denn die mitteldeutschen Grubenarbeiter haben nicht Lust, bis in alle Ewigkeit in der Entlohnung der Industriearbeiter an 24. Stelle zu marschieren. —

*

Bergarbeiter, verweigert jede Ueberarbeit!

Vom Bergarbeiterverband Halle wird uns geschrieben: Die Grubenverwaltungen haben am vergangenen Sonntag für eine Reihe von Betrieben Sonntagsarbeit für die Belegschaften angeordnet. Das ist ohne Mitwirkung der Betriebsräte geschehen. Der Zweck der Sonntagsarbeit war, die Arbeiter von den Versammlungen der Organisation fernzuhalten. Gegen dieses Verfahren müssen die Belegschaften ganz energisch protestieren. Nach § 78 des Betriebsrätegesetzes in Verbindung mit § 4 des Tarifvertrags dürfen Ueber- und Sonntagsschichten nur unter Mitwirkung des Betriebsrats verfahren werden. Wo das nicht geschehen ist, müssen die Betriebsräte Beschwerde bei der Werksleitung bzw. beim Schlichtungsausschuß erheben. Die Arbeiter des Braunkohlenbergbaues werden aufgefordert, jegliche Ueberarbeit, die ohne Mitwirkung des Betriebsrats angeordnet ist, abzulehnen.

*

Der Braunkohlenbergbau im August.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau betrug die Rohkohlenförderung im August 8 622 100 (Vormonat 8 250 815) Tonnen, die Brikettherstellung 2 259 709 (2 213 350) Tonnen und die Kokserzeugung 37 130 (37 963) Tonnen. Es machte sich mithin gegenüber dem Vormonat eine Steigerung geltend von 4,5 Prozent bei Rohkohle und 2,1 Prozent bei Briketten. Die Kokserzeugung wies einen Rückgang von 2,2 Prozent auf. Die arbeitstägliche Produktion betrug im August 319 337 (317 339) Tonnen Rohkohle, 83 693 (85 129) Tonnen Briketten und 1198 (1225) Tonnen Koks. Gegenüber dem Vormonat zeigte die arbeitstägliche Produktion mithin eine Zunahme von 0,6 Prozent bei Rohkohle und einen Rückgang von 1,7 Prozent bei Briketten und 2,2 Prozent bei Koks.

Im August des Vorjahres betrug die Rohkohlenförderung 7 711 418 Tonnen, die Brikettherstellung 2 029 407 Tonnen und die Kokserzeugung 38 395 Tonnen; das ist eine Steigerung von 11,8 Prozent bei Rohkohle, 11,3 Prozent bei Briketten und ein Rückgang von 3,3 Prozent bei Koks. Die arbeitstägliche Produktion belief sich im August des Vorjahres auf 296 593 Tonnen Rohkohle, 78 054 Tonnen Briketten und 1239 Tonnen Koks. Sie ist also ganz erheblich gestiegen, und zwar um 7,7 Prozent bei Rohkohle und um 7,2 Prozent bei Briketten, während sie bei Koks einen Rückgang von 3,3 Prozent aufweist.

Der Bericht des Braunkohlenindustrievereins gibt selbst zu, daß im August die Geschäftslage besser als im August des Vorjahres gewesen ist. Dann klagt der Unternehmerbericht aber darüber, daß im Juli zu den nach seiner Ansicht außergewöhnlich tiefen Sommerpreisen eine starke Eindeckung erfolgt ist, so daß die Stapelvorräte im August eine weitere Vergrößerung erfahren hätten. Ein Teil des Ausfalles des Hausbrandabrufes konnte bei einzelnen Werken durch den infolge der Konjunkturbelebung verstärkten Abruf der Industrie etwas ausgeglichen werden. Der Rohkohlenabsatz sei nach wie vor völlig ungenügend, doch zeigte sich immerhin gegenüber dem Juli wegen der Bevorratung der Zuckerfabriken eine leichte Besserung. Der Absatz von Naßpreßsteinen und Grudekoks hätte sich verschlechtert.

Unerhört aber ist dann folgende Behauptung im Unternehmerbericht: „Unter den Belegschaften machte sich eine gewisse Mißstimmung geltend wegen der Behandlung der Braunkohlenbergleute im Reichsknappschaftsgesetz und der damit zusammenhängenden hohen und ungerechten Beitragslasten.“ Hiermit versuchen also die Grubenherren, die Empörung der Bergarbeiter über die miserabeln Löhne umzudeuten in eine Mißstimmung wegen sozialer Lasten. Auch dieser Trick wird unwirksam bleiben, ebenso wie der famose Aufruf der Unternehmer an die Belegschaften. Der Lohnkampf der Bergarbeiter wird mit Energie und Geschlossenheit weiter geführt. —

Landarbeiterwohnungen auf Staatsdomänen

Durch das Anleihegesetz vom 25. Juli 1925 ist der Staatsdomänenverwaltung zur Vermehrung und Verbesserung von Arbeiterwohnungen nebst Zubehör auf den Domänen ein Kredit von 1 000 000 Rm., ferner durch das Anleihegesetz vom 18. Juni 1926 ein weiterer Kredit von 600 000 Rm. sowie durch das Anleihegesetz vom 2. Mai 1927 ein letzter Kredit von 2 300 000 Rm. vom Landtag bewilligt worden. Von diesen Krediten von zusammen 3 900 000 Rm. sind, wie der „Amtliche Preußische Pressedienst“ mitteilt, der Domänenverwaltung bisher insgesamt 2 400 000 Rm. zur Verfügung gestellt wurden, wozu noch 1 000 000 Rm. treten, die aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Errichtung neuer Arbeiterwohnungen auf den Domänen seit Ende 1926 bereitgestellt sind.

Diese Beträge von zusammen 3 400 000 Rm. waren den Regierungen Ende Juni 1927 in voller Höhe zur Verwendung überwiesen. Mit diesen Mitteln sind zunächst auf einer großen Reihe von Domänen Arbeiterwohnungen, die nicht mehr den heutigen Anforderungen genügten, durch Um- und Erweiterungsbauten sowie durch Herstellung fehlender Stallgebäude, Abortgebäude und Brunnen und sonstige bauliche Maßnahmen so verbessert worden, daß sie jetzt als zeitgemäß ausgebaut angesprochen und zur Unterbringung deutscher Arbeiterfamilien verwandt werden können. Ferner sind auf rund 100 Domänen insgesamt ein neues Sechsfamilienhaus, 43 Vierfamilienhäuser, 6 neue Dreifamilienhäuser und 84 neue Zweifamilienhäuser, insgesamt 364 neue Arbeiterwohnungen, teils schon fertiggestellt, teils noch in der Ausführung begriffen, wovon der größte Teil seit der Bereitstellung genügender Mittel auf das Jahr 1927 entfällt.

Für einen Teil dieser Neubauten, und zwar in 20 von im ganzen 83 Fällen, hat im letzten Jahre vom Minister für Volkswohlfahrt der verstärkte Förderungsbeitrag bewilligt werden können, und es hat sich in diesen Fällen eine

Verminderung von ausländischen Arbeitern

auf den betreffenden Domänen erkennen lassen. Daß sich im übrigen der Abbau der ausländischen Arbeiter auf Staatsdomänen durch die Landesarbeitsämter mindestens in dem auch für die übrige Landwirtschaft bestimmten Umfang vollzieht, ist aus den Beschwerden der Domänenpächter und des Domänenpächterverbandes über die angeblich zu enge Kontingentierung der ausländischen Arbeiter zu entnehmen, die bisher in jedem Fall unter Hinweis auf die Förderung der Landarbeiterwohnungsbauten und durch die damit verbundene Möglichkeit zur Ansetzung deutschstämmiger Landarbeiterfamilien vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten als unbegründet zurückgewiesen worden sind.

Für das laufende Rechnungsjahr sind bereits Bauvorhaben in Höhe von 500 000 Rm. in Angriff genommen. Da der bewilligte Kredit noch nicht erschöpft ist und zudem die Bewilligung weiterer Mittel beantragt werden wird, so darf gehofft werden, daß auch weiterhin der Bau von neuen Landarbeiterwohnungen und damit die Einschränkung der Beschäftigung ausländischer Landarbeiter auf den Staatsdomänen mit Erfolg weitergeführt werden wird. —

Geheimniskrämerei in der Abonnentenversicherung

Obwohl sich weite Teile unsers Volkes in der entschiedenen Ablehnung der Abonnentenversicherung einig sind, versuchen die hinter dieser Versicherungsart stehenden Kreise alles, ihre Sache vorwärtszubringen. Eine als Rundschreiben versandte „streng vertrauliche Information“ der Kurt Hamelschen Druckerei und Verlagsanstalt namens der Vereinigung deutscher Versicherungszeitschriftenverleger gibt nähern Aufschluß. Bis jetzt war für die Ausbreitung der Abonnentenversicherung der § 56 GO., der das Feilbieten solcher Zeitschriften im Umherziehen verbot, ein großes Hindernis. „Nach langen, überaus mühevollen Verhandlungen von seiten des Herrn Generalkonsuls Hamel“ verspricht man sich allerlei. Ein geneigtes Ohr hat man demnach im Reichswirtschaftsministerium gefunden: „Der Herr Reichswirtschaftsminister hat in einem an Herrn Generalkonsul Hamel gerichteten Schreiben mitgeteilt, er habe unsre Denkschrift den einzelnen Regierungen übersandt und dabei den Wunsch ausgesprochen, es möge auf die Polizeiorgane in dem Sinne eingewirkt werden, daß Strafverfolgungen auf Grund § 56 GO. unterbleiben.“ Eine entsprechende Abändrung der Reichsgewerbeordnung sei in Aussicht genommen.

Interessant ist folgender Hinweis: „Grundsätzlich und allgemein ist von der Maßnahme des Herrn Reichswirtschaftsministers nach außen hin möglichst wenig Gebrauch zu machen. Insbesondere ist unbedingt davon abzusehen, die Entscheidung des Herrn Reichswirtschaftsministers etwa in Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Prospekten und dergleichen bekanntzugeben.“ Die Reisenden und, soweit nötig, auch die Boten könnten in vorsichtiger Weise etwa dahin informiert werden, daß durch Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums eine Besserung der Lage (!) zu erwarten stehe. „Die Einzelheiten bitten wir den Reisenden und Boten nicht bekanntzugeben.“

Das brauchen diese auch schließlich nicht zu wissen. Es genügt, wenn sie — und recht oft mit unlautern Mitteln — die zweifelhaften Vorzüge dieser Versicherungsart mit dem ihnen eignen Redefluß propagieren und auf ihre Weise zu dem „unter unsäglichen Mühen bisher erreichten Erfolge“ beitragen. Damit aber das Wohlwollen des Herrn Reichswirtschaftsministers für die Abonnentenversicherung nicht zu früh bekannt wird, heißt es zum Schlusse: „Diese streng vertrauliche Mitteilung ist nur für ihre Person bestimmt. Wir bitten, sie nach Kenntnisnahme unter Verschluß zu nehmen.“

Hohe Fürsprache hat immer noch geholfen. Die arbeitende Bevölkerung, die schon so viele trübe Erfahrungen mit dieser „kostenlosen“ Zeitschriftenversicherung gemacht hat, weiß aber, daß sie Versicherungen nur bei der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungs-Aktiengesellschaft Volksfürsorge zu decken hat.

Kreis Wanzleben

Ein hartes Urteil.

Seit 1906 steht der Obersekretär Friedrich Hinze in Diensten der Reichsbahn, nachdem er vorher in 14jähriger Militärdienstzeit sich das Recht auf Versorgung durch den Staat erworben hatte. Seit einigen Jahren ist Hinze als Oberbahnhofsvorsteher in Klein-Wanzleben tätig. In der langen Dienstzeit ist Nachteiliges über seine Führung nicht bekannt geworden. Jetzt aber stand er wegen Amtsunterschlagung nach 54jährigem einwandfreiem Leben vor den Schranken des Erweiterten Schöffengerichts in Magdeburg.

Der Angeklagte hatte wegen zahlreicher Krankheitsfälle in seiner Familie von seinem Schwager ein Darlehen von 5000 Mark bekommen, das er nach persönlichen Versprechungen seines Schwagers vorläufig nicht zurückzuzahlen brauchte. Einige Jahre später starb der Schwager. Die Schwägerin, die als Universalerbin von der Hergabe der 5000 Mark keine Ahnung hatte, findet den Schuldschein und fordert Rückgabe des Geldes. Der Angeklagte verspricht alles, kann aber nichts halten, da er lediglich über eine Hypothek verfügt, die er nicht einmal zur Aufwertung angemeldet hatte. Die Schwägerin drängt und drängt, und als schließlich alles nichts hilft, droht sie mit einer Klage.

Und jetzt kommt die Wendung, die man nicht verstehen kann. Vor Gericht gibt der Angeklagte an, daß er eine riesige Scheu vor den Gerichten besitze und deshalb lieber in die von ihm verwaltete Stationskasse gegriffen und seiner Schwägerin daraus 3500 Mark gezahlt habe. Damals will der Angeklagte die Hoffnung gehabt haben, das Geld baldigst auftreiben und wieder zulegen zu können. Zunächst führte er die Bücher falsch, damit man nicht sofort über das Manko von 3500 Mark stolperte. Ehe er aber dachte, kam das Unglück — in Gestalt von zwei tüchtigen Revisionsbeamten, die natürlich ohne besondere Mühe die falschen Eintragungen entdeckten und die Kassendifferenz von 3500 Mark feststellten.

Der Oberbahnhofsvorsteher ist inzwischen seines Postens enthoben worden. Er gibt vor Gericht seine Verfehlungen zu und bittet um milde Strafe. Der junge Staatsanwalt will von Milde nichts wissen. Er ist ganz Beamter und ist sich darüber klar, daß man ungetreue Beamte nicht mit Glacéhandschuhen anfassen darf. Er beantragte 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht sah aber die Sache noch erheblich schlimmer an und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis.

Wenn man in Betracht zieht, wodurch der Beamte, der sich bisher nichts zuschulden kommen ließ, zu der Verfehlung gekommen ist, so ist das Urteil, das noch über den Antrag des Staatsanwalts hinausgeht, als hart zu bezeichnen. —

Groß-Ottersleben

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute (Mittwoch) Bericht von der Führeraussprache in Quedlinburg. Die Winterarbeit und die Tagung der Arbeitsgemeinschaft sollen festgelegt und die Vorbereitungen zur Werbewoche getroffen werden. Parteigenossen und -genossinnen, schickt eure Kinder in die Arbeiterjugend. Die Schönebeck-Fahrer müssen heute (Mittwoch) das Geld abliefern. Auf nach Schönebeck zur Fahnenweihe! —

Kreis Jerichow 1

Lamprecht vor milden Richtern.

Der Zeitungsverleger Hugo Lamprecht aus Gommern war vor einiger Zeit vom Magdeburger Schöffengericht wegen Beleidigung der Gommerner Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte Lamprecht Berufung eingelegt, die nunmehr vor der Großen Strafkammer des Landgerichts ihre Erledigung fand. Zwei Verteidiger standen diesmal dem Angeklagten zur Seite. Das war auch nötig; denn die Beleidigungen, die Lamprecht in seinem Blättlein gegen die Magistrtsmitglieder der Stadt Gommern ausgesprochen hat, waren mehr als — hahnebüchen.

Auch vor dem Berufungsgericht verschanzt sich der Angeklagte Lamprecht hinter „Wahrung berechtigter Interessen“. Für ihn sind die Ausdrücke in dem Artikel „rote Vergewaltigung“, der zu dieser Anklage geführt hat, wie „rote Bonzen“, „rote Gewaltpolitik“, die Vorwürfe der „Henkerarbeit“, der „Amtsverletzung“ und des „Eidbruches“ keine Beleidigungen. Er behauptete in unerhörter Weise, daß er solche Ausdrücke jeden Tag in der „Volksstimme“ lese und sich dabei nichts denken könne.

Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung. Rechtsanwalt Dr. Hammerschlag trat als Vertreter des Magistrats Gommern dieser Ansicht bei und beantragte, es bei der Strafe von 3000 Mark zu belassen. Das Gericht ermäßigte aber die Strafe für die vielen Beleidigungen gegen eine Behörde und Mitglieder der städtischen Körperschaften von 3000 Mark auf 300 Mark. Diese milde Strafe wird auf Lamprecht keinen Eindruck machen; ja trotz des damals ausgesprochenen Urteils von 3000 Mark hat sich der Angeklagte schon wieder schwere Beleidigungen gegen die Gommerner Stadtbehörden zuschulden kommen lassen, die ihm bereits ein neues Strafverfahren eingebracht haben. Wird er wieder milde Richter finden? —

Gommern

Aus dem Stadtparlament.

Die öffentliche Stadtverordneten-Sitzung, die am Montag den 19. September, 18 Uhr, im Rathaus stattfand, wurde vom Vorsteher Genossen Hensel eröffnet und geleitet. Es waren von 15 Stadtverordneten 13 erschienen. Es fehlten die Genossen Dietz und Röpenack. Der Genosse Dietz befindet sich zu einer Operation im Sudenburger Krankenhaus. Der Genosse Röpenack war geschäftlich verhindert. Vom Magistrat waren der Bürgermeister Genosse Lerche, der Beigeordnete Genosse Enderling, die Ratmänner Genossen Henz und Franke sowie Lamprecht (Rechtsp.) erschienen.

Die Biersteuer, die bisher 6 v. H. des Herstellerpreises betrug, pro Hektoliter 2 Mark, soll auf Vorschlag des Magistrats auf 7 v. H. erhöht werden. Nach eingehender Aussprache wurde dieser Antrag mit 12 Stimmen gegen 1 Stimme angenommen. Bürgermeister Genosse Lerche hatte erklärt, daß sonst der Kreis die Steuer in Anspruch genommen hätte und dann ein Fehlbetrag im Haushalt eingetreten wäre. Der Gastwirteverein von Gommern hatte nämlich eine Eingabe eingereicht, die Steuer nicht zu beschließen.

Die Friedhofsgebühren sind vom Magistrat allgemein erhöht worden. Der Friedhof soll keine Zuschüsse mehr erfordern, die durch Realsteuern aufgebracht werden müßten. Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Der Ordnungsblock hatte einen Antrag eingebracht, der wunschgemäß dringlich verhandelt wurde. Man beschwerte sich, daß die Sätze für Erdbegräbnisse und die Versteurung der Denkmäler zu hoch seien. Der Sprecher des Ordnungsblocks, Steinmetzmeister Bosse, meinte, daß dadurch sein Gewerbe ruiniert werde, da keiner mehr Denkmäler bestelle. Der Stadtverordnete Ditt (Komm.) verlangte vom Magistrat, daß „die Leichen zwangsweise in die Leichenhalle gebracht werden“. Vorsteher Genosse Hensel vertrat den Standpunkt, daß das ganze Begräbniswesen Aufgabengebiet der Stadt und die Beerdigungen obligatorisch und unentgeltlich sein müßten. Die Kosten ließen sich durch Steuern aufbringen. Gegenwärtig werden die Einnahmen aus der vorgeschlagenen Friedhofsordnung für die Balancierung des Etats benötigt. Genosse Hensel bat um Annahme. Der Ordnungsblock und Kommunist Ditt stimmten geschlossen gegen die Ordnung, so daß die Vorlage mit 7 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde. Der Antrag des Ordnungsblockes wurde dem Magistrat überwiesen. Hoffentlich werden in der nächsten Sitzung unsre Genossen gesund und ausnahmslos anwesend sein.

Auf dem städtischen Siedlungsgelände werden in diesem Jahre

acht Wohnhäuser mit je zwei Wohnungen errichtet.

Davon bauen die Bau- und Siedlungsgenossenschaft vier Wohnhäuser, und Arbeiter Max Walleck, Witwe Schulz, Weichenwärter Kirchner und Bauarbeiter Hermann Wolter je ein Haus. Die Parzellen sind für jedes Haus 8,24 Ar bis 8,31 Ar groß. Die Bau- und Siedlungsgenossenschaft soll 50 Pf. pro Quadratmeter, und die andern Siedler sollen 25 Pf. pro Quadratmeter zahlen. Stadtverordneter Ditt (Komm.) war dafür, daß die Baugenossenschaft noch mehr Geld bezahlt, da sie gut situiert sei. Stadtverordneten-Vorsteher Genosse Hensel belehrte ihn, daß die Wohnungsinhaber Arbeiter seien, er also Arbeitern die Miete verteure. Ditt ließ sich auch belehren und stimmte mit S. P. D. und Ordnungsblock für die Magistratsvorlage. Der Eingabe der Witwe Schulz auf Legung von Schwellen zur Erleichterung der Sandabfuhr wurde stattgegeben. Ebenfalls wurde den Siedlern Walleck und Witwe Schulz, falls sie einen Antrag auf Ermäßigung der Baustelle stellen sollten, wohlwollendes Entgegenkommen zugesagt, da hier der Sand besonders hoch gelagert ist. Stadtverordneten-Vorsteher Genosse Hensel empfahl, daß der Magistrat schnellstens die Vorarbeiten zur Finanzierung der Einebnung des Baugeländes und zur Pflasterung der Straßenzüge treffe. So wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen.

Die Landelektrizitäts-G.-m.-b.-H., Ueberlandwerk Börde in Magdeburg, hatte beantragt, ihr die Genehmigung zu erteilen zur

Aufstellung eines Transformatorenhäuschens auf dem der Stadtgemeinde Gommern gehörigen Gelände an der Bahnhofstraße und zur Verlegung des Hochspannkabels nach dieser Station hin. Der Magistrat hatte beschlossen, eine Anerkennungsgebühr von jährlich 5 Mark zu erheben. Stadtverordneter Schuhmachermeister Krüger (Ordnungsblock) ging mit der Gesellschaft scharf ins Gericht

und beantragte 100 Mark pro Jahr.

Trotzdem Stadtverordneter Strühk (Ordnungsblock) als Bausachverständiger und Abschätzungskommissar belehrend wirken wollte, daß die Gesellschaft für die Umlegung der schlechten Anlagen nichts könne, blieb Krüger bei seinem Antrag. Vom Bürgermeister Genossen Lerche wurde vorgeschlagen, daß Krüger den Verhandlungen mit der Börde als Fachmann beiwohne. Es wurde mit den Stimmen der K. P. D. und des Ordnungsblockes beschlossen, 100 Mark als Gebühr zu erheben.

Das im Jahre 1913 bei der Provinzial-Hilfskasse der Provinz Sachsen, deren Rechtsnachfolgerin die Sächsische Provinzialbank in Merseburg ist, aufgenommene Tilgungsdarlehen von 40 000 Mark ist durch Tilgungsrenten bis 34 290 Mark getilgt. Dieser Darlehnsrest ist nach den ergangenen Bestimmungen auf 4250 Mark aufzuwerten. Um eine schnelle Tilgung der Schuld zu erreichen, hat der Magistrat mit der Provinzialbank vereinbart, daß die Schuld vom 1. Januar 1927 ab in fünf gleichen Jahresraten von 850 Mark zurückgezahlt werde. Das Darlehen ist vom 1. Januar 1926 ab jährlich mit 5 vom Hundert zu verzinsen. Nach eingehender Aussprache wurde dem Antrag zugestimmt. Das Darlehen ist, wie Bürgermeister Genosse Lerche mitteilte, seinerzeit zum Bau einer Badeanstalt, zum Kauf des Siedlungsgeländes Manheimerstift, zur Pflasterung der Kleinen und Großen Gartenstraße usw. verwendet worden.

Der Eisenbahnarbeiter Otto Krause hatte eine Eingabe auf Gewährung eines Hauszinssteuerdarlehens von 200 Mark zur Fertigstellung seines Siedlungshauses beantragt. Diese Eingabe wurde dem Magistrat übergeben, damit sie zuständigkeitshalber dem Kreisausschuß überwiesen wird.

Außerhalb der Tagesordnung empfahl der Stadtverordneten-Vorsteher Genosse Hensel, daß einstweilen der große Sitzungssaal im renovierten Manheimer-Hospital, das überwiegend von der Stadt erhalten wird, zu den Sitzungen der Stadtverordneten genommen werde. Da bereits neue Stühle beschafft sind, seien nur noch zwei Tische nebst Stühlen oder Bänke für die Bürgerschaft notwendig. Es wurde einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die notwendigen Vorarbeiten zu treffen.

Das Mitglied des Ordnungsblockes Beamtenanwärter Dänecke, früher Mitglied der N. S. P. D., ließ sich von seinen Blockmännern verleiten, eine Lanze für ihren Freund Lamprecht zu brechen. Er beantragte, daß Lamprecht die Druck- und Insertionsaufträge der Stadt wieder haben soll! Der Antrag fand die notwendige Unterstützung, weil zwei Genossen von der S.-P.-D.-Fraktion fehlten. Es stimmten für den Antrag sechs Ordnungsmänner und unser Genosse Wießner, dagegen vier Stadtverordnete der S. P. D., ein Unparteiischer und ein Kommunist. Es wurde noch gewünscht, daß wegen des hohen Wasserstandes das Kulturamt gehört werden soll, was vom Magistrat zugesagt wurde. Nachdem noch einige Anfragen erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen. —

Sparbüchsen. Von der Stadtsparkasse werden jetzt unentgeltlich Sparbüchsen zur Verfügung gestellt. Sie sind trefflich geeignet, den Sparsinn der Kinder anzuregen. —

Konsum- und Spargenossenschaft. Vorstands- und Aufsichtsratssitzung am Freitag den 23. September, abends 8 Uhr. —

Das Richtefest für das zweite Zweifamilienhaus findet am Donnerstag 20 Uhr im Gasthaus zum Stern statt. —

Stadtkreis Burg

Frauenabend heute (Mittwoch) im Gewerkschaftshaus. —

„Kolportage" betitelt sich das von dem Städte-Theater der Mittelelbe, Sitz Magdeburg, aufgeführte Lustspiel im „Konzerthaus". Diese erste Aufführung des Theaters hat guten Anklang gefunden. Es ist zu erwarten, daß die folgenden Vorstellungen besser besucht werden, da sich die Leitung des Theaters zur Aufgabe gestellt hat, gute, dem Volksempfinden entsprechende Stücke zur Aufführung zu bringen. Für die Mitglieder der freien Gewerkschaften werden Karten zu Vorzugspreisen abgegeben, die jeweils im Arbeitersekretariat erhältlich sind. —

Zentralverband der Angestellten. Donnerstag den 22. September Monatsversammlung in der Steinhaushalle. Vortrag des Kollegen Rüstig (Magdeburg) „Der Kampf um die Angestelltenversicherung". Weil die Wahlen zur Angestellten- und Krankenversicherung bevorstehen, ist eine besondere Aufklärung über das Wahlprogramm des Z. d. A. zu begrüßen. Am kommenden Sonntag steht dieses Thema im Mittelpunkt der Bezirkstagung der Gruppe Altmark-Harz in Magdeburg. Anschließend an diese Tagung findet eine Besichtigung der Deutschen Theaterausstellung statt. Die Burger Kollegen, die daran teilnehmen wollen, erhalten ermäßigte Eintrittspreise. Die Ortsgruppenleitung erwartet mit Rücksicht auf die interessante Tagesordnung den Besuch aller organisierten Kollegen. —

Kreis Wolmirstedt

Barleben

Stiftungsfest des Baugewerksbundes. Am Sonnabend den 24. September veranstaltet die Zahlstelle ein Stiftungsfest im Gewerkschaftshaus, zu dem alle Bauarbeiter aus unserm Ort und den umliegenden Zahlstellen eingeladen sind. Barleber war immer für die Bauarbeiterbewegung ein wichtiger Ort. Treu und fest haben die Kollegen stets zusammen gestanden. Das alte Band soll neu gefestigt werden in geselligem Zusammensein. Das Gewerkschaftshaus bietet genügend Raum; für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Darum, jung und alt, benutzt die gute Gelegenheit, um in alter guter Kameradschaft das Fest der Bauarbeiter zu begehen. —

Farsleben

Ein rostiger Nagel als Todesursache. Der Landwirt Erich Horstmann hatte sich an reinem rostigen Nagel gerissen. Die kleine Wunde vernarbte bald; es stellte sich aber doch noch Blutvergiftung ein. Im Kreiskrankenhaus Wolmirstedt ist er an den Folgen der Vergiftung jetzt verstorben. —

Kreis Neuhaldensleben

Wem gehören die Bergmannswohnstätten?

Am meisten unter der Wohnungsnot und dem Wohnungselend litten im Kreise Neuhaldensleben vor dem Kriege die Bewohner der Dörfer im Kohlen- und Kalirevier. Die Not steigerte sich während des Krieges, und gleich nachdem noch mehr, besonders im Kohlenrevier. Der Bergbau erfuhr dort eine gewaltige Steigerung; die Belegschaftszahl stieg bis Ende des Jahres 1923. Nicht nur stieg der Absatz an Rohkohle, sondern auch die Brikettfabrikation. Die Ueberlandzentrale Harbke gewann an Ausdehnung. Daß deshalb schon im Jahre 1919 der Bau von Bergmannswohnstätten einsetzte, war selbstverständlich. Keine Behörde, sei es Reich, Staat, Kreis oder Gemeinde, konnte die Wohnungsnot leugnen. In Hötensleben, Barneberg, Völpke, Harbke, Beendorf, Badeleben, Sommersdorf, Wefensleben und Offleben entstanden im Laufe der Jahre wohl mehr als 1000 Wohnungen, größtenteils Einfamilienhäuser mit Garten. Jedermann freut sich heute über diese schmucken Häuser. Die Bewohner sorgen für Sauberkeit, benutzen jede freie Stunde trotz wieder verlängerter Arbeitszeit, um ihre Gärten, oftmals schlechter Boden, zu wirklichen Mustergärten zu machen, den Ertrag zu steigern. Die Abgaben hielten sich bisher in erträglichen Grenzen.

Der Finanzierung der Grundstücke standen wir von Anfang an sehr skeptisch gegenüber. Wir vertraten den Standpunkt, daß eine Finanzierung nur durch Reich und Staat möglich sei zugunsten der Gemeinden, die dann als Treuhänder und Verwalter der Heimstätten zu gelten hätten. In diesem Sinne hat der verstorbene Gemeindevorsteher Genosse R. Kramer (Völpke) auch gewirkt. Die Mittel kamen aber nicht nur aus der Hauszinssteuer, sondern zum größten Teil aus der Kohlenpreiserhöhung, die bekanntlich 4 bis 6 Mark pro Tonne betrug, wofür der Wohnungsbau gefördert werden sollte. Es wurde die Bergmannswohnstätten-Gesellschaft Offleben, G. m. b. H., gegründet, die aus diesen Mitteln dann die Wohnstätten erbaut hat und heute noch verwaltet.

Wer sind nun die Gründer und jetzigen Vertreter der G. m. b. H.? Die Oeffentlichkeit hat ein Recht darauf, das zu erfahren.

Oeffentliche Mittel sind zum Bau verwendet worden.

Die Grundstücke können nur dem Reich oder Staat gehören. Die Wohnstättengesellschaft Offleben, G. m. b. H., hat ihren Sitz jetzt in Magdeburg, Fürstenwallstraße 17, Fernsprechnummer 1669. Unter der gleichen Adresse befindet sich aber auch die Bergbaugesellschaft, Magdeburger Braunkohlen-Bergbau-Verein, E. V. Es hat den Anschein, als ob dieser Verein nun glücklich der Besitzer und Verwalter der vielen Wohnstätten geworden sei und die Wohnstättengesellschaft nur noch so nebenher besteht. Hier muß Klarheit geschafft werden. Vorkommnisse der letzten Zeit dringen darauf.

Während die Bewohner der Wohnstätten, die der Kontrolle der Gemeinden und Kreise unterstehen, erträgliche Abgaben zu leisten haben, sie gern leisten und in Erbrecht stehen, haben die Bewohner derjenigen Häuser, die sich unter der Verwaltung der Wohnstättengesellschaft Offleben-Magdeburg befinden,

Mietverträge erhalten, die unannehmbar sind.

In Siedlerversammlungen in verschiedenen Orten hat man sich damit schon beschäftigt, aber Klarheit, wer ist eigentlich Besitzer der Grundstücke, ist noch nicht geschafft.

Die Vertragsentwürfe sehen eine Vermietung ab 1. Juli 1927 auf unbestimmte Zeit vor. Kündigung kann alljährlich stattfinden. Die Gesellschaft hat aber Klauseln hineingearbeitet, die ihr jederzeit das Kündigungsrecht gestatten. Die meisten Bewohner haben nicht nur, wie alle Siedler, viele eigne Arbeit, sondern auch bares Geld für die Wohnstätten verausgabt, um Garten, Hofeinzäunung usw. anzulegen. Darüber setzt sich die Gesellschaft hinweg. Auch sind Kaufanzahlungen gemacht worden, wenn auch seinerzeit in Papiermark. Die ganzen Grundstücke sind aber auch für Papiermark erstanden. Wie kann man nun einem Arbeiter für seine gesamten Unkosten 16,50 Mark anbieten?

Als der Abbau der Belegschaften einsetzte, wurden davon auch Bewohner der Wohnstätten betroffen. Diesen wurde nun einfach gekündigt, weil sie nicht mehr beschäftigt waren, und sollten die Wohnungen räumen. Andre Beschäftigungsmöglichkeiten sind aber gar nicht vorhanden. Ja bei Neueinstellungen wurden diese nicht einmal berücksichtigt, und trotzdem verlangte man die Räumung. Die Gesellschaft ist einfach vom Vertrag, der die Möglichkeit eines Erbvertrags vorsah, zurückgetreten und setzte die Bewohner in ein Mietverhältnis. Angedroht wird, wenn die Betreffenden bis zum 30. September 1927 keine Arbeit im Bergbau wieder angenommen haben, daß dann die Kündigung der Wohnstätten erfolgt.

Wir machen die Kreisbehörde auf diese Verhältnisse aufmerksam mit dem Ersuchen, einmal festzustellen, wem die Bergmannswohnstätten in den genannten Orten gehören. Haben die Reichs- und Staatsbehörden, die aus öffentlichen Mitteln den Bau ermöglichten, auch heute noch das Eigentumsrecht? Eine Aendrung kann nur eintreten, wenn der Kreis und die Gemeinden das Eigentums- und Verwaltungsrecht erhalten und der Oeffentlichkeit Aufschluß geben. —

Kreis Calbe

Barby

Der Calbenser Frauenmörder in Barby. Als Mörder der Anna Teichmann in Calbe wurde von der Calbenser Polizei bald der 33jährige Masseur Brink vermutet. Die energischen Nachforschungen hatten den Erfolg, daß festgestellt werden konnte, Br. war in Richtung Barby geflüchtet. Sofort wurden nun in Verbindung mit unsrer Polizei die Nachforschungen fortgesetzt, und in der kürzesten Zeit hatte man heraus, daß Br. tatsächlich nach Barby gekommen war. Bei einem frühern Bekannten hatte er vorgesprochen und sich 6 Mark geborgt mit der Begründung, daß er sein Motorrad aus einer hiesigen Reparaturwerkstatt abholen wolle. Diese Angabe entsprach jedoch nicht der Wahrheit, wie durch sofortige Nachfrage festgestellt wurde. Im übrigen verlor sich jetzt aber die Spur. Tatsächlich war Br. aber immer noch in Barby, und da die ganze Sache auch noch nicht weiter bekannt war, benutzte er ungehindert den Zug um 10.32 Uhr abends und fuhr wieder nach Calbe. Dort ereilte ihn dann sein Schicksal. —

Von Rädern und Radfahrern. An Lehmanns Ecke stand ein Brauereifuhrwerk. In dem Augenblick, als ein Passant mit einem Handwagen durch die Enge wollte, kam auch eine Frau auf ihrem Rade gefahren. Es gab einen Zusammenstoß, die Frau flog vom Rad und schlug mit dem Kopf auf, so daß sie schwer verletzt zum Arzte gebracht werden mußte. — In der Schulzenstraße fuhr eine Radlerin in ein Fuhrwerk und kam mit ihren Füßen vor die Räder zu liegen. Sie wurde zwar verletzt, so daß sie auf einem Handwagen in ihre Wohnung transportiert werden mußte, kam aber noch verhältnismäßig glimpflich weg. — Ein Unbekannter benutzte in der Nacht zum Montag das Pflaster der Breite als Lagerstatt. Sein Fahrrad hielt als stiller Begleiter treue Wacht. — Vor einiger Zeit wurde von dem Gehöft des Gastwirts Lehmann in Groß-Rosenburg aus dem Stall ein Rad gestohlen. Nach mehreren Monaten tauchte es im Groß-Rosenburger Busch auf, wo es plötzlich gefunden wurde. —

Bestrafter Leichtsinn. Ein auswärtiger Fuhrmann wollte bei Breitenhagen mit einer Holzladung über die Elbe setzen. Da bei dem jetzigen Wasserstand die Einfahrt zur Fähre ziemlich abschüssig ist, muß man unbedingt bremsen. Trotz der Mahnung des Fährmanns fuhr der Fuhrmann aber frei herunter. Er verließ sich auf das gute HHaken seiner Pferde. Doch der Wagen kam ins Rollen, die Stange schlug um, und statt auf die Fähre ging die Fahrt in die Elbe. Wagen und Pferde wurden mit vieler Mühe wieder ans Land gebracht, die Holzladung aber wurde eine Beute des Stromes. Dem leichtsinnigen Fuhrmann blieb als Andenken ein kühles Septemberbad. —

Feuer in der Nachbarschaft. Feueralarm schreckte die Bewohner Walternienburgs in der Nacht zum Sonntag aus dem Schlaf. Es brannte die massive Scheune der Frau Kuhlow, die mit Heu überreichlich gefüllt war. Durch das Eingreifen der Ortsfeuerwehr konnte das Gebäude gerettet werden, aber die beiden Pferde, die sich in einem Stalle innerhalb der Scheune befanden, verbrannten. Ueber die Entstehungsursache des Feuers konnte bisher nichts festgestellt werden. —

Das Alte stürzt. Der Saal von der „Kanne" wird zurzeit abgetragen; auf Grund einer baupolizeilichen Verfügung mußte der Saal geschlossen werden. Mit ihm verschwindet ein gut Stück alter Heimat und vor allem unsrer Parteigeschichte. Hier fochten vor Jahrzehnten die Führer der jungen Sozialdemokratie mit dem Worte für ihre Ideen. Oft genug wurden unsre Veranstaltungen polizeilich überwacht oder sogar von dem streng konservativen Bürgermeister verboten. Aber je brüchiger der Saal wurde, desto stärker wurde unsre Partei, und mancher Wahlsieg im Wahlkreis oder in der Stadt wurde von der jubelnden Arbeiterschaft in der „Kanne" gefeiert. Einer der schönsten Tage im ihrem Saale war es, als trotz des Dreiklassenwahlrechts zum erstenmal unter Führung des noch tätigen Genossen Walter Franz drei Arbeitervertreter in das Rathaus zogen. Nach dem Kriege wurde der „Rautenkranz" unser Parteilokal, und damit war schon im großen und ganzen das Schicksal der alten Geisteskampfstätte entschieden.

Kubinke

Roman von Georg Hermann.

(71. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Emil Kubinke dachte daran, wie er im Frühjahr hier mit seiner rotblonden Pauline die lange, schöne Fensterstraße hinabgeschritten war, auf diesen blauen Strich des Waldes zu, der dort hinten zitterte. Und er kam sich plötzlich so hoffnungslos, so bemitleidenswert, so ganz und gar verlassen und unglücklich vor, daß ihm die Tränen herabkollerten. Aber ganz heimlich gefiel sich Emil Kubinke doch sehr gut dabei; denn nichts hebt ja mehr in unsern eignen Augen als mehre oder eingebildete Leiden, und außerdem — das dürfen wir nicht vergessen — war Emil Kubinke in der Schule ja nur bis Obertertia gekommen, gerade bis Obertertia. Und ach, wir alle bleiben ja irgendwann stecken, irgendwo sitzen und kleben für Lebenszeiten. Ich habe Menschen gekannt, die mit vierzig Jahren Tertianer waren, Frauen von fünfunddreißig, die immer noch in der zweiten Klasse saßen, und Professoren, die nie über das dritte Semester hinausgekommen waren. Und Emil Kubinke war und blieb eben sein Lebtag Obertertianer . . . Und als Obertertianer hätte er ja bei uns alles werden können, Arzt und Rechtsanwalt, Ingenieur, Redakteur, Großkaufmann und Geheimrat, ja in Preußen sogar Minister . . . aber fürs Leben, verpaßt ihr . . nicht mehr . . . fürs Leben war er damit ein für allemal verdorben.

Aber dann sagte sich Emil Kubinke, daß er sich doch gerade jetzt nicht seinem Schmerze hingeben dürfe, und im Weiterschreiten begann er ganz laut vor den beschneiten Zaunpfählen und Laternen seine Rede zu memorieren:

„Sehr geehrter Herr Rat! Die von dieser Person gegen mich erhobene Beschuldigung entbehrt, wie ich zu beweisen in der Lage bin, jeder Begründung; denn . . ."

Und da war Emil Kubinke schon wieder in den Häusern. Drüben zog sich die Stadtbahn hin mit gelben Bogen. Züge rollten hinüber, von rechts und links, unter dem mondlosen Himmel. Menschenmengen wurden weggeschleift, Bomben lange Flur gegen die kalte Luft, waren ganz und gar fühlig von der Sonne durchleuchtet und mit rosigen Rändern, wie Wolken am Abendhimmel. Und denn sah Emil Kubinke hinten am Ende einer Straße mit seinem roten Dache das große, massige Gebäude, in dem er heute die Zensur empfangen sollte, in dem er heute das Examen bestehen sollte, — und wenn er auch hoffte, daß er durchkommen würde, so schnürte ihm doch die Angst die Brust zusammen, was dann werden sollte, wenn er etwa nicht bestünde. Ach, mit Zensuren und Prüfungen, — das war Emil Kubinke plötzlich klar, — hatte er bisher noch nie in seinem Leben Glück gehabt. Und während er vordem eine Weile weniger ganz lustig und taktmäßig ausgeschritten war, setzte er jetzt gar langsam einen Fuß vor den andern; am liebsten hätte er die Strecke wie in der Springprozessionen zu Echternach zurückgelegt: immer vier Schritte vor und zurück . . .

Aber die Minuten mögen scheinbar noch so langsam dahinkriechen — nichts kann ihren Gang verzögern, und man mag noch so langsam weiterschlendern, — an das Ziel kommt man endlich doch.

So stand auch Emil Kubinke, — wie eben gerade knarrend und klingend eine Uhr mit neun Schlägen begann, — stand auch Emil Kubinke ganz klein und kümmerlich in dem großen Portal und fragte den jünglingshaften Pförtner, wo denn Zimmer achtundzwanzig wäre. Ja — von außen da hatte das Gebäude so gefällig und wohnlich ausgesehen, aber innen schien es nur Treppen und Gänge zu haben und nur Lärm und Zug zu bergen, und das Gewimmel von Menschen, von hunderterlei verschiedenen Menschen: von kleinen schwarzen Herren, die mit dicken Aktenmappen von Zimmer zu Zimmer schossen; von jungen Leuten mit schwarzen Talaren, die hastig die Gänge herunterliefen; von würdigen Herren, die Gesichter wie Beefsteaks zerhackt, die in schwarzen Roben aus irgendeiner Tür kamen und in eine andre hinein verschwanden. Und immer hörte man Türen, — Türen, — knallende Türen die Korridore entlang. Mädchen kamen und Frauen, bleich und abgehärmt, rot und erregt, redend, keifend und gestikulierend. Männer in dicken Pelzen gingen an Emil Kubinke vorbei und Männer in schäbigen Anzügen, ohne Kragen, oder mit Vorhemden, in denen doch, als hätten sie nur vergessen, den Kragen umzubinden, ein spitziges Kragenunterhemdchen steckte.

Zur gleichen Zeit aber, da Emil Kubinke sehr nüchtern und keineswegs jetzt mehr mit der siegesfrohen Gesse des großen Rabauers die Tür des Zimmers Nummer achtundzwanzig öffnete, — allwo sich sein Schicksal entscheiden sollte — zur gleichen Zeit klingelte Herr Tesch bei Löwenbergs, und da es der rotblonden Pauline verbotenes Recht war, dem Barbier des Morgens zu öffnen, so lief auch Pauline heute wieder von ihrer Ritterburg weg, lief da was konnte du, den langen Korridor hinunter, daß die Pantoffeln nur so flogen — und riß die Tür auf. Und um ein Haar wäre sie dem langen, kleinen Herrn Tesch um den Hals gefallen.

Aber im letzten Augenblick gewahrte sie doch, daß das keineswegs Emil Kubinke, sondern durchaus jemand anders war, und sie rief:

„Ach, Sie sind es, Herr Tesch?! — Warum kommen Sie denn mit einmal? Wo ist denn mein Bräutjam?" Denn das Wort „Bräutigam" hatte Pauline in Erbpacht genommen.

„Der —" sagte Herr Tesch ganz erstaunt, — „der is doch heute auf'm Jericht!"

„Auf'm Jericht?" fragte Pauline. „Was macht denn Emil auf'm Jericht?"

„Na wissen Se denn nich, Fräulein? — Hat denn Ihr Bräutjam das nich erzählt, — daß ihn die dicke Hedwig hier drüben, die bei Markowskis war, — daß die ihn uff Alimente verklagt hat? — Die redt' sich doch ein, daß Kubinke der Vater von ihrem Jungen is."

Die rotblonde Pauline schlug plötzlich die Hände vors Gesicht und begann zu weinen. Sie schluchzte, daß man es durch drei Stockwerke hörte — sie trompete ordentlich. Herr Tesch war ganz bestürzt, — erstaunt, weil Pauline von all dem noch nichts gewußt hatte, und doppelt erstaunt, daß sie die Sache gleich so schwer nahm. Sowas kam doch alle Tage vor! Böse, nein böse hatte es Herr Tesch gewiß nicht gemeint!

„Na nu weenen Se man nich jleich, Frollein," sagte er beschwichtigend, „es is ja noch lange kein Beinbruch."

Pauline jedoch ließ sich nicht so leicht beruhigen, und wenn sie auch nicht recht wußte, warum sie weinte — ob über diesen treulosen Emil Kubinke, oder über die Frechheit jener gemeinen Person, ihren Bräutigam in so schmutziger Weise zu verdächtigen — wenn sie auch darüber noch nicht klar war, so weinte und schrie sie eben ganz elementar, als Reaktion auf die Mitteilung; — so ungefähr, wie ein Gießbach einen Felsen herunterströmt: er weiß nicht, wo er hin will, er weiß nicht, warum er hinunterpoltert, er fühlt nur in sich diese wilde und schäumende Kraft, die ihn weitertreibt.

Auf das Schluchzen von Pauline kam Poldi Nowodin angelaufen und fragte:

„Gehn S', Fräulein Pauline, was tun S' denn so woanen? Wos hoaben S' denn?"

Und Frau Betti Löwenberg kam in die Küche, im weißen Frisermantel — denn Frau Löwenberg war heute schon auf, weil sie um zehn Uhr bei der Bergholzer zu einer letzten Anprobe sein mußte. — Und Herr Löwenberg kam auch aus der Badestube hervorgestürzt, als Araber im fliegenden Burnus. Denn es war Sonnabend, und am Sonnabend badete Herr Löwenberg.

(Fortsetzung folgt.)

Frische Erdbeeren. Eine Laune der Natur ist es, daß der Herbst noch einmal frische Erdbeeren bringt. In verschiedenen Gärten wurden diese schönen Früchte jetzt geerntet. —

Calbe

Das Kindererholungsheim in Elbenau, das der Kreis unterstützt, ist wieder geöffnet worden. 56 gesundheitsbedürftige Jungen aus dem Kreise, aus dem Merseburger Bezirk und aus Thüringen haben auf 6 Wochen ihren Einzug gehalten. Aus unsrer Kreisstadt sind 5 Jungen darunter. —

Frohse

Die Wilhelmstraße ist in den Jahren vor dem Krieg an die Gemeinde Frohse mit dem noch jetzt bestehenden gepflasterten Fahrdammstreifen abgetreten worden. Es wurde zur Erhaltung der Straße vom Provinzialausschuß eine Summe festgesetzt, welche aber nicht von der damaligen Gemeindeverwaltung verbraucht worden ist. Ein Betrag in Höhe von 4450 Mark war somit der Gemeinde verlustig gegangen. Durch wiederholte Nachfragen unsers Genossen, Bürgermeisters Häferer, beim Provinzialausschuß ist es nunmehr endlich gelungen, einen Beitrag zur Verbreiterung der Wilhelmstraße zu erhalten. Der Provinzialausschuß hat erneut die Summe von 4450 Mark hierzu bewilligt. Mit den Pflasterarbeiten soll in kürzester Zeit begonnen werden, denn die Verkehrsschwierigkeiten machen eine Verbreiterung des Fahrdammes unbedingt notwendig. —

Stadtkreis Aschersleben

Die Gestaltung des örtlichen Arbeitsmarktes. Infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse und der damit verbundenen schwierigen Einbringung der Getreideernte hielt der erhöhte Bedarf an Arbeitskräften für die Landwirtschaft an. Es wurden sogar noch ausländische Wanderarbeiter für die bevorstehende Rübenernte beantragt. Stark aufnahmefähig bleiben die Braunkohlenbetriebe im Bezirke des Landesarbeitsamts, so daß auch hier vom Arbeitsamt Aschersleben Vermittlungen getätigt werden konnten. Die Voraussetzungen für Vermittlung nach andern Orten waren von den Braunkohlenwerken nicht immer erfüllt, so daß damit Fehlvermittlungen verbunden waren. Aber auch wenn die vorgesehenen Bedingungen (Tariflohn, geeignete Unterbringung) erfüllt waren, kam eine tatsächliche Vermittlung oft nicht zustande. So wurden in den letzten Tagen 18 ledige Erwerbslose nach dem Geiseltal bei Merseburg vermittelt und durch einen Angestellten des Arbeitsamts Aschersleben dorthin gebracht. Von ihnen haben 17 die Arbeit nicht aufgenommen. Für ihre Ablehnung der Arbeit bringen sie allerlei Gründe vor. Es wird die Weiterzahlung der Erwerbslosenunterstützung eingestellt. Für die Angehörigen des Bergbaues ist im August die Unterstützungsdauer auf 26, in besonderen Fällen auf 39 Wochen beschränkt worden. Wenn nicht die Möglichkeit der Unterbringung beim Wasserleitungsbau in Gräfenhainichen bestand, müßte bei vielen Erwerbslosen dieser Berufsgruppe die Unterstützung wegen Ablaufs der Höchstdauer eingestellt werden. Am Mittwoch ist wieder eine Gruppe von acht Arbeitern nach den Bergbaubetrieben im Geiseltal gebracht worden.

In der Metallverarbeitung war die Anforderung von Arbeitskräften besonders nach auswärts sehr rege. Zurzeit werden noch qualifizierte Kernmacher und Metallformer gesucht. Das Baugewerbe ist noch voll beschäftigt. Weiter aufnahmefähig waren die Kaliwerke, die Papierverarbeitungsbetriebe und die Textilindustrie. In den Samengroßbetrieben hat sich der Bedarf an Arbeitskräften erledigt. Für die ungelernten Arbeiter haben auch die hiesigen Eisenbahn-, Straßen- und Kanalbauten ihre Beendigung gefunden. Unter zusammen noch rund 500 unterstützten Erwerbslosen befinden sich 140, die über 50 Jahre alt sind. Ihre Unterbringung bereitet wegen ihres Alters besondere Schwierigkeiten. Für den zwischenwörtlichen Ausgleich, also die Vermittlung nach auswärts kommen sie überhaupt nicht in Frage. Besondere Maßnahmen für ihre Verwendung werden unerläßlich sein. Auch unter den übrigen Erwerbslosen befindet sich eine Anzahl Arbeitsbeschränkter und Kriegsbeschädigter, die nicht zu jeder Arbeit angehalten werden können. Es müßte sich der Arbeitsmarkt noch weit günstiger gestalten, um sie unterbringen zu können. —

Die jüdische Gemeinde erbaut auf ihrem Friedhof an der Schmidtmannstraße eine „Aussegnungshalle". Wer aus dem Bahnhof Aschersleben in östlicher Richtung hinausfährt, sieht den architektonisch sehr schön geformten Bau links liegen. Die runde Halle hat einen Durchmesser von 11 Meter. Die Innenräume bestehen in einer Kapelle und einem Leichenaufbewahrungsraum. Erstere besitzt 58 Sitzplätze und dient zu Leichenfeierlichkeiten. Die jüdische Gemeinde, die sich nicht nur auf die Stadt, sondern auch auf die umliegenden Orte erstreckt, besitzt auch eine Synagoge in der Straße Jüdendorf. Nach der letzten Volkszählung sind in Aschersleben 110 Personen vorhanden, die sich zum israelitischen Glauben bekennen. —

Aus der Altmark

Tangermünde

Zur Parteiversammlung am Freitag, 20 Uhr, in der „Genossenschaft", ist es Pflicht aller Parteimitglieder, die Versammlung zu besuchen und die in letzter Zeit eingerissene Lauheit beim Besuch der Parteiversammlungen endlich beiseite zu lassen. —

Verhaftet wurden zwei Motorradfahrer, die auf einem in Bremen gestohlenen Motorrad Tangermünde durchfuhren. Die Stendaler Polizei hatte sich schon um ihre Festnahme bemüht, jedoch war es den Motorradfahrern gelungen, zu entkommen. Die hiesige Polizei wurde telephonisch benachrichtigt und konnte die beiden festhalten. Es handelt sich um den 21jährigen Schlosser Böger und den gleichaltrigen Arbeiter Stefaniak aus Bremen. Sie hatten das Motorrad am Freitag in Bremen gestohlen und befanden sich seit dieser Zeit unterwegs. Beide wurden dem Amtsgericht zugeführt. — Eingebrochen wurde beim Landwirt Bismark im benachbarten Fischbeck. Es wurden gestohlen zwei Satz Betten, sechs Hemden, 2 Seiten Speck, 4 Rollschinken, ein großer geräucherter Schinken, fünf Schlackwürste und ein Anzug. —

Wahrburg

Kinderturnfest der Schule. Am Sonntag fand ein Turnfest der Schulkinder auf dem Schützenplatz statt. Die Veranstaltung war vom schönsten Wetter begünstigt. Die sportlichen Leistungen sind als gut zu bezeichnen. Viele Eltern hatten sich eingefunden, um das Können ihrer Kinder zu bewundern. Den Abschluß bildete eine Preisverteilung. Bei dieser Gelegenheit wurde auch vom Lehrer W. eine Ansprache gehalten. Das am Boden liegende Deutschland muß von der Jugend wieder auf die Beine gebracht werden. Aengstlich vermieden wurde das Wort „Republik". Sollte es wirklich so schwer sein, als republikanischer Beamter das Hoch ausklingen zu lassen „auf die deutsche Republik" anstatt „auf das liebe deutsche Vaterland"? Noch etwas gibt es zu kritisieren, nämlich die Kränze mit der weißroten Schleife und der schwarzen Schrift, die den Siegern überreicht wurden. Wenn schon nicht direkt, so will man doch indirekt zeigen, daß man für Schwarzweißrot ist. Wenn wir als Sozialisten auch wünschen, daß Sport und Spiel von der Schule gepflegt werden, so müssen wir uns doch entschieden dagegen wehren, daß unsre Kinder ins schwarzweißrote Fahrwasser geleitet werden. —

Gardelegen

Unsittlich vergangen an einem 10jährigen Mädchen hat sich vor einigen Tagen der 19 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiter Hermann D., Sandstraße wohnhaft. Er wurde festgenommen, gestand die Tat und wurde dann wieder auf freien Fuß gesetzt. D. gab zu, schon vor einiger Zeit sich einmal an dem Kinde vergangen zu haben. —

Kartoffeldiebstahl. Von einem größeren Kartoffelfeld im Salzwedeler Felde waren in letzter Zeit wiederholt erhebliche Mengen Kartoffeln entwendet worden. Vorgestern in den Abendstunden wurde auf dem Acker eine Person in verdächtiger Weise beobachtet. Als sie angerufen wurde, gab sie an, eine Notdurft verrichtet zu haben. In der Nähe fand man aber drei leere Säcke und einen Eimer, die auf die Polizeiwache gebracht wurden. —

Bei der Polizei eingeliefert wurde der Arbeiter L. aus Braunschweig, der wegen fortgesetzter Landstreicherei zur Zwangsarbeit verurteilt worden ist und einem Arbeitshause zugeführt werden soll. —

Als Fundsachen wurden ein größerer Geldbetrag, eine Ledertasche mit Tabakspfeife, eine Damenuhr, zwei Portemonnaies, ein Ring, eine Windjacke, ein Damenschuh und ein Schlüsselbund gemeldet. —

Straßensperre. Von Montag den 26. September an werden auf der Kreisstraße Gardelegen—Vinzelberg, Kilometer 16,9, das ist zwischen Börgitz und Staats, Ausbesserungsarbeiten an der Uchtebrücke vorgenommen. Während der Ausführung dieser voraussichtlich 4 Tage dauernden Arbeiten muß die Straßenstrecke zwischen Staats und Börgitz für sämtlichen Verkehr gesperrt werden. Der Verkehr wird auf die Kreisstraße Vinzelberg—Volgfelde—Börgitz und umgekehrt verwiesen. —

Arendsee

Der Ferkelmarkt war mit 760 Ferkeln beschickt. Die Preise waren folgende: 4 bis 6 Wochen alte Ferkel kosteten 8 bis 10 Mark, 6 bis 8 Wochen alte 10 bis 12 Mark, 8 bis 10 Wochen alte 12 bis 14 Mark, 10 bis 13 Wochen alte 14 bis 16 Mark; Pölke wurden mit 18 bis 41 Mark gehandelt. Handel und Besuch waren gut. Der Markt wurde geräumt. —

Arneburg

Ackerverpachtung. Der Magistrat gibt bekannt, daß 13 Morgen Ackerland im Glänemäker, die sich auch zur Spargelanlage eignen, neu verpachtet werden. Meldungen werden bis zum 25. September im Magistratsbureau entgegengenommen. —

Gute Einnahme für den Stadtsäckel. Durch die Pflaumenverpachtung an den städtischen Wegen konnte der Stadtkämmerer eine nette Einnahme verbuchen. Sie brachte die Summe von 1013 Mark. Ein Teil des Ausfalls der Wiesenverpachtung konnte dadurch wieder wettgemacht werden. —

Lindstedt

Republikanischer Tag. Ermutigend war ja das Wetter am Sonntag morgen keineswegs. Darum war der Besuch des Festes nicht so stark, wie es die Republikaner von Lindstedt erwarteten. Das Dorf war verhältnismäßig gut mit Girlanden und Ehrenpforten geschmückt. Immerhin traten eine stattliche Zahl Kameraden, die aus der Umgegend, sogar Klötze und Kalbe, erschienen waren, zum Umzuge an. Am Ehrendenkmal hielt Kreisleiter Rößler die Gedächtnisrede für die Gefallenen, während die Musik das Lied vom guten Kameraden spielte. Dann forderte Kamerad Rößler alle auf, für die Republik und den Frieden einzutreten. Begeistert wurde das Hoch auf die Republik aufgenommen. Auf dem Festplatz hielt Kamerad Allers (Jävenitz) die Festrede. An den politischen Ereignissen wies er die Bedeutung und die Notwendigkeit des Reichsbanners nach und forderte zum Eintritt und zur Agitation für das Reichsbanner auf. Die Bauern lugten beim Vorbeimarsch durch die Scheiben. Der Umzug mit dem Trommler- und Pfeiferkorps an der Spitze machte einen guten Eindruck. Nach dem Umzug blieb man gemütlich beisammen. Das Fest hat seine Wirkung auf die Einwohner nicht verfehlt. Kamerad Rößler sprach beim Abschied der Gardeleger Kameraden den Lindstedtern den Dank für die freundliche Aufnahme aus und wies noch einmal auf die kommende Wahl hin und ermahnte, alles daranzusetzen, daß die republikanischen Parteien überall die Mehrheit bekommen. —

Salzwedel

Die Polizei bittet uns darauf hinzuweisen, daß die Ermittlungen noch immer nicht beendet sind. Der kleinste Fingerzeig kann zum Erfolg führen. Die Kriminalbeamten Dresel und Wepner sind zu jeder Zeit zu sprechen. Die Angaben können vertraulich behandelt werden. Wer zweckdienliche Mitteilungen macht, der erhält noch immer die ausgesetzte Belohnung von 500 Mark. —

Schwindler. Die Polizei warnt vor einem Schwindler, der in den letzten Tagen in Stendal aufgetreten ist. Er hat ein Scheckbuch der Stadtsparkasse Minden in Westfalen mit den Nummern 264 033 bzw. 54 230 bei sich. Diese Schecke unterzeichnet er mit G. Wolf, wobei er das G und das W zusammenzieht. Der Schwindler ist ungefähr 22 bis 26 Jahre alt, trägt grauen Anzug, Hut mit schwarzem Bande, schwarze Halbschuhe, graue Strümpfe. Die Aktentasche fehlt ebenfalls nicht. Wer den Verdächtigen kennt, möge es der nächsten Polizei melden. —

Festgenommen. Pech hatte ein junger Mann aus dem Kreise Lüchow insofern, als er auf dem hiesigen Hauptbahnhof festgenommen wurde. Er war bei einem Gastwirt und Landwirt in Stellung gewesen und hatte in einem günstigen Augenblick 1800 Mark gestohlen. Weil er aus dem schönen Rheinlande stammte und im Orte mehrere seiner Landsmänninnen treten, hatte er sie zur Reise eingeladen. Er hatte sie bereits neu eingekleidet. Als sie aber den Bahnhof betraten, erwartete ein in Lüchow bediensteter Landjäger die Ausflügler schon. Die Damen machten ein langes Gesicht, als sie von der Geldquelle des Kavaliers erfuhren. —

Stadtkreis Stendal

Aus Not zum Verbrecher. Auf der Anklagebank des hiesigen Schöffengerichts sitzt der Vater einer siebenköpfigen Familie, W. aus Calbe an der Milde. Schon seit dem Jahre 1913, also 14 Jahre, ist der Angeklagte auf ein und derselben Stelle beschäftigt. In den letzten Jahren warf ihn, die Sorge für seine Familie auf die schiefe Bahn. In den Büchern seines Arbeitgebers, des Guts- und Brauereibesitzers Schulze-Kummert in Calbe, nahm er Radierungen zu seinen Gunsten vor oder überschrieb die Zahl, so daß eine nette „Nebeneinnahme" für ihn entstand. Schließlich kam man seinem unsauberen Treiben auf die Spur und schleppte ihn vor den Kadi. Er entschuldigt seine Entgleisungen durch seine Notlage. Er habe nicht aus verbrecherischer Neigung gehandelt. Das Gericht muß dem Gesetz genügen und ihn nach dem Buchstaben verurteilen. Wegen Privaturkundenfälschung in Verbindung mit Unterschlagung in acht Fällen bekommt er 6 Monate Gefängnis und muß die Kosten tragen. Das Gericht beschloß dann, die Notlage des Angeklagten berücksichtigend, ihm nach Verbüßung der Hälfte der Strafe bei guter Führung den Rest zu schenken. —

Diebstahl aus Hunger. Der Elektromonteur Wilh. D. aus Estedt, bisher in Untersuchungshaft, muß wegen Diebstahls auf der Anklagebank des hiesigen Schöffengerichts Platz nehmen. In der Nacht zum 31. Mai 1927 wurde in der Wohnung des Gastwirts Schmidt in Berge eingebrochen. Der Dieb ist durch eine Tür, die offen gewesen sein soll, von der Straße aus in den Saal gelangt. Mit einem Messer schnitzte er in die Küchentür ein Loch, so daß er mit der Hand durchgreifen und von innen aus aufschließen konnte. Von der Küche gelangte er in die Speisekammer und in die Gaststube und entwendete hier 400 Zigaretten und Lebensmittel verschiedener Art, vor allem Wurstwaren. Der Angeklagte gibt den Diebstahl zu. Er will aus Hunger gehandelt haben. Alkohol gab ihm Trost und Mut. Vorher hatte er noch niemals gestohlen. Der Nervenarzt Dr. Zahn (Stendal) schildert den Angeklagten als einen minderwertigen Menschen, der für seine Tat verantwortlich zu machen sei, jedoch wegen der verminderten Zurechnungsfähigkeit milder zu beurteilen ist. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Einbruchsdiebstahls zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Es wird ihm Strafaussetzung auf die Dauer von 3 Jahren gewährt. Der gegen ihn erlassene Haftbefehl wurde aufgehoben.

Radfahrwege. Ein dringendes Bedürfnis ist zweifellos die Schaffung von Radfahrwegen im Stadtgebiet Stendal. Den immer mehr zunehmenden Radfahrverkehr, der sich mit der Zeit noch steigern wird, hindern schlechte Wege und der Autoverkehr. Der Magistrat aber erklärt immer wieder, für solche Zwecke Mittel nicht zur Verfügung zu haben. In wiederholten Fällen hat sich die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion für die Schaffung von Radfahrwegen ausgesprochen, aber kein Erfolg lohnte die Bemühungen. Nunmehr ist man von andrer Seite der Schaffung von Radfahrwegen nähergetreten. Der Verkehrsverein Stendal hatte zum Freitag nach dem Schützenhaus eine Versammlung einberufen. Der Besuch war nicht befriedigend, doch waren Mitglieder der verschiedensten Radfahrervereine vertreten. Ein Vortrag des Herrn Trunz von der Zentrale für Radfahrwege gab über die Bestrebungen dieser Zentralstelle Aufschluß. Als Beispiel der organisatorischen Zusammenfassung aller Interessenten führte der Redner Magdeburg an; hier konnte ein großes Netz von Radfahrwegen aus eignen Mitteln geschaffen werden. Dasselbe müßte auch in Stendal möglich sein. In der Aussprache nahmen noch das Wort Stadtbaurat Krüger und die Stadtverordneten Wellner und Genosse Hinze. Zu einer Gründung eines Vereins kam man jedoch nicht. Es wurde ein Ausschuß gebildet, der die Vorarbeiten zu erledigen hat. In einer am Mittwoch stattfindenden Sitzung soll Weiteres beschlossen werden. In dem Ausschuß ist auch der Arbeiterradfahrerverein vertreten.

Stadtverordnetenfraktion. Die für Sonnabend den 24. September angesagte Sitzung findet nicht statt. Der Tag wird noch bekanntgegeben. —

Ortsausschußsitzung am Donnerstag den 22. September, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. —

Sozialistische Arbeiterjugend am Donnerstag 20 Uhr. Zusammenkunft im Heim, Am Dom. —

Gräben räumen! Die Besitzer der Grundstücke an den Wasserläufen und Gräben im Gebiet der Uchte-Ent- und Bewässerungsgenossenschaft (ausgenommen die an der Uchte) werden aufgefordert, die Böschungen und Ufer bis zum 25. September ordnungsmäßig bis auf den Wasserspiegel zu mähen und Unkraut und Gestrüpp zu entfernen. —

Sozialdemokratische Partei. Die am Freitag den 23. September vorgesehene Mitgliederversammlung wird verlegt. Von jetzt an findet sie jeden ersten Freitag im Monat statt. Die nächste Versammlung ist also am Freitag den 7. Oktober. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Gardelegen. Mittwoch abend 8 Uhr Führersitzung beim Kameraden Rößler. — Am Sonnabend 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal von Wilhelm Schmidt.

Förderstedt. In der Versammlung beschäftigten sich die Kameraden mit der allgemeinen sowie der örtlichen Lage. In der regen Aussprache, an der sich die Kameraden H. Wunderling, Lorenz, Weide, Schulze usw. beteiligten, kam allgemein zum Ausdruck, daß das Abflauen der Veranstaltungen zu begrüßen und den Kameraden einmal Ruhe zu gönnen ist. Das soll aber nicht heißen, daß nunmehr innerhalb der Bewegung der Kampfcharakter in den Hintergrund treten soll. Er muß nach wie vor erhalten und gefördert werden. Die Kameraden müssen zu jeder Zeit zur Stelle sein. Zur Pflege der Kameradschaft soll am 29. Oktober ein Geselligkeitsabend veranstaltet werden. —

Warenmärkte

Magdeburger Viehmarkt

Magdeburg, 20. September. Auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof wurden aufgetrieben 667 Rinder, und zwar 70 Ochsen, 131 Bullen, 337 Kühe, 129 Färsen, 26 Fresser, 664 Kälber, 508 Schafvieh usw., 4593 Schweine.

Seit dem letzten Markte dem Schlachthofe direkt zugeführt: 124 Rinder, 43 Kälber, 275 Schafe, 382 Schweine.

Bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht in Pfennigen.

1. Rinder. A. Ochsen.	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht)	55—62
b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4 bis 7 Jahren	48—53
c) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	42—45
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	—
B. Bullen.	
a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	57—62
b) vollfleischige, jüngere	52—54
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	45—54
C. Färsen und Kühe.	
a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts	56—62
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts b. z. 7 Jahren	50—55
c) jüngere Kühe und Färsen	40—42
d) mäßig genährte Kühe und Färsen	33—43
e) gering genährte Kühe und Färsen	28—32
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	40—50
Gut genährte Fresser über Notiz	
2. Kälber.	
a) Doppellender feinster Mast	—
b) feinste Mastkälber	70—72
c) mittlere Mast- und beste Saugkälber	55—68
d) geringe Mast- und gute Saugkälber	45—54
e) geringere Saugkälber	—
3. Schafe. A. Stallmastschafe.	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	54—60
b) ältere Masthammel, gering. Mastlämmer u. gut genährte junge Schafe	40—48
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	30—39
4. Schweine.	
a) Fettschweine über 150 kg (3 Zentner) Lebendgewicht	73—75
b) vollfleischige von 120 bis 150 kg (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	72—74
c) vollfleischige von 100 bis 120 kg (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	70—73
d) vollfleischige von 80 bis 100 kg (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	65—69
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfund) Lebendgewicht	61—65
f) unreine Sauen	57—65
g) geschnittene Eber	—

Marktverlauf: Langsam.
Ueberstand: 75 Rinder. — Kälber, 11 Schafe, 250 Schweine.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. —

Notierungen in Kolonialwaren

Gemäß der Verkehrslage an der heutigen Börse in der Handelskammer zu Magdeburg wurden in Kolonialwaren und Landesprodukten folgende Preise für 50 Kilo bei Bezügen größerer Mengen im Verkehr zwischen Importeuren, Herstellern und Großhandel ermittelt:

Mühlenfabrikate	
Gerstengraupen, lose	19,00—20,00
Haferflocken	20,50—22,00
Hafergrütze	22,50
Weizengrieß	20,50—21,00
Hartgrieß	22,75—23,25
Kartoffelmehl	24,00—24,50
Schnittnudeln	28,00—35,00
Makkaroni	40,00—50,00
Maisstärkepuder	20,50—22,00
Hülsenfrüchte	
Bohnen	15,00—24,00
Erbsen, Viktoria-	27,50—30,00
Erbsen, geschälte	26,00—38,50
Linsen, russische	18,00—38,00
Reis Rangoon-Reis	17,00—18,00
Tafelreis	19,00—38,00
Bruchreis	15,00—16,50
Früchte	
Pflaumen	26,00—42,00
Korinthen	52,00—55,00
Rosinen	45,00—60,00
Sultaninen, türkische	52,00—75,00
Mandeln, süße	142,00—185,00
Mandeln, bittere	155,00—175,00
Gewürze	
Pfeffer, schwarz	193,00—195,00
Pfeffer, weiß	290,00—295,00
Piment, Jamaika	124,00—130,00

Kaffee, roh	
Guatemala usw.	180,00—270,00
Prima Santos	170,00—178,00
Superior Santos	156,00—163,00
Gerste, gebrannt	17,50—18,00
Kakaopulver	75,00—100,00
Tee	240,00—575,00
Speiseöl	42,00—49,00
Mohnöl	74,00—110,00
Rüböl, roh (Backöl)	45,00—48,00
Margarine	— —
Schmalz, amerik. Pur.	73,50
Marmelade	38,00—38,00
Kunsthonig	29,00—30,00
Corned beef, amerikanisch, 12/6 lbs. je Kiste	47,00—56,00
Deutsches Büchsenfleisch, in Kisten zu 12 Dosen, à 6 Pfund netto	— —
Heringe pro Tonne	
Engl. Matjesfalls lange	57,50—62,00
Norwegische	80,00—81,50
Holländische pa. sup.	65,00—78,00
Deutsche kleine sup.	49,00—79,00
Sirup	
Zuckersirup	27,00—30,00
Speisesirup	32,50—34,00
Rübensaft	— —

Magdeburger Produkten-Börse vom 20. September

Weizen 12,80—12,90, Tendenz ruhig. Roggen 12,30—12,40, Tendenz stetig. Sommergerste 12,35—18,00, Tendenz ruhig. Wintergerste 11,40—11,50, Tend. fest. Hafer 10,40—10,60, Tendenz still. Viktoriaerbsen 24,00—26,00, Tendenz ruhig. Alles für 50 Kilogramm netto ab Magdeburg oder benachbarter Stationen bei Ladungen von 300 Zentner. Weizenmehl, 70proz., 37,50—38,50, Tendenz ruhig. Roggenmehl, 70proz., 34,00—35,00, Tendenz stetig. Alles für 100 Kg. einschl. Sack. Weizenkleie 7,50—7,60, Tendenz fest. Roggenkleie 7,50—7,60, Tendenz stetig. Alles für 50 Kg. ab Verladestation.

Ufa
Das Theater der internat. Großfilme

Voranzeige!

Ab Freitag
bringen wir wieder ein Programm,
von dem die ganze Stadt
sprechen wird!

Die Vor=bestraften

Der soziale Großfilm

Regie: Rudolf Meinert, der Schöpfer von „Rosenmontag" und „Elf Schillschen Offiziere"

Außerdem:

Auf der Bühne

Die weltberühmte russ. Künstler-Truppe

„Arlekin"

Gesang — Tanz — Musik
in bisher noch nie gesehener Vollendung

Das Programm wird die große Attraktion!

Donnerstag letzter Tag
Das gigantische deutsche Filmwerk
METROPOLIS

KL
Kammer-Lichtspiele

Pat und Patachon

die beiden Sorgenbrecher treffen morgen ein!

Es wird zum Quietschen

Ihre Erlebnisse am Nordseestrand sind das Tollste vom Tollen.

Donnerstag zum letzten Male:
Feme: Der Renzintenfel: Der leichtathletische Länderkampf Frankreich — Deutschland

---

Mit 5 Pfg. das Vielfache sparen...

Einige Handvoll Henko Bleich-Soda (die den Gegenwert von etwa 5 Pfg. ausmachen) vor Bereitung der Waschlauge im Kessel verrührt, bringt Ihnen das Vielfache ein durch

bessere Ausnutzung des Waschmittels und Verbilligung des Waschens!

Henko macht das Wasser weich wie Regenwasser, weiches Wasser aber ist unbedingt notwendig zu jedem Waschen!

Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
— weit ergiebiger als lose Soda! —

Serie „Das sparsame Waschen" Bild 2.

Stadttheater

Donnerstag, 22. Septbr
Anf. 19.30 U. E. 22.30 U.
Außer Anrecht.
Festvorst. f. d. deutsch. und preuß. Städtetag
Hoffmanns Erzählungen
Ph.-Oper v. J. Offenbach

Freitag, 23. Septbr. 3. Ab.
Volksbühne Jg. Bühne
Anf. 19.30 U. E. gegen 22 U.
Erstaufführung
Mann ist Mann
Lustspiel von B. Brecht

Voranzeige!
Mittwoch, 28. Septbr
Einmaliges Gastspiel
Alexander Moissi
mit eigenem Ensemble in
Hamlet

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellungen zu kleinen Preisen

Sonnab., 24 Sept., 20 Uhr
Das Glas Wasser
Lustspiel von E. Scribe

Sonnt., 25. Sept., 20 Uhr
Der Garten Eden
Komödie von Bernauer und Oesterreicher.

Donnerstag, 22. Septbr. 20 Uhr, Vorst. f. d. Volksbühnenbund (C) **Das Glas Wasser.**

SINFONIE DER TAUSEND
STADTHALLE, 25. September

Karten zu Rm. 10.— 8.— 6.— und 3.— für die Aufführung und zu Rm. 2.— und 1.— zur öffentlichen Hauptprobe bei: Heinrichshofen, Breiter Weg 171/72. Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße Nr. 3. Geschäftsstelle der Magdeburger Volksbühne, Berliner Straße. Geschäftsstelle des Magdeburger Bühnenvolksbundes Lahne, Himmelreichstraße. Verkehrsverein, Breiter Weg und Deutsche Theater-Ausstellung, Verwaltungsgebäude.

Kießigs Lichtspiele im Zirkus

Riesenerfolg
bei zahlreichem Besuch erzielt jetzt
Iwan der Schreckliche
und
Tragödie einer Frau
2. Pl. nur 60 ₰ in den
Zirkus-Lichtspielen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg

Am Freitag den 23. September, abends 5¾ Uhr, findet bei Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28, die

Vertrauensmänner-Sitzung

statt.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Generalversammlung.
2. Verbandsangelegenheiten.

Am Sonnabend den 24. September, abends 8 Uhr, findet bei Lüchtefeld, Knochenhauerufer Nr. 27/28, die

Branchenversammlung der Klempner und Installateure

statt.
Tagesordnung:
1. Die Krankenkassen- und Ausschußwahlen.
2. Branchenangelegenheiten.

Am Sonntag den 25. September, vormittags 10 Uhr, findet bei Lüchtefeld die

Branchenversammlung der Heizungsmonteure u. Helfer

statt.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Manteltarifverhandlungen.
2. Branchenangelegenheiten.

Die Branchenleitung und Vertrauensleute treffen sich zu einer Vorbesprechung um ½10 Uhr im Lokal.

Am Mittwoch den 28. September, abends 7½ Uhr, findet im „Konzerthaus", Leipziger Straße, die

Generalversammlung

statt.
Tagesordnung:
1. Geschäftsberichte
2. Wahl eines Angestellten.
3. Beratung etwaiger Anträge.

Die Verwaltung.

DEUTSCHE DICHTERWOCHE

Ludwig Fulda
liest aus eigenen Werken
im Vortragshaus

Einheitspreis Rm. 1.00
Donnerstag den 22. September, 20 Uhr

Fuchsbau

Alter Markt 25

Heute abend 6 Uhr Eröffnung

Zum Besuch laden ergebenst ein E. Backhaus u. Frau

Jedes Buch
besorgen wir in — kurzer Zeit —
Buchh. Volksstimme

Gute Möbel
spottbillig

Wohnzimmer

Büfett	ℳ 145.—
Kredenz	ℳ 75.—
Auszugtisch	ℳ 32.—
4 echte Lederstühle	48.—
1 Plüschsofa	ℳ 75.—
1 Standuhr	ℳ 95.—
	ℳ 485.—

Schlafzimmer

Schrank	ℳ 55.—
Waschtisch	ℳ 56.—
2 Betten	ℳ 34.—
2 Patentmatratzen	24.—
2 Nachtschränkchen	38.—
2637	ℳ 207.—
1 Bücherschrank	ℳ 65.—
1 Schreibtisch	ℳ 65.—
1 Chaiselongue	ℳ 32.—

Küche ℳ 62.—

Tischlerei Gr. Münzstr. 1

Genossenschafts-Mühle E. G. m. b. H. i. L. zu Hohendodeleben.

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 10. September 1927 wird die Genossenschaft aufgelöst. Etwaige Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Die Liquidatoren:
Gustav Kunze. Alfred Coerdt.

Prima Chaiselongues
Mark 38.00
Prima Drellauflagen
dreiteilig, Mark 20.00
Ratswageplatz 1/2, 1. Etg.

Kaufe Kanarienhähne
höchste Preise
Eitner,
Lessingstraße 26.

Halt! Halt!
Komme nach jeder Vorstadt!

Aufpolsterung
Sofa 15.00, Chaiselongue 10.00, Matratze 8.00, auch Neuanfertigung.
H. Oppermann Königsweg 10 b.
— Karte genügt. —

Gebr. Möbel,
Garderoben, Wirtschaftssachen aller Art, Vorschüsse nimmt an zur Versteigerung
Ernst Ritter
Versteigerer
Stephansbrücke 10
Telephon 520

Berufskleidung

Pilot-Hosen	11.50	7.00	5.85	**3.50**
Manchester-Hosen prima Qualitäten				
Breeches-Hosen	12.50	10.50		**7.50**
Streifhosen	15.00	13.00	11.00	7.50 **3.50**

Arbeitsblusen, Maurerjacken
Fleischerblusen, Konditorjacken
alle Größen
besonders billig!
Monteur-Anzüge prima Qualität . **8.50**

Konsum-Verein

Jakobstr. 42 Ecke Peterstr. Jakobstr. 42

Zentral-Theater
DIREKTION: WALTER STEINERT

Täglich 8 Uhr
Lebenskünstler
Die neueste Operette Jean Gilberts
Hauptrollen
USCHI ELLEOT
FRITZ SCHULZ
Sonntag 2 Vorstellungen
Nachmittags 4 Uhr (kleine Preise) und abends 8 Uhr

FUNK-THEATER
Donnerstag letzter Tag!
Der große Schwank-Erfolg
Das verzauberte Bett
Galante Abenteuer in 3 Akt. v. Achamme
Jugendliche haben Zutritt:
Freitag: Eisenbahnung für Magdeburg
Alt-Heidelberg, du feine!
Ein Spiel von Lust und Liebe aus dem Heidelberger Studentenleben in 5 Aufzügen von Real und Fenner
Kleine erhöhte Preise!
Sonntag nachmittag 3½ Uhr Einmalige Wiederholung des bekannten Märchenspiels
Hänsel und Gretel
Kleine Preise! 30 ₰ 45 ₰ 60 ₰ u. 75 ₰
Vorverkauf 11-1 Uhr. Telegr. 2003

Gefunden u. verloren

Schwarzweißer Terrier entlaufen. Ohren und Rute voll, über Augen gelbe Punkte. Steuermarke Förderstedt 167. Belohnung zugesichert. Nachricht erbeten Albert Wagener, Förderstedt.

Grundstücks- und Wohnungsmarkt

Reichsbannermann
sucht 2 leere Zimmer mit Kochgelegenheit zu mieten. Angebote a. d. Exped. d. Ztg. unter B 499/23 erbeten.

Eine Segeltuchtasche am Sonnabend in der Straßenbahnlinie 4 um ½7 Uhr abends von der Friedrichstadt aus liegengeblieben. Inhalt zirka 63 bis 65 Mark, Verbandsmarken und Zeitungen. Da Verlierer ersatzpflichtig, bitte um Rückgabe im Verbandsbureau der Maler, Peterstraße 12, Hof links. 10

Autofahrschule Busch
Prälatenstraße 32 — Telephon 1122.

Nach auswärts liefern wir die Veröffentlichungen des „Bücherkreises"

Monatlich eine Zeitschrift, vierteljährlich ein wertvolles prächtiges Buch. Wöchentlich **nur**

25 Pfennig.

Anfragen mit Postkarte an die
Zahlstelle Buchhandlung Volksstimme

DEULIG PALAST

Die führende Filmbühne! ◆ Das Theater für Sie!

Mittwoch und Donnerstag, letzte Tage!
Harry Liedtke in Das Fürstenkind
Große Modenschau
In jeder Vorstellung für unsere Besucher Ueberraschungen.

Ab Freitag
Der letzte Walzer
mit Liane Haid

Kommunalpolitische Woche

In Magdeburg findet am Dienstag und Mittwoch eine Reichskonferenz sozialdemokratischer Gemeindepolitiker statt. Am Donnerstag tagt in unsrer Stadt der Hauptausschuß des Preußischen Städtetags. Am Freitag wird die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Magdeburg abgehalten. Drei Veranstaltungen von großer politischer Bedeutung in einer Woche! Die Tatsache, daß sowohl die führenden sozialdemokratischen Gemeindepolitiker aus dem ganzen Reich als auch der Hauptausschuß des Preußischen Städtetags und der Deutsche Städtetag nach Magdeburg kommen, ist ein Beweis für das große Ansehen, daß sich Magdeburg in ganz Deutschland erworben hat. Das neue Magdeburg ist zu dieser Bedeutung gekommen; das Magdeburg der Nachkriegszeit, das fünf Jahre eine sozialdemokratische Mehrheit im Stadtparlament hatte, das heute noch unter der Führung eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters steht und dessen maßgebende Stadtverordnetenfraktion eben immer noch die sozialdemokratische ist. Sozialdemokraten haben Magdeburg kommunalpolitisch in die Reihe der führenden deutschen Großstädte gerückt.

Die Kommunalpolitiker, die in dieser Woche unsre gute Elbestadt besuchen, werden bestimmt nicht hierher gezogen von dem alten Magdeburg der Kasernen, Festungswerke und engen Straßen, sondern von dem Magdeburg einer großzügigen und wagemutigen Neugestaltung aller Dinge; von dem Magdeburg, das die Notwendigkeiten der Gegenwart erfüllt, dabei aber auch mit kühnem Wurf für die Zukunft schafft.

In einer Zeit ungeheurer wirtschaftlicher Not, nach einem verlornen Kriege von gewaltigstem Ausmaß, inmitten einer Revolution, die heute noch die Welt im tiefsten erschüttert, ist eine neue Stadt geworden, ist an Bauwerken und sozialen Einrichtungen in kaum acht Jahren mehr entstanden als früher in acht Jahrzehnten. Diese neue und soziale Stadt an der Elbe konnte entstehen, weil die politische Neuordnung nach dem Staatsumsturz den Magdeburgern das rote Rathaus brachte.

Das Erbe, das die sozialdemokratische Mehrheit im Jahre 1919 von der bürgerlichen Stadtverwaltung übernahm, wurde symbolisiert durch einen zerbrochenen Brückenpfeiler in der Elbe. Er sollte eine Brücke aufnehmen, doch die bürgerlichen Parteien hatten nicht den Mut, die Brücke zu bauen, die seit Jahrzehnten geplant war, den Pfeiler zu erneuern. Die Sozialdemokraten übernahmen das Werk und führten es durch, gegen den Widerstand aller bürgerlichen Parteien, trotz aller gehässigen Anfeindungen. Die stolze Ebert-Brücke ist entstanden, einer der schönsten Brückenzüge Deutschlands. Wie der zerborstene Pfeiler ein Symbol politischen Kleinmuts war, so wurden nun die stolzen Bogen, die sich kühn über den Strom schwingen, das Zeichen eines neuen Mutes, der über alle Gefahren hinweg in das Neue, in eine helle Zukunft will.

Kommunalpolitik treiben heißt an den Fundamenten einer neuen Gesellschaft praktisch arbeiten, mit Stein und Eisen, mit Blut und Gut. In den Parlamenten des Reiches und der Länder, in den Kammern der großen Politik wird um Anschauungen und Gesetze gerungen: um Schulgesetze, um soziale Gesetze, die für das Leben des Volkes den Rahmen, die Form geben, für die Entwicklung eine Linie zeichnen. In der Gemeinde geht es nicht um Paragraphen, da muß das Schulhaus gebaut werden, da ist das Kind, der Lehrer; da sind die Menschen, die arbeiten, leben wollen, Hilfe verlangen. Hier ist alles Praxis, alles Wirklichkeit und verlangt die Tat, das unverzagte Wirken.

In den Gemeinden ist alle Volkskultur, die Organisation der Arbeit und der Gesellschaft entstanden. Wenn in unsrer Zeit, nach ungeheuern Katastrophen auf politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten, ein Neues entstehen soll, dann muß es sichtbar werden in den Gemeinden. Das erkennen und fühlen alle Menschen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, deshalb hat gerade die Gemeindepolitik in unsrer Zeit eine überragende Bedeutung gewonnen.

Die Magdeburger Arbeiterschaft grüßt die Kommunalpolitiker aus dem ganzen Reiche, die in dieser Woche nach Magdeburg kommen. Grüßt sie in dem stolzen Bewußtsein, daß ihre Stadt, getragen von modernen und sozialistischen Ideen, führend geworden ist in dem weiten Kreise der großen deutschen Kommunen. ℓ

Staat und Gemeinde

Ein Wort zum Deutschen Städtetag in Magdeburg

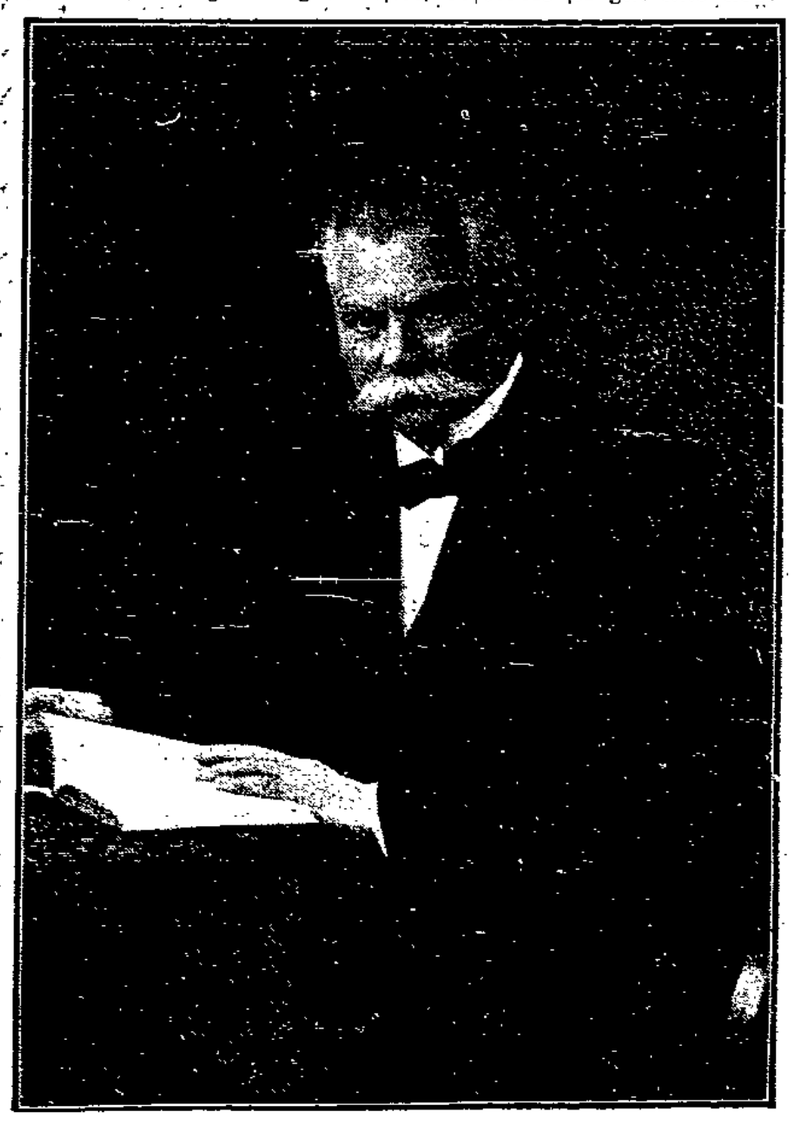
Von Oberbürgermeister Hermann Beims.

Das Parlament der deutschen Städte versammelt sich zu seiner 7. Hauptversammlung in Magdeburg. Gegründet ist der Deutsche Städtetag vor 22 Jahren im Preußischen Abgeordnetenhaus zu Berlin. Er besteht aus den deutschen Städten von 10 000 Einwohnern an aufwärts. Als Unterverbände gelten die Landesstädtetage und in Preußen die Provinzialstädtetage. Die Organe sind ein Vorstand, der sich aus 36 Städtevertretern zusammensetzt und ein Ausschuß, der sich jährlich zu einer sogenannten Jahresversammlung zusammenfindet. Der Ausschuß wird gewählt von den Vorständen der Provinzial- bzw. Landesstädtetage. Dieser Ausschuß wählt den Vorstand und bestimmt den Inhalt der Statuten. Die Geschäftsstelle des Städtetages hat ihren Sitz in Berlin. Sie ist zugleich Nachrichtenstelle und Auskunftsstelle und sie hat die Aufgabe, unter Aufsicht des Vorstandes die Interessen der Städte beim Deutschen Reichstag, der Reichsregierung und überall da zu vertreten, wo dazu Veranlassung vorliegt.

Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages tritt alle 3 Jahr einmal zusammen. Die Delegierten zur Hauptversammlung werden gewählt von den Mitgliedsstädten. Der Vorstand ist in der Hauptversammlung stimmberechtigt. Die Hauptversammlungen sollen im allgemeinen die Richtlinien der Städtepolitik diskutieren und festlegen. So beschäftigte sich die erste Hauptversammlung im Jahre 1905 mit der damals aktuellen Frage, ob die deutschen Städte die Fleischversorgung für ihre Bevölkerung von sich aus auszuführen hätten. Die vor 3 Jahren in Hannover stattgefundene Hauptversammlung stellte die Forderung einer Reichsstädteordnung auf, um dadurch ein einheitliches Städterecht in Deutschland anzubahnen. Natürlich kann eine solche Reichsstädteordnung nur den äußern Rahmen des Städterechts darstellen, denn wir haben in Deutschland immer noch 18 Länder, die für die Gemeinde- und Städteverwaltung verfassungsmäßig zuständig sind. Infolgedessen ist das heutige deutsche Städterecht kunterbunt.

In Preußen ist es bisher überhaupt nicht gelungen, die neuen Gemeindeverfassungsgesetze durchzubringen, obwohl seit der Revolution 9 Jahre vergangen sind. Hier behilft man sich damit, die Lücken, die die politische Neugestaltung Deutschlands in das alte Städterecht Preußens geschlagen hat, durch Verordnungen und Verfügungen auszufüllen. Daß sich dabei für die Städte unerträgliche Verhältnisse ergeben mußten, liegt auf der Hand. Und so ist denn heute das große Preußen im Städtewesen an letzter Stelle zu nennen. Will man aus dieser Tatsache auf eine Wertung der Kommunal-Angelegenheiten durch Regierung und Landesgesetzgebung schließen, so ergibt sich ein betrübliches Resultat, das der Kulturhistoriker gewiß nicht zu Lasten der Gemeinden verbuchen wird. So hat Preußen, um nur ein Beispiel zu nennen, ein Wahlgesetz für die Neuwahl der Stadtverordneten im Jahre 1924 erlassen. In diesem Gesetz fehlt die Bestimmung über die Dauer der Legislatur. Es vermag heute niemand zu sagen, welche Lebenszeit die heutigen Stadtverordneten-Versammlungen in Preußen haben werden. Und wie auf diesem wichtigen Gebiet, so hat man auch auf andern lebenswichtigen kommunalen Gebieten die Neuordnung der Dinge in höchst unklarer oder unentschiedener Weise, d. h. rein behelfsmäßig, zunächst erledigt. Das gilt leider auch für das Reich.

Durch zahllose Gesetze und Verordnungen sind den Gemeinden eine Unzahl neuer Verpflichtungen auferlegt worden. An die Stelle der Grundrechte der Städte trat die ministerielle Verfügung, die Selbstverwaltung wurde bis auf einige klägliche Reste beseitigt. An deren Stelle trat eine vermehrte und vielfach verböserte Aufsicht. Die Bureaukratie hatte überall freie Hand und sie legte sich leider keinerlei Beschränkungen auf. Dazu kamen die von den „Wirtschaftsführern" erhobenen heftigen Anklagen gegen die Stadtverwaltungen. Die Presse schwenkte zu einem großen Teil in das Lager der Städtegegner ein. Der Wirrwarr von Inflation und Stabilisierung begünstigte die Stimmungsmache gegen die Städte und so entstand in maßgebenden Kreisen eine Voreingenommenheit gegen die Städte. Die „freie Wirtschaft" klagte über die Gemeindesteuern und behauptete, die Städte verschwendeten an unnütze Dinge die Gelder. Hinter diesen Anklagen stand und steht heute noch die Absicht, der Kommunalwirtschaft erfolgreich zu Leibe zu gehen. Man engagierte ehemalige Bürgermeister, besoldete sie gut und über-



Oberbürgermeister Beims, Magdeburg.

Die Friedrich-Ebert-Brücke, das erste große Bauwerk der Nachkriegszeit. Errichtet trotz des heftigsten Widerstandes aller bürgerlichen Parteien.

trug ihnen die Aufgabe, das „Material" gegen die Städte zu sammeln und in der Gesetzgebung zur Stimmungsmache zu verwenden. Wie diese Materialien beschaffen sind, das ist inzwischen allgemein bekanntgeworden. In den zeitlichen Verworrenheiten genügen bekanntlich schon die Anklagen zur Verurteilung. An die Stelle von Beweisen werden Behauptungen gesetzt, und so erreicht man jene Stimmung in den Reichs- und Landesparlamenten, die bald in jedem Gesetz einen weitern Abbau der Selbstverwaltungsrechte der Städte brachte. Das Heer der Aufsichtsbeamten wurde ins ungemessene vermehrt. Dadurch wurde die eigentliche nutzbringende Verwaltungsarbeit erschwert. Und gewiß wurde die Verwaltung nicht besser und nicht billiger.

Die Magdeburger Hauptversammlung hat große Aufgaben: Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden steht zur Debatte. Es ist die ernsteste Angelegenheit aller, die in den Gemeinden am Wohle des Ganzen ernsthaft und praktisch mitarbeiten wollen. Bei der Erörterung werden die Probleme des Städtewesens berührt werden müssen. Die heutige Lage der Stadtgemeinden ist unhaltbar. Man hat den Städten alle jene schwierigen neuen Verwaltungsarbeiten zugeschoben, die kostspielig sind und äußerste Hingabe der Stadtverwaltung an die Sache selbst erfordern. Die Städte haben guten Grund, nunmehr auch die Klarstellung der Finanzierung zu verlangen, denn sie können ihre Haushaltspläne nicht gestalten, und eine geordnete Einteilung des Aufgabenkreises ist ihnen unmöglich, wenn sie nicht wissen, wie ihre Einnahmen und ihre rechtliche Grundlage beschaffen sind. Die ewige Unsicherheit in Einnahme und Ausgabe sind das Grundübel des heutigen Städtewesens.

Dazu kommt die krankhafte Neigung des Zuvielregierens und der Verlegenheitsgesetzesmacherei. Es ist heute genau so wie vor hundertundzwanzig Jahren, als der preußische Minister vom Stein das Selbstverwaltungsrecht den preußischen Städten geben wollte: Die Städte leiden unter dem Zuvielberichten, Zuvielregieren und dem Durcheinander von Gesetz, Verordnung und Verfügung im Reich und den 18 Ländern. Belastet man die Stadtverwaltung mit allzuviel Aufsichtsinstanzen bei gleichzeitiger Ueberlragung neuer Aufgaben, bindet man ihnen die Hände, so kann gerade in einer so lebendigen Entwicklung wie der heutigen, die nach gestaltender Arbeit schreit und kein Säumen duldet, der Schaden nicht ausbleiben. Nimmt man der Stadt praktisch das Steuerrecht, wie das heute in Preußen durch die Staatsaufsicht vielfach geschieht, so hat sie auch keine Verantwortung, und so werden gerade die besten Kräfte lahmgelegt. Man lese über die Auswirkungen eines solchen bureaukratischen Schematismus das Nähere beim Freiherrn vom Stein nach; die Lektüre seiner Schriften und Reden muß den heutigen Gesetzgebern und regierenden Ministern dringend empfohlen werden.

Die deutschen Städte stehen im Kampf um ihre Lebensbedingungen. In diesem Streite sind sie ganz auf sich selbst gestellt. Die parteipolitische Tagespresse hilft ihnen nicht. Es findet sich, außer den sozialistischen, kaum eine Zeitung von Bedeutung, die die Verteidigung der Städteverwaltungen übernommen hätte. Bislang standen die Städte fast wehrlos jenen unsachlichen Angriffen gegenüber, die an Stelle einer nüchternen Untersuchung irreführenden Behauptungen verbreiteten. Worum geht es nun eigentlich in diesem Kampfe? Zwei Richtungen wollen sich durchsetzen. Da ist zunächst die „Privatwirtschaft" zu nennen; sie neidet den Städten wie dem Reich und den Staaten die Elektrizitätswirtschaft, die Gas- und Wärmewirtschaft, kurz alle jene Betriebe, die Ueberschüsse bzw. Gewinne bringen. Sie will den gemeindlichen Wohnungsbau nicht dulden, der nach ihrer Ansicht der Privatwirtschaft zugehört. Der Privatwirtschaft sollen auch in der Zeit der schweren sozialen Nöte alle Gewinnmöglichkeiten offengehalten werden. Die Kommunalwirtschaft soll auf solche Unternehmungen beschränkt werden, die von vornherein schwierig und unrentabel sind! Ob die Volkswirtschaft davon Vorteile haben würde, bleibt eine Frage an das Schicksal. Ebenso bleibt die Frage offen, ob die Bürgerschaft bei „privatwirtschaftlicher" Versorgung besser fahren wird, als bei der bisherigen kommunalen. Sicher wäre nur, daß der moderne Hochkapitalismus sehr zufrieden sein und die Stadtverwaltungen wichtigste Existenzquellen verlieren würden.

Die andre Richtung wendet sich bewußt gegen das Grundrecht der Bürger, ihre eignen Angelegenheiten selbst zu verwalten. Es gibt im demokratischen Staat eine Richtung, denen die Selbstverwaltungskörper unleidlich sind. Dieser Richtung kommt es darauf an, den günstigen Wind für ihre Ziele auszunutzen. Unter ständiger Betonung der Staatsautorität, die sie immer und überall als von den Selbstverwaltungskörpern bedroht hinstellt, verfolgt sie beharrlich ihre selbstsüchtigen Zwecke. Diesem Bestreben ist die Selbstverwaltung fast völlig ausgeliefert. Und nur wenn die Grundrechte der Selbstverwaltung durch Gesetz mit Garantien versehen werden, kann sie selbst gerettet werden.

Ich sehe in diesen Tendenzen eine Gefahr für das deutsche Städtewesen, das doch zu einem guten Teile die Grundpfeiler unsers Volkslebens darstellt. Eine Verkümmerung des deutschen Städtelebens müßte sich am Volke bitter rächen. Gewiß wird niemand zugeben, daß er so etwas will. Aber es kommt darauf an, was eintreten wird. Wir haben ja zum Beispiel den Krieg auch nicht gewollt! —

Ohne Kampf keine Erfolge. Die Städte sind bislang allen Angriffen gegenüber in passiver Zurückhaltung geblieben. Bestrebungen einzelner, im Städtetag eine wirksame Abwehr zu organisieren, stießen auf Widerspruch auch bei denen, die über die Entwicklung zur Krisis in den lebenswichtigen Dingen nicht im Zweifel sein konnten. Wir wollen ja alle den Frieden. Aber wir fordern Gerechtigkeit und faire Gesetze für die deutsche Stadt! Beides mußten die Städte im jungen deutschen Staate trotz aller großen und guten Verheißungen der Reichsverfassung bislang entbehren! Und doch: Was wäre wohl aus Deutschland geworden, wenn die deutschen Stadtverwaltungen in den schlimmen Jahren größter sozialer Not nicht mit voller persönlicher Hingabe sich eingesetzt hätten?

Eine klare, rechtliche Grundlage des Städtelebens, eindeutige Finanzgesetze, Wiederaufrichtung und Garantie einer wirklichen Selbstverwaltung, Abbau der übertriebenen Gemeindeaufsicht sind die Forderungen, die der modern Kommunalpolitiker an das Reich und die Länder zu stellen hat.

Wir begrüßen die deutschen Städtevertreter zur Hauptversammlung in Magdeburg! Wir hoffen, daß es gelingen möge, die Forderungen einer gesunden Städtewirtschaft nach außen zu wirksamer Geltung zu bringen. Magdeburg als die gastgebende Stadt wird das ihre tun, die Arbeiten des Städtetags zu fördern und den Teilnehmern den Aufenthalt in unsrer Stadt angenehm zu gestalten. Glückauf zur Arbeit! —

Gruß der sozialdemokratischen Reichskonferenz

Einen herzlichen Willkommensgruß den Parteigenossen, die zur zweiten kommunalen Konferenz in diesen Tagen nach Magdeburg kommen. Die Zeitansprüche, die an unsre Gemeindevertreter gestellt werden, sind unter der Herrschaft des demokratischen Wahlrechts andre, als zu jener Zeit, da das „holde" Dreiklassenwahlrecht uns in eine hoffnungslose Opposition zwang, die unserm praktischen Schaffen fast alle Möglichkeiten nahm. Versunken sind die Hemmungen. Das Volk ist souverän geworden und kommen wird die Zeit, da es seine Kräfte im eignen und damit im Interesse der Gesamtheit zu aller Wohl gebrauchen wird.

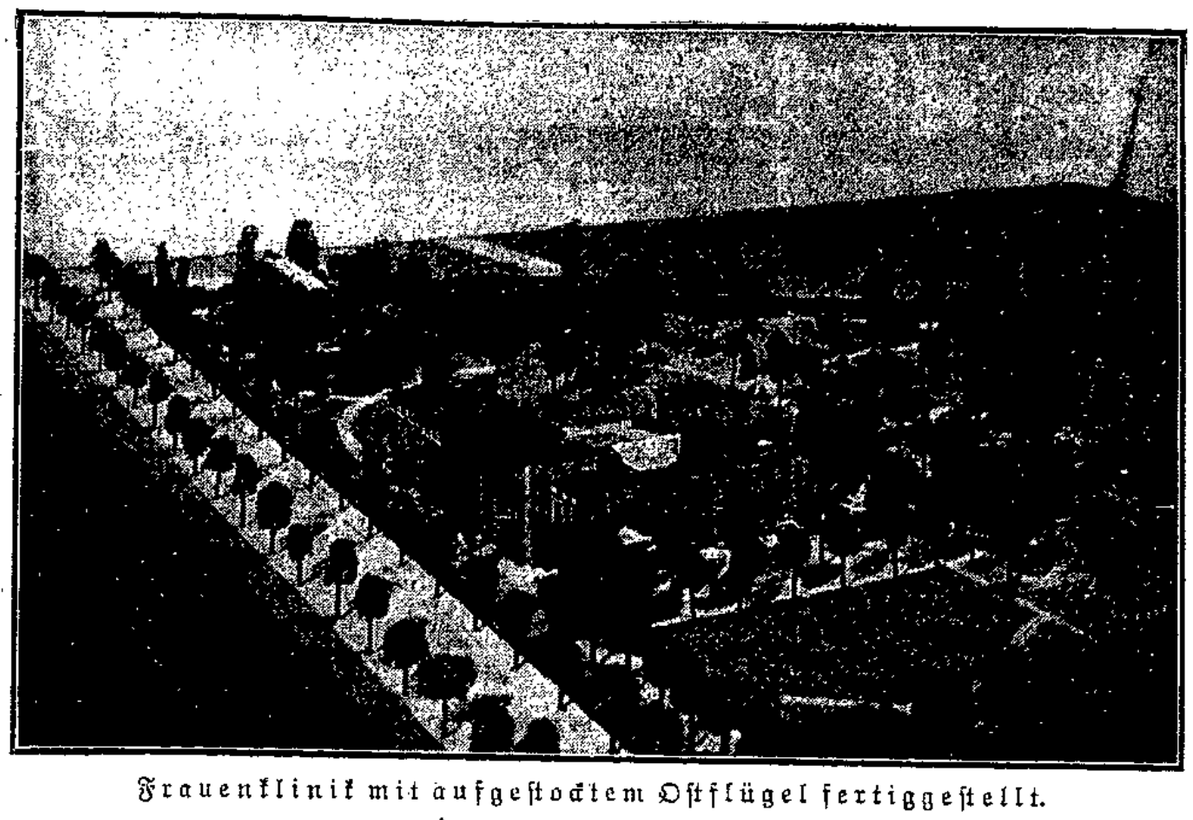
Die Gemeinde hat heute größte Aufgaben. Sie alle laufen in der Richtung, die Gemeinschaftsleistung zu fördern, das allgemeine Wohl voranzustellen und sie sind im Grunde praktische Arbeit am Volke und für das Volk. Die Gegenseite hat diese Tendenz sehr gut erkannt und daher der Ruf aus dem andern Lager nach Einschränkungen in der Städtewirtschaft und ihrer Bewegungsfreiheit. Man will der Selbstverwaltung zu Leibe, weil man dadurch der praktischen sozialen Arbeit ein Ende bereiten will. Man will die fruchtbare Leistung der kommunalen Wirtschaft verkümmern, weil man die Gewinne für sich selbst haben will! Verkennen wir die Tendenz der heutigen Lage nicht. Werfen wir uns den Gegnern des Städtewesens entgegen! Zuviel ist schon versäumt worden! Zuviel Terrain verloren wir!

Ein Kampfruf ist mein Willkommensgruß. Er muß es sein, denn die Gefahren, die einer wirklich segensreichen kommunalen Arbeit drohen, sind akut. Für die moderne deutsche Stadt in ihren tausendgestaltigen Lebensäußerungen einzutreten, ist heute Pflicht jedes ernsten Arbeiters.

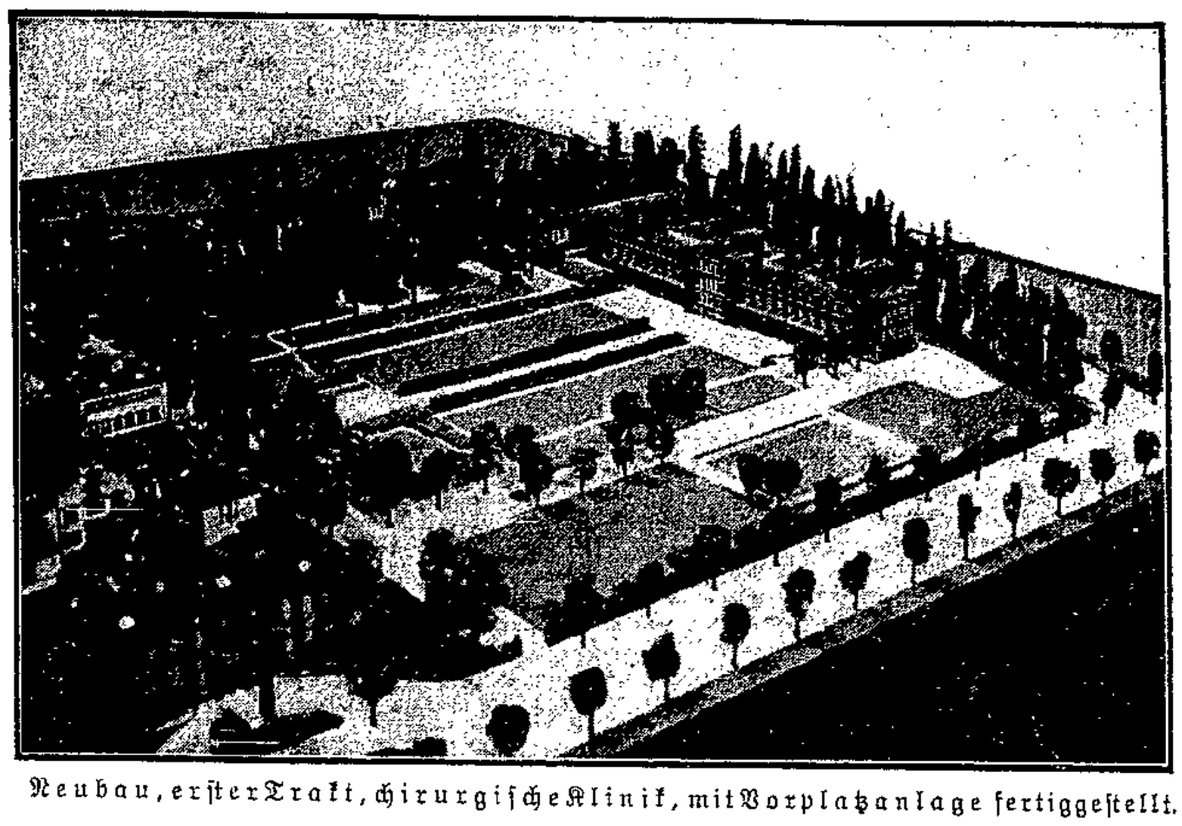
Hermann Beims, Oberbürgermeister.

Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Stadt Magdeburg

Von Stadtverordnetenvorsteher Otto Baer.



Frauenklinik mit aufgestocktem Ostflügel fertiggestellt.



Neubau, erster Trakt, chirurgische Klinik, mit Vorplatzanlage fertiggestellt.

Das größte Wunderding ist doch der Mensch allein,
Er kann, nach dem er's macht, Gott oder Teufel sein.

Die Wahrheit der Worte des Angelus Silesius zeigt sich so recht bei der Betrachtung der Erfolge, welche mit der heutigen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege erzielt werden. Der Mensch, vereinigt in der staatlichen Organisation, kann das Glück von Tausenden, ja von Millionen Mitmenschen vernichten, er kann aber auch, mit organisierter Kraft, ungezähltes Menschenglück erhalten und vertiefen.

Die Ergebnisse der Sterblichkeitsforschung zeigen uns zweifelsfrei die Richtigkeit der obigen Sätze. Nach den statistischen Ergebnissen im Deutschen Reiche ist im Laufe von nur 20 Jahren, von Mitte der siebziger Jahre bis Mitte der neunziger Jahre beim männlichen Geschlecht die mittlere Lebensdauer um 5, beim weiblichen Geschlecht um 5½ Jahre gestiegen. Die zwei Millionen Kinder, welche in Deutschland in jedem Jahre geboren wurden, durchleben nach den Sterblichkeitsverhältnissen der neunziger Jahre zusammen rund 85 Millionen Jahre, nach der Sterblichkeit der siebziger Jahre waren aber kaum 75 Millionen Jahre für sie zu erwarten. In fast allen Kulturländern hat sich langsam die Lebensdauer verbessert, in keinem so stark wie in Deutschland. Zu erklären ist dieses erfreuliche Ergebnis hauptsächlich aus den Fortschritten, welche die Volksgesundheitspflege gemacht hat.

Durch die Sozialdemokratie ist eine Umgestaltung der sozialen Verhältnisse in Europa vorbereitet. Das stille Wohltun von Hand zu Hand, von Mensch zu Mensch, worin gar mancher das Ideal christlicher Karitasgesinnung sieht, genügt heute nicht mehr. Wohl wollen wir diese Form des Wohltuns nicht verachten und nicht entbehren, wir können diese Auffassung aber nicht als das Ideal sozialer Weltbetrachtung werten.

Noch niemals reichte die stille Karitas aus, die Not auch nur annähernd zu lindern; man schuf ja deshalb auch die organisierte Form der Diakonie. Diese Form der Wohlfahrtspflege wird von vielen Kreisen wieder herbeigewünscht und immer stärker werden die Stimmen laut,

die von einem Zuviel der sozialen Lasten sprechen.

Wie oft hört man die hämische Bemerkung: „Wir sind ein rechter Wohlfahrtsstaat geworden. Bei uns bleibt kein Notstand unberücksichtigt und selbst unser ganzes Volk ist in seinem Denken, Wollen, Handeln und Fordern wohlfahrtspolitisch eingestellt.“

Staat und Gemeinden haben noch wichtige Aufgaben zu erfüllen, denn es gibt immer noch Länder, welche insbesondere eine weit geringere Säuglingssterblichkeit aufzuweisen haben als Deutschland. Während in Deutschland die Säuglingssterblichkeit im Jahre 1924 10,57 Prozent betrug, zeigte sie in England, Schweden und Norwegen nur 6 bis 7 Prozent.

Die Tuberkulosesterblichkeit ist in andern Ländern, wie Dänemark, Schweden, Norwegen und England, viel geringer als bei uns.

Nach den Ergebnissen der jährlichen Umfrage der Medizinalabteilung des preußischen Wohlfahrtsministeriums bei dem Regierungspräsidenten: Wie viele Schulkinder tuberkulös seien, waren dies 1913 von 1000 8,3 und 1923 waren es 32,7 vom Tausend. Was will es angesichts dieser ungeheuerlichen Zahl gegenüber besagen, wenn im Jahre 1924 der Tausendsatz auf 25,7 herabsank.

Die große Sterbekiste Mietkaserne mit ihren traurigen Begleiterscheinungen auf sozialem, ethischem und hygienischem Gebiet muß in Deutschland sehr energisch bekämpft werden. Nicht nur die Beseitigung der Wohnungsnot, auch die Verringerung der Wohnungsdichte und damit des Wohnungselends muß unsre vornehmste Aufgabe sein.

Die Sozialdemokratie, die Vertreterin der notleidenden und darbenden Menschheit, wird nicht eher ruhen, bis Deutschland tatsächlich mit der Anwendung der

organisierten Menschenliebe

in der Welt voran ist. Das unsinnige Gerede, daß ein Volk durch Liebestätigkeit verweichlicht wird, kann von uns nicht anerkannt werden. Wir wissen vielmehr, daß diejenigen Bevölkerungsschichten, welche neben der Gleichberechtigung auch noch den Anspruch haben auf

Hilfe in unverschuldeter Notlage,

zu ihrem Lande und ihrem Volke stehen und auch der Gesellschaft gegenüber ihre Pflicht erfüllen.

In welcher Weise die Stadt Magdeburg ihre Aufgaben in sozialer Beziehung erfüllt hat, soll in kurzen Zügen dargelegt werden. Das Wohlfahrtsamt gliedert seine Aufgaben in drei Hauptteile: in wirtschaftliche Fürsorge, in Jugend- und Erziehungsfürsorge und schließlich in Gesundheitsfürsorge.

Der Vergleich zwischen dem Jahre 1913 und 1926 zeigt, daß nicht nur die Aufgaben, sondern auch die Auffassungen über die sozialen Pflichten wesentlich verändert sind. 1913 war der soziale Aufgabenkreis verhältnismäßig eng. Zahlenmäßig wurden 2,3 Prozent der Bevölkerung von der Fürsorge erfaßt, 1926 betreuten wir 16,3 Prozent der Bevölkerung und statt der 5 Gruppen Bedürftiger kennen wir heute 20. Im Jahre 1913 betrugen die Ausgaben für Armenpflege 1,472 Millionen Mark, im Jahre 1926 8,458 Millionen Mark.

Rund 49000 Personen unterliegen in Magdeburg der öffentlichen Fürsorge. In dieser Zahl sind nicht enthalten die unter ständiger Aufsicht stehenden 4600 Säuglinge und Kleinkinder sowie 10 600 durch Schulspeisungen erfaßte Schulkinder. Die Zahl der allgemeinen Unterstützungsempfänger betrug rund 10 000. Zu diesen Notleidenden kommen dann die Kranken- und Erholungsbedürftigen, die Kriegerhinterbliebenen, die Sozial- und Kleinrenter. Rund 40000 Personen haben im Jahre 1926 im Obdachlosenasyl Unterkunft gefunden. Die Stadt Magdeburg kann auf diese Einrichtung stolz sein, denn den meisten deutschen Städten kann diese Einrichtung als Vorbild empfohlen werden.

Recht erwähnenswert ist die Jugendarbeit des Wohlfahrtsamts. Sie gliedert sich in die Fürsorge für die körperlich und geistig gesunde Jugend und für die gefährdete Jugend. Rund 26 000 Jugendliche werden vom Ortsausschuß für Jugendpflege erfaßt. Die städtischen Kindertagesheime nehmen die Kleinkinder solcher Mütter auf, welche erwerbstätig sein müssen und die Beaufsichtigung ihrer Kleinen nicht selber ausüben können.

Die sozialdemokratischen Frauen haben für diese Einrichtung immer ein besonderes Interesse an den Tag gelegt.

Dabei ist wohl zu erwähnen, daß die Arbeiterwohlfahrt an allen Aufgaben aktiv mitarbeitet. Mit Unterstützung der Stadt ist eine schöne Erholungsstätte errichtet worden.

In den letzten Jahren hat die Stadt Magdeburg ein besonderes Gesundheitsamt geschaffen. Die sozialdemokratische Fraktion befürwortete energisch diese Einrichtung, weil sie erkannte, daß eine vorbeugende Gesundheitspflege geschaffen werden muß. Wir geben heute in Deutschland mehr als 1 Million Mark täglich für Invalide aus. 2½ Milliarden Mark müssen die Sozialversicherungsträger jährlich aufbringen. Die Gemeinden verausgaben jährlich mindestens 3 Milliarden Mark für ähnliche Zwecke. Alles das geschieht, um den bereits Zusammengebrochenen notdürftig aufzurichten. Die Aufgabe des Gesundheitsamts besteht nun darin, zu versuchen dafür zu sorgen, daß die öffentliche Wohlfahrtspflege finanziell entlastet wird. Es will durch vorbeugende Maßnahmen verhindern, daß ein vorzeitiges Hinabsinken in Krankheit und Siechtum erfolgt.

Eine Speisestelle der Schulspeisung.

Das Aufgabengebiet des Gesundheitsamts ist weit umfassend. Hervorzuheben ist die Seuchenbekämpfung, die Ueberwachung der Trinkwasserversorgung, die sportliche Beratung, die ärztliche Eheberatung und besonders zu beachten wäre die Tuberkulösenfürsorge.

Ein nicht unbedeutendes Gebiet ist die Schulgesundheitspflege. Die ganze Schulzeit hindurch werden die Kinder gesundheitlich überwacht. Vier hauptamtliche Schulärzte und neun nebenamtliche Aerzte besorgen diese Aufgabe. Ferner sind Spezialärzte für alle besondern Krankheiten vorhanden.

Die Schulzahnpflege wird von einem hauptamtlich tätigen Zahnarzt geleitet. Die Schulzahnklinik ist mustergültig eingerichtet.

Nicht unerwähnt bleiben darf die hygienische Volksbelehrung. Die letzten Reste medizinischen Aberglaubens müssen hier von der bessern Erkenntnis der Zeit verdrängt werden.

Als ein nicht unwichtiges Gebiet soll die Gewerbehygiene genannt werden. Im Rahmen der vorbeugenden Gesundheitspflege widmet sich das Gesundheitsamt auch der Bekämpfung der gewerblichen Erkrankungen.

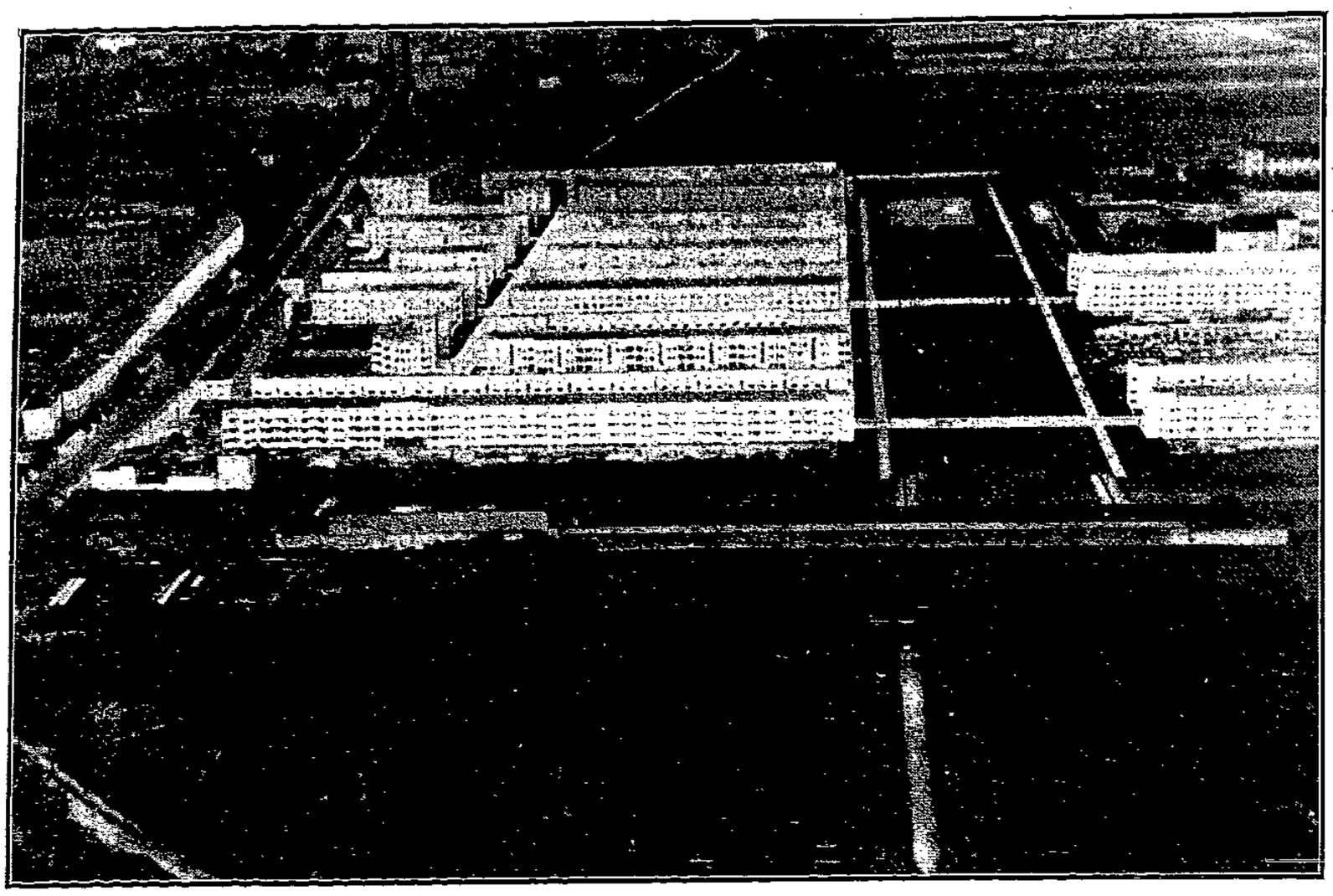
Man nennt unser Zeitalter das der sozialen Fürsorge. Die zahlreichen Gegner sozialer Weltbetrachtung prophezeien deshalb auch den Untergang. Sie glauben an den Aufstieg des Volkes und Landes nur, wenn eine antisoziale, unchristliche Weltanschauung vorherrscht.

Wir wollen den Staat zu einem sozialen Staat ausbauen und an die Stelle der privaten Mildtätigkeit soll treten

die organisierte Menschenliebe.

Was in Magdeburg gebaut wurde

Von Stadtv. Willi Plumbohm.



Teilansicht der Groß-Siedlung an der Großen Diesdorfer Straße (Fliegeraufnahme).

In den Jahren vor dem Kriege kam die Bautätigkeit der Gemeinde Magdeburg über einige unumgängliche Bauten, z. B. Schulen, nicht hinaus. Das bei der Entwicklung der Stadt notwendige Rathaus blieb ungebaut, statt dessen entstanden in den Zeiten des Reichtums Rathaus-Behelfsbauten. Von der fehlenden Stadthalle wurde nur geredet. Pfeffersackgeist feilschte in der Stadtverordneten-Versammlung um ½ Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer, als ob die Seligkeit der Welt gefährdet sei, wenn die Vertreter der ersten und zweiten Steuerklasse ihren Wählern einige Steuergroschen mehr abnahmen.

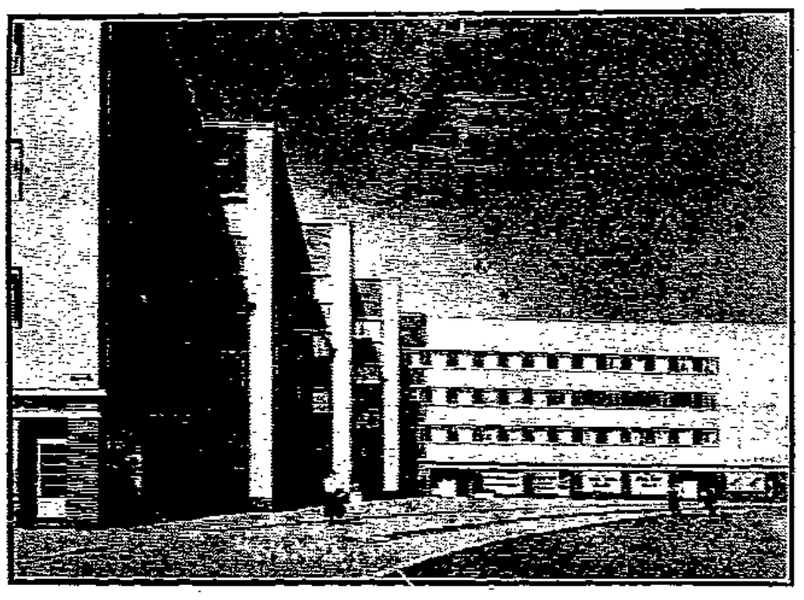
Der Wohnungsbau war das unbestrittene Gebiet der Wohnungsspekulation. Als die Opfer des Bodenwuchers, die Mieter der licht- und luftlosen Hofwohnungen zu einem kleinen Teil erwachten und die ersten Baugenossenschaften bildeten, entglitt die Kleinwohnung der Spekulation. Sie hörte auf, ein Geschäft zu sein. Dafür rächten sich die Interessengruppen in der Stadtverordneten-Versammlung und bereiteten der gemeinnützigen Bautätigkeit so viel Hindernisse als möglich.

In diesen Kämpfen wuchsen einige leistungsfähige Baugenossenschaften, die nach dem Kriege zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammentraten, aus der sich später der Verein für Kleinwohnungswesen entwickelte. Durch diese freiwillige Zusammenarbeit war es möglich, daß zwischen Stadt und gemeinnütziger Bautätigkeit eine gemeinsame Linie im Wohnungsbau von vornherein gefunden wurde. Der Kampf gegen die Wohnungsnot wurde in Magdeburg fast restlos gemeinsam von der Stadt mit den gemeinnützigen Bauvereinigungen geführt.

Als in dem Kampfe um die Ausgestaltung der Bauvorhaben idealistische aber theoretische Einstellung von der Kleinwohnung abdrängte, griff im Jahre 1925 und 1926 wiederholt die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion ein und verlangte energisch die Verstärkung des Baues von Wohnungen mit zwei und drei Zimmern. Sie stützte sich dabei auf die Wohnungsstatistik, die nachweist, daß 1910 55,3 Prozent der Mieter Kleinwohnungen innehatten. Weiter war ausschlaggebend, daß gerade in diesen Kleinwohnungen nach der Wohnungszählung von 1925 in 5121 Haushaltungen Doppelfamilien hausen. Diese Zahlen geben allein schon einen erschütternden Ausschnitt aus der Wohnungsnot.

Hier ist nur mit zahlreichen kleinen, aber guten Wohnungen zu helfen, die in ihrer Miethöhe der Mietkraft entsprechen. Nichts nützt dem größten Teil der wohnungslosen Doppelmieter eine große Wohnung mit erstrebenswerten Ausstattungen, die sie trotz aller Abbürdungen nicht bezahlen können. Auch der Frage der Sanierung der ältern Stadtteile mit der in der Vergangenheit als Festung begründeten drangvollen Enge ist nur beizukommen durch Neubau vieler guter Kleinwohnungen. Allein diese können die überalterten Wohnhöhlen ablösen.

Im Jahre 1920 setzte die Zusammenarbeit mit den Baugenossenschaften ein. Es sind seit dieser Zeit gemeinsam errichtet bis 1926 rund 3400 Wohnungen. Im Baujahr 1927 sollen 1639 Wohnungen erstellt werden. Der größte Teil davon wird noch in diesem Jahre bezugsfertig.



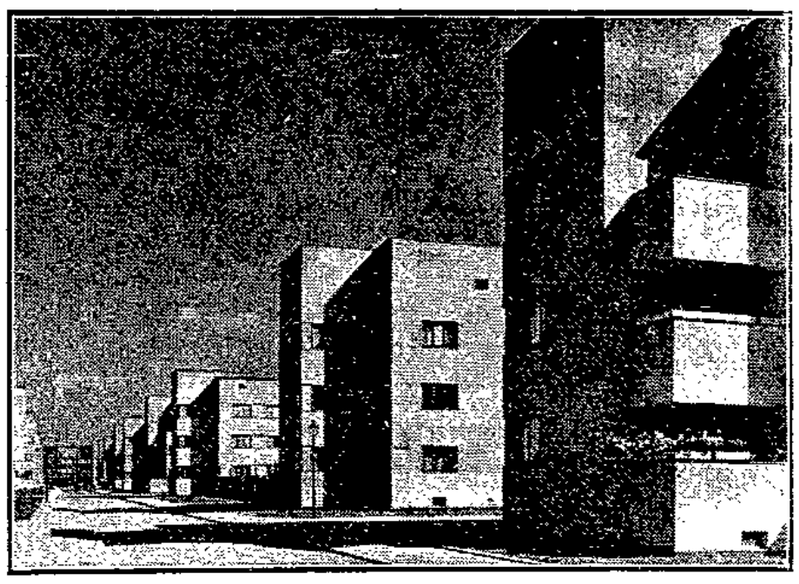
Eckplatz-Gestaltung an der Ende-Straße.

Die neuen Wohnungen verteilen sich auf die verschiedenen Stadtteile und sind von den Genossenschaften zu einem guten Teil auf Gelände errichtet, das bereits vor dem Kriege erworben wurde, oder zum alten Besitz durch Kauf oder Enteignung hinzukam. Den wesentlichsten Teil des Baugeländes stellte die Stadt im Erbbaurecht auf 80 Jahre zur Verfügung.

Die Wohnbauten bis zum Jahre 1924 traten durch die Verteilung auf das ganze Stadtgebiet kaum deutlich in Erscheinung. Als auf einen Antrag unsrer Stadtverordneten-Fraktion im Jahre 1925 erstmalig ein größeres Bauprogramm von 800 Wohnungen vorbereitet wurde, war es der Initiative des Oberbürgermeisters Genossen Beims zu danken, daß an der Großen Diesdorfer Straße mit dem Bau eines Stadtteils begonnen wurde.

Die Durchführung dieses Bauvorhabens übernahmen der Verein für Kleinwohnungswesen und zu einem kleinern Teile die Heimstätten-Aktiengesellschaft. Als Bauform wurde das dreigeschossige Etagenmiethaus gewählt. Die Wohnungsgröße schwankt zwischen 50 bis 80 Quadratmeter Wohnfläche. Nur wenige größere Wohnungen wurden errichtet. Gegenwärtig wird eine große Zahl von Kleinwohnungen von Stube, Kammer und Küche fertig. Trotz der durch die Weiträumigkeit bedingten hohen Bodenlasten erfordert diese Wohnung von zirka 50 Quadratmeter Wohnfläche mit einem 6 Quadratmeter großen Balkon nur eine Jahresmiete von 372 Mark. Mit der am 1. Oktober fälligen Mieterhöhung kommt manche gleichgroße Altwohnung an diesen Mietsatz.

Die bemerkenswerte architektonische Gestaltung ist von der Geländeaufteilung bis zum fertigen Haus ein Werk des Stadterweiterungsamts unter Leitung des Baurats Rühl. Bei gleichmäßiger Straßenaufteilung wird der Charakter der Wohnstraße stark betont. Die außerordentlich weiten

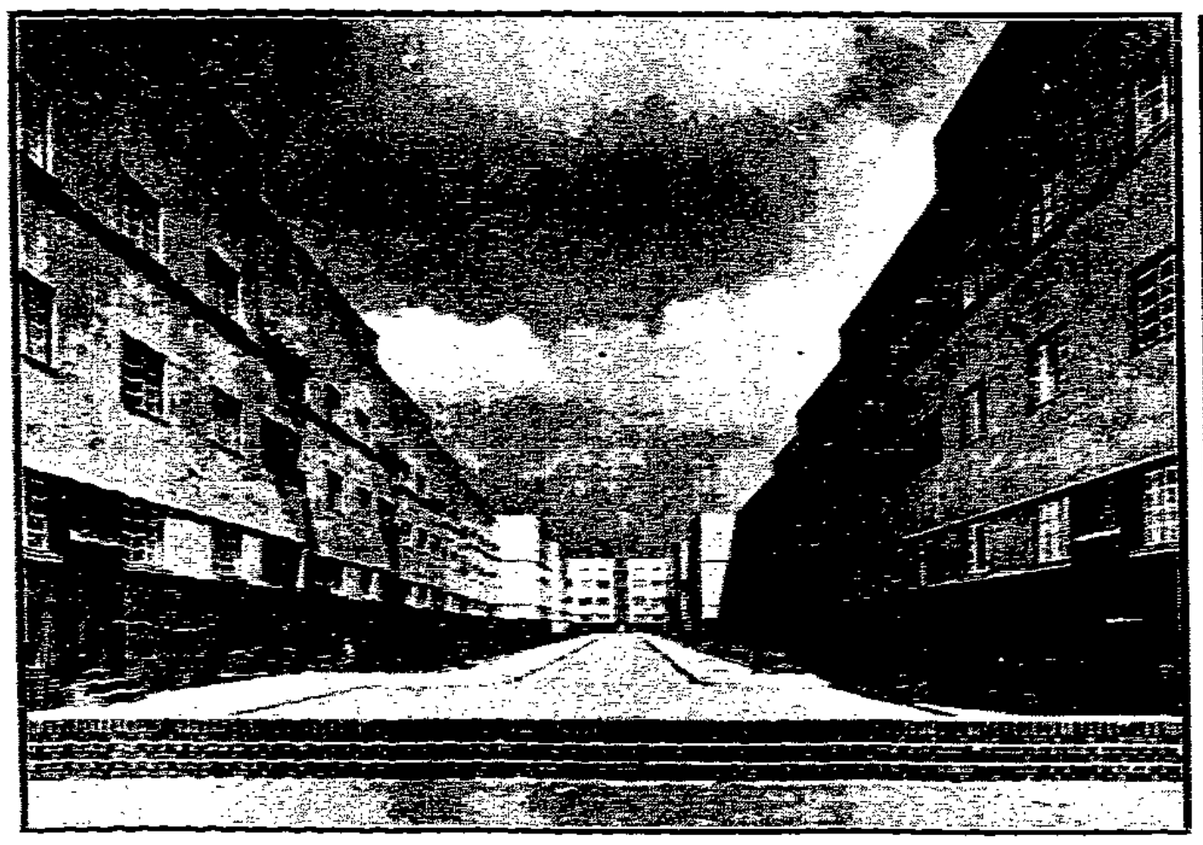


Weferlinger Straße.

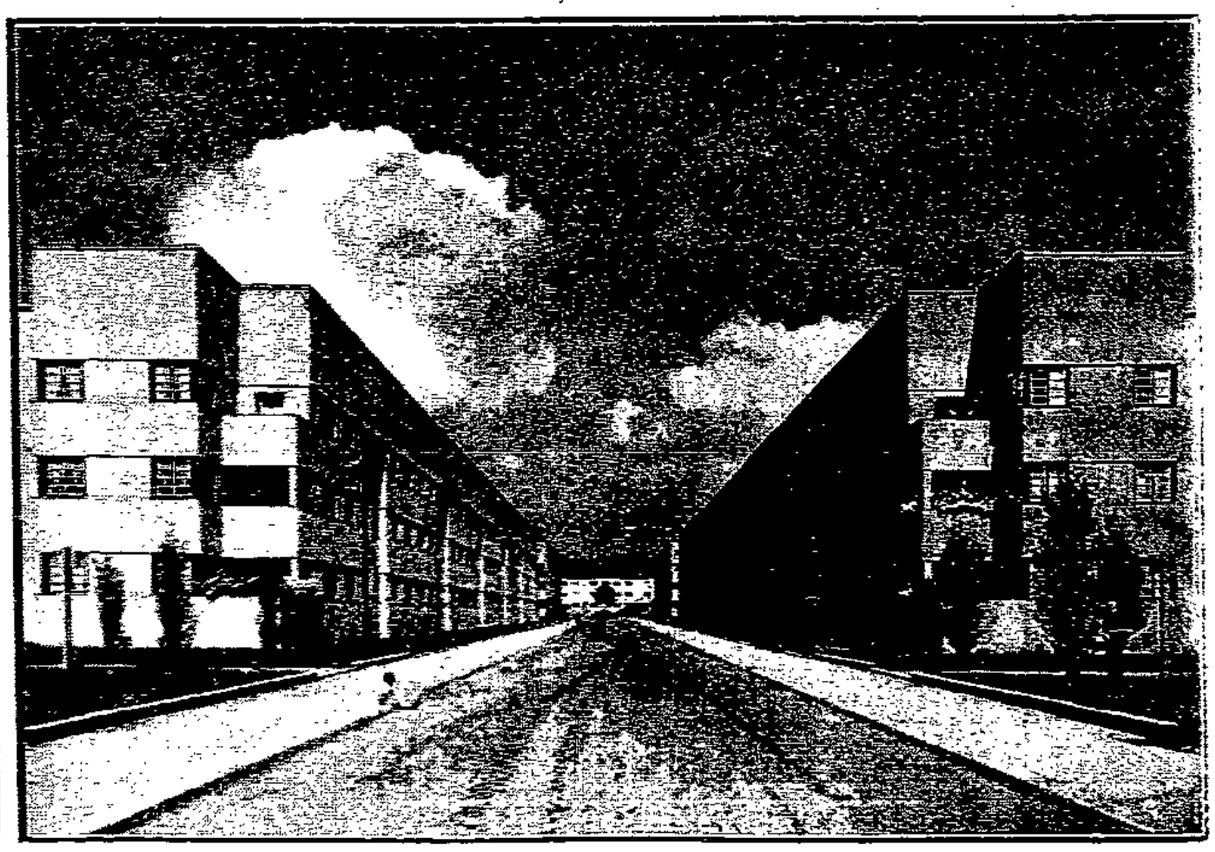
Hofanlagen ließen zusammengefaßt eine gärtnerische Ausgestaltung zu. Unter Verzicht auf allen kitschigen Schmuck sind im Aeußern die Gebäude in ihrer strengen einheitlichen Sachlichkeit und saubern Gliederung lediglich Ausdrucksform der innern Notwendigkeiten. Die Siedlung an der Großen Diesdorfer Straße kann sich im Rahmen der Wohnbauten, die die deutschen Großstädte in den letzten Jahren schufen, bestimmt sehen lassen.

Von den Miethausbauten Magdeburgs sind, was neue Baugestaltung betrifft, bemerkenswert:

1. eine 1924 bis 1925 errichtete Baugruppe der Bauhütte an der Hafenstraße mit 60 Wohnungen. Die Planung wurde durchgeführt vom Verein für Kleinwohnungswesen in Gemeinschaft mit dem Stadterweiterungsamt;
2. eine weitere Baugruppe, die die Bauhütte an der Jordanstraße mit dem Architekten Karl Krayl durchführte;
3. die Bauten, die der Mieter-Bau- und Sparverein an der Berliner Chaussee gegenwärtig errichtet. Der Straßenzug, der sich einer ältern, größern Teilsiedlung der Genossenschaft anschließt, ist allerdings zum größten Teile noch in der Fertigstellung. Die architektonische Gestaltung ist hier eine Arbeit des Stadterweiterungsamts;
4. das Bauvorhaben der Baugenossenschaft für Kleinwohnungen in Fermersleben, dessen architektonische Durcharbeit der Verein für Kleinwohnungswesen unter Leitung des Architekten Karl Krayl durchführt. Dieser

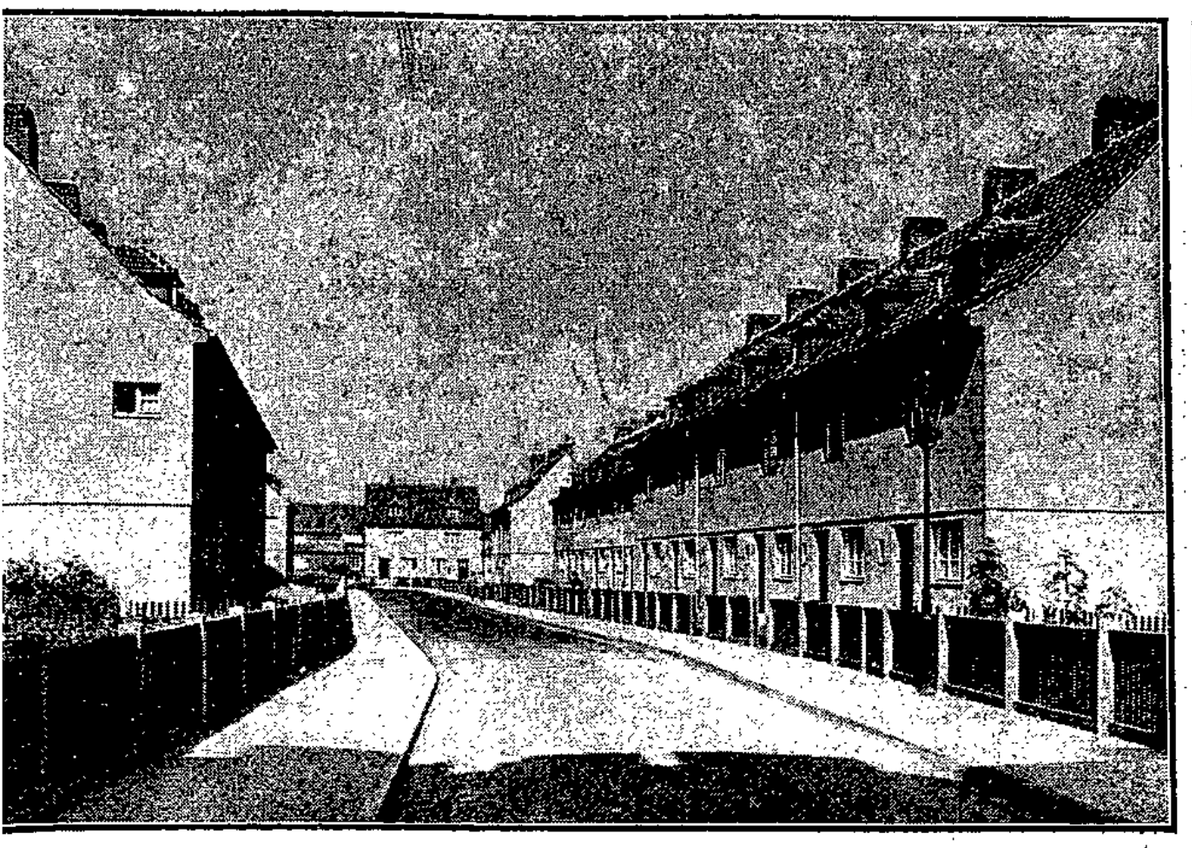


Stendaler Straße.



Neue Magdeburger Wohnungsarchitektur.

Flechtinger Straße.



Kriegsbeschädigten-Siedlung. Wartbergstraße.

Straßenbild aus der Gartenstadt Reform.

neue in Angriff genommene Straßenzug wird aber erst in einigen Monaten fertig.

Unter den Flachbausiedlungen hat durch einheitliche Gestaltung ihre besondere Note die Gartenstadt-Kolonie Reform. Diese 1909 gegründete Genossenschaft ging an die schwere, noch ungeklärte Aufgabe heran, ohne fremde Hilfe aus der Kraft der Arbeiterschaft die Kleinwohnung mit dem Garten zu schaffen. Das Einfamilienhaus in Reihenhausform bot die Lösung. Die architektonische Gestaltung lag in den bewährten Händen des frühern Magdeburger Stadtbaurats Bruno Taut, der auch die gesamten Bauten der Nachkriegszeit bearbeitete. Ein neuer Straßenzug ist dicht vor der Fertigstellung, ein zweiter wird gegenwärtig begonnen. Am Geschäftshaus der Siedlung ist im Juli dieses Jahres ein Ebertbildnis angebracht, das eine beachtenswerte Arbeit des Berliner Bildhauers Belling darstellt.

Die Bautätigkeit der Gemeinde Magdeburg begann mit der Fertigstellung der vor dem Kriege begonnenen Friedrich-Ebert-Brücke. Als die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit die Mittel für den weitern Bau und für die Erneurung der beiden durch schwefelsalzhaltiges Wasser zerstörten Hauptpfeiler bewilligte, begann die bürgerliche Minderheit unter Führung der „Magdeburgischen Zeitung“ ein fürchterliches Geheul über die katastrophale Bewilligungspolitik der roten Mehrheit. Unsre Fraktion ließ sich von dem Geschrei der Spießbürger nicht beirren. Sie sah im Brückenbau eine wirklich produktive Notstandsarbeit und schuf mit der Fertigstellung die Voraussetzung für eine städtebauliche Entwicklung, die jetzt schon in vollem Zug ist.

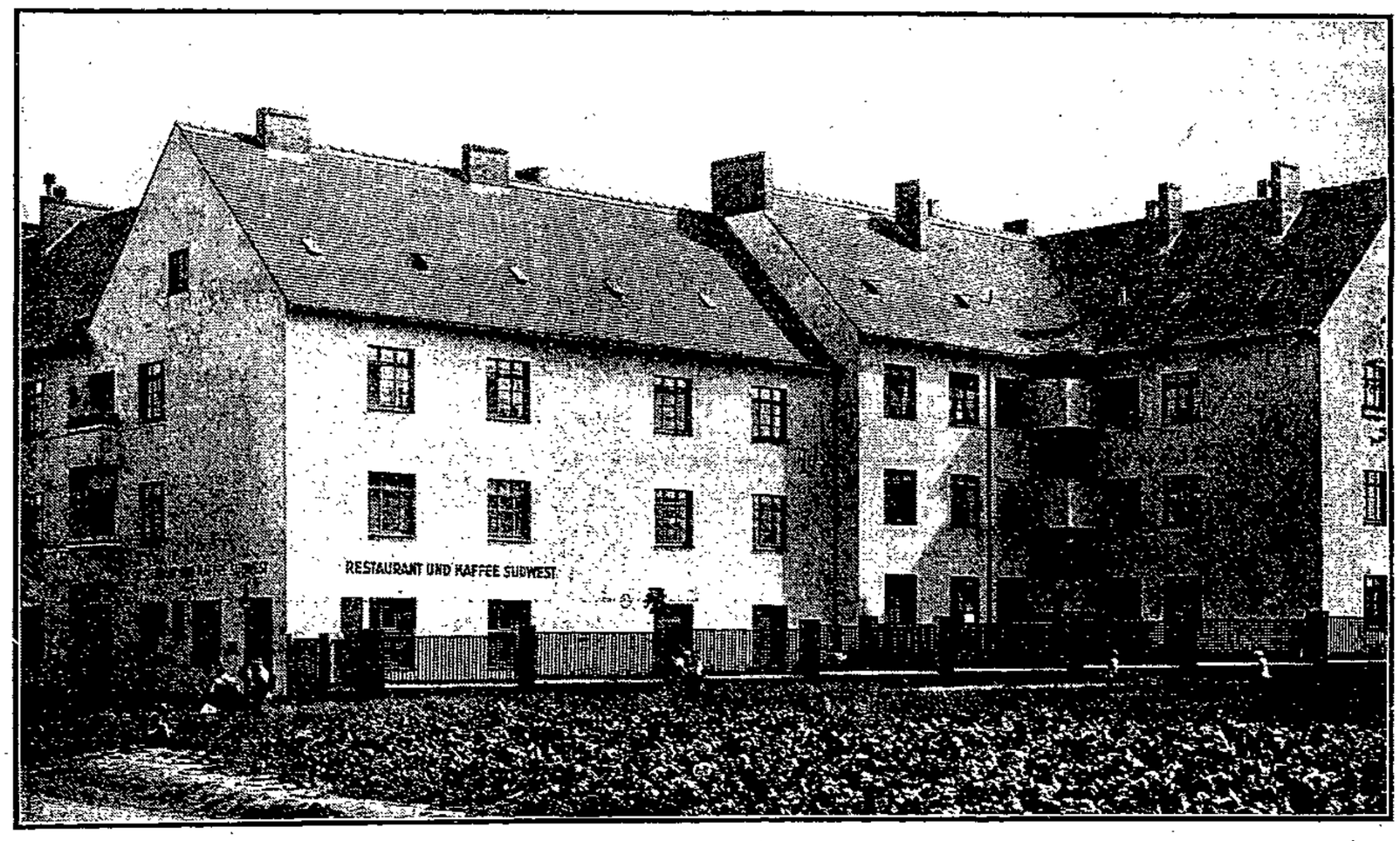
Das Ausstellungsgelände am Ostende der Brücke entwickelte sich zu seiner heutigen Form. Die Stadthalle entstand unter Leitung des Stadtbaurats Göderitz. In ihrer zweckmäßigen innern Gliederung, in ihrer äußern Wucht, trotz der kurzen Bauzeit ein gelungenes Werk. Die Stadthalle gibt auch der Magdeburger Arbeiterschaft für große, von Zeit zu Zeit notwendige Veranstaltungen den bisher am Orte fehlenden Raum. Sie macht es möglich, daß auch die großen Tagungen unsrer Organisationen nach Magdeburg geladen werden können.

Die Bedeutung des neuen Brückenzugs, der später über die Alte Elbe hinweg nach Osten seine Fortsetzung finden muß, wächst aber mit dem nötigen Bau eines Rathauses. Die Stadt hat das vor Jahrhunderten ihr weggenommene Gelände der Zitadelle vom Staate zu harten Bedingungen zurückgekauft. Das Bollwerk früherer Zeiten wird im kommenden Frühjahr abgetragen sein. Der Neubau des Rathauses kann dann beginnen. Mit der Fertigstellung der ersten Teile können zirka 60 Wohnungen, die jetzt der Verwaltung dienen, an der Linderung der Wohnungsnot mithelfen. Das alte Rathaus aber nimmt das Museum für Natur- und Heimatkunde auf, da das gegenwärtige Museumsgebäude am Domplatz an die Regierung geht.

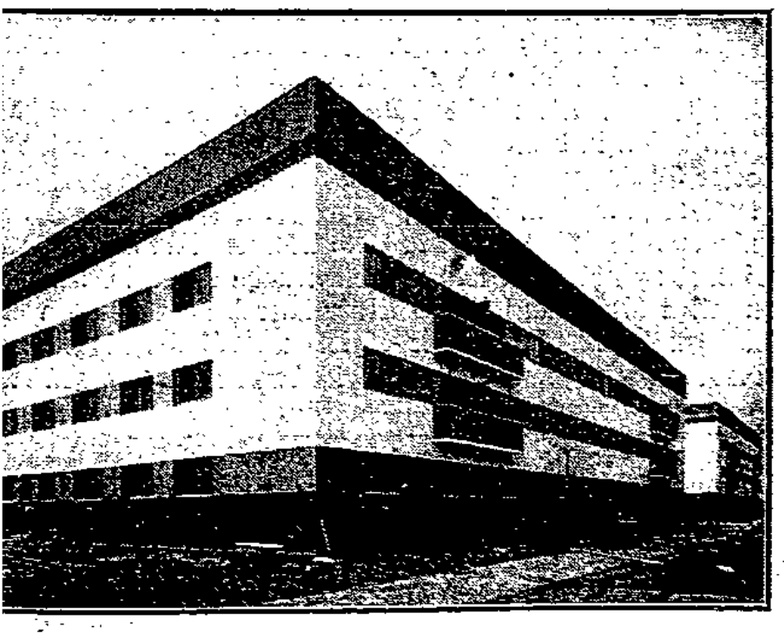
Die in der Wilhelmstadt noch in der Inflationszeit gebaute große Halle Land und Stadt dient der Landwirtschaft für Tierschau usw., bietet den Sportvereinigungen Raum für große Veranstaltungen und gibt in letzter Zeit auch dem Gemüse-Großmarkt Unterkunft. — Bemerkenswerte und große Erweiterungsbauten hat der Schlacht- und Viehhof aus seinen eignen Einkünften durchgeführt. Besonders der Kohlenbunker zeigt eine charakteristische Zweckform.

Im Stadtteil Rothensee wurde im Vorjahr ein Schulbau im Flachbau fertiggestellt, der sicher neuartige und interessante Lösungen bietet. — Im Stadtteil Südost steht ein neues Volksbad dicht vor der Fertigstellung.

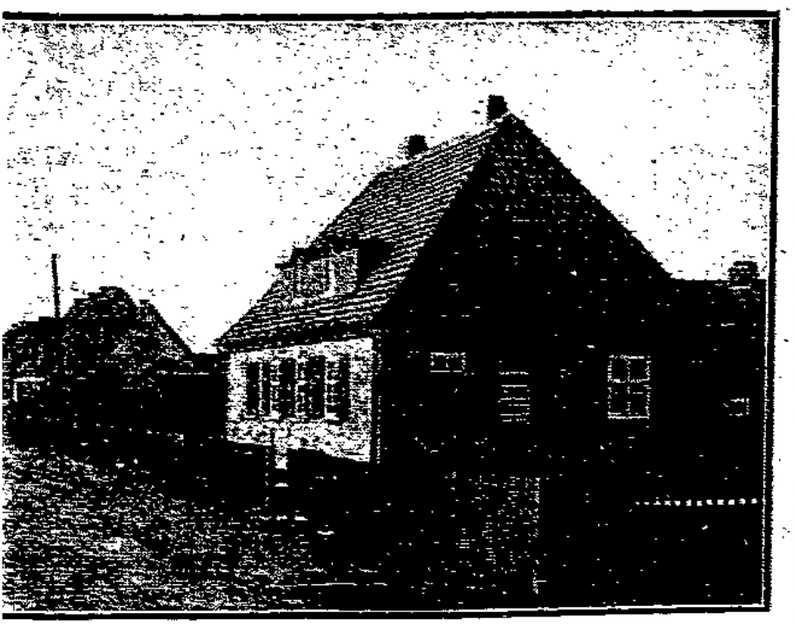
Die Gemeinde Magdeburg rührt und reckt sich. Sie schafft den zwingenden Anforderungen der Zeit Raum. Kämpft kräftig gegen die Wohnungsnot, die aber leider so groß ist, daß trotz überstarker Anspannung des Baumarktes, der mit Preissteigerungen antwortet, eine fühlbare Entlastung noch nicht eingetreten ist. Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion wird ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die notwendigen Aufgaben namentlich im Wohnungsbau nicht zum Stocken kommen. —



Häuser des Mieter-Bau- und Sparvereins an der Braunschweiger Straße.



Mieter-Bau- und Sparverein. Koswiger Straße.



Aus der Siedlung Eichenweiler.

Magdeburgs gärtnerische Anlagen

Von Stadtrat Wilhelm Haupt.

Magdeburg, in einer gleichmäßig verlaufenden Ebene gelegen, landschaftlich kaum anziehend, da größere Waldungen in nächster Nähe nicht vorhanden, durch seine zentrale Lage von den Zeitereignissen — besonders von den zerstörenden, alle Kultur vernichtenden Kriegen — beeinflußt, hat für die Ausgestaltung seines Stadtbildes große Opfer bringen müssen.

Der Herrenkrug entwickelte sich aus einer kleinen Gaststätte zu einem über 1500 Morgen großen Parkkomplex im Nordosten der Stadt längs der Elbe. Eine wertvolle Pflanzensammlung enthält der eigentliche Park. Reiche Wegführung im Schatten der Baumgruppen und Einzelbäume stehen mit den ausgedehnten Gesellschaftshäusern und -gärten in Verbindung. Von der Stadt her führt eine breite Allee zu dem Gesellschaftshaus. Die Rennanlagen sind mit in die ausgedehnten Anlagen einbezogen. Von den Tribünen aus läuft die Aussicht über die gut gepflegten Rennwiesen weit hinaus in den Herenkrugwiesenpark. Landschaft und Anlage gehen unauffällig ineinander über.

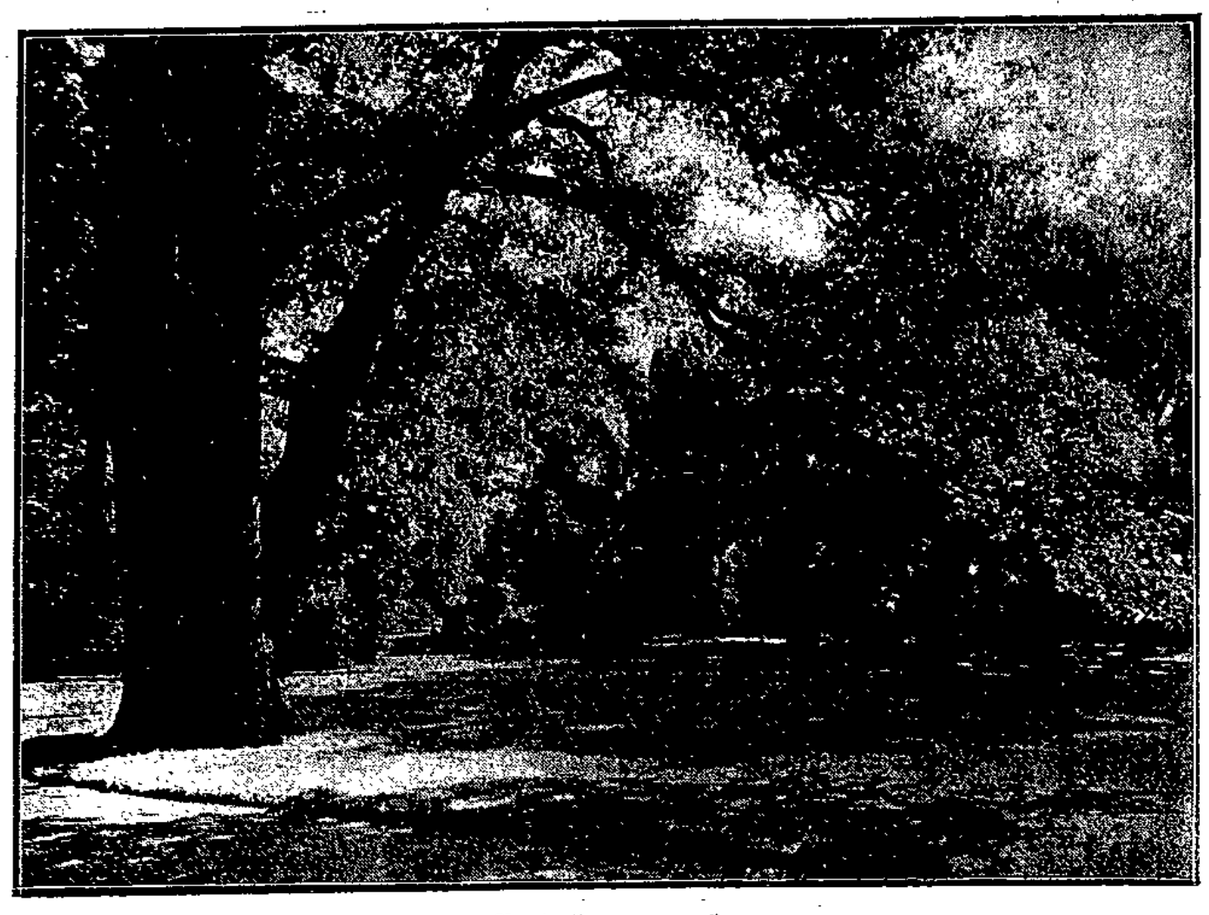
Im heutigen Klosterbergegarten sehen wir eine Restanlage des ersten deutschen Volksparks, der 1825 nach den Plänen Lennés ausgeführt wurde. Städtebauliche Maßnahmen rissen große und grundlegende Teile dieses Parkes ab. Trotzdem konnte der Charakter des von Lenné Gewollten gewahrt werden. Die Promenaden passen sich den Höhenkurven an, umfassen große unregelmäßige Wiesen, die mit einzelnen Baumgruppen besetzt, den Besuchern dauernd neue Durchsichten bieten.

In den Gruson-Gewächshäusern findet der Pflanzenliebhaber eine der reichhaltigsten Sammlungen von Kakteen, Aroideen, Kroton, Orchideen u. a. Diese Sammlung, einer der kostbarsten Schätze der Stadt Magdeburg, mühsam durch die Fährnisse der Inflation hindurchgerettet, ist von dem Geh. Kommerzienrat Gruson (geb. 1821, gest. 1895) in nahezu 40jähriger Tätigkeit gegründet worden. Nach dem Tode Grusons wurden die Gewächshäuser von seinen Erben der Stadt als Geschenk überwiesen und auf Beschluß der städtischen Behörden im Klosterbergegarten aufgestellt. Ohne Ueberhebung kann gesagt werden, daß die Gruson-Gewächshäuser zu den bedeutendsten Pflanzensammlungen des Kontinents zu rechnen sind.

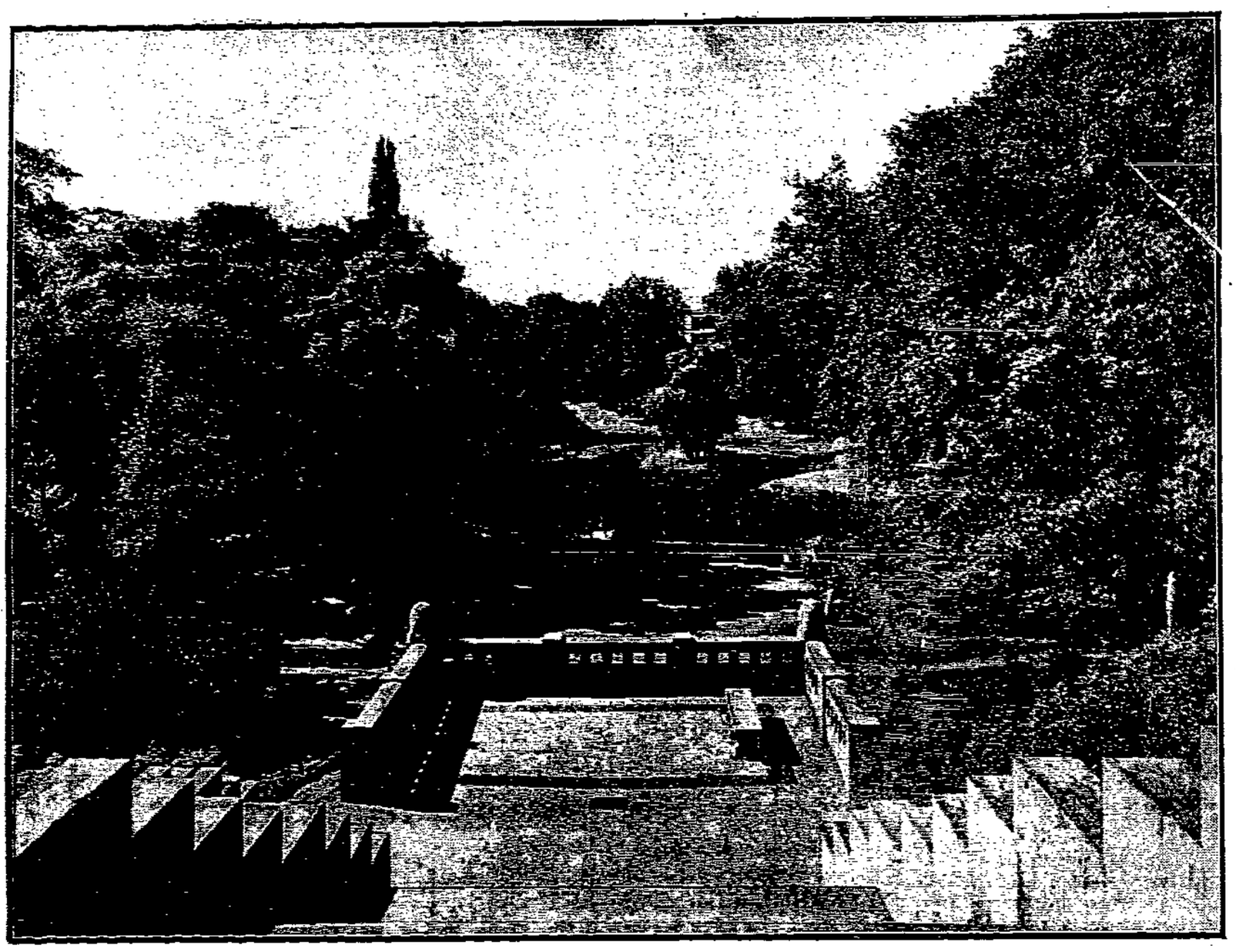
Durch wertvollen Ausbau der Verkehrsadern neuster Zeit steht der Klosterbergegarten, der die Gruson-Gewächshäuser umgibt, in günstigster Verbindung zu dem Rotenhornpark.

Die Entstehung dieser großen städtischen Parkanlage verdanken wir verschiedenen Zeitphasen und verschiedenen Anschauungen der Gestalter. Der erste Teil, der eigentliche Stadtpark, entstand durch den ersten Gartendirektor Niemeyer, der hier durch interessante Pflanzenzusammenstellung einen Garten besonderer Charakteristik aufstellte. Sträucher zu Bäumen, die zu gleicher Zeit blühen und in langen ge-

Vogelgesang, Rosengarten.



Rotehornpark.



Klosterbergegarten.

schlossenen heckenartigen Gruppen harmonieren. Der zweite Ausbau unter Gartendirektor Schoch richtete sich nach einem generellen Plane; mit weiten Flächen und Pflanzungen auf großer Ausdehnung wird gearbeitet. Die Auelandschaft der Elbniederung schwebte dem Gestalter vor. Die endgültige Fertigstellung dieser der Stadt wertvollen Anlage fiel dem derzeitigen Gartendirektor Linke zu. Bessere Verbindungen gaben dem Rotenhornpark die Möglichkeit zur reichern Ausgestaltung.

Das im Innern des Parkes gelegene Fort 12 wurde gärtnerisch reizvoll ausgestaltet und kann als Naturbühne (Freilichtbühne) Verwendung finden. Im mittlern Teile der Insel kam der Ausbau einer Erweiterung der Tauben Elbe zum Adolf-Mittag-See zustande. Der am See gelegene Fest- und Spielplatz wird seit der Eröffnung der Friedrich-Ebert-Brücke als Ausstellungsgelände benutzt. Nunmehr wird die Stadthalle die endgültige Gestaltung des Brückenkopfes und des Ausstellungsgeländes angeben.

Der Park, der dem Gedanken einer Volksanlage am nächsten kommt, liegt im Norden der Stadt: der Vogelgesang. Obwohl er durch eine erst in dem letzten Jahr erfolgte Erweiterung von 40 Morgen insgesamt nur 100 Morgen umfaßt, kann er doch das reichhaltigste Programm aufweisen. Sondergärten, Gesellschaftshaus, Spielwiesen und Planschbecken. Dem Wohngebiet der arbeitenden Bevölkerung am nächsten gelegen, hat er zu einer besonders reichen Ausstattung volle Berechtigung. Rosen, Stauden und neuerdings auch die an der Schrote angelegten Dahliengärten, die in diesem Jahr einen Bestand von 15 000 Stück in etwa 800 verschiedenen Arten Dahlien aufweisen, liefern im ganzen Sommer überreichen Blumenschmuck.

Eine Aufgabe, wie sie nur wenigen Städten Deutschlands zuteil wurde, hatte die Stadt Magdeburg in der Umgestaltung und Einbeziehung der Festungsanlagen zu lösen. Die Behandlung dieser Flächen zeigt vollkommen die Zeitanschauung. Glacis und Königin-Luisen-Garten konnte Ende vergangenen Jahrhunderts als Grünanlagen ausgebaut werden. Promenaden-Ruheplätze in der herrschenden landschaftlichen Gestaltungsweise finden wir heute an diesen Stellen. Der schmale Streifen des Glacis zeigt eine vorbildliche Aufteilung und Bepflanzung. Erst im letzten Jahre konnte der nördliche Teil des Glacis zwischen Kölner und Hindenburgstraße durch die Einbeziehung des Kavaliers 7 und Ravelin 3 zu einer modernen Parkanlage umgestaltet werden.

Von den in den Jahren nach dem Krieg ausgestalteten Festungsanlagen sind Fort 2 in Cracau als Spiel- und Erholungsplatz, das bereits erwähnte Fort 12 auf dem Rotenhorn als Freilichtbühne, Zwischenwerk 3a in Sudenburg als Sportanlage, der Ravelin 3 inmitten des Glacis als Erholungsanlage, besonders aber das Fort 1 in Fermersleben an der Schönebecker Straße, dessen Anlage erst jetzt fertiggestellt wurde, hervorzuheben. Außer zahlreichen Sport- und Spielplätzen sind hier auch kleine Kinderspielanlagen, bestehend aus Sandspielplätzen und einem Planschbecken mit einem Sandstrand umgeben, angelegt.

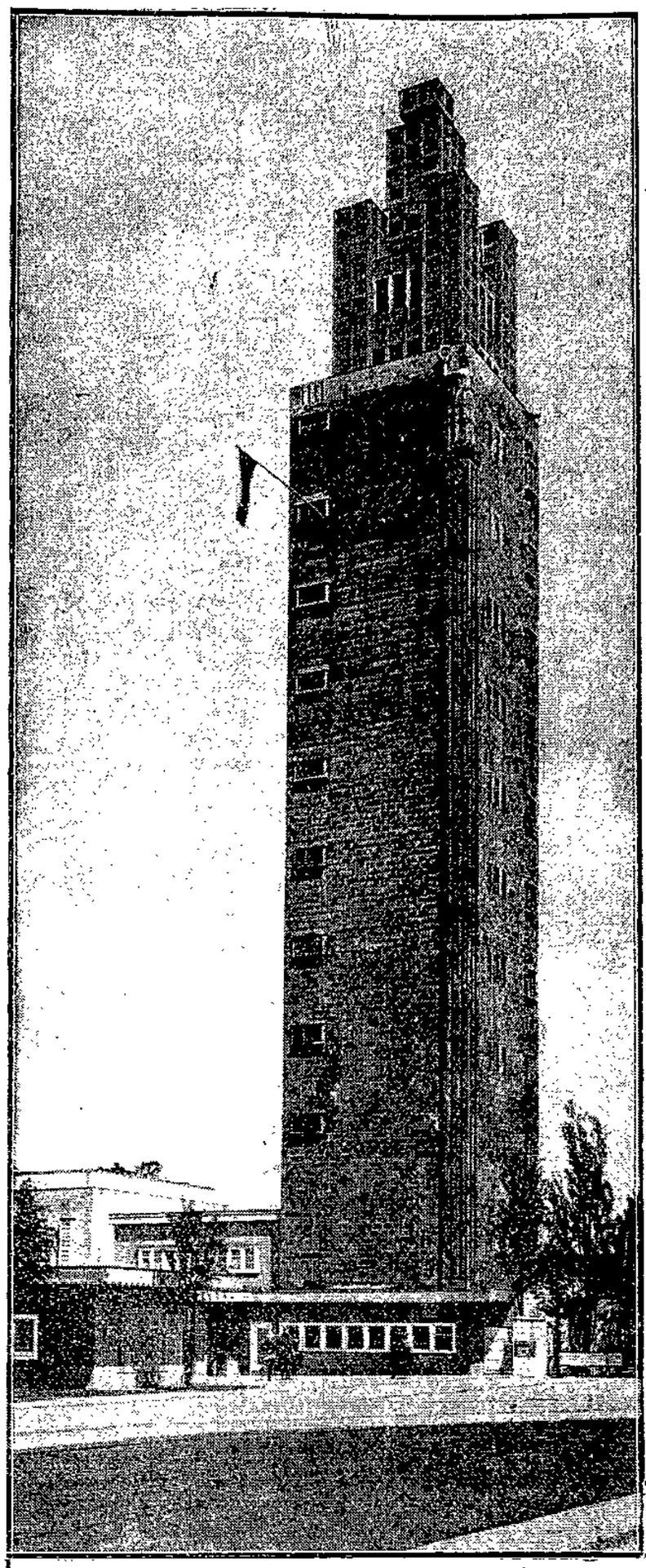
Für das Gesamtbild Magdeburgs ist es vorteilhaft, diese Festungswerke, die als Fremdkörper zu betrachten sind, auszumerzen, um sie als Bindeglieder der Anlagen und Wohnviertel verwenden zu können. Zum Teil stehen in Verbindung mit den alten Anlagen Straßenpflanzungen oder Grünstreifen. Als neuste Anlage wäre hierbei noch auf die Grünflächen in den neuen Siedlungen zwischen Große Diesdorfer Straße und Encke-Kaserne vor dem Westfriedhof aufmerksam zu machen. Die Gesamtgröße der öffentlichen Grünanlagen beläuft sich auf etwa 3000 Morgen, im Vergleich zur Einwohnerzahl der Stadt verhältnismäßig günstig, denn es entfallen hierbei auf je 100 Einwohner der Stadt etwa ein Morgen Grünanlage. Die Spiel- und Sportanlagen der Stadt nehmen zusammen ein Gelände von 250 Morgen ein.

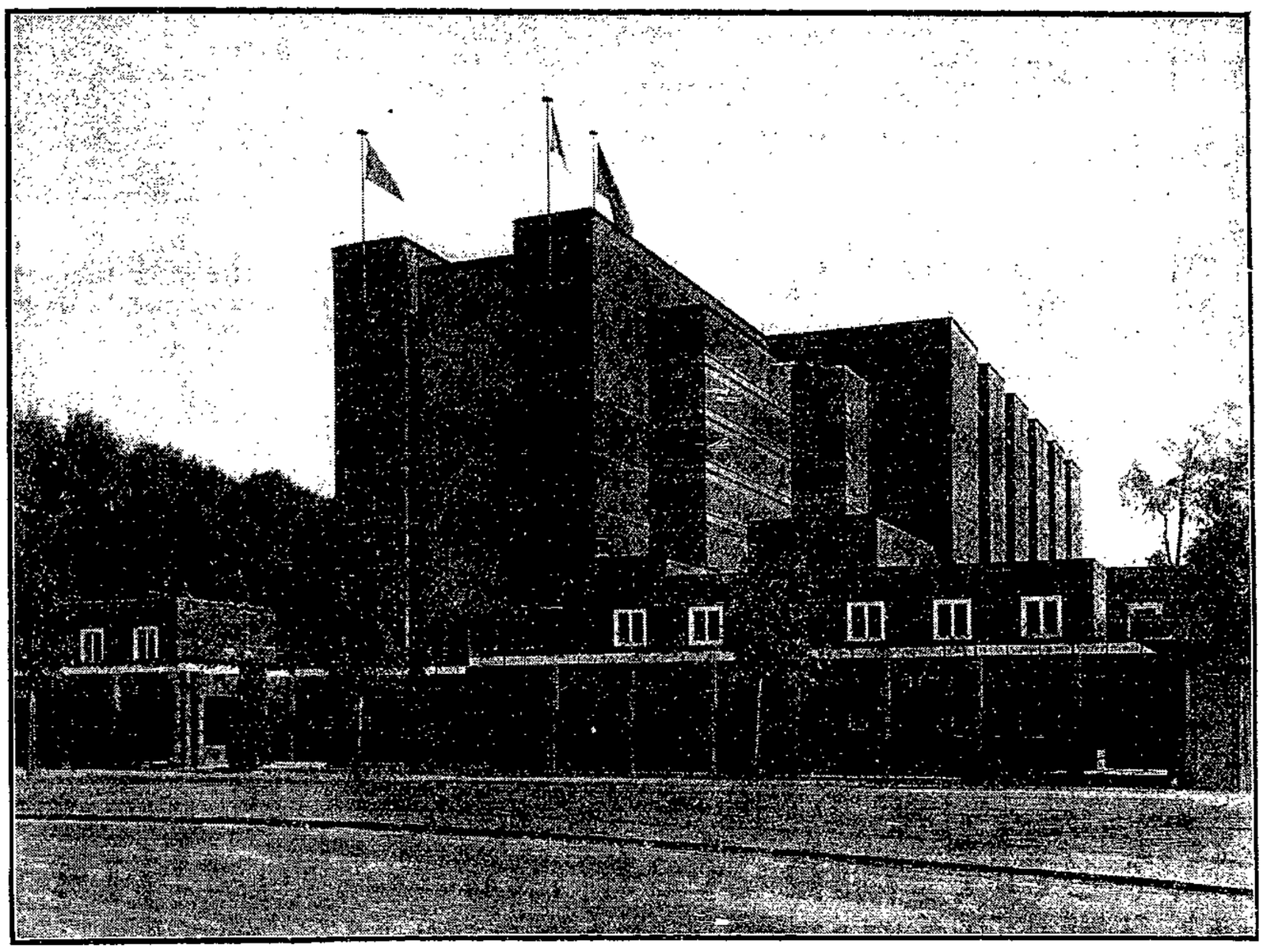
Nordfriedhof

Blumenwiese im Glacis.

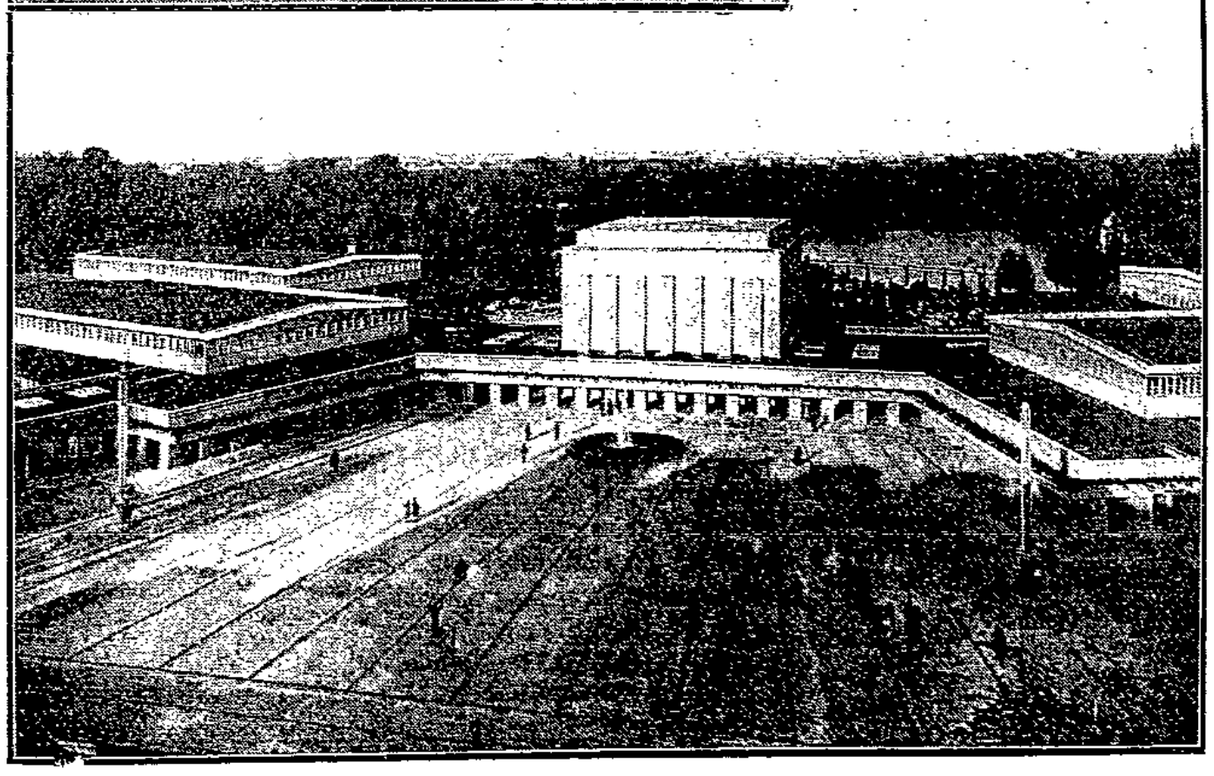
Beispiele Magdeburger Architektur

In Magdeburg hat moderner Bauwille zu bedeutungsvollen Resultaten geführt. Die Bauten, die wir auf den Seiten der Bauhütte bringen, sind Beweise dafür, außerdem die Bilder von dem neuen Hause der Krankenkasse. In Magdeburg hat der Architekt Bruno Taut ein paar Jahre gewirkt. Wenn es diesem konsequent neuzeitlichen Baukünstler auch nicht vergönnt war, Monumentalbauten in Magdeburg aufzuführen — die Stadt war gerade zu seiner Zeit in der allerschwersten Geldnot —, so befruchtete er doch die Bautätigkeit ungemein. Ihm ist es zu danken, daß moderne Architekten wie Johannes Göderitz, Konrad Rühl und K. Krayl in Magdeburg ansässig wurden. Die Stadthalle, sicher eins der interessantesten und stilklarsten Gebäude Deutschlands, Erweiterungsbauten auf dem Schlachthof und an der Gasanstalt, das Verwaltungsgebäude der Krankenkasse sind Schöpfungen dieser „Neuen". Die Theaterausstellung, in ihrer jetzigen baulichen Form von Albinmüller gestaltet, bereichert außerdem das architektonische Bild des neuen Magdeburg. Mit Fug und Recht kann behauptet werden: es gibt wenig Großstädte, die so viel und so hervorragende Werke neuer Architektur aufweisen können wie Magdeburg. —

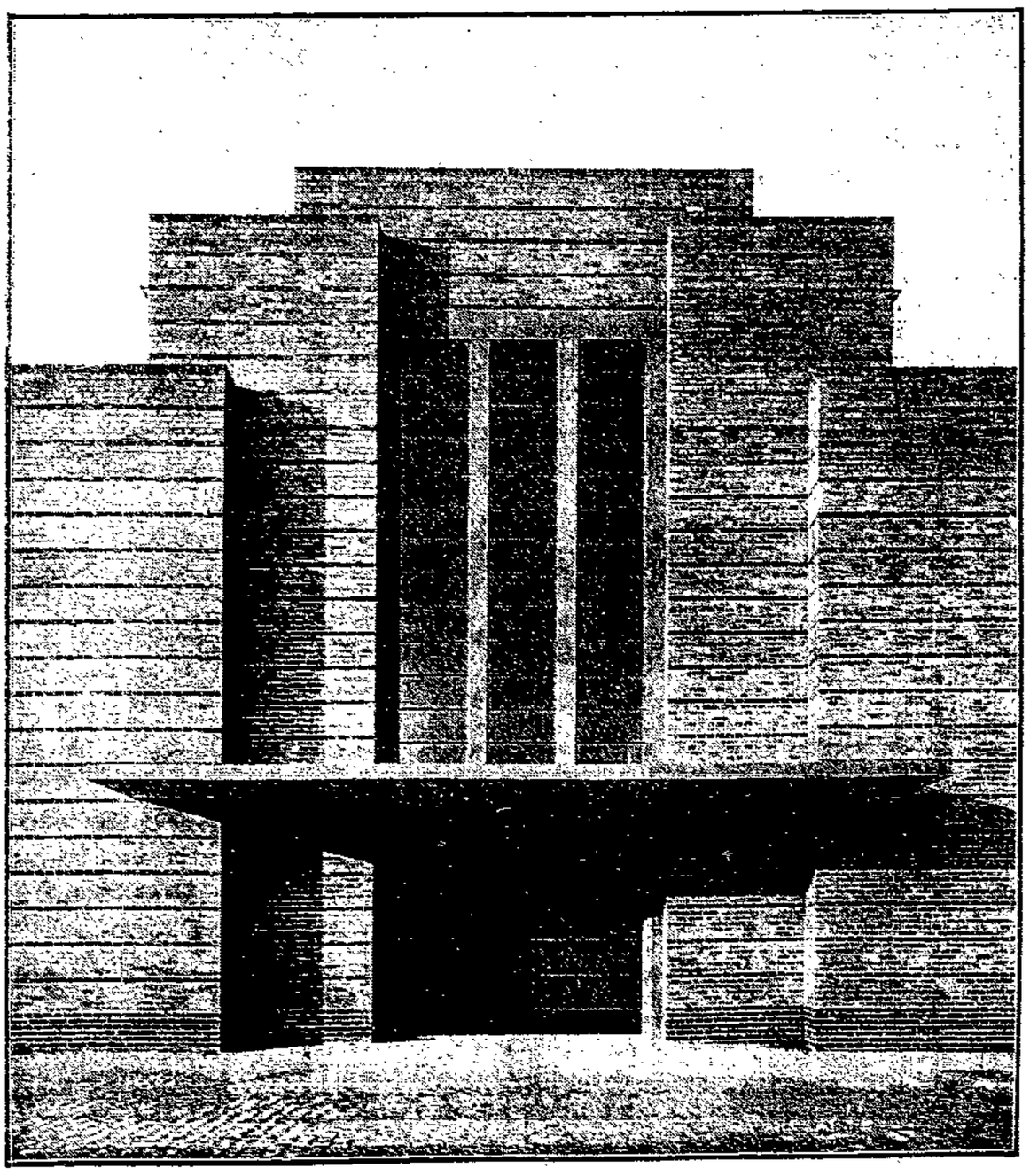


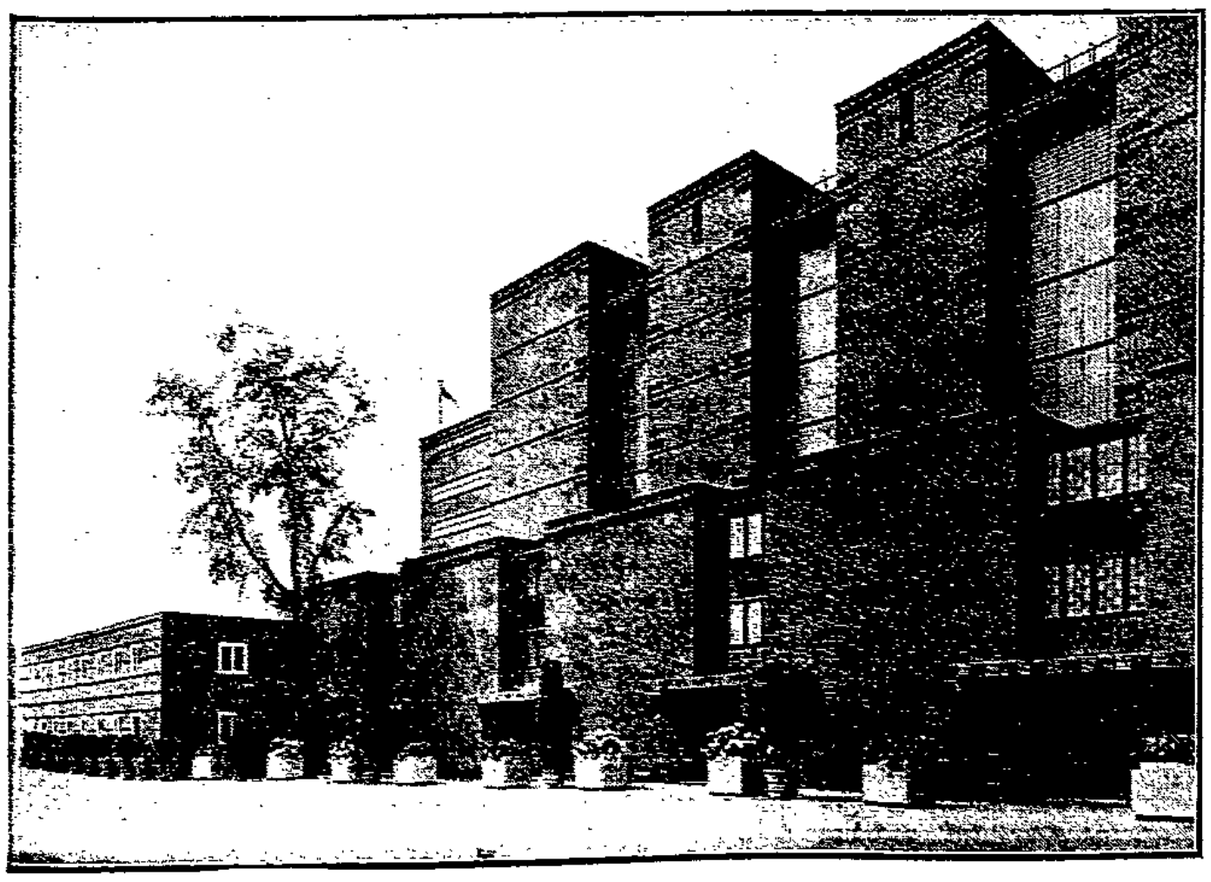


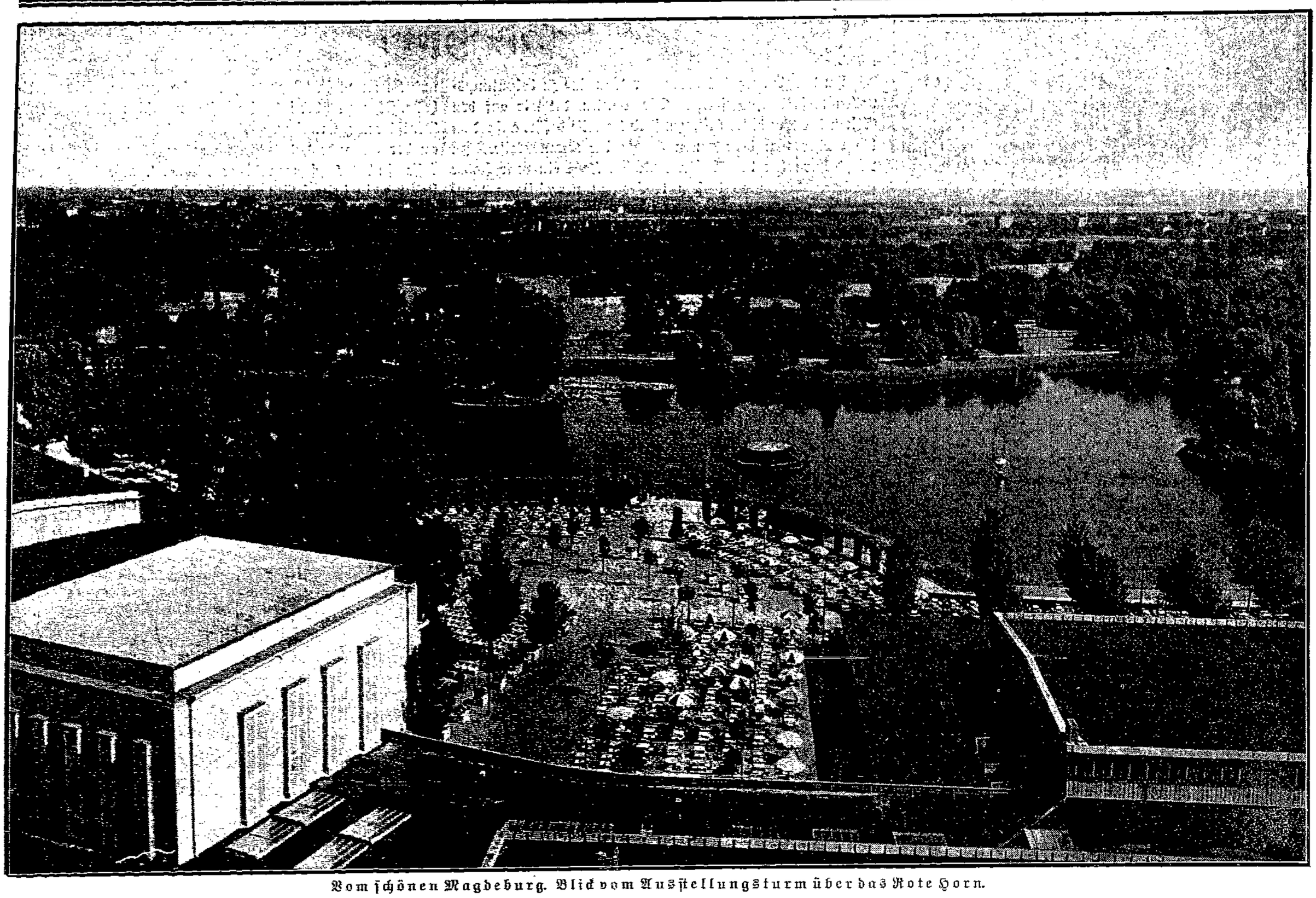
Links oben: Ausstellungsturm. Architekt Albinmüller
Rechts oben: Stadthalle. Architekt Johannes Göderitz.
Links Mitte: Theater-Ausstellung. Architekt Albinmüller.



Links unten: Stadthalle (Seitenansicht).
Rechts unten: Schlachthofneubau. Architekt Johannes Göderitz.







Vom schönen Magdeburg. Blick vom Ausstellungsturm über das Rote Horn.

Partei und Kommunalpolitik

Von Gustav Ferl, M. d. R.

Die Sozialdemokratische Partei hat weit über ihre organisatorischen Grenzen hinaus Bedeutung gewonnen. Sie ist nicht mehr die Partei der Vorkriegszeit, die Resolutionen und gelegentlich auch kleine Eroberungen vornehmlich auf sozialpolitischem Gebiet machte. Sie ist die Partei des Klassenkampfes geblieben, aber sie führt diesen Klassenkampf nach andern Methoden als vor dem Kriege. Die Vorwürfe der bürgerlichen Parteien, daß wir den Klassenkampf führen, und die Behauptungen der Kommunisten, daß wir ihn nicht führen, lassen uns kalt. Wir wissen, daß wir den Kampf um die Interessen des arbeitenden Volkes führen müssen, wenn wir die Abschaffung der Klassen wollen. Unsre Kampfmethode bestimmen wir selbst.

In der Nachkriegszeit wird in Deutschland im Zeichen der Demokratie Politik gemacht. Unser Einfluß wird immer so stark sein, wie uns die Wähler durch Stimmen Macht geben. Das trifft für Reichs- und Länderparlamente, für die Vertretungen in Provinz, Kreis und Gemeinde zu. Ueber die Richtung in der großen Politik wie über den Anteil an praktischen Erfolgen entscheiden einzig und allein die Wähler.

Die sogenannten gesetzgebenden Körperschaften, wie Reichs- und Landtag, sind richtunggebend in der Politik und in der Gesetzgebung. Die kommunalen Körperschaften dagegen haben mehr verwaltungsmäßigen Charakter, sie sollen den Gesetzen, die im Reich und in den Ländern gemacht werden, Leben einhauchen, ihre Durchführung zum Nutzen des Volkes ermöglichen und überwachen. Dabei ergeben sich oft Widersprüche zwischen Theorie und Praxis, zwischen der Absicht des Gesetzgebers und der Anwendungsmöglichkeit der Gesetze. Deswegen ist auch in unsrer Partei das Bedürfnis nach gegenseitiger Fühlungnahme zwischen Reichs- und Landtagsfraktionen und führenden Kommunalpolitikern in dauerndem Steigen begriffen. Gestiegen ist auch die Erkenntnis, daß die Eroberung des Staates nur möglich ist, wenn auch von unten her, mittels der Verwaltungen, unser Einfluß geltend gemacht wird. Schließlich stellen wir auch mit froher Genugtuung die allgemeine Anerkennung des Grundsatzes fest, daß die kommunale Arbeit politischen Einschlag haben muß, daß unsre gesamte praktische Arbeit immer unter dem großen Leitgedanken des Sozialismus zu führen ist.

Im Bezirk Magdeburg-Anhalt ist das Zusammenarbeiten zwischen sozialdemokratischen Kommunalpolitikern und Parteiinstanzen immer sehr gut gewesen. Es war für beide Teile von großem Vorteil, daß wir uns in allen wichtigen Fragen verständigten. Die Erfolge unsrer Partei sind auf den verschiedensten Gebieten der Kommunalpolitik so auffallend, daß wir den bisher gegangenen Weg der Zusammenfassung aller sozialdemokratischen Kommunalpolitiker unbedingt weitergehen werden. Eine zielbewußte sozialdemokratische Kommunalpolitik darf sich niemals in einem Labyrinth von engsten Interessen verlieren. Die gleiche Weltanschauung zwingt uns Sozialdemokraten zum Einhalten der großen sozialdemokratischen Linie auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

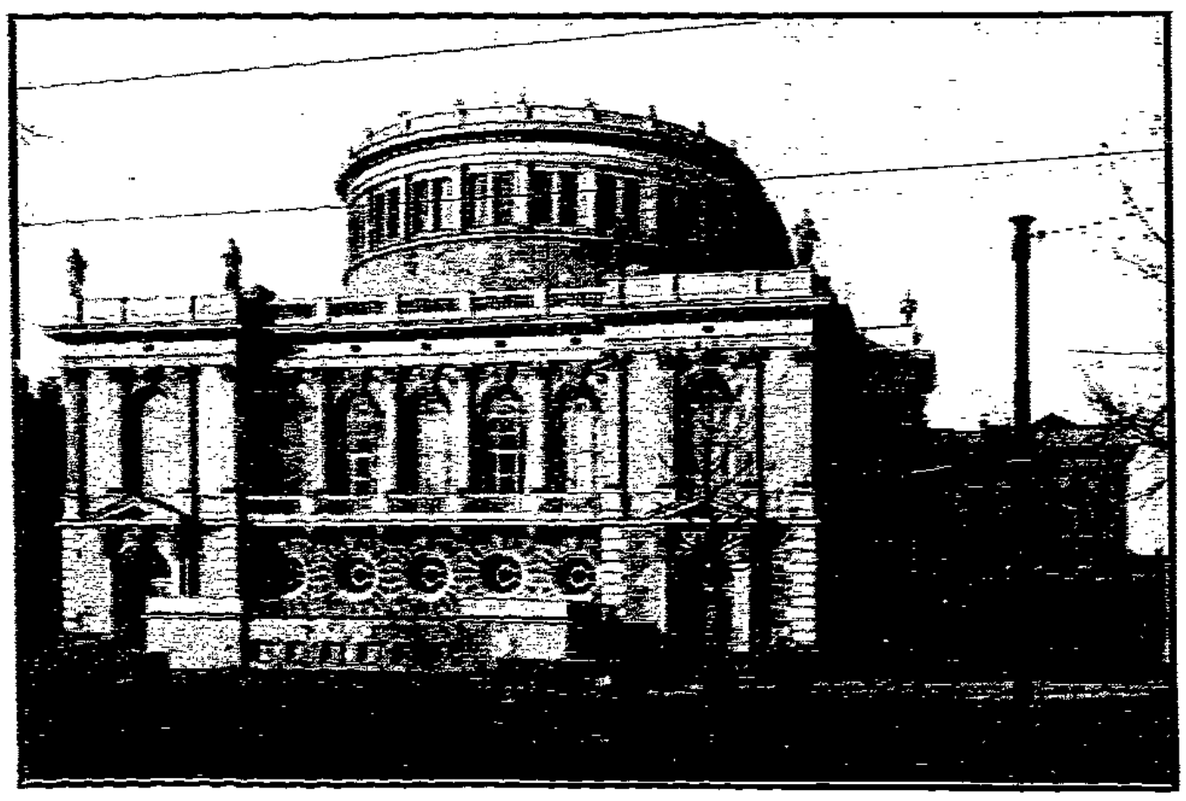
Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat die Bezirksleitung der Partei im Bezirk Magdeburg-Anhalt seit langem die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker organisatorisch zusammengefaßt. Im Bezirk haben wir 1700 Gemeinden mit 1291773 Einwohnern. Nicht weniger als 1591 Gemeinden haben unter 2000 Einwohner. Im Regierungsbezirk Magdeburg liegen aber auch 371 Gutsbezirke mit 52000 Einwohnern, die kein kommunales Wahlrecht haben. Dieser Zustand wird hoffentlich durch Verabschiedung der Preußischen Landgemeindeordnung endlich beseitigt. Im Regierungsbezirk Magdeburg gibt es 14, in Anhalt 5 Landkreise.

Im Provinziallandtag der Provinz Sachsen sind aus dem Regierungsbezirk Magdeburg 18 Sozialdemokraten; außerdem haben wir 2 Provinzialausschußmitglieder aus unserm Bezirk. In den 19 Landkreisen im Bezirk Magdeburg-Anhalt zählen wir von 438 Abgeordneten 180 Sozialdemokraten. In den 19 Kreisausschüssen vertreten 48 Sozialdemokraten, bei einer Gesamtzahl von 107 Kreisausschußmitgliedern, unsre Interessen. Von 14 preußischen Landräten sind 7 Sozialdemokraten, unter den 5 anhaltischen Kreisdirektoren befindet sich ein Sozialdemokrat.

Von rund 1100 Stadtverordnetensitzen haben wir 403, von 2550 Gemeindevertretersitzen 1135 erobert. 94 sozialdemokratische Stadträte und 245 Schöffen vertreten in Stadt und Land die Interessen der Sozialdemokratie. Die Partei stellt in Magdeburg und Halberstadt den Oberbürgermeister, in Aschersleben, Burg, Neuhaldensleben und Wernigerode den besoldeten Zweiten Bürgermeister, außerdem im ganzen Bezirk 9 sozialdemokratische besoldete Stadträte.

Rund 1800 sozialdemokratische Kommunalpolitiker sind es also, die organisatorisch zusammengefaßt werden mußten. In jedem Unterbezirk besteht ein Kommunalausschuß. Diese Unterbezirks-Kommunalausschüsse haben ihre Spitze im Bezirkskommunalausschuß und im Kommunalsekretariat. Im Anfang hat die organisatorische Zusammenfassung recht viel Arbeit gemacht. Heute läuft der Apparat bereits tadellos. Es gibt keine Fraktionssitzung in der Provinz oder in den Kreisen, wo nicht der Kommunalsekretär oder der zuständige Unterbezirkssekretär anwesend ist. Provinzialstädtetagen und Landgemeindetagen wird bereits durch unsre Vorarbeit der Stempel aufgedrückt.

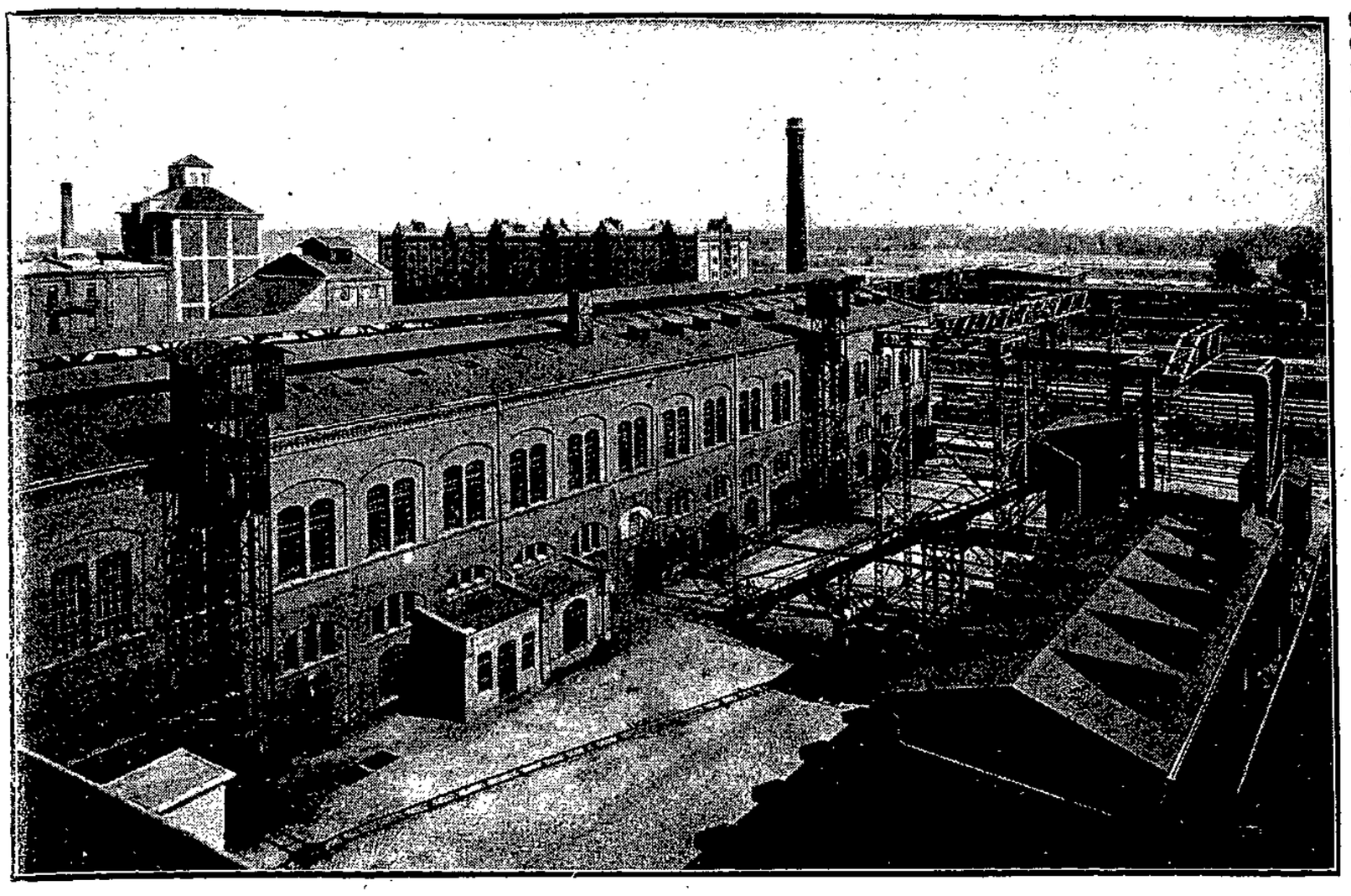
Die praktischen Erfolge sozialdemokratischer Gemeindepolitik im einzelnen werden zum Teil an andrer Stelle gewürdigt. Die Parteiorganisation Magdeburg-Anhalts kann sich mit den Erfolgen im allgemeinen sehen lassen. In Anhalt werden noch im Jahre 1927, in Preußen im Frühjahr nächsten Jahres die Wähler zu urteilen haben. Wir werden nicht nur bestehen können, sondern die Wählerschaft wird unsre Partei mit größerer Stärke in die Gemeindeparlamente schicken. Wenn dann im Jahre 1928 die Wahlen zum Reichstag sowie zum Preußischen Landtag gleichfalls ein Vordringen der Sozialdemokratie zeitigen, dann werden wir langsam, aber mit dauerndem Erfolg durch Zusammenarbeiten der Fraktionen in den gesetzgebenden Körperschaften und der Kommunalvertreter aus dem Lande unter der Kontrolle der Partei neue Positionen erobern können. —



Magdeburger Stadttheater.

Die Stadt als Arbeitgeberin

Von Stadtrat Wittmaack, M. d. L.

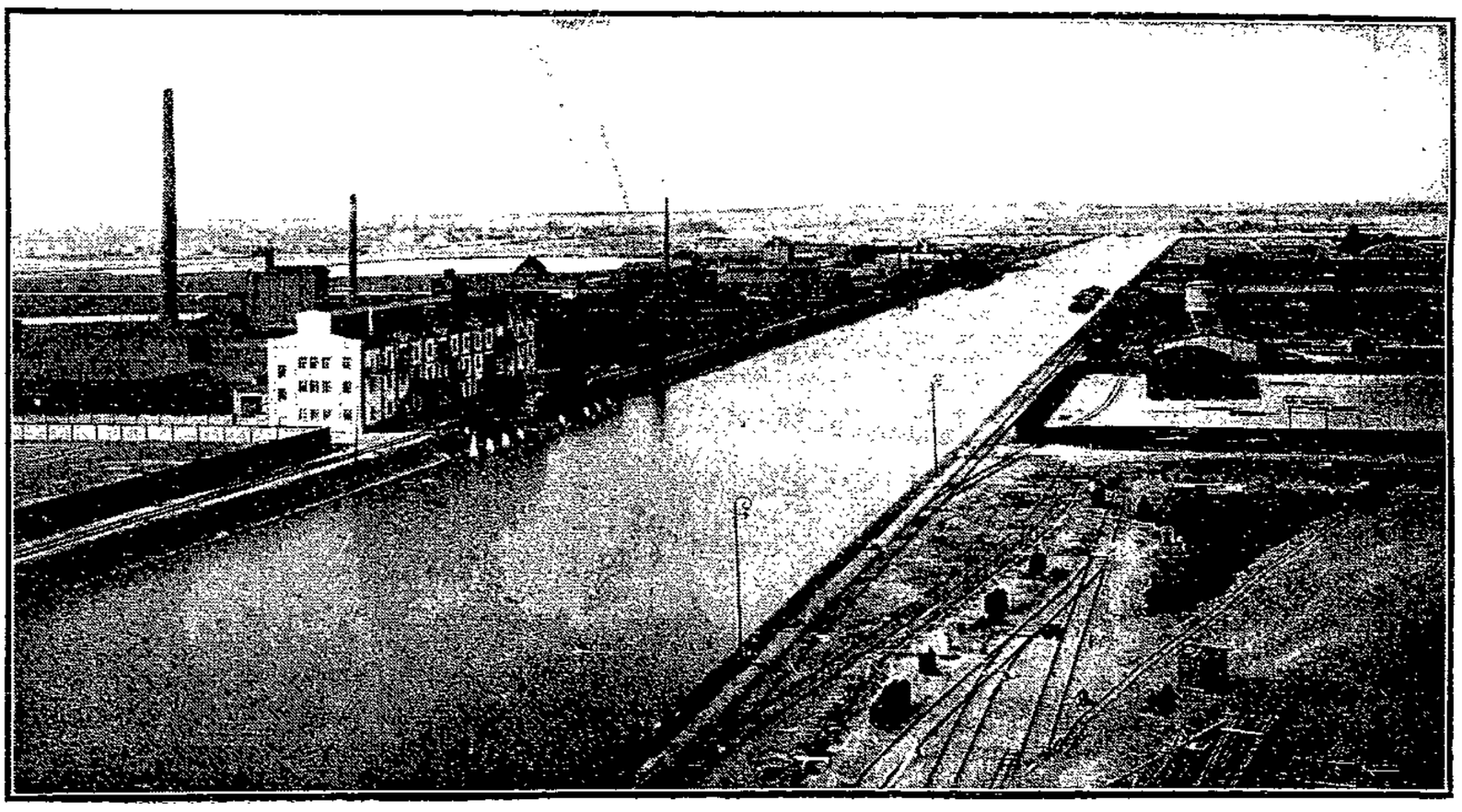


Das städtische Gaswerk.

Die Stadt als Arbeitgeberin — das ist für manche empfindsame Bürgerseele ein unerfreuliches Thema. So etwas sollte es gar nicht geben! Mit jedem Arbeiter mehr, den die Stadt einstellt, in eigner Regie, in eignen Betrieben beschäftigt, macht sie doch dem freien Gewerbe Konkurrenz, schmälert sie seinen Verdienst, beraubt ihn der Möglichkeit, seinen Pflichten als Steuerzahler gerecht zu werden und schädigt sich selbst, indem ihr Steuereinnahmen entgehen. Wir kennen alle dieses Lied, das immer wieder gesungen wird, wenn die Frage der städtischen Regie zur Debatte steht, wenn beraten wird, ob irgendeine Arbeit von der Stadt selbst, durch von ihr selbst angenommene Arbeiter ausgeführt oder an einen privaten Unternehmer vergeben werden soll. Aber das Lied klingt oft schon nicht mehr ganz so überzeugend wie ehedem. Seltener ist z. B. schon der Einwand geworden, daß die Stadt im eignen Betriebe teurer wirtschafte, als wenn sie die Arbeit vergebe. Die Tatsachen reden eine beredte Sprache, der sich niemand auf die Dauer entziehen kann. Unaufhaltsam wächst der Umfang der Aufgaben, die der öffentlichen Hand zugewiesen werden, und unaufhaltsam wächst auch die Einsicht, daß viele Aufgaben gar nicht anders zufriedenstellend gelöst werden können als nur in eigner Regie. Wer wollte heute noch die Forderung erheben, daß beispielsweise die Erzeugung von Gas, von elektrischem Strome, von Wasser der privaten Initiative überlassen werden müsse? Wer wollte heute noch verlangen, daß ein Betrieb wie ein Schlachthof privat betrieben wird? Wer wollte heute noch fordern, daß die Betreuung der umfangreichen Gartenanlagen einer modernen Großstadt dem Privatgärtner übertragen wird? Das alles sind Selbstverständlichkeiten geworden, an die niemand mehr rührt. Der Kampf dreht sich mehr um „kleinere" Dinge. Wenn eine städtische Druckerei eingerichtet oder erweitert werden soll, wenn es wünschenswert erscheint, etwa ein Bauvorhaben mit eignen Arbeitern auszuführen, dann melden sich die Gegner und kämpfen mit Feuereifer gegen die „drohende Vernichtung des freien Gewerbes." Aber sie kämpfen auf verlorenem Posten, ihre Argumente sind brüchig und leicht widerlegbar und jeder kleine „Sieg", den sie einmal davontragen, ist nur die Vorbereitung einer Niederlage beim nächsten Male. Die Zeit geht über sie hinweg und nichts hat zu verhindern vermocht, daß die Städte mehr und mehr zu großen Arbeitgebern geworden sind, die hinsichtlich der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter wahrlich nicht an letzter Stelle unter den Arbeitgebern stehen.

Das bisher Gesagte ist typisch für alle Gemeinden und auch Magdeburg machte davon keine Ausnahme. Auch hier kennen wir die Kämpfe um die eigne Stadt, auch hier war die Entwicklung unaufhaltsam, auch hier ist es dahin gekommen, daß die Stadt selbst zu den größten Arbeitgebern innerhalb ihres Weichbildes gehört. Mit fast konstanter Regelmäßigkeit steigt die Zahl ihrer Arbeiter, unterbrochen nur durch Schwankungen, die die Jahreszeit bedingt. Um nur die drei letzten Jahre herauszugreifen: Am 1. April 1925 betrug die Zahl der städtischen Arbeiter 1750, ein Jahr später schon 2133 und am 1. April dieses Jahres 2493. Rund 2500 Arbeiter: das ist eine stattliche Zahl! Sie finden direkt bei der Stadt Lohn und Brot, ungerechnet die vielen Tausende, denen die Stadt indirekt durch Vergebung von Aufträgen zu Beschäftigung und Verdienst verhilft. Die Zahlen vermitteln ein Bild von der Stärke, die der Stadt als wirtschaftlicher Organismus innewohnt. Man denke sich die Stadt als direkte und indirekte Arbeitgeberin ausgeschaltet — man wird erkennen, daß das ein absurder Gedanke ist.

Unter den verschiedenen städtischen Dienststellen beschäftigt die zahlreichsten Arbeiter die Garten- und Friedhofsverwaltung, nämlich 510. Ihr folgen das Gas- und Wasserwerk mit 406 und das Elektrizitätswerk mit 354. Dieser letzten Zahl nahe kommen die beiden Krankenanstalten der Stadt mit zusammen 340 Arbeitern. In weitem Abstand erscheinen dann die Straßenreinigung mit 170, die Tiefbauverwaltung mit 168, der Schlacht- und Viehhof mit 145, die städtischen Theater mit 125 und die Hochbauverwaltung mit 98 Arbeitern. Was noch übrigbleibt, verteilt sich auf zahlreiche kleinere Dienststellen. Hinzuzurechnen sind zu der Gesamtzahl noch die im städtischen Hafen beschäftigten 124 Arbeiter. Sie gelten nicht als städtische Arbeiter, weil sie von der Magdeburger Hafen- und Lagerhaus G. m. b. H. beschäftigt werden, an die die Stadt den Hafen verpachtet hat. Aber da die Stadt alleinige Inhaberin aller Anteile der Gesellschaft ist, so ist es nicht unberechtigt, die Zahl der Hafenarbeiter einzurechnen in die Gesamtzahl der Arbeiter, die durch die Stadt Beschäftigung erhalten. Zu erwähnen wäre auch noch, daß zeitweilig eine sehr erhebliche Zahl von Notstandsarbeitern von der Stadt beschäftigt wird.



Städtische Hafenanlage.

Sehr interessant ist ein Vergleich der Entwicklung, die die Arbeiterzahl bei einigen größern Dienststellen genommen hat. Es beschäftigten Arbeiter:

	1925	1926	1927
Gartenverwaltung	591	408	510
Gas- und Wasserwerk	343	364	406
Elektrizitätswerk	179	195	354
Tiefbauverwaltung	143	152	168

Während danach also die Gartenverwaltung einen Rückgang zu verzeichnen hat, ist beim Gas- und Wasserwerk und bei der Tiefbauverwaltung ein langsames stetiges Ansteigen festzustellen; das Elektrizitätswerk hingegen weist gegenüber dem letzten Jahr eine geradezu sprunghafte Steigerung auf. Es würde zu weit führen, im Rahmen dieses Artikels die Ursachen dieser Erscheinungen zu erörtern, jedoch mag hinsichtlich des Elektrizitätswerks vermerkt sein, daß die starke Steigerung der Arbeiterzahl gleichbedeutend mit einer starken Steigerung der Erzeugung eignen Stromes ist.

Das Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter ist natürlich, wie das bei einer modernen Kommune selbstverständlich ist, tariflich geregelt. Was heute eine Selbstverständlichkeit ist, das war in der Vorkriegszeit und noch weit in die Kriegszeit hinein ein für die Arbeiterschaft unerreichbares Ideal. Der Magistrat ließ sich in die Reglung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse „seiner" Arbeiter nicht hineinreden. Wehe dem Gewerkschaftssekretär, der einen solchen Versuch gemacht hätte. Er wäre mit Hohngelächter und derben Worten abgefertigt worden ob seines Unterfangens, sich in Dinge zu mischen, die „ihn nichts angehn". Und dreimal wehe einem städtischen Arbeiter, der es gewagt hätte, den Beratungen eines solchen „Hetzers" zu folgen und sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Seine Tage als städtischer Arbeiter wären bald gezählt gewesen. Heute ist es anders. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat die städtische Arbeiterschaft nahezu restlos organisatorisch erfaßt. Mit ihm ist auch der Tarifvertrag abgeschlossen, der Entlohnung und Arbeitsverhältnis überhaupt regelt. Als Gegenkontrahent tritt nicht die Stadt selbst auf, sondern der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden, der nahezu alle öffentlichen Arbeitgeber der Provinz Sachsen und der Freistaaten Anhalt und Braunschweig umfaßt und dem die Stadt Magdeburg als größte Arbeitgeberin unter allen Gemeinden des Verbandsbezirks angehört. Die generellen Fragen des Arbeitsverhältnisses werden durch den Reichsmanteltarif für die Gemeindearbeiter geregelt, der zwischen den Spitzenorganisationen der beiden Parteien abgeschlossen ist. Die bezirklichen Fragen, und dabei in erster Linie die Lohnfrage, regelt ein Bezirkslohntarifvertrag. Seine Lohntafel teilt die städtische Arbeiterschaft in neun Gruppen auf, deren Löhne in sich wieder schwankend sind je nach dem Lebensalter der Beschäftigten. Gerade in diesen Tagen wird wieder eine neue Lohntafel in Kraft treten. Sie sieht als höchsten Lohn in der Gruppe I — Handwerker an besondern Arbeitsplätzen — einen Stundenlohn von 80 Pfennig vor. Den niedrigsten Lohn erhalten jugendliche ungelernte Arbeiter im Alter von 16 Jahren mit 30 Pfg. pro Stunde. Neben dem Lohn wird an verheiratete Arbeiter ein Hausstandsgeld von 3 Pfg. für die Stunde und für jedes Kind eine Kinderbeihilfe von ebenfalls 3 Pfg. pro Stunde gezahlt. Urlaub, Krankenlohn werden gewährt und sind wie viele andre Fragen natürlich auch tarifvertraglich geregelt. Ihren invalid gewordenen Arbeitern gewährt die Stadt einen Ruhelohn und den Hinterbliebenen verstorbener Arbeiter ein Witwen- und Waisengeld. Die Bestimmungen hierüber — die sog. Ruhelohnordnung — werden gegenwärtig umgearbeitet und sollen weitere Verbesserungen erfahren, u. a. Erhöhung der Bezüge, Einräumung eines Rechtsanspruchs auf sie, usw. Die der Stadtverordneten-Versammlung zurzeit hierüber unterbreitete Vorlage des Magistrats sieht einen Ruhelohn bis zu 80 Prozent des zuletzt bezogenen Lohnes vor, wobei bestimmt ist, daß der Ruhelohn auch nach einem früher bezogenen höhern Lohn berechnet werden kann, wenn der Arbeiter etwa infolge verminderter Arbeitsfähigkeit zur Zeit seines Uebertritts in den Ruhestand in eine niedrigere Lohngruppe versetzt war.

Mit den bisherigen Erörterungen ist das Thema indessen keineswegs erschöpft. So unterhält die Stadt noch das Rieselgut Körbelitz, das je nach der Jahreszeit 100 bis 180 Arbeiter beschäftigt. Sie ist an verschiedenen gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt, so u. a. an der Magdeburger Straßeneisenbahn-Aktiengesellschaft, deren Aktienmehrheit in ihrer Hand ist. Auch bei diesen Unternehmungen tritt die Stadt sonach mittelbar als Arbeitgeberin auf; beispielsweise beschäftigt die Straßenbahn ein Personal von rund 1100 Köpfen. Rechnet man zu alledem noch das große Heer der Beamten und Angestellten, das nicht weniger als 3426 Personen — nämlich 1137 Beamte und 1289 Angestellte — umfaßt, dann rundet sich das Bild, das uns zeigt, daß heute eine moderne Großstadt als Arbeitgeberin eine ganz außerordentliche Bedeutung hat. Das Wirtschaftsleben wird durch sie in ungewöhnlichem Maße befruchtet. In tausende Kanäle fließen die Löhne, die Gehalte, die die Stadt an die bei ihr Beschäftigten zahlt, und Handel und Wandel ziehen daraus ihren Vorteil. —

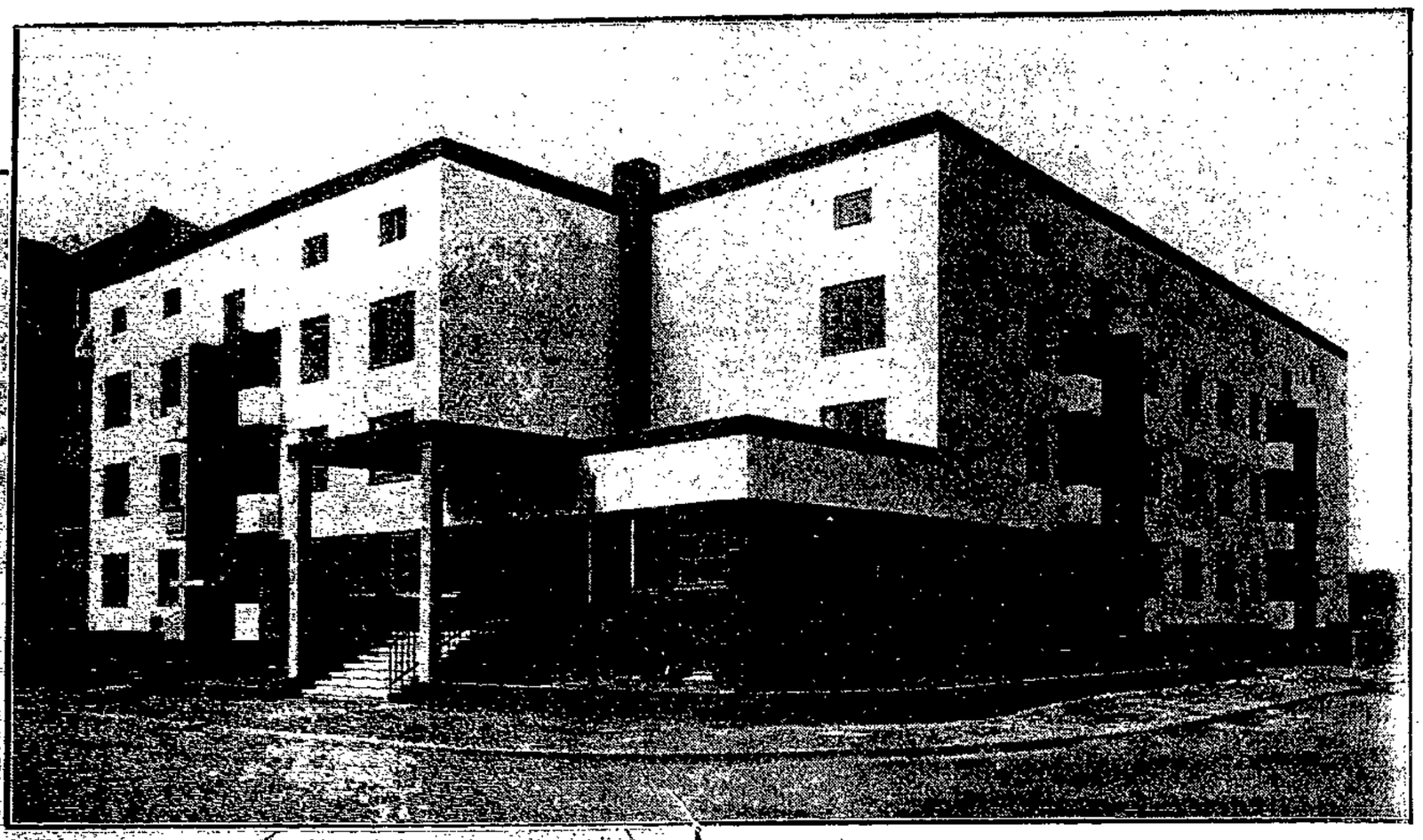
Ich bin der Ansicht, daß mein Leben der ganzen Gemeinschaft gehört. Solange ich lebe, ist es meine Ehrensache, für dieselbe zu tun, was ich kann. Ich wünsche, aufgebraucht zu sein, wenn ich sterbe, denn je mehr ich arbeite, desto mehr habe ich gelebt. Ich freue mich im Leben an unsrer eignen Sache.

Georg Bernard Shaw.

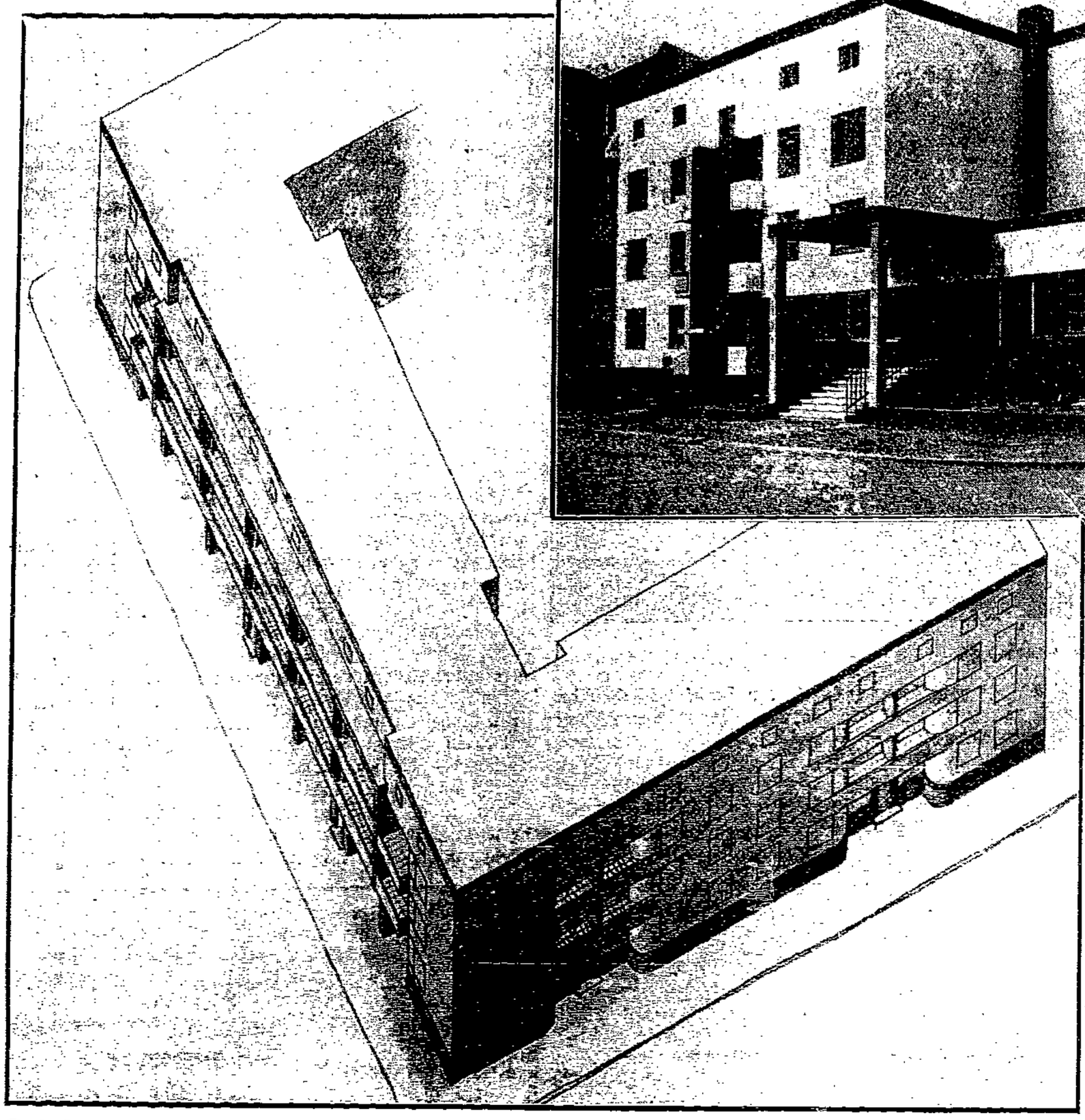
Von der Tätigkeit der Magdeburger Bauhütte

Ob Wahrheit sich verkrochen,
die Zeit, sie wird sie suchen;
sie wird sie wohl auch finden,
sie bleibet nicht dahinten.

Logau.



Haus der Bauhütte, Jordanstraße. Entwurf: Krayl.



Wohnbauten der Bauhütte, Jordan- und Brunnerstraße im Bau. Entwurf: C. Krayl.

Organisierte Arbeit

Die Magdeburger Bauhütte ist eins der größten Bauunternehmen in Magdeburg. Am 23. Mai 1922 erfolgte die Gründung als Nachfolgerin der Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft. Diese Arbeitsgenossenschaft wurde im Jahre 1919 gegründet. Gewissermaßen als Geburtsurkunde drucken wir folgendes Flugblatt ab:

Arbeiter! Erwerbslose!

Entsprungen aus den Forderungen der Zeit und dem Drängen aller nach Selbsthilfe, hat sich in Magdeburg eine

Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft, E. G.

gegründet. Sie bezweckt durch Uebernahme von Arbeiten in eigner Regie den Genossen Existenzmöglichkeiten bei guter Bezahlung und unter Ausschaltung des Unternehmergewinns zu sichern.

Von jeder ausgeführten Arbeit werden 50 Prozent des Reingewinns den einzelnen Genossen bei Anrechnung der geleisteten Arbeitsstunden rückvergütet. Weitere 50 Prozent werden zu Siedlungszwecken zurückgestellt.

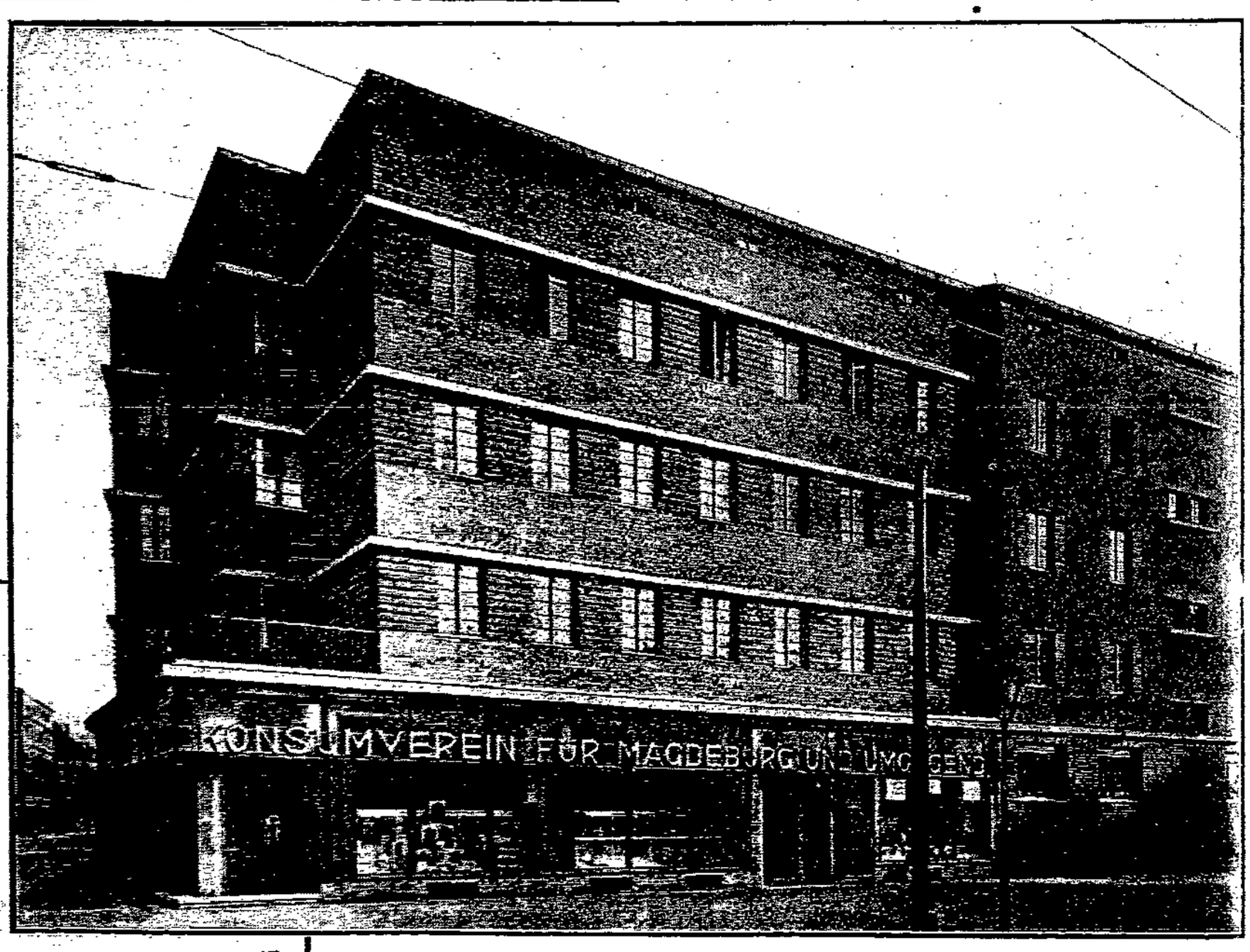
Staat, Kommune und örtliches Gewerkschaftskartell sind mit den Bestrebungen des Unternehmens einverstanden, unterstützen es und gewährleisten reelles Geschäftsgebahren.

Nähere Auskunft: Geschäftsstelle Georgenplatz 10, I und durch das städtische Arbeitsamt.

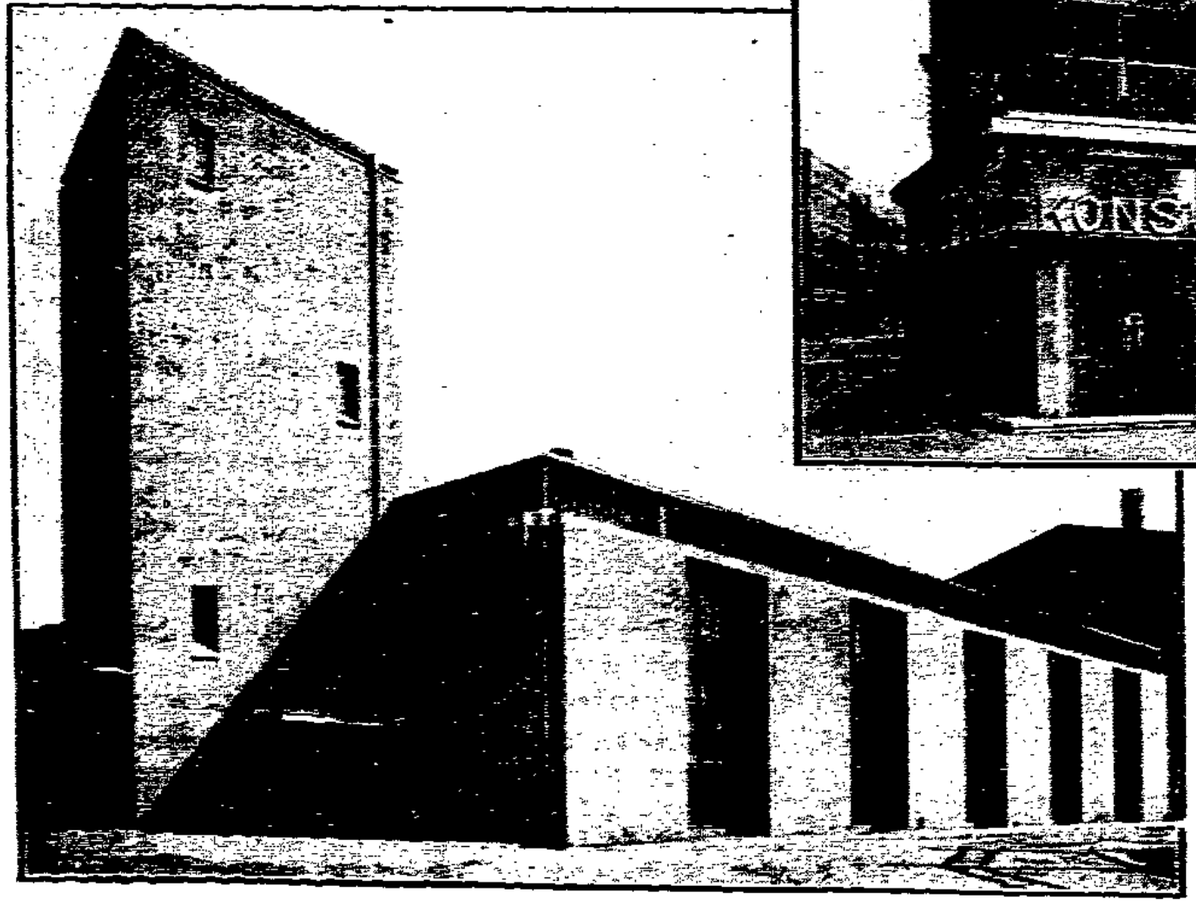
Die Genossenschaft hatte zunächst schwer zu kämpfen. Als einzigen Auftrag zu Beginn des Jahres 1920 hatte das Unternehmen die Ausgestaltung des Forts 11 in eine gärtnerische Anlage. Diese Arbeit galt als Prüfstein und wurde zur größten Zufriedenheit ausgeführt. Dann gab es Erdbewegungsarbeiten auf der Kaserne Mark, denen sich bald Maurerarbeiten anschlossen. Außer Erdarbeiten für den Verein für Kleinwohnungswesen wurden auch für Private kleinere Aufträge durchgeführt. Die Zahl der Beschäftigten betrug anfangs 70 Genossen; am Ende des Jahres 1920 waren es schon 125. Die Gesamtzahl der Arbeitsstunden betrug im gleichen Jahre 205 950 und erforderte den Betrag von 993 334 Mark.

Im Jahre 1921 gelang es der Genossenschaft, reichliche Beschäftigung zu beschaffen und umfangreiche Aufträge aus der Privatindustrie zu erhalten. Die Zahl der Beschäftigten betrug am Ende dieses Jahres 208 Genossen. Durchschnittlich wurden 6 Poliere, 69 Maurer, 14 Zimmerer, 15 Steinsetzer, 9 Lehrlinge, 101 Arbeiter mit einer Gesamtarbeitsleistung von 166 934 Stunden beschäftigt. Die Bestrebungen, gemeinnützig zu wirken, stießen auf großen Widerstand. Selbst große Teile der Arbeiterschaft verhielten sich ablehnend oder passiv. Diese Voreingenommenheit beruhte größtenteils auf Unkenntnis über die Absichten und Ziele.

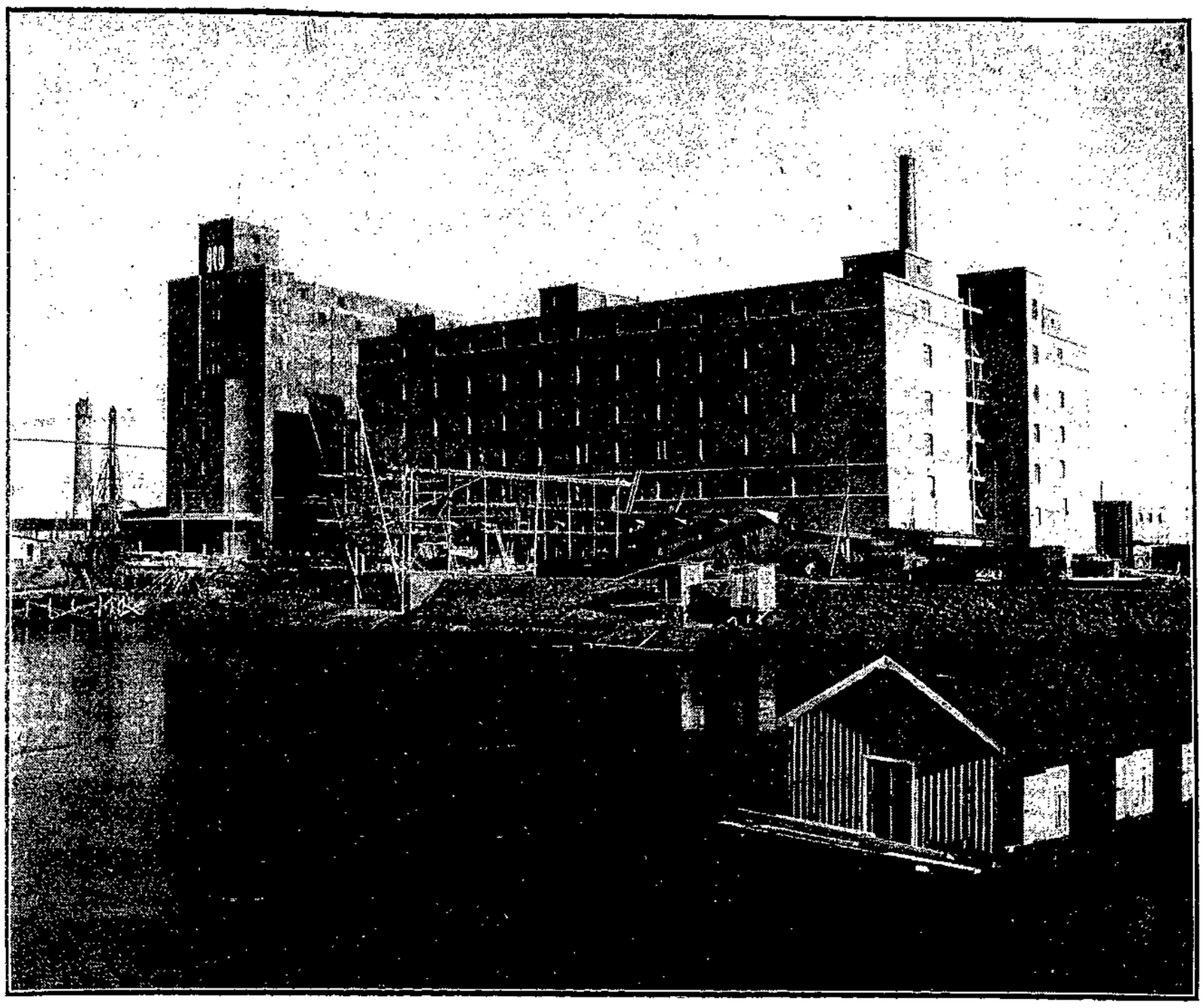
Nachdem die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft in Liquidation getreten war, um als neue Bauhütte nach den Richtlinien des Verbandes sozialer Baubetriebe umgestellt



Haus Ecke Rogätzer und Hafenstraße. Entwurf: Städtisches Erweiterungsamt.



Haus: Kanten auf der Gasenholz. Entwurf: Städtisches Hochbauamt.



Mühle der G. E. G. im Industrie-Gelände. Ausführung: Bauhütte. Entwurf: Bureau der G. E. G. Hamburg.

zu werden, erfolgte am 23. Mai 1922 die Gründung der Bauhütte Magdeburg als Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von 320 500 Mark. Beteiligt haben sich an der Gründung: die Stadt Magdeburg, die Mitteldeutsche Heimstätte, der Bauhüttenbetriebsverband Sachsen-Anhalt, der Ortsausschuß Magdeburg des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, von den baugewerblichen Verbänden die Bauarbeiter, Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, die Maschinisten und Heizer, die Holzarbeiter, Maler, Steinsetzer und Steinarbeiter, die Töpfer, Glaser und Zimmerer, der Verein der Poliere, der Bund der technischen Beamten und Angestellten (Butab) und der Bezirksverein Oschersleben vom Deutschen Bauarbeiterverband.

Die Bauhütte Magdeburg hat sich allen Geschäften spekulativer Art ferngehalten. Sie ist deshalb durch die Inflation ohne Schwierigkeiten hindurchgekommen und hat auch unter ihren Nachwirkungen nicht in dem Maße zu leiden gehabt, wie es bei vielen andern Baubetrieben der Fall war. Den Gesellschaftern konnte bei der Umstellung ihr Kapital zu dem vollen Goldwert in Anrechnung gebracht werden. Das Vertrauen der Gewerkschaften kam darin zum Ausdruck, daß diese der Geschäftsleitung schon im Jahre 1925 bei der Umstellung der Bilanz ein Betriebskapital von 50 000 Goldmark zur Verfügung stellten. Mit diesem Kapital konnte an den weitern Ausbau des Betriebes herangegangen werden. Es mußten für die drei Abteilungen der Bauhütte, Hoch-, Tief- und Straßenbau umfangreiche Anschaffungen vorgenommen werden. Aufzüge, Betonmaschinen, Kräne, mußten beschafft werden. Die Zimmerei wurde mit Holzbearbeitungsmaschinen ausgestattet. Die großen Bauvorhaben machten eine Festlegung erheblicher Mittel im Rüstungs- und Gerätepark notwendig. Im Jahre 1924 ging die Bauhütte zum erstenmal daran, ein eignes Bauvorhaben aufzuziehen. An der Ecke Hafen- und Rogätzer Straße wurden 54 Wohnungen erbaut und dem städtischen Wohnungsamt zur Vermietung zur Verfügung gestellt. Es wurden in diesen Bauten die Geschäftsräume der Volksfürsorge geschaffen und ein größeres Konsumvereinslager bereitgestellt.

Die Notwendigkeit, für den Betrieb der Bauhütte geeignete Bureauräume unweit des Betriebes und des Lagerplatzes zu schaffen, veranlaßte die Bauhütte, im Jahre 1926 ein weiteres Bauvorhaben an der Jordanstraße mit 26 Wohnungen in Angriff zu nehmen. Diese Bauten sind jetzt fertiggestellt, und endlich nach 5jährigem Bestehen, konnte die Bauhütte ihre Bureauräume, wie sie dem Ansehen des Betriebes entsprechend notwendig waren, im eignen Hause einrichten und beziehen.

Zur Erläuterung der Entwicklung des Betriebes mögen nachfolgende Zahlen beitragen:

Im Jahre 1924 betrug die Durchschnittszahl der Beschäftigten 176 Mann, die Summe des Lohn- und Gehaltkontos 293 914,78 Mark; im Jahre 1925 betrug die Durchschnittszahl der Beschäftigten 380 Mann, die Summe des Lohn- und Gehaltkontos 790 073,07 Mark; im Jahre 1926 betrug die Durchschnittszahl der Beschäftigten 326 Mann, die Summe des Lohn- und Gehaltkontos 734 794,46 Mark; im Jahre 1927 sind für die Hälfte des Jahres bereits 630 972,02 Mark an Lohn und Gehalten bezahlt, während die Zahl der Beschäftigten zurzeit auf 640 Personen angestiegen ist.

Die Auftraggeber der Bauhütte waren in der Hauptsache die hier ansässigen Baugesellschaften und Baugenossenschaften, städtische und staatliche Behörden sowie auch eine große Anzahl privater Unternehmungen. Die Bauhütte Magdeburg kann heute mit Befriedigung erklären, daß sie in Magdeburg zu den leistungsfähigsten Betrieben des Baugewerbes in allen drei Abteilungen gerechnet wird, so daß bei größern und schwierigeren Bauaufträgen die Offerten der Bauhütte Magdeburg eingeholt werden.

Den Wünschen verschiedener Genossenschaften, Filialbetriebe in umliegenden Ortschaften einzurichten, konnte noch nicht entsprochen werden. Die Bauhütte hat jedoch in Salzwedel, Burg und in Ottersleben größere Aufträge übernommen und zum Teil schon durchgeführt.

Wenn auch die Geschäftsleitung auf die Entwicklung des Betriebes in den ersten 5 Jahren mit einer gewissen Befriedigung zurückblicken kann, so bleibt doch noch sehr viel zu tun, den Betrieb nach außen und innen weiter auszubauen. Dazu ist in erster Linie notwendig, daß der Bauhüttengedanke in der Belegschaft vertieft, ferner der Wille zur freudigen Mitarbeit in den Kreisen der Gewerkschaften stärker wird.

Unter diesen Voraussetzungen wird es der Bauhütte möglich sein, wie bisher weiter zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Verbilligung der Baupreise beizutragen, und unter dieser Voraussetzung sprechen wir die zuversichtliche Hoffnung aus, daß in der Entwicklung des Betriebes kein Stillstand eintreten, sondern diese wie bisher stetig fortschreiten möge. —

Bilder von Kanalbauten der Bauhütte.

Verband sozialer Baubetriebe

165 Betriebe. 22000 Angestellte und Arbeiter. Umsatz 1926: 81 Millionen Mark.

Von den Betrieben wurden ausgeführt Maler-, Tischler-, Dachdecker-, Zimmerer-, Glaser-, Maurer-, Architektur-, Klempner-, Elektriker-, Schlosser-, Gipser-, Steinsetzer- und Steinhauer-, Töpferei- und Ofensetzer-, Rohrleger-, Dachpappen- und Asphalt-, Stukkateur-, Mühlenbau-, Tiefbau-, Sandgruben, Sägewerke, Zementsteinwerke, Schlackensteinwerke, Steinbrüche, Schiefergrube, Holzbearbeitungsfabrik und Ziegeleien und Entwässerungsanlagearbeiten. Außerdem wurden betrieben von den Betrieben Bau- und Möbelschreinerei und Bau- und Möbelanstreicherei.

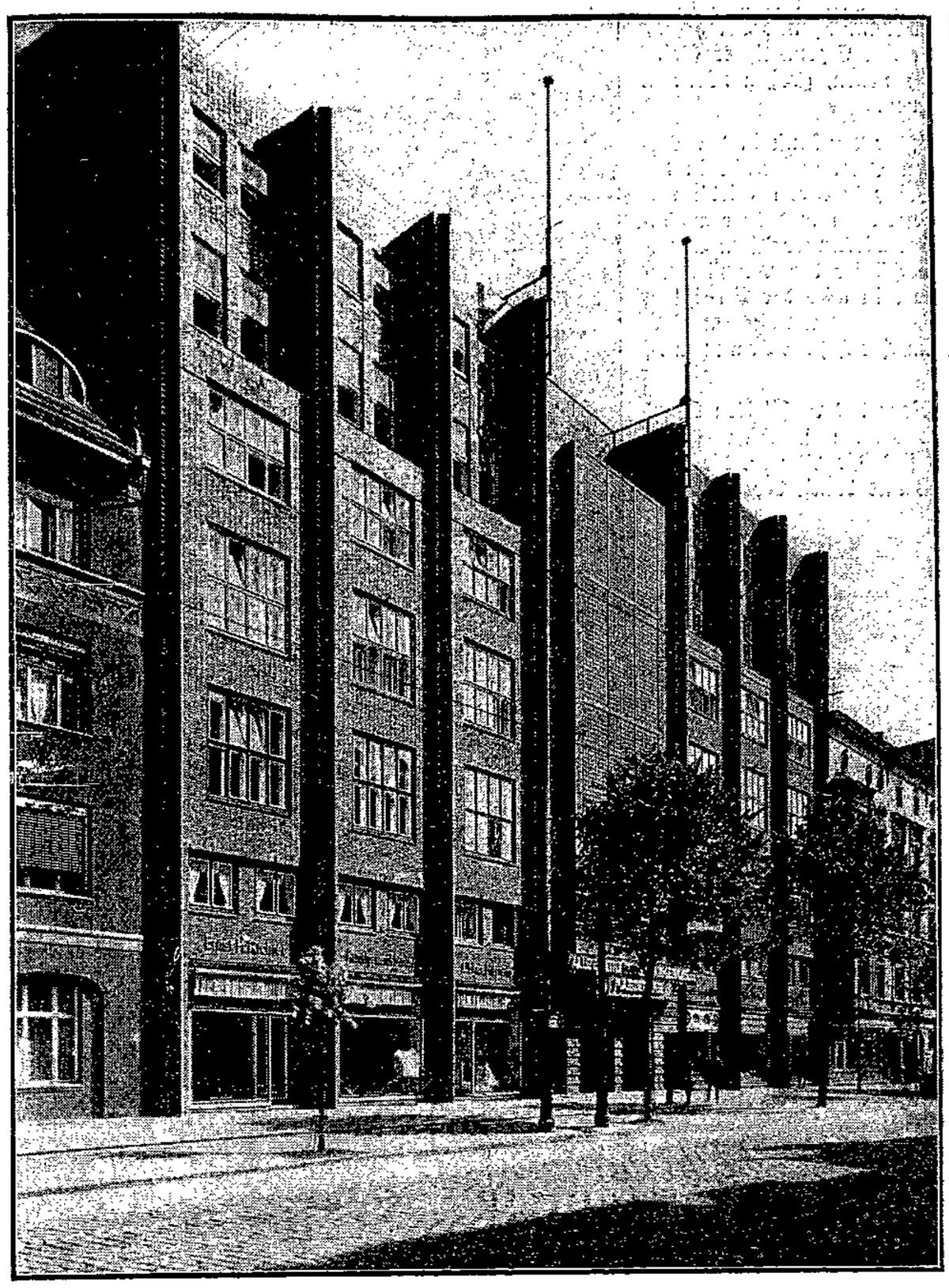
Alfeld: Bauhütte Alfeld, soziale Baugesellschaft m. b. H., Gabelsbergerstraße 4b.
Altenburg i. Thür.: Bauhütte Ostthüringen G. m. b. H., Lessingstraße 1.
Anklam: Gemeinnützige Bauarbeitergenossenschaft e. G. m. b. H., Ravelinstr. 8.
Apolda: Bauhütte Apolda e. G. m. b. H., Bernhardtstraße 27.
Arnstadt: Baugenossenschaft e. G. m. b. H., Vor dem Riedtor 10.
Aschaffenburg: Bauhütte Aschaffenburg, soz. Bauges. m. b. H., Fischergasse 24.
Aue i. Erzgeb.: Bauhütte Erzgebirge, soziale Baugesellsch. m. b. H., Goethestr. 5.
Augsburg: Bauhütte Schwaben und Neuburg G. m. b. H., Singerstraße 12a.
Barmen: Bauhütte Barmen-Elberfeld u. Umgegend, Baugesellschaft m. b. H., Schönebecker Straße 145a.
Bayreuth: Oberfränkische Bauhütte, soz. Bauges. m. b. H., Richard Wagner-Str. 24.
Berlin: Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., N 24, Friedrichstraße 120.
Berlin: Bauhütte Berlin, soziale Baugesellsch. m. b. H., SW 48, Wilhelmstr. 106.
Berlin: Baustoffhütte G. m. b. H., N 24, Friedrichstraße 120.
Berlin: Deutsche Bauhütte G. m. b. H., C 2, Burgstraße 21, I.
Berlin: Glaserhütte G. m. b. H., N 24, Friedrichstraße 120.
Berlin: Hawag, Heiz- u. Wasseranlagen G. m. b. H., SO 18, Landsberger Str. 92.
Berlin: Malerhütte Berlin, soziale G. m. b. H., NO 18, Landsberger Allee 38/39.
Berlin: Steinmetzhütte Berlin, Gemeinnützige G. m. b. H., Bln.-Baumschulenweg, Kiefholzstraße, gegenüber dem Krematorium.
Berlin: Berliner Töpferhütte G. m. b. H., SO 26, Waldemarstraße 14.
Brandenburg a. d. H.: Bauhütte G. m. b. H., Steinstraße 41.
Bremen: Bauhüttenbetriebsverband Unterweser-Ems G. m. b. H., Fangturm 8/9.
Bremen: Bauhütte Hansa, soziale Baugesellschaft m. b. H., Grünenstraße 25.
Breslau: Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., I, Margaretenstraße 17.
Breslau: Bauhüttenbetriebsverband Schlesien G. m. b. H., I, Margaretenstr. 17.
Breslau: Bauhütte Breslau G. m. b. H., VIII, Stolzestr. 3/11 u. 4/14; Telephon Ohle 3300 und 6876; Postscheck 58391.
Breslau: Malereigesellschaft m. b. H., I, Margaretenstraße 18.
Breslau: Sägewerk Vorderheide, G. m. b. H.
Brieg: Bauhütte Brieg, soziale Baugesellschaft m. b. H., Holzmarkt 4a.
Buer i. W.: Bauhütte Buer-Gladbeck, soz. Bauges. m. b. H., Gladbecker Str. 54.
Bunzlau: Bauhütte Bunzlau, soziale Baugesellschaft m. b. H., Niedermühlstr. 30.
Cassel: Bauhütte Kurhessen G. m. b. H., Holländische Straße 155.
Celle: Bauhütte Celle, soziale Baugesellschaft m. b. H., Zöllnerstraße 9.
Cuxhaven: Bauhütte Cuxhaven G. m. b. H., Katharinenstraße 19.
Cottbus: Bauhütte G. m. b. H., Königsplatz 1.

Alle Schreiben für die Bauhütten Forst, Guben und Senftenberg sind mit einem entsprechenden Vermerk an die Bauhütte Cottbus zu richten.

Darmstadt: Bauhütte für Darmstadt u. Umg., soz. Bauges. m. b. H., Bismarckstr. 19.
Delmenhorst: Bauhütte Zukunft, Gemeinnütz. Bauges. m. b. H., Cramerstr. 25.
Dessau: Bauhütte Anhalt, soziale Baugesellschaft m. b. H., Kaiserplatz 2.
Detmold: Bauhütte Land Lippe, soziale Baugesellschaft m. b. H., Dokrotweg 8.
Dieringhausen i. Rhld.: Oberbergische Bauhütte, soziale Baugesellschaft m. b. H., Gustav-Adolf-Straße 6.
Dresden-A.: Bauhüttenbetriebsverband Ostsachsen G. m. b. H., Fröbelstraße 38.
Dresden-A. 5: Bauhütte Dresden, soziale Baugesellsch. m. b. H., Bremer Str. 1.
Dresden-A.: Malereigenossenschaft Dresden e. G. m. b. H., Holbeinstraße 48.
Eisenach: Bauhütte Eisenach, soziale Baugesellschaft m. b. H., Sophienstraße 7.
Elbing: Bauhütte Elbing m. b. H., Spieringstraße 21.
Emden: Bauhütte Frisia G. m. b. H., Neuer Markt 4.
Erfurt: Bauhütte Erfurt, soziale Baugesellschaft m. b. H., Boyneburgufer 10.
Essen (Ruhr): Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., Kahrstraße 75.
Essen (Ruhr): Bauhüttenvertriebsverb. Ruhrkohlenbezirk G. m. b. H., Kahrstr. 75.
Essen (Ruhr): Gemeinnütziger Bauverein A.-G. Essen-Stadtwald, Kahrstr. 75.
Essen (Ruhr): Bauhütte Essen, soziale Baugesellschaft m. b. H., Kahrstraße 75.
Essen (Ruhr): Bauhütte Ruhrkohlenbezirk G. m. b. H., Kahrstraße 75.
Essen (Ruhr): Malerei-G. m. b. H., Elisenstraße 12.
Eutin: Bauhütte Eutin, soziale Baugesellschaft m. b. H., Elisabethstraße 48a.
Flensburg: Bauhütte Flensburg, soziale Baugesellschaft m. b. H., Schloßstr. 42.
Flensburg: Malerei-Gesellschaft Flensburg G. m. b. H., Harrisleer Straße 5.
Forst i. L.: Bauhütte Baugesellschaft m. b. H., Dünenweg 6.
Frankfurt a. d. O.: Bauhütte G. m. b. H., Gelbe Presse 23.
Frankfurt a. M.: Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., Bezirk Hessen, Allerheiligenstraße 89.
Frankfurt a. M.: Bauhüttenbetriebsverband Hessen und Hessen-Nassau, Allerheiligenstraße 89.
Frankfurt a. M.: Bauhütte Frankfurt a. M. G. m. b. H., Große Gallusstr. 17.
Freiburg i. Br.: Bauhütte Freiburg i. Br., Gem. Bauges. m. b. H., Schwabentorplatz 3.
Gelsenkirchen: Bauhütte Grundstein, soziale Bauges. m. b. H., Holbeinstraße 6.
Gießen: Bauhütte für die Kreise Gießen-Wetzlar, soziale Baugesellsch. m. b. H., Schützenstraße 15.
Glauchau i. S.: Bauhütte Glauchau, Gemeinnützige Bauges. m. b. H., Albanstr. 4.
Görlitz: Bauhütte für die Oberlausitz, soziale Baugesellsch. m. b. H., Luisenstr. 8.
Göttingen: Bauhütte Göttingen, soz. Bauges. m. b. H., Maschmühlenweg 8/10.
Greiz i. Thür.: Bauhütte Greiz u. Umg., soziale Bauges. m. b. H., Kirchplatz 2a.
Grünberg i. Schl.: Bauhütte Niederschlesien Nord, Bauges. m. b. H., Bismarckstr. 9.
Guben: Bauhütte Guben u. Umg., soziale Baugesellschaft m. b. H. in Liqu., Grunewalder Straße 12.
Gumbinnen: Bauhütte, soziale Baugesellschaft m. b. H., Friedrichstraße 11.
Halle a. d. S.: Mitteldeutsche Bauzentrale G. m. b. H., ehemaliger Flugplatz.
Hamburg: Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., I, Kirchenallee 45.
Hamburg: Bauhütte Bauwohl G. m. b. H., 25, Claus-Groth-Straße 1.
Hamburg: Hamburger Isolierwerke für Kälte- und Wärmeschutz G. m. b. H., 25, Eckhof 49.
Hamburg: Klempnereibetriebsgenossenschaft e. G. m. b. H., 35, Hammerdeich 26.
Hamburg: Malerei-Gesellschaft m. b. H., 13, Bogenstraße 45.
Hamburg: Bauhütte Nord G. m. b. H., 1, Alsterdamm 7, III.
Hamburg: Bauhütte Mecklenburg G. m. b. H., Sitz Rostock, Geschäftsstelle Hamburg 1, Alsterdamm 7, III.
Hamburg: Tischlerei-Gesellschaft m. b. H., 39, Formannstraße 6/8.
Hamburg: Gemeinnützige Töpfereigesellschaft m. b. H., 13, Mittelweg 22/24.
Hameln: Bauhütte Hameln G. m. b. H., Alter Höhenweg 10.
Hannover: Bauhüttenbetriebsverband Bezirk Hannover, Nikolaistraße 7, 3. 17.
Harburg a. d. E.: Bauhütte Harburg, soz. Bauges. m. b. H., Winsener Straße 10.
Heide: Baugesellschaft m. b. H., Am Kleinbahnhof.
Hannover: Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., Bez. Südwest, Odeonstr. 16.
Heidelberg: Bauarbeitergenossenschaft Heidelberg u. Umg. e. G. m. b. H., Am alten Güterbahnhof 25.
Heilbronn a. N.: Bauhütte G. m. b. H., Gildenstraße 9/13.
Herne i. W.: Soziale Bauhütte für den Bezirk Herne, soziale Baugesellschaft m. b. H., Bahnhofstraße 4c.
Hildesheim: Bauhütte Hildesheim, soziale Baugesellsch. m. b. H., Goschenstr. 24.
Holzminden: Bauhütte Oberweser, soz. Bauges. m. b. H., Auf dem Grimmenstein 2.
Husum: Bauhütte Husum, soziale Baugesellschaft m. b. H., Industriegelände.
Itzehoe: Bauhütte Itzehoe, soziale Baugesellschaft m. b. H., Vor dem Delfter.
Jena: Glaser- und Tischlereiwerkstätten Jena G. m. b. H., Kahlaische Straße 9.
Jena: Bauhütte Jena u. Umg., Baugesellschaft m. b. H., Kahlaische Str. (hinter Rasenmühle).
Kaiserslautern: Bauhütte Baden-Pfalz G. m. b. H., Sitz Karlsruhe, Gr. Graben 5.
Karlsruhe (Baden): Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., Bezirk Südwest, Schützenstraße 16.
Karlsruhe (Baden): Bauhütte Baden-Pfalz, Sitz Karlsruhe, Schützenstraße 16.
Karlsruhe (Baden): Bauhütte Karlsruhe, Gemeinnütz. Baugesellschaft m. b. H., Rotteckstraße 17.
Karlsruhe (Baden): Bauhütten Baden u. d. Pfalz G. m. b. H. (Rastatt), Wilhelmstraße 47.
Kempten i. Allg.: Bauhütte Allgäu G. m. b. H., Wiesstraße 37.
Kiel: Bauhütte Kiel, soziale Baugesellschaft m. b. H., Eichkamp 7/9.
Kiel: Malerei-Genossenschaft e. G. m. b. H., Harmsstraße 32.
Kolberg: Bauhütte Kolberg, soziale Baugesellschaft m. b. H., Haberlingstraße 43.
Köln a. Rh.: Bauhüttenbetriebsverb. Rheinland G. m. b. H., Mansfelder Str. 68.
Köln a. Rh.: Bauhütte Köln, soziale Baugesellschaft m. b. H., Aachener Str. 27.
Köln a. Rh.: Werkstätten für Anstrich und Malerei Köln, soziale Gesellschaft m. b. H., Perlengraben 68/70.
Königsberg i. Pr.: Verband soz. Baubetriebe G. m. b. H., Löbn. Langgasse 19.
Königsberg i. Pr.: Bauhüttenbetriebsverband Deutschland Ost G. m. b. H., Löbn. Langgasse 19.
Königsberg i. Pr.: Ost Hawag, Ostpreuß. Heiz- und Wasseranlagen G. m. b. H., Beekstraße 25, I.
Königsberg i. Pr.: Bauhütte Königsberg i. Pr. G. m. b. H., Königstraße 68.
Königsberg i. Pr.: Malerhütte, soz. Malereigesellsch. m. b. H., Löbn. Langgasse 19.
Königsberg i. Pr.: Produktiv-Baugesellschaft m. b. H., soziale Baugesellschaft, Löbn. Langgasse 19.
Köslin: Bauhütte Köslin, soziale Baugesellschaft m. b. H., Neuklenzer Straße 27.
Krefeld i. Rhld.: Bauhütte Krefeld, soziale Baugesellsch. m. b. H., Nordwall 125.
Landau: Hoch- und Tiefbau-Unternehmung Bauhütte Baden-Pfalz G. m. b. H., Schlachthofstraße (Nordring).
Landeshut i. Schl.: Bauarbeiter-Genossenschaft Bauhütte, Waldenburgstr. 38.
Landsberg a. d. W.: Bauhütte G. m. b. H., Schillerstraße. Telephon 229.
Leipzig: Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., Gellertstraße 9.
Leipzig: Bauhüttenbetriebsverband Westsachsen G. m. b. H., Gellertstraße 9.
Leipzig: Bauhütte Leipzig G. m. b. H., Gellertstraße 9.
Liegnitz: Bauhütte Liegnitz G. m. b. H., Haagbaracken.
Luckenwalde: Bauhütte Luckenwalde u. Umg., Bauges. m. b. H., Bahnhofstr. 2/3.
Lugau i. Erzgeb.: Bauhütte Lugau, soziale Bauges. m. b. H., Chemnitzer Str. 90.
Lübeck: Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft Lübeck e. G. m. b. H., Mengstr. 28.
Lübeck: Lübecker Baugesellschaft m. b. H., Märkische Straße 2.
Lüneburg: Bauhütte Lüneburg G. m. b. H., Neue Sülze 34.
Lyck i. Ostpr.: Bauhütte Lyck, Gemeinnützige Bauges. m. b. H., Bismarckstr. 18.
Magdeburg: Bauhüttenbetriebsverband Sachsen-Anhalt G. m. b. H., An der Sudenburger Wuhne.
Magdeburg: Bauhütte Magdeburg G. m. b. H., M.-Sudenburg, Jordanstr. 27.
Mainz: Bauhütte Mainz G. m. b. H., Mainstraße 36.
Mannheim: Bauhütte G. m. b. H., R 7, 50.
Marienwerder: Produktivbaugesellschaft, Gemeinn. Bauges. m. b. H., Lange Str. 4.
Minden: Bauhütte Minden, soziale Baugesellschaft m. b. H., Kölner Domhof 7.
Mittweida i. S.: Bauhütte Mulde und Zschopautal, soziale Baugesellschaft m. b. H., Gustav-Adolf-Straße 1.
München: Bauhütte München u. Südbayern G. m. b. H., 25, Aidenbachstr. 100.
München: Neue Münchner Aktien-Ziegelei, A.-G., Frühlingstraße 23, II.
Münster i. W.: Bauhütte Münsterland, soz. Bauges. m. b. H., Wollbecker Str. 94.
Neiße i. Oberschl.: Bauhandwerker-Genossenschaft für Hoch- und Tiefbau e. G. m. b. H., Ziegenthaler Straße 18.
Neurode i. Schl.: Bauhütte Neurode, soziale Baugesellsch. m. b. H., Magnisstr.
Nordhausen a. H.: Baubetrieb für Nordhausen u. Umg., soziale Baugesellschaft m. b. H., Weberstraße 25.
Nordhausen a. H.: Betonwaren-Gesellschaft m. b. H., Rothenburgstraße 14.
Nordenham: Bauhütte Butjadingen, soziale Bauges. m. b. H., Hansingstr. 79.
Nürnberg: Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., Breite Gasse 25/27.
Nürnberg: Bauhüttenbetriebsverb. Nordbayern G. m. b. H., Breite Gasse 25/27.
Nürnberg: Mittelfränkische Bauhütte, soz. Bauges. m. b. H., Holzgartenstr. 45.
Oldenburg i. Oldbg.: Bauhütte Zukunft, soz. Baugesellsch. m. b. H., Rosenstr. 55.
Oppeln: Bauhütte Oppeln, soziale Baugesellschaft m. b. H., Blücherstraße 1.
Osnabrück: Bauhütte Niedersachsen, soz. Bauges. m. b. H., Bielefelder Str. 16.
Peine: Bauhütte Peine, soziale Baugesellschaft m. b. H., Querstraße 12.
Pforzheim: Bauhütte Pforzheim G. m. b. H., Nonnenmühlgasse 4.
Pirmasens: Bau- und Erdarbeitergenossenschaft Selbsthilfe e. G. m. b. H., Blümeltalstraße 30.
Plauen i. Vogtl.: Bauhütte Vogtland G. m. b. H., Schildstraße.
Prenzlau: Bauhütte, Baugesellschaft m. b. H., Steinstraße 402.
Pr.-Eylau: Bauhütte Pr.-Eylau-Bartenstein, soziale Baugesellschaft m. b. H., Sitz Bartenstein.
Rastenburg: Bauhütte Rastenburg, Gemeinnützige Bauges. m. b. H., Kaiserstr. 31.
Regensburg: Oberpfälzische-Niederbayrische Bauhütte, Gemeinnützige Baugesellschaft m. b. H., Straubinger Straße 25.
Reutlingen: Bauhütte Achalm G. m. b. H., Wernerstraße 1.
Rüstringen: Bauhütte für das Jadegebiet G. m. b. H., Werftstraße 83.
Saarbrücken: Bauhütte Saar G. m. b. H., Brauerstraße 6/8.
Senftenberg (N.-L.): Bauhütte Senftenberg, soziale Baugesellschaft für das Niederlausitzer Braunkohlengebiet G. m. b. H., Lindenstraße.
Sensburg i. Ostpr.: Masurische Gemeinnützige Baugesellschaft G. m. b. H.
Solingen: Bauhütte Solingen G. m. b. H., Wiedenhofer Straße 102/106.
Soltau i. Hann.: Bauhütte Soltau, soziale Bauges. m. b. H., Freudenthalstraße 1.
Spremberg i. L.: Bauhütte Spremberg, soziale Bauges. m. b. H., Zedlitzstraße.
Schleswig: Schleswiger Baugesellschaft m. b. H., Königstraße 9.
Schweinfurt a. M.: Bauhütte Schweinfurt, soz. Bauges. m. b. H., Luitpoldstr. 20.
Stade: Bauhütte Stade, soziale Baugesellschaft m. b. H., Altländerstraße 11.
Stettin: Bauhüttenbetriebsverband Pommern G. m. b. H., Schlutowstraße 14.
Stettin: Bauhütte für Pommern, soziale Baugesellsch. m. b. H., Schlutowstr. 14.
Stolp i. Pomm.: Bauhütte Stolp, soziale Baugesellschaft m. b. H., Fischerstraße 7.
Stargard i. Pomm.: Bauhütte für Pommern, soziale Baugesellschaft m. b. H., Pommernweg 21.
Striegau i. Schl.: Bauhütte Striegau, soziale Baugesellsch. m. b. H., Thomasstr. 5.
Stuttgart: Bauhütte Schwaben, soziale Baugesellschaft m. b. H., Bahnhofstr. 99.
Ulm a. d. D.: Bauhütte Oberschwaben, soziale Baugesellschaft, Römerstraße 18.
Vegesack: Bauhütte Vegesack u. Umg., Gemeinn. Bauges. m. b. H., Grüne Str. 10.
Waldenburg i. Schl.: Bauhütte Waldenburg, soz. Bauges. m. b. H., Auenstr. 17b.
Werdau i. S.: Bauhütte Pleißengrund, soz. Bauges. m. b. H., Gabelsbergerstr.
Wiesbaden: Bauhütte für Hessen-Nassau G. m. b. H., Adolfs-Allee 42.
Wittenberge (Bez. Potsd.): Bauhütte Priegnitz, G. m. b. H., Perleberger Str. 65 a.
Wohlau: Bauhütte Wohlau G. m. b. H., Feldstraße 7.
Zeitz: Bauhütte für Zeitz u. Umg., soziale Baugesellschaft m. b. H., Auestraße 22.
Zwickau i. S.: Bauhütte Zwickau, Baugesellschaft m. b. H., Stiftstraße.

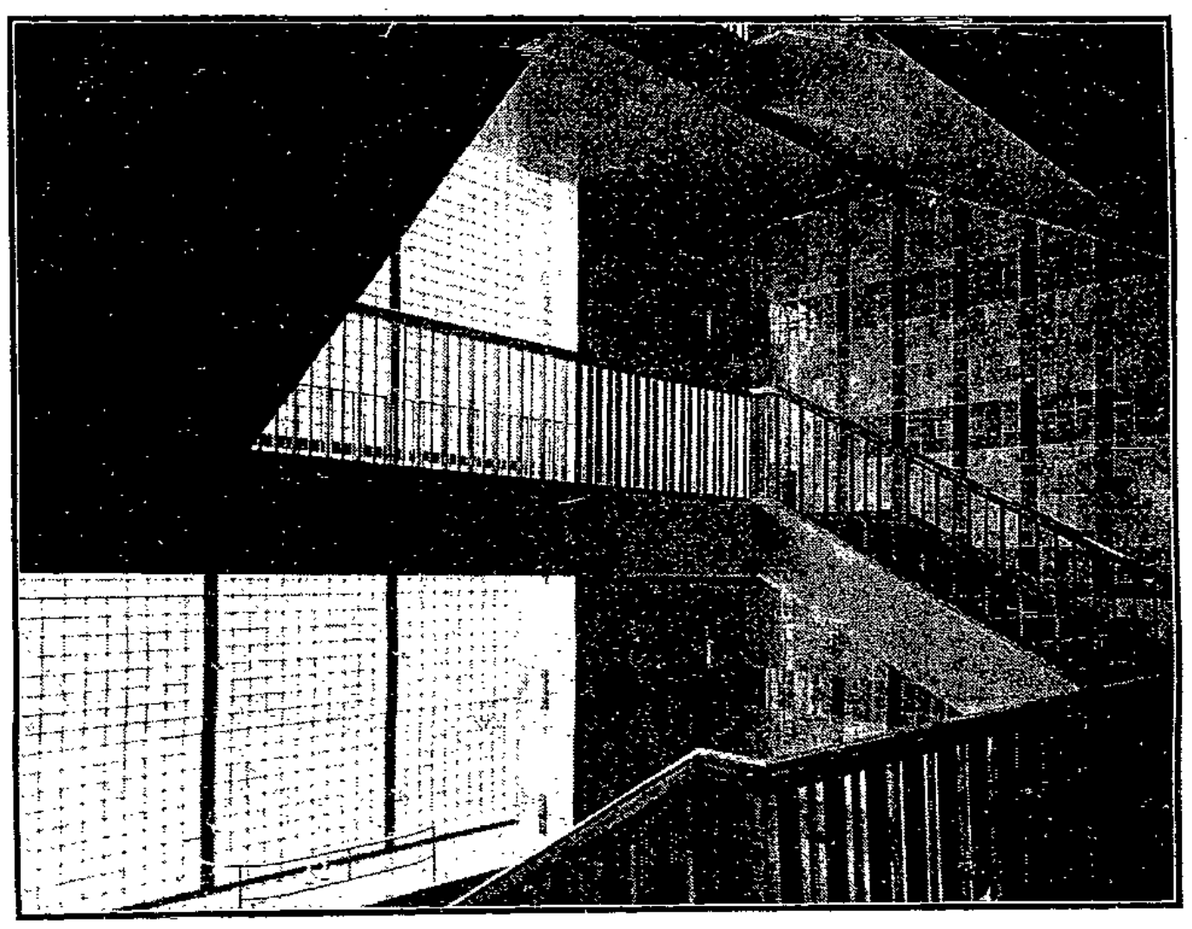
Weitere Beispiele neuer Magdeburger Architektur

M. Worm und Carl Krayl

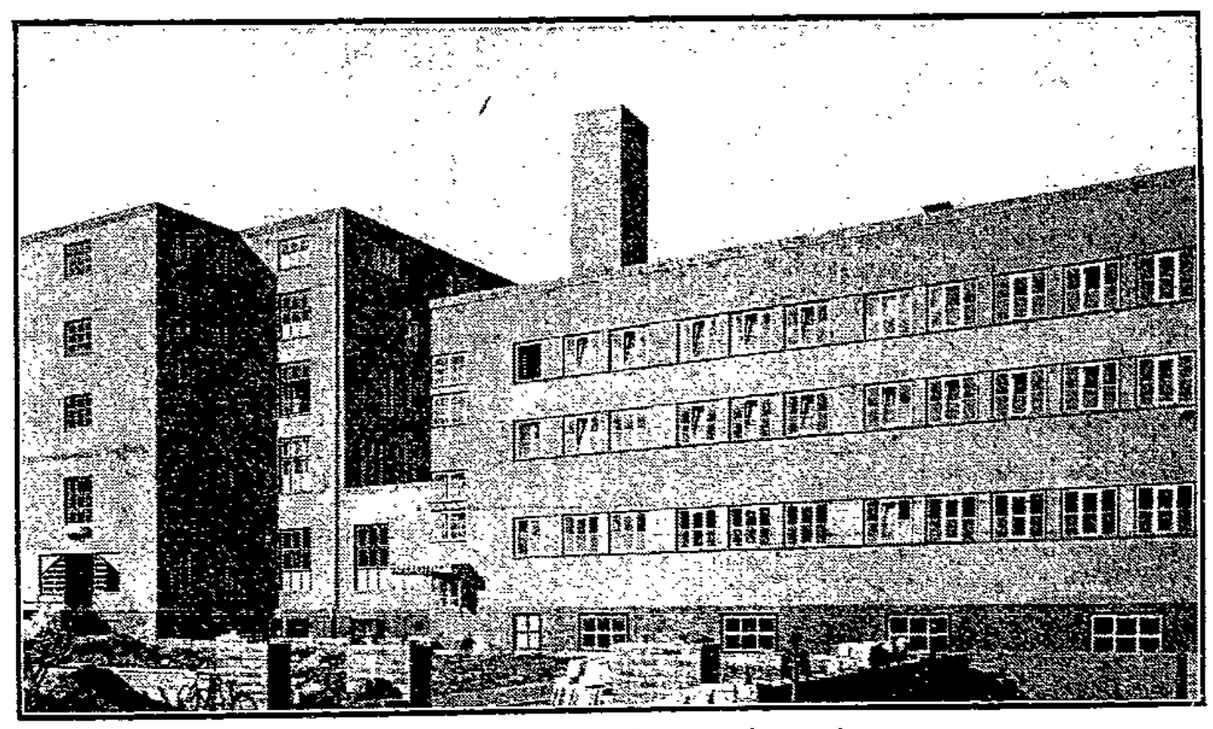


Hauptfront Lüneburger Straße.

Eingangshalle im Erdgeschoß.

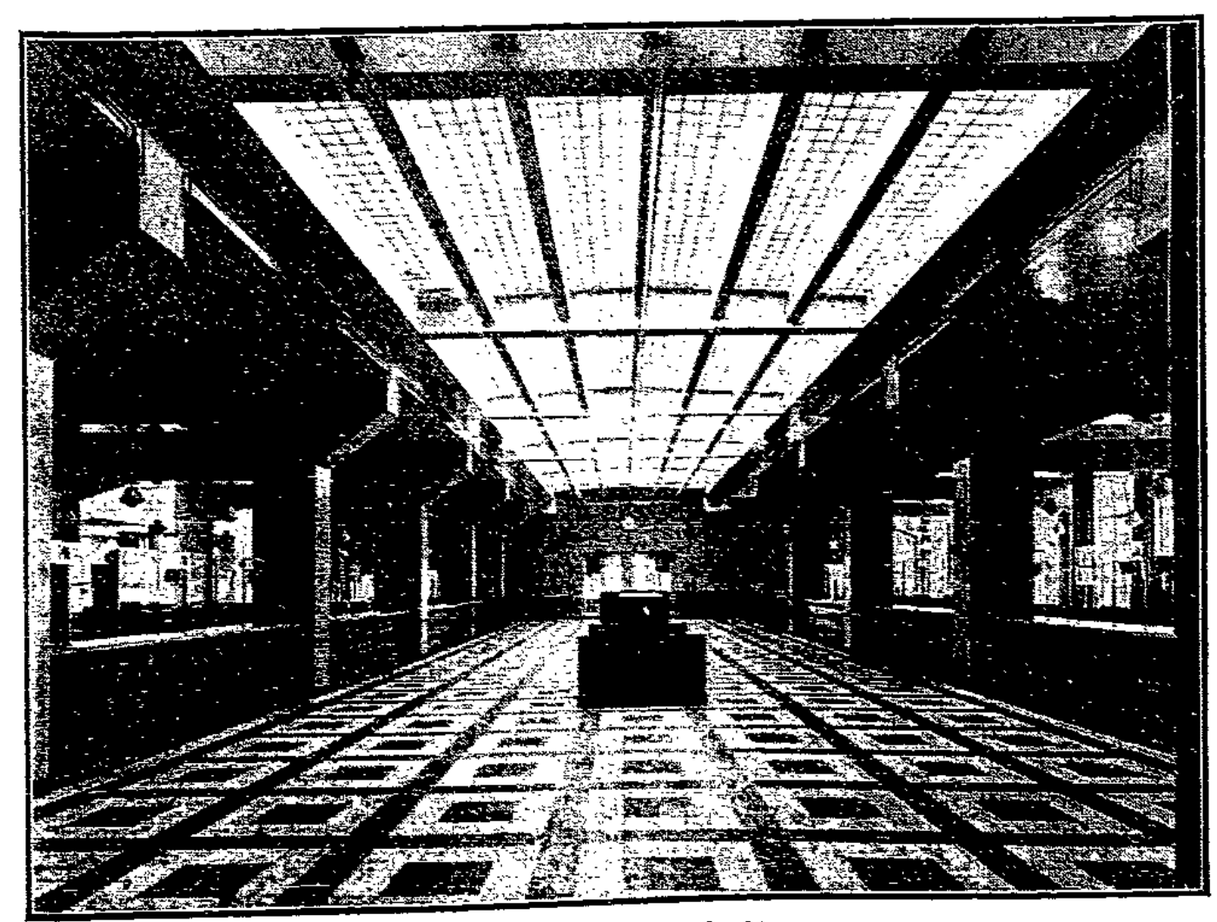


Blick ins Treppenhaus.



Front Steubenstraße mit Badehaus.

Haupteingang.



Große Schalterhalle.

Bilder
vom neuen Verwaltungsgebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse Magdeburg.

Entwurf: M. Worm und Carl Krayl.

Carl Krayl

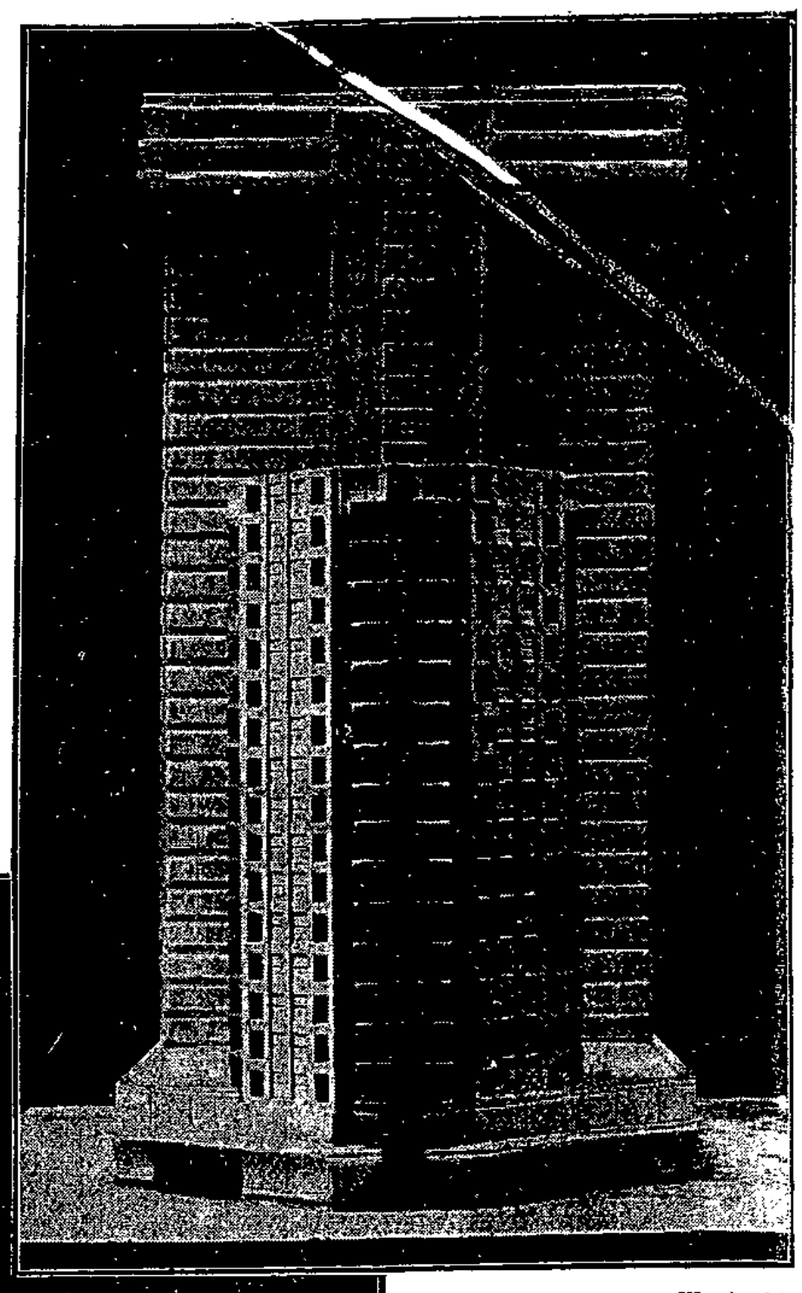
Der Name Carl Krayl wurde zum erstenmal in Magdeburg genannt, als unter dem frühern Stadtbaurat Bruno Taut die bunte Invasion über Magdeburg kam. Es war die Zeit der Armut und der Not, die im Gefolge des Krieges daherschritt. Ein Baurat konnte nicht bauen. Dazu fehlte es in den Gemeinden vollkommen an Mitteln. Aber es sollte und mußte etwas geschehen für die Verschönerung der Stadt. Beim Bessern der Schäden an den Häuserfronten begann das Wirken des neuen Leiters im städtischen Bauwesen. Carl Krayl war einer seiner künstlerischen Gehilfen. Nach seinem Entwurf war u. a. ein Uhrturm vor dem Zentraltheater recht bunt bemalt worden. Die Magdeburger nannten diese Normaluhr fortan Klapsuhr, worin sicherlich keine Liebenswürdigkeit gegen den verantwortlichen Architekten zum Ausdruck kam.

Die Uhr wurde bald wieder mit einem „normalen" Anstrich versehen. Bruno Taut und Carl Krayl schieden aus dem Dienst der Stadt, die in schwerer Zeit ideenreichen und arbeitsfreudigen Architekten kein Wirkungsfeld sein konnte. Die Zeit hat manches Bunte wieder verdrängt. Vom Spiel mit der Farbe kam man mit wachsender wirtschaftlicher Beruhigung zum wirklichen Bauen. Es galt, nicht mehr nur Altes mit neuem Gewand zu versehen, sondern Neues zu formen, Bauwerke aus dem Geiste der Zeit zu gestalten.

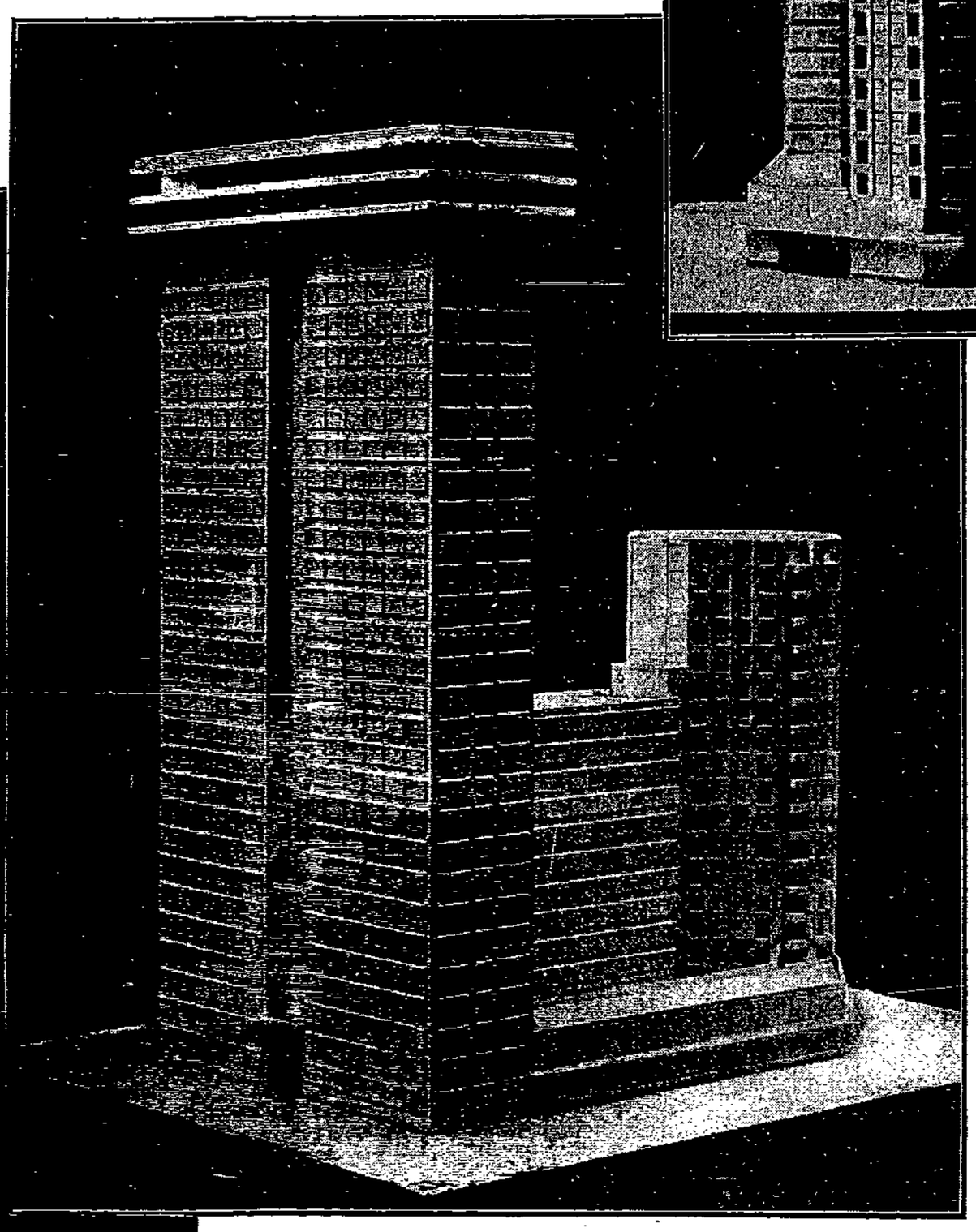
In Magdeburg fand die neue Baugesinnung guten Boden. Einer der fortschrittlichsten Baukünstler ist Carl Krayl. Von der bunten Normaluhr zu seinen großen Bauten geht ein dornenvoller Weg für das deutsche Volk und für den Künstler Carl Krayl. Seinen Namen nennt man heute in Magdeburg mit Anerkennung und Verehrung. Unsre Stadt verdankt ihm bisher viel Eigenartiges. Seine Werke künden das Werden eines neuen, großen Wollens, das wirksam ist nicht nur im Bauen.

Ein Monumentalwerk Krayl'scher Baukunst ist das Verwaltungsgebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse in der Lüneburger Straße. Bei zahlreichen Siedlungsbauten hat sich Krayl in der Gestaltung moderner Wohnhäuser erfolgreich betätigt. Zu den wirkungsvollsten Wohnblocks gehören ohne Zweifel die Häuser der Bauhütte an der Jordanstraße. Krayls Werk ist auch der Pavillon der „Volksstimme" auf der Theater-Ausstellung. Städtebauliche Zukunftsmusik ertönt im Hochhausentwurf für den Staatsbürgerplatz.

Das Vollendete und Entworfene des Architekten Krayl legt beredtes Zeugnis ab für sein Können. Längst vergessen ist die Farbenspielerei; bleibend sind die Bauten, die vollendet, die den Ruf des Künstlers und damit der Stadt begründeten. —



Modell eines Hochhauses von Carl Krayl.



Modell eines Hochhauses von Carl Krayl.

Entwurf eines Hochhauses von Carl Krayl

Der Kiosk der „Volksstimme" auf der Ausstellung. Entwurf Carl Krayl

Die Arbeiterwohlfahrt Magdeburg

Von Konkordia Hartmann.

Im Jahre 1924 begann der Ortsausschuß Magdeburg für Arbeiterwohlfahrt auf dem Fort 6a am Milchweg in der Neuen Neustadt, das der Stadt gehört, Erholungsfürsorge für Kinder während der Ferien einzurichten. Es wurden 45 Jungen und Mädchen tagsüber von Helfern und Helferinnen der Arbeiterwohlfahrt betreut und verpflegt. Schon in den ersten Tagen wirkte die primitive Einrichtung recht erschwerend auf die Ausführung der gestellten Aufgaben, und allen Mithelfenden wurde es klar, daß im nächsten Jahre die Sache besser ausgebaut werden müßte. Durch die Schaffung einer Sommerlaube und besserer Kochmöglichkeiten konnte 1925 die Fortarbeit weiter ausgedehnt und während der Ferien 125 Kinder erfaßt werden.

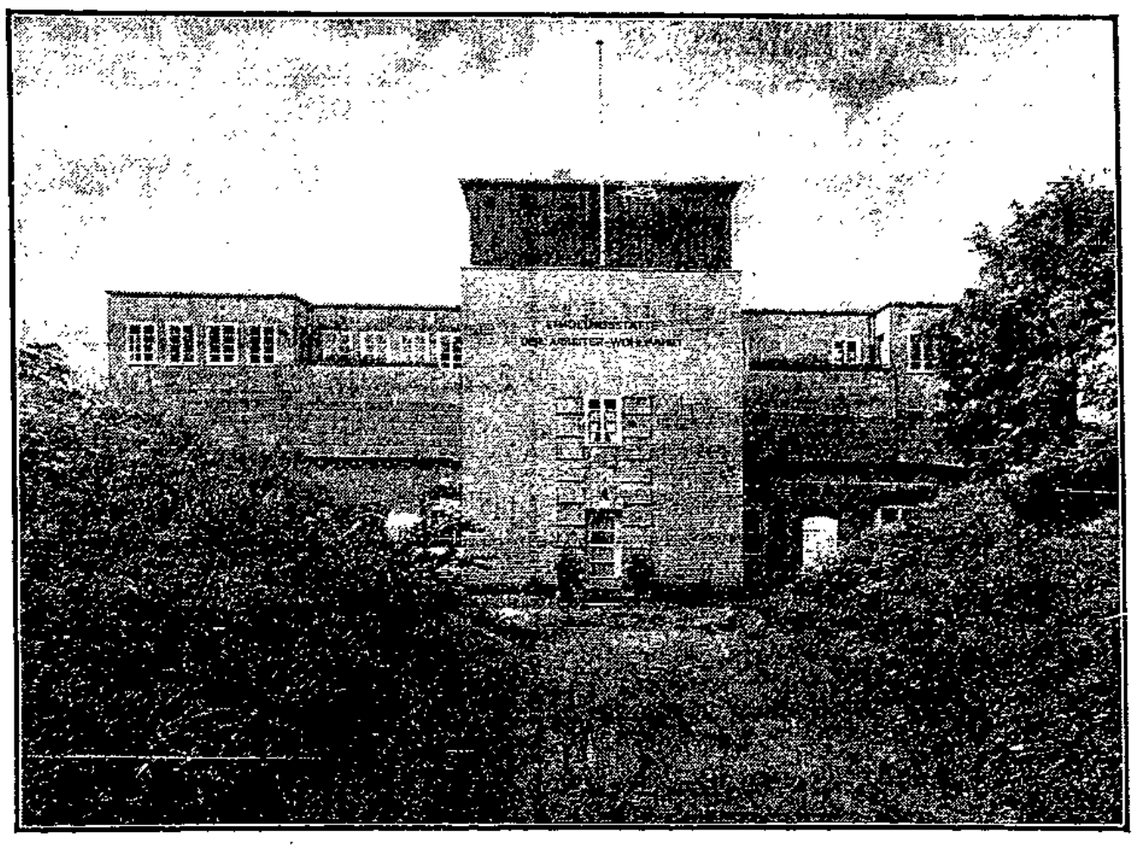
Durch die praktische Kinderarbeit kam der Ortsausschuß sehr bald zu der Ueberzeugung, daß die beste vorbeugende Fürsorge für die Kinder sei, wenn man ihnen die Mütter gesund erhielte. Mit Hilfe des städtischen Wohlfahrtsamtes konnten wir im August und September 1925 die ersten 38 Mütter und Mädchen in Erholungsfürsorge nehmen. Es war nicht ganz einfach, den Müttern klarzumachen, daß auch sie einmal einer Ausspannung bedürfen und die vorgeschriebenen Liegezeiten einzuhalten hätten. Gab es etwas besonders Gutes zu essen, so mußte die Leiterin mit ziemlicher Strenge vorgehen, damit das Gereichte nicht in den Handtaschen verschwand, um für die Kinder mitgenommen zu werden. 1926 erreichten wir die Zahl von 84 Kindern mit 2016 und 128 Müttern mit 3128 Verpflegungstagen. Die Arbeit konnte sich immer nur auf die Sommermonate erstrecken, da in der alten Kasematte keine Wasserleitung und kein Licht vorhanden waren.

Da die Stadt aber von der Notwendigkeit der Mütererholungsfürsorge überzeugt war, baute sie uns die Kasematte aus und setzte noch ein Stockwerk darauf. Wohl wurde unsre Arbeit in diesem Sommer sehr weit hinausgeschoben, aber wir sind nun in der glücklichen Lage, Jahresbetrieb in unsrer Tageserholungsstätte einrichten zu können. Einige Schwierigkeiten bereitet uns noch, die Mütter aus ihren Haushalten herauszubekommen und die Kinder während der Abwesenheit der Mütter gut unterbringen zu können. Aber wir sind überzeugt, daß das städtische Wohlfahrtsamt uns auch darin weiter helfen wird, um dem noch bestehenden Mangel abzuhelfen. Da der Bau in den großen Ferien noch nicht fertig war, verlegten wir unsre Kindererholungsfürsorge auf das Fort der Arbeiterjugend (Jungborn). Dort konnten wir 60 Kinder mit 144 Verpflegungstagen unterbringen. An Gewichtszunahmen sind durchschnittlich 1½ bis 2 Pfund zu verzeichnen. Außerdem wurden in den einzelnen Bezirken durch 13 Tagesausflüge und 41 Halbtagsausflüge insgesamt 2218 Kinder erfaßt.

Außer der Erholungsfürsorge hat die Arbeiterwohlfahrt auch noch eine große Anzahl Helfer und Helferinnen als ehrenamtliche Kräfte in den verschiedenen Zweigen des Wohlfahrtsamts zur Mitarbeit bereitgestellt. In der Geschäftsstelle des Ortsausschusses in der Scharrnstraße werden ebenfalls Fälle erledigt und die uns zur Verfügung stehenden Spenden verausgabt. Vom Geschäftsjahr 1926 können wir berichten, daß eine große Zahl von Fällen für die Gerichtshilfe bearbeitet worden sind. Der Ortsausschuß wurde in 123 Sitzungen vertreten. Auch zu Weihnachten soll den in Not geratenen Mitmenschen eine Freude bereitet werden.

Konnten wir 1925 715 Personen bedenken, so stieg die Zahl 1926 auf 763 Erwachsene und 616 Kinder, insgesamt 1369 Personen. Sind dieses auch nur kleine und bescheidene Zahlen, so steckt in ihnen doch eine Unsumme von Arbeit und Mühe, die geleistet wurde von Menschen, die selbst mehr oder weniger mit wirtschaftlichen Nöten zu kämpfen haben. Der Zweck der Arbeiterwohlfahrt soll sein, nicht Almosen zu geben, sondern von Mensch zu Mensch zu helfen. —

Ein altes Bollwerk der Festung wurde umgebaut zu einem Erholungsheim.



Heim der Arbeiterwohlfahrt Magdeburg auf Fort VI.

OSCAR OELTZE & BERGER
Maurer- u. Zimmermeister
MAGDEBURG-FR.
Fernsprecher 1246
Gegründet 1858
Hoch- und Tiefbau
Nutzholzhandlung
Säge- und Hobelwerke

GEBR. HERMECKE / MAGDEBURG
Bauausführungen für Hoch- und Tiefbau
Gegründet 1872, Tel. 1879/1793

Wilh. Dorendorf
Schlossermeister
Fürstenufer 24h
Eisen- und Blechkonstruktion
Sonderheit:
Scherengitter

Wir lieferten für die Stadt Magdeburg
Abt. Schlachthofbau:
Die komplette Neueinrichtung der Großvieh-Schlachthalle und des Vorkühlraumes sowie die Ueberführung nebst Hofüberdachung im städt. Schlachthof
Abt. Eisenkonstruktion:
Den Aufbau des Aussichtsturmes auf der Deutschen Theater-Ausstellung.
Die Eisenkonstruktion zur Bühne und Empore der Stadthalle
In Arbeit:
Erweiterung der Schweineschlachthalle im städtischen Schlachthof
A. W. MACKENSEN
MASCHINENFABRIK U. EISENGIESSEREI G. M. B. H.
MAGDEBURG

Wilhelm Jordan
Bautischlerei
Harsdorfer Straße 3
Fernruf 5953
Ausführung sämtlicher Innenausbauten

In jede moderne Wohnung gehört ein
Elektro-Heißwasserspeicher
Er ist der ideale Apparat für die Zubereitung des im Haushalt ständig benötigten Heißwassers, denn er arbeitet ohne jede Bedienung, mit höchster Wirtschaftlichkeit, absolut reinlich, zuverlässig und feuersicher
Wir liefern zu seinem Betrieb billigen Nachtstrom, die Kilowattstunde zu 6 Pf.
Städtisches Elektrizitätswerk
Magdeburg

A. Gräbedünkel & Co.,
Magdeburg-N.
Germania-Fußbodenwerk.
Bewährteste Fußbodenbeläge für Wohnungen und Industrie. — Seit 30 Jahren erfolgreich eingeführt.
Asphaltfabrik:
Gußasphalt, säurefeste Asphalte, Stampfasphaltplatten.
Spezialität: Asphaltkegelbahnen.
Grundwasser-Isolierungen.
Kunststeinfabrik:
Terrazzo, Hartsteinplatten.
Korkplatten-Beläge:
Geräuschloses Begehen, wärmster Fußbodenbelag, äußerst haltbar.
Palundrit-Asphaltplatten:
als wasserdichte Abdeckung von Balkons usw. zur Herstellung von Dachgärten.
Glanz-Asbestplatten:
Neuestes Wandmaterial, billiger als Wandplatten.

Der geeignetste Fußbodenbelag ist und bleibt
LINOLEUM
In allen Stärken und Mustern sowie reicher Auswahl vorrätig bei
HUGO NEHAB
Magdeburg / Johannisberg 2

Malerarbeiten
Zimmerdekoration
Firmen und Häuseranstriche
PAUL UFERMANN
MALERMEISTER
Regierungstr. 1, Telephon 2949

Herm. Liebau

Gegründet 1860

Zentralheizungen

MAGDEBURG-S.
BERLIN
DANZIG
KIEL

Nachträglich läßt es sich schwer ändern!

Ihr Bauherren!

Wie die Wasserleitung, so die Gasleitung in jede Wohnung. Guter Wärmeschutz durch isolierte Wände und Doppelfenster fördert die Benutzung der Gasheizung auch als Dauerheizung. Lüftungsschächte für Abgase der Gasfeuerung sind in genügender Zahl, aber niemals an Außenwänden, vorzusehen. Fachmännische Beratung über gastechnische Fragen erteilt kostenlos das

Gaswerk Listemannstraße Nr. 6

Seit 1847, also seit der Gründung unserer Firma, sind wir auf dem Gebiete der Schwachstromtechnik tätig. Auf Grund langjähriger Erfahrungen und wissenschaftlicher Entwicklungsarbeit

L I E F E R N W I R

- Automatische und handbediente Fernsprechanlagen jedes Umfanges
- Signalanlagen aller Art
- Elektrische Zentraluhrenanlagen
- Feuermeldeanlagen, Alarmanlagen
- Polizeimelde- und Raumschutzanlagen
- Rundfunkgeräte und Großrundfunkanlagen für Sanatorien, Krankenhäuser usw.
- Großlautsprecheranlagen für öffentliche Veranstaltungen
- Meßinstrumente und Meßeinrichtungen für alle Zwecke
- Vollständige Ueberwachungsanlagen für die Wärmewirtschaft

Auf der Theater-Ausstellung vertreten in Brandschutzhalle A neben Feuerwache

Siemens & Halske
Aktiengesellschaft
Technisches Bureau Magdeburg

Die Zentralheizungsanlage,
die sanitäre Installation,
die medizinischen Bäder
im Badehaus der
Allgemeinen Ortskrankenkasse Magdeburg
lieferte die Firma

Jungren, Wernike & Kayser
G.m.b.H. / Magdeburg
Fernruf 3229 und 40622 / Regierungstr. 28

FRITZ KÖNIG

Magdeburg-Elbebahnhof, Fürstenufer 24c, Fernruf Stephan 42696/97

Stabeisen, Röhren
Zinkbleche, Metalle

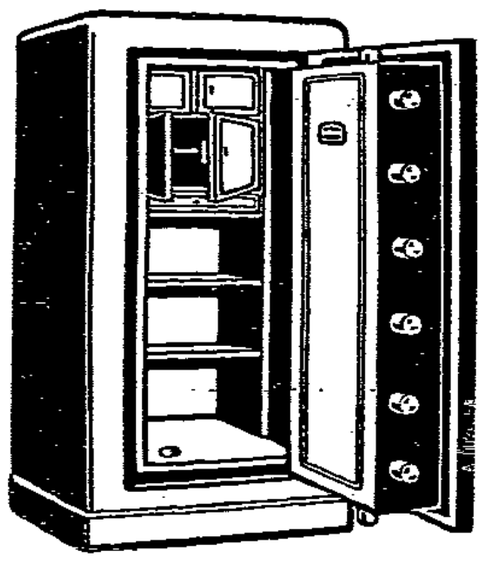
verzinkte Bandeisen / verzinkte und verbleite Bleche / Schwarzbleche
Zinkbogen / Wulsten / verzinkte Rohrschellen / Rinneisen / Lötzinn

Alles prompt ab Lager lieferbar

Gebr. Borchers
Magdeburg
Lüneburger Straße Nr. 42
Breiter Weg Nr. 201
GROSSLAGER:
Fürstenstraße Nr. 25
Fernsprecher Nr. 4904

Tapeten
Linoleum

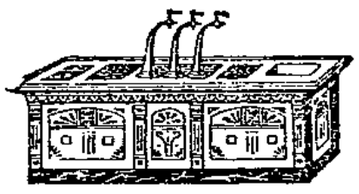
GROSS- UND EINZELHANDEL
Lieferanten zahlreicher Behörden



J. C. PETZOLD
Geldschrankfabrik
Magdeburg

Stahlkammern
Archivtüren
Aktenschränke

Gustav Scharioth
Magdeburg-N., Letzlinger Str. 4 / Telephon 4963



Fabrik für Bierdruck-Apparate

Fabrikation von Schanksäulen, Metallabdeckungen usw.
Reparaturen und Umarbeitungen

C. GANZLIN A.G.
Parkettfabrik, Magdeburg

Ausführungen
von Parkettfußböden
aller Art

Fabrik und Büro Leipziger Straße 16

August Behr / Magdeburg
Alte Ulrichstraße 19
Fernsprecher 1398

Eisenwaren, Werkzeuge, Drahtgeflechte
Spezialität: Baubeschläge jeder Art

Heinrich Stahl
Möbelfabrik
Fürstenstraße 26
Fernsprecher 2334

Möbel und Innenausbau

Otto Henschel
Bildhauer
Magdeburg, Lüneburger Straße 11

Architekturmodelle / Grabdenkmäler / Stuck-, Rabitz-, Terrazzoarbeiten / Kunststein

---

FRITZ GEBAUER
Magdeburg, Breiter Weg 71/72

Spezialgeschäft
für Linoleum, Läuferstoffe
in Kokos und Wolle
Teppiche, Gardinen
Möbelstoffe

Fernsprecher Nr. 1921

PAUL GORGASS
MAGDEBURG
Otto-von-Guericke-Straße 25
Fernruf Nr. 697 u. 671

BAUGESCHÄFT
ARCHITEKTURBÜRO
ZIMMEREI
TISCHLEREI
mit elektrischem Betrieb

Bau von Einfamilien-Häusern zum Verkauf

Carl Ladenthien
Straßenbaugeschäft
Magdeburg-S., Westendstr. 9
Gegründet 1863 / Fernruf: Amt Stephan 40844

Kontor und Hauptgeschäft: Westendstraße Nr. 9
Bankkonto: Max Jaensch, Magdeburg / Lagerplatz: Am Sudenburger Bahnhof, Enckestraße 49

Ausführungen aller Pflaster-, Steinsetz- und Abschachtungsarbeiten / Fachgemäße Anlage von Fabrik- und Privathöfen / Auffahrten von Auto-Garagen / Kleinstein- und Mosaikwege / Holzpflaster auf Beton / Reparaturarbeiten kleinster Art / Uebernahme aller Asphaltarbeiten / Lieferung sämtlicher Baustoffe des Inlandes

Fahrbare Preßluft-Anlage
zum schnellsten u. billigsten Aufbruch u. Abbau von Beton u. Mauerwerk über u. unter der Erde

---

Willy Böhme
MALER
Gr. Klosterstr. 19
Telephon 2676

Werkstätten
für Dekorationsmalerei
Ausführung
sämtl. Anstricharbeiten

Hugo Hufeld
Magdeburg-Neustadt
Hohepfortestraße 65 / Fernruf 1535

Eisenwaren, Werkzeuge
Spezialität:
Baubeschläge
Haus- und Küchengeräte
Glas, Porzellan

BRUNO BECK
MAGDEBURG
LÜNEBURGER STR. 9 / FERNRUF 5248

EISENKONSTRUKTIONEN
TRANSPORTANLAGEN

Generalvertretung: Ingenieurbüro Rudolf Tenckhoff, Magdeburg, Augustastraße 31

Generalvertretung: Ingenieurbüro Rudolf Tenckhoff, Magdeburg, Augustastraße 31